Gebt mir Vier Jahre Zeit

Dokumente zum ersten Vierjahresplan des Führers

Alfred Ingemar Berndt

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher
1938

Marktordnung
Die Erzeugungsschlacht
Provinzen werden erobert
Wohnungen für Landarbeiter

11. Nationalsozialistische Sozialpolitik
Der Verrat der Marxisten am deutschen Arbeiter
Die Bilanz von 13 Jahren Marxismus
Sozialismus im Dritten Reich
Was hat der deutsche Arbeiter dadurch erreicht?
Sanierung der Sozialversicherung
Invalidenversicherung
Angestelltenversicherung
Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung
Hilfsmaßnahmen für die Kriegsbeschädigten
Kleinrentnerhilfe
Eine stolze Bilanz des Sozialismus der Tat
Winterhilfswerk

12. Von den Gewerkschaften zur Deutschen Arbeitsfront
Der Skandal bei der "Volksfürsorge"
Viele Millionen Reichsmark bei den Gewerkschaften unterschlagen
Gewerkschaften finanzierten Deutschlands Kriegsgegner
Privatkonten und gefälschte Bilanzen
Nationalsozialismus schafft Ordnung
Volksgemeinschaft statt Klassenkampf
Niedrigere Beiträge, höhere Leistungen
Die Unterstützungseinrichtungen der Deutschen Arbeitsfront
Deutsche Arbeitsfront leistet mehr als alle Gewerkschaften
Rechtsberatung
Jugendfürsorge
Frauenamt
Heimstätten- und Wohnungsbau
Schulung und Berufserziehung
Soziale Betreuung
Kraft durch Freude

13. Von der Republikjustiz zum deutschen Recht
Ein republikanischer Justizminister
Republikanische Novemberjustiz
Die Verjudung der Justiz
"Moderner Strafvollzug"
Um ein neues deutsches Recht
30 Jahre Mühen um ein neues Strafrecht
In vier Jahren nationalsozialistisches Strafrecht
Die weitere Neuordnung des Rechtslebens

14. Wiederaufbau der deutschen Kultur
Ein Jude über Deutschlands Verjudung
"Pilgerchor" als Fußballmannschaft
Entjudung der deutschen Kultur
Der Aufbau der Reichskulturkammer
Die soziale Stellung der deutschen Künstlerschaft
Staatspreise für deutsche Künstler
Theaterskandale am laufenden Band
Die Arbeitslosigkeit unter den Bühnenschaffenden
Nationalsozialismus bringt Aufstieg
Deutscher statt jüdischer Film

Diesem Buch ist die Aufgabe gestellt, Aufklärung zu geben über das, was der Führer in vier Jahren schuf. Aber nur ein Bruchteil dessen, was unter nationalsozialistischer Staatsführung in vier Jahren geleistet wurde, konnte in diesem Rahmen Erwähnung und Berücksichtigung finden. Erst wenn man sich mit der systematischen Aufstellung einer Bilanz der ersten vier Jahre nationalsozialistischer Aufbauarbeit beschäftigt, gewinnt man einen Überblick über den gewaltigen Umfang der Arbeit und der Erfolge in dieser so kurzen Zeitspanne.

In fünfzehn Abschnitten habe ich den Versuch gemacht, einen Überblick über die wesentlichen Punkte der ersten Vierjahresbilanz zu geben. Man könnte ebenso gut über jedes dieser einzelnen Gebiete ein ganzes Buch schreiben, ohne einen Mangel an Stoff befürchten zu müssen. Das aber erscheint mir besonders bezeichnend für die Jahre des Kampfes und des Aufbaus, die nun hinter uns liegen. Historikern der Zukunft wird es vorbehalten bleiben müssen, einmal diese Aufgabe zu erfüllen und in einer Geschichte unserer Zeit der Nachwelt zu überliefern, wie ein verarmtes, in Fesseln geschlagenes Volk in revolutionärem Ansturm mit eiserner Energie und zähem, unermüdlichem Ringen unter Führung Adolf Hitlers sich die Bresche in die Freiheit brach und auf den Trümmern einer Epoche der Schmach und der Feigheit den nationalsozialistischen Staat der Ehre und der Arbeit errichtete.

Der Verfasser

Zum Geleit

Die letzten vier Jahre standen unter dem Namen des Führers. Sie werden eingehen in die Geschichte als die historische Zeitspanne seiner ersten großen Aufbauperiode; unvergänglich werden seine Leistungen sein. In diesen vier Jahren ist Deutschland wieder eine Weltmacht geworden. Wir alle können uns wieder mit Stolz Bürger dieses Reiches und dieses Volkes nennen.

Arbeiter! Soldaten! Bauern!
An Alle!

Die alte Regierung ist gestürzt. Die alten Machthaber sind geflohen.
Die Beauftragen des Volkes haben die Gewalt in ihre Hände genommen.

Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt.

Der Präsident der Vereinigten Staaten Amerikas sichert uns
einen Frieden der Versöhnung und Verständigung zu
ohne Annexionen und Entschädigungen.

Der Weltfriede ist somit für die Zukunft gesichert.

Das französische und englische Volk beglückwünschen bereits das deutsche Volk zum Sturze seines Imperialismus.

Die englische Marine hat die rote Flagge gehißt.

Damit ist die Periode des Imperialismus endgültig beendet.

Der allgemeinen Abrüstung steht hinfort kein Hindernis mehr im Wege.
Die Weltrevolution marschiert.

Die Geheimdiplomatie ist abgeschafft. Indem sich in Zukunft die Völker selbst regieren,
herrscht nunmehr das Recht.

Der Kapitalismus gehört in Zukunft einer überwundenen Zeit an.

Jeder Werktätige erhält gerechte Entlohnung.

Die Republik garantiert jedem Arbeit und Brot.

Die Lebensmittelpreise werden sofort herabgesetzt, die ungerechten Steuern beseitigt.

Die Vollsozialisierung beginnt.

Schieber und Wucherer werden nunmehr ihrer gerechten Strafe zugeführt.

In der Republik ist kein Platz für Korruption.

Die Bürokratie ist beseitigt, das Volk regiert sich selbst. Ein allgemeiner politischer Aufstieg wird die Folge sein!

Durch diese Revolution tritt unser Volk in den Zustand einer wahren Freiheit, Schönheit und Würde.

Werktätige! Bildet überall Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte!

Rüstet zum Kampf gegen die Reaktion!

Nie wieder Krieg! **Es lebe die Republik!** **Es lebe die Weltrevolution!**

Berlin, den 9. November 1918.
Der Rat der Volksbeauftragten.

1. Einleitung

Dieser Aufruf ist am 9. November 1918 der Auftakt zur Weimarer Republik. Man kann es getrost jedem deutschen Arbeiter überlassen, selbst zu beurteilen, ob eine einzige von diesen Versprechungen jemals zur Tat geworden ist. So beginnt die Weimarer Republik mit riesigen Versprechungen, mit Worten, denen niemals Taten folgen.

Am 30. Januar 1933 übernimmt Adolf Hitler die Führung des Deutschen Reiches. Am 11. Februar 1933 tritt er zum ersten Male im Berliner Sportpalast vor das deutsche Volk hin, um sein Programm zu entwickeln. Das einzige, was der Führer vom deutschen Volke verlangt, sind vier Jahre Zeit. Adolf Hitler verspricht nichts, sondern fordert Mitarbeit, Vertrauen und Glauben:

> "Nun fragen die Gegner: Und euer Programm? Ich könnte eher die Frage an diese Gegner richten: Wo war **euer** Programm? Habt ihr das, was ihr in Deutschland angerichtet habt, gewollt? War das euer Programm? Oder wolltet ihr das nicht? Was hinderte euch, das Gegenteil zu tun?
> Wenn sie sich heute plötzlich nicht mehr erinnern wollen, daß sie die Verantwortung für 14 Jahre tragen, dann werden wir die Mahner sein und die Ankläger zugleich und dafür sorgen, daß ihr Gewissen nicht nachläßt.
> **Wenn sie sagen: 'Sagen Sie uns Ihr detailliertes Programm', dann kann ich nur zur Antwort geben: Zu jeder Zeit wäre vermutlich mein Programm mit ganz konkreten wenigen Punkten möglich gewesen - nach eurer Wirtschaft, nach eurem Wirken, nach eurer Zersetzung muß man das deutsche Volk von Grund auf neu aufbauen, genau so wie ihr es bis in den Grund hinein zerstört habt.**
> Und da erhebt sich nun eine Anzahl von großen Aufgaben vor uns. Die erste und damit der erste Programmpunkt: **Wir wollen nicht lügen und wollen nicht schwindeln! Ich habe es deshalb abgelehnt, jemals vor dieses Volk hinzutreten und billige Versprechungen zu geben.** Es kann niemand von Ihnen gegen mich zeugen und sagen, daß ich je gesagt habe, daß der Wiederaufstieg nur eine Frage von wenigen Tagen sei. Immer und immer wieder predige ich: **Der Wiederaufstieg der deutschen Nation ist die Frage der Wiedergewinnung der inneren Kraft und Gesundung des deutschen Volkes.**
> So wie ich fast 14 Jahre gearbeitet habe, unentwegt und ohne jemals schwankend zu werden, am Aufbau dieser Bewegung, und so wie es mir gelang, von sieben Mann zu diesen zwölf Millionen zu kommen, so will ich und so wollen wir bauen und arbeiten an der Wiederaufrichtung unseres deutschen Volkes. Und so wie mir und dieser Bewegung heute die Führung des Deutschen Reiches anvertraut worden ist, so werden wir einst dieses Deutsche Reich wieder zur Größe, zum Leben zurückführen, und wir sind entschlossen, uns durch gar nichts dabei beirren zu lassen.
> Und so komme ich zum zweiten Punkt dieses Programms. Ich will Ihnen nicht versprechen, daß diese Wiederauferstehung unseres Volkes von selbst kommt. Wir wollen arbeiten, aber das Volk selbst muß mithelfen. Es soll nie glauben, daß ihm plötzlich Freiheit, Glück und Leben vom Himmel geschenkt würden. Alles wurzelt im eigenen Willen, in der eigenen Arbeit.
> Drittens wollen wir unsere ganze Arbeit leiten lassen von einer Erkenntnis, von einer Überzeugung: Glaube niemand an fremde Hilfe, niemand an Hilfe, die außerhalb unseres eigenen Volkes liegt. In uns selbst allein liegt die Zukunft des deutschen Volkes. Durch eigene Arbeit, durch eigenen Fleiß, eigene Beharrlichkeit werden wir wieder emporsteigen, wie auch die Völker, einst auch Deutschland, nichts geschenkt erhielten, sondern selbst sich schaffen mußten.
> Der vierte Punkt dieses Programms lautet dann: Die Gesetze des Lebens sind immer gleich und immer dieselben, und wir wollen den Aufbau dieses Volkes vornehmen nicht nach blassen Theorien, die irgendein fremdes Gehirn erdenkt,

sondern nach den ewigen Gesetzen, die die Erfahrung, die die Geschichte zeigt und die wir kennen.
Und diese Gesetze, die fassen wir in einen fünften Punkt, in eine Erkenntnis zusammen: Die Grundlagen unseres Lebens beruhen auf zwei Faktoren, die niemand uns rauben kann: in unserem Volk als Substanz, Blut und Wille und Ingenium. Volk und Erde, das sind die beiden Wurzeln, aus denen wir unsere Kraft ziehen wollen, und auf denen wir unsere Entschlüsse aufzubauen gedenken.
Damit ergibt sich als sechster Punkt klar das Ziel unseres Kampfes: die Erhaltung dieses Volkes für die Zukunft, in der Erkenntnis, daß dies allein überhaupt für uns einen Lebenszweck darstellen kann! Nicht für Ideen leben wir, nicht für Theorien, nicht für phantastische Parteiprogramme - nein, wir leben und kämpfen für das deutsche Volk, für die Erhaltung seiner Existenz, für die Durchführung seines eigenen Lebenskampfes in der Zukunft, und wir sind dabei überzeugt, daß wir nur damit allein mithelfen an dem, was die anderen so gerne in den Vordergrund stellen möchten.
Ein Weltfriede - er wird immer voraussetzen starke Völker, die ihn wünschen und beschützen: eine Weltkultur - sie baut sich nur auf auf den Kulturen der Nationen, der Völker; eine Weltwirtschaft ist nur denkbar getragen von den Wirtschaften gesunder Einzelnationen.
Und ein weiterer Punkt! Er lautet: Weil wir in der Erhaltung unseres Volkes, in der Durchführung seines Lebenskampfes das Ziel erblicken, müssen wir **die Ursachen des Zerfalles beseitigen und damit die Versöhnung der deutschen Klassen herbeiführen, ein Ziel, das man nicht in sechs Wochen erreicht, nicht in vier Monaten, wenn 70 Jahre an dieser Zersetzung arbeiten konnten:** Ein Ziel, das wir nie aus den Augen verlieren! **Die Parteien dieser Klassenspaltung mögen überzeugt sein: Solange mich der Allmächtige am Leben läßt, wird mein Entschluß und mein Wille, sie zu vernichten, ein unabänderlicher sein.**
Niemals werde ich mich von der Aufgabe entfernen, den Marxismus und seine Begleiterscheinungen aus Deutschland auszurotten. Niemals werde ich hier zu einem Kompromiß geneigt sein. **Einer muß hier Sieger sein: entweder der Marxismus oder das deutsche Volk.** Aber siegen wird das deutsche Volk! Wenn wir diese Versöhnung der Klassen herbeiführen, direkt oder indirekt, wollen wir weitergehen, dieses geeinte deutsche Volk wieder zu den ewigen Quellen seiner Kraft zu führen, wollen wir in der Erziehung unserer Kleinen den Glauben an Gott und den Glauben an unser Volk einpflanzen in die jungen Gehirne, und wollen dann weiter schreiten, wieder aufzubauen dieses Volk auf dem deutschen Bauer als dem Grundpfeiler jeden völkischen Lebens. Indem ich für die deutsche Zukunft kämpfe, muß ich kämpfen für die deutsche Scholle und muß kämpfen für den deutschen Bauern. Er gibt uns die Menschen in unsere Städte. Er ist die ewige Quelle seit Jahrtausenden gewesen, und er muß erhalten bleiben.
Und ich gehe dann weiter zum zweiten Pfeiler unseres Volkstums, zum deutschen Arbeiter, zu jenem deutschen Arbeiter, **der in der Zukunft kein Fremdling mehr sein soll und sein darf im Deutschen Reich, und den wir zurückführen wollen wieder in die Gemeinschaft unseres Volkes, für den wir die Tore aufsprengen werden, auf daß er mit einzieht in die deutsche Volksgemeinschaft als ein Träger der deutschen Nation.**
Und wir wollen dann weiter dem deutschen Geist die Möglichkeit seiner Entfaltung sichern, wollen den Wert der Persönlichkeit, die schöpferische Kraft des einzelnen wieder einsetzen in ihre ewigen Rechte, wollen **brechen mit allen Erscheinungen einer fauligen Demokratie** und an ihre Stelle setzen die ewige **Erkenntnis, daß alles, was groß ist, nur kommen kann aus der Kraft der Einzelpersönlichkeit, und daß alles, was erhalten werden soll, wieder anvertraut werden muß der Fähigkeit der Einzelpersönlichkeit.**
Bekämpfen wir die Erscheinungen unseres parlamentarisch-demokratischen Systems, so gehen wir damit sofort über zu einem zwölften Punkt: **der Wiederherstellung der Sauberkeit in unserem Volke,** Sauberkeit auf allen

Gebieten unseres Lebens, der Sauberkeit in unserer Verwaltung, der Sauberkeit im öffentlichen Leben, aber auch der Sauberkeit in unserer Kultur.
Wir wollen wiederherstellen vor allem die deutsche Ehre, wiederherstellen die Achtung vor ihr und das Bekenntnis zu ihr und wollen einbrennen in unsere Herzen das Bekenntnis zur Freiheit, wollen unser Volk damit aber auch wieder beglücken mit einer wirklichen deutschen Kultur, mit einer deutschen Kunst, mit einer deutschen Architektur, einer deutschen Musik, die uns die Seele wiedergeben soll.
Und wir wollen damit erwecken die Ehrfurcht vor der großen Tradition unseres Volkes, erwecken die tiefe Ehrfurcht vor den Leistungen der Vergangenheit, die demütige Erinnerung an die großen Männer der deutschen Geschichte. Wir wollen unsere Jugend wieder hineinführen in dieses herrliche Reich unserer Vergangenheit, das Wirken und Schaffen unserer Vorfahren; demütig soll sie sich beugen vor denen, die vor uns lebten und schufen, arbeiteten und wirkten, auf daß wir heute leben können. Und wir wollen diese Jugend vor allem erziehen zur Ehrfurcht vor denen, die einst das schwerste Opfer gebracht haben für unseres Volkes Leben und unseres Volkes Zukunft. **Denn was diese 14 Jahre auch verbrochen haben - das Schlimmste war, daß sie zwei Millionen Tote um ihr Opfer betrogen haben.** Und diese zwei Millionen, die sollen vor den Augen unserer Jugend sich wieder erheben als ewige Warner, als Forderer, als Zeugen des Opfers für die Nation. Wir wollen die Jugend erziehen zur Ehrfurcht vor unserem alten Heer, an das sie wieder denken soll, und in dem sie wieder die gewaltige Kraftäußerung der deutschen Nation, das Sinnbild der größten Leistung, die unser Volk je in seiner Geschichte vollbracht hat, sehen soll.
Damit wird dieses Programm der nationalen Wiedererhebung auf allen Gebieten des Lebens, **unduldsam gegen jeden, der sich gegen die Nation versündigt, Bruder und Freund jedem, der mitkämpfen will an der Wiederauferstehung seines Volkes, unserer Nation!**
Damit richte ich heute nun den letzten Appell an Sie, meine Volksgenossen. Am 30. Januar haben wir eine Regierung übernommen. **Schlimmste Zustände waren in unser Volk hineingebrochen. Wir wollen sie beheben und wir werden sie beheben!** So wie wir trotz allen Hohnes unserer Gegner in diesen 14 Jahren so weit gekommen sind, daß wir sie heute beseitigt haben, so werden wir auch die Folgen ihres Regimentes beseitigen. Um Gott und dem eigenen Gewissen Genüge zu tun, haben wir uns noch einmal an das deutsche Volk gewandt. Es soll selbst mithelfen, es soll nun selbst entscheiden.
Wenn dieses deutsche Volk uns in dieser Stunde verläßt, so möge uns der Himmel verzeihen: Wir werden den Weg gehen, der nötig ist, daß Deutschland nicht verkommt! Wir wollen, daß mit der Zeit der Wiedererhebung der deutschen Nation nicht nur einzelne Namen verknüpft sind, sondern der Name des deutschen Volkes selbst, daß eine Millionenbewegung hinter diese Regierung tritt, daß sie mithilft in ihrer Kraft und ihrem Willen, uns wieder zu stärken zu diesem großen und schweren Werk.
Ich weiß, daß, wenn heute sich die Gräber öffnen würden, die Geister der Vergangenheit, die einst für Deutschland stritten und litten und starben, würden emporschweben, und hinter uns würde heute ihr Platz sein. All die großen Männer unserer Geschichte - ich weiß, sie stehen hinter uns und sehen auf unser Werk und unser Wirken.
Vierzehn Jahre haben die Parteien des Zerfalls, des Novembers, der Revolution das Volk geführt und mißhandelt, vierzehn Jahre lang zerstört, zersetzt und aufgelöst. Es ist nicht vermessen, wenn ich heute vor die Nation hintrete und sie beschwöre:
Deutsches Volk! Gib uns vier Jahre Zeit - dann richte und urteile über uns! Deutsches Volk, gib uns vier Jahre, und ich schwöre dir, so wie wir und wie ich dieses Amt antrat, so will ich dann wieder gehen - ich tat es nicht um Gehalt und um Lohn, ich tat es um deiner selbst willen.
Es ist der schwerste Entschluß meines Lebens gewesen. Ich habe ihn gewagt, weil ich glaubte, daß es sein muß; ich habe ihn gewagt, weil ich überzeugt bin, daß

nun nicht mehr länger gezögert werden darf; ich habe ihn gewagt, weil ich der Überzeugung bin, daß endlich unser Volk doch wieder zur Besinnung kommen wird und daß, wenn es heute ungerecht urteilt und wenn Millionen uns verfluchen, sie einmal doch hinter uns marschieren werden, da sie einsehen werden: Er hat wirklich nur das Beste gewollt, obgleich es schwer war; kein anderes Ziel im Auge gehabt, als dem zu dienen, was uns das Höchste auf Erden ist. Denn ich kann mich nicht lossagen von dem Glauben an mein Volk, kann mich nicht lossagen von der Überzeugung, daß diese Nation wieder einst auferstehen wird; kann mich nicht entfernen von der Liebe zu diesem meinen Volk und **hege felsenfest die Überzeugung, daß einmal doch die Stunde kommt, in der die Millionen, die uns heute verfluchen, dann hinter uns stehen und mit uns begrüßen werden das gemeinsam geschaffene, mühsam erkämpfte und bitter erworbene neue Deutsche Reich der Größe und der Ehre und der Kraft, der Herrlichkeit und der Gerechtigkeit.**

Amen!"

Vier Jahre Zeit hat Adolf Hitler gefordert. Die vier Jahre sind nun um. Der nationalsozialistische Staat braucht nach diesen vier Jahren nicht schamhaft zu schweigen. Er kann dem deutschen Volke eine stolze Bilanz unterbreiten. Eine Bilanz, vor der kein Gebiet des Lebens unseres Volkes ausgeschlossen zu werden braucht.

Das, was in diesen vier Jahren in Deutschland geschaffen wurde, ist so vielfältig und so umfangreich, daß seine Darstellung nicht ein Buch, sondern eine ganze Bibliothek füllen würde. So kann es im Rahmen dieses Buches nur Aufgabe sein, einen Überblick über die wichtigsten Lebensgebiete und das, was auf ihnen geleistet wurde, zu geben. Allein schon dieser Überblick ist ein überwältigendes Dokument nationalsozialistischer Arbeit und nationalsozialistischer Politik.

Wenn einmal die Geschichte unseres Jahrhunderts geschrieben wird, dann werden diese ersten vier Jahre mehr Raum erfordern als Jahrzehnte früherer Jahrhunderte. Alle aber, denen das Schicksal es vergönnt hat, unsere Zeit in Deutschland tätig mitzuerleben, dürfen von einem unbändigen Stolz erfüllt sein, in einer Zeit gelebt zu haben, die Auftakt war zu einem neuen Jahrtausend deutscher Geschichte.

2. Von der Reichswehr zum Volksheer

Man schreibt den 4. November 1918, als zum ersten Male einem deutschen Offizier die Mütze vom Kopf geschlagen und der Degen zerbrochen wird. Im trüben Lampenlicht fällt die schwarzweißrote Kokarde in den Straßenschmutz. Daneben liegen die Offiziersachselstücke.

Und jubelnd wird die Parole weitergegeben: Nun ist der Weltfrieden ausgebrochen! Die Armeen aller Länder haben die rote Fahne gehißt! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Man schreibt den 11. November, eine Woche später, als die Waffenstillstandsbedingungen dem deutschen Volke bekannt werden. Danach sind abzuliefern:

5 000 - Geschütze (darunter 2 500 schwere und 2 500 Feldgeschütze)
25 000 – Maschinengewehre
3 000 – Minenwerfer
1 700 - Jagd- und Bombenflugzeuge, insbesondere alle Apparate D7 und alle für

nächtlichen Bombenwurf bestimmten Flugzeuge
5 000 – Lokomotiven
15 000 – Eisenbahnwagen
5 000 - Lastkraftwagen.

Eine Welle der Ernüchterung folgt den Tagen des roten Rausches. Aber dann treten die Schwätzer Ebert, Scheidemann, Barth, David, Cohn und andere als Volksbeauftragte vor das Volk hin und versprechen ihm eine goldene Zukunft.

Langsam strömen die deutschen Heere von den Fronten in die Heimat, versinkt die bewunderungswürdige Organisation, die die Welt sah, im Chaos. Nur ein Kern des Heeres übersteht diese Monate unter Führern, die mitten im Niederbruch den Kopf hochtragen.

Am 18. Januar 1919 beginnen im Spiegelsaal von Versailles, genau 48 Jahre nach dem Tag, an dem dort Bismarck das deutsche Kaiserreich ausrief, die Friedensverhandlungen. Sechs Monate lang schachert man um Artikel und Paragraphen. Von Woche zu Woche steigen die Ansprüche der "Sieger". Noch am 17. Februar 1919 will man Deutschland ein Heer von 300.000 Mann zugestehen. Am 3. März sind es nur noch 200.000 Mann. Am 10. März 140.000 Mann und wenige Stunden darauf ist man bei 100.000 Mann angelangt.

Noch immer ist das deutsche Volk im Taumel, ist die Zahl derer gering, die wieder wach geworden sind. Noch immer wird jede neue Ohrfeige von sogenannten Ministern und einer würdelosen Presse als Zärtlichkeit quittiert. Bis dann in den Junitagen die ganze furchtbare Konsequenz dieses unmenschlichen Vertrages dem Volke zum Bewußtsein kommt. Bis dann ein Aufschrei durch die Nation geht: Niemals! Niemals! Bis sogar ein Philipp Scheidemann zu dem Schwur sich aufschwingt, daß die Hand verdorren möge, die diesen Vertrag unterzeichnet. Dieser Schwur ist inzwischen in Erfüllung gegangen, denn die Hände derer sind verdorrt, die hier ein Volk für Generationen in die Sklaverei führten. Und der eitle, zahnlose Greis Scheidemann fristet sein Leben mit gestohlenen Gewerkschaftsgeldern jenseits der Grenzen des Deutschen Reiches.

Die militärischen Bestimmungen des Versailler Diktats

Das aber ist nur ein kleiner Ausschnitt aus all dem Furchtbaren, was allein der Teil V des Haßdiktats von Versailles auf militärischem Gebiete dem deutschen Volke auferlegte:

Artikel 160

Spätestens am 31. März 1920 darf das deutsche Heer nicht mehr als sieben Infanterie- und drei Kavallerie-Divisionen umfassen.

Von diesem Zeitpunkt ab darf die gesamte Iststärke des Heeres der sämtlichen deutschen Einzelstaaten nicht mehr als einhunderttausend Mann, einschließlich der Offiziere und der Depots, betragen.

Die Gesamtstärke an Offizieren, einschließlich der Stäbe, ohne Rücksicht auf deren Zusammensetzung, darf die Zahl Viertausend nicht übersteigen.

Der deutsche Große Generalstab und alle anderen ähnlichen Formationen werden aufgelöst und dürfen unter keiner Gestalt neu gebildet werden.

Artikel 168

Die Anfertigung von Waffen, Munition und Kriegsgerät aller Art darf nur in Werkstätten und Fabriken stattfinden, deren Lage den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte zur Kenntnisnahme mitgeteilt und von ihnen genehmigt worden ist. Die Regierungen behalten sich vor, die Zahl der Werkstätten und Fabriken zu beschränken.

Artikel 169

Binnen zwei Monaten nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages sind **die deutschen Waffen, Munitionsvorräte und das Kriegsgerät** einschließlich jeden Flugabwehrgerätes, die in Deutschland über die zugelassenen Mengen hinaus vorhanden sind, den Regierungen der alliierten und assoziierten Hauptmächte **zur Zerstörung oder Unbrauchbarmachung auszuliefern.** Dasselbe gilt für alle für die Anfertigung von Kriegsgerät bestimmten Werkzeugen und Maschinen, abgesehen von dem, was also notwendig für die Bewaffnung und Ausrüstung der zugelassenen deutschen Streitkräfte anzuerkennen ist.

Artikel 173

Die allgemeine Wehrpflicht wird in Deutschland abgeschafft.

Das deutsche Heer darf nur im Wege freiwilliger Verpflichtung aufgestellt und ergänzt werden.

Artikel 178

Alle Mobilmachungsmaßnahmen oder solche, die auf eine Mobilmachung hinzielen, sind untersagt.

In keinem Falle dürfen bei Truppenteilen, Behörden oder Stäben Stämme für Ergänzungsformationen vorhanden sein.

Folgender Waffenbestand wird der deutschen Armee zugestanden:

84 000 – Gewehre
18 000 – Karabiner mit je 400 Schuß
792 – schwere Maschinengewehre mit je 8 000 Schuß
1 134 - leichte Maschinengewehre mit je 8 000 Schuß
63 - mittlere Minenwerfer mit je 400 Schuß
189 – leichte Minenwerfer mit je 800 Schuß
204 - Geschütze zu 7,7 cm mit je 1 000 Schuß
84 - Haubitzen zu 10,5 cm mit je 800 Schuß

Das heißt, es wurde, um den Hohn voll zu machen, dieser Zwergarmee ein Munitionsbestand für bestenfalls zwei Kriegstage zugebilligt.

Die einst so stolze deutsche **Kriegsmarine** wurde durch **Artikel 181** des Versailler Vertrages auf folgenden Bestand beschränkt:

6 - Schlachtschiffe der „Deutschland“ oder „Lothringen“ Klasse
6 - kleine Kreuzer
12 - Zerstörer
12 - Torpedoboote
15 000 - Mann

Artikel 198 bestimmt:

"Deutschland darf Luftstreitkräfte weder zu Lande noch zu Wasser als Teil seines Heerwesens unterhalten."

Über die ungeheueren Leistungen beim Waffenstillstand hinaus mußte Deutschland abliefern oder zerstören:

A. Heer
59 897 Geschütze und Rohre,
130 558 Maschinengewehre,
31 470 Minenwerfer und Rohre,
6 007 000 Gewehre und Karabiner,
243 937 M.G.-Läufe,
28 001 Lafetten,
4 390 M.W.-Lafetten,
38 750 000 Geschosse,
16 550 000 Hand- und Gewehrgranaten,
60 400 000 scharfe Zünder,
491 000 000 Handwaffenmunition,
335 000 Tonnen Geschoßhülsen,
23 515 Tonnen Kartusch-Patronenhülsen,
37 600 Tonnen Pulver,
79 500 Munitionsleeren,
212 000 Fernsprecher,
1 072 Flammenwerfer,
31 Panzerzüge,
59 Tanks,
1 762 Beobachtungswagen,
8 982 drahtlose Stationen,
1 240 Feldbäckereien,
2 199 Pontons,
981,7 Tonnen Ausrüstungsstücke für Soldaten,
8 230 350 Sack Ausrüstungsstücke für Soldaten,
7 300 Pistolen und Revolver,
180 M.G.-Schlitten,
21 fahrbare Werkstätten,
12 Flak-Geschützwagen,
11 Protzen,
64 000 Stahlhelme,
174 000 Gasmasken,
2 500 Maschinen der ehemaligen Kriegsindustrie,
8 000 Gewehrläufe.

B. Luft:
15 714 Jagd- und Bombenflugzeuge,
27 757 Flugzeugmotoren.

C. Marine:
Zerstörtes, abgewracktes, versenktes oder ausgeliefertes Kriegsschiffmaterial der Marine:

26 Großkampfschiffe,
4 Küstenpanzer,
4 Panzerkreuzer,
19 kleine Kreuzer,
21 Schul- und Spezialschiffe,
83 Torpedoboote,
315 U-Boote.

Ferner unterlagen der Zerstörungspflicht: Fahrzeuge aller Art, Gaskampf- und zum Teil Gasschutzmittel, Treib- und Sprengmittel, Scheinwerfer, Visiereinrichtungen, Entfernungs- und Schallmeßgerät, optische Geräte aller Art, Pferdegeschirr, Schmalspurgerät, Felddruckereien, Feldküchen, Werkstätten, Hieb- und Stichwaffen, Stahlhelme, Munitionstransportmaterial, Normal- und Spezialmaschinen der Kriegsindustrie, sowie Einspannvorrichtungen, Zeichnungen dazu, Flugzeug- und Luftschiffhallen usw.

Die Artikel 203 bis 210 des Versailler Vertrages sehen die **Einrichtung eines raffinierten Überwachungssystems vor; Artikel 213 verpflichtet Deutschland zur Duldung jeglicher Untersuchungshandlung des Völkerbundes in militärischen Angelegenheiten.**

Deutschlands Wehrlosigkeit

4578 km lang ist Deutschlands Landgrenze. 1488 km beträgt die Seegrenze. Kein Land Europas hat so lange und so schwer zu verteidigende Grenzen. Und diese Grenzen sollen verteidigt werden?

Es entfallen in diesen Jahren auf je 10 km Grenze im Westen:

in Deutschland:		**in Frankreich:**
243	Mann	69 122
2	leichte Maschinengewehre	318
0,2	schwere Maschinengewehre	258
0,7	leichte Geschütze	23
keine	schwere Geschütze	25
keine	Kampfwagen	41
keine	Flugzeuge	36

An den übrigen Grenzen sieht es nicht besser aus.

Und Frankreich rüstet weiter. Von Jahr zu Jahr steigt sein Heeresetat. Deutschland zahlt. Zahlt für französische Rüstungen. Baut Festungen gegen das eigene Land.

Am 13. November 1930 spricht der französische Ministerpräsident Tardieu in der Kammer:

> "...Hinsichtlich der Abrüstungsfrage gibt es innerhalb des Völkerbundes eine Meinungsverschiedenheit zwischen Frankreich und Deutschland. Frankreich hält sich an den Friedensvertrag, der es Deutschland zur Pflicht macht, abzurüsten, während die Abrüstung für die Alliierten nur eine *Möglichkeit* ist..."

Der vierte der 14 Wilsonschen Punkte lautet:

> "Austausch angemessener Bürgschaften dafür, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden."

In der Note der Alliierten vom 16. Juni 1919 an Deutschland heißt es, daß die Bedingungen des Teiles V des Versailler Vertrages den ersten Schritt darstellen "zu der allgemeinen Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen, die die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Kriegsverhütung zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Aufgaben des Völkerbundes gehören wird." Tardieu besitzt sogar die Dreistigkeit, den Abbruch aller ehemaligen militärischen Gebäude in Deutschland für notwendig zu erklären.

Am 28. Juni 1919 haben der Sozialdemokrat Hermann Müller und der Zentrumsmann Dr. Bell ihre Unterschrift unter das Dokument gesetzt.

In der Weimarer Nationalversammlung weinen einige Zentrumspolitiker Krokodilstränen. Dann tröstet sich Herr Erzberger mit ihnen bei einem fröhlichen Umtrunk. Und niemand hört zu, als jemand ausrechnet, **daß drei Generationen fronen müssen, um die Reparationszahlungen zu leisten,** zu denen sich die sogenannte Reichsregierung verpflichtet hat, daß noch 10 Jahre lang fremde Soldaten auf deutschem Boden stehen werden, daß das Rheinland für alle Zeiten entmilitarisiert und jedem feindlichen Zugriff preisgegeben ist, und daß keine andere Macht daran denkt, die Versprechung Woodrow Wilsons in die Tat umzusetzen: nämlich abzurüsten.

In Berlin werden deutsche Offiziere auf dem Asphalt viehisch zertreten. In Berlin ist es inzwischen lebensgefährlich geworden, sich in der Uniform eines deutschen Soldaten zu zeigen. In den Hotels, in denen die Offiziere der feindlichen Militärmissionen abgestiegen sind, wo in Lack und Leder mit der Reitpeitsche in der Hand und in goldgestickten Käppis die "Sieger" stolzieren, geben feiste Judenweiber Blumensträuße mit roten Schleifchen ab. Voll Ekel wenden englische Offiziere sich ab.

In den Kasernen der wenigen Truppenteile, die Deutschland behalten darf, wirken fremde Überwachungskommissionen. Im Jahre 1924 findet eine neue Generalinspektion statt. 2067 Kontrollbesuche werden gemacht, um einwandfrei festzustellen, daß Deutschland wehrlos ist, wehrlos bis zum letzten Gamaschenknopf.

Hier und da haben beherzte Männer Waffen versteckt. Marxistische Polizei spürt die Waffenlager auf und liefert sie den Kontrollkommissionen aus. Und willige Gerichte schicken die viele Monate ins Gefängnis, die es wagen, Verteidigungswaffen zurückzubehalten.

Frankreichs Marxisten wünschen die bewaffnete Nation

Am 12. November 1930 erklärt der Genosse Leon Blum in der französischen Kammer: "...Wir wünschen die bewaffnete Nation!..." In Deutschland demonstrieren die Genossen gegen den Wehretat unter der Parole: Zerbrecht die Gewehre!

Am 28. Mai 1924 bringt die SPD im Deutschen Reichstag folgenden Antrag Müller (Franken) und Genossen ein:

§ 92 des Strafgesetzbuches enthält den folgenden dritten Absatz: Landesverrat im Sinne des Abs. 1, Nr. 1 begeht nicht, wer gesetzwidrige Zustände bekanntmacht, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden zu veranlassen.

Damit ist jeder Landesverrat legalisiert, denn jeder Landesverräter kann sich damit herausreden, daß er nur "gesetzwidrige Zustände" habe abstellen wollen.

In Deutschland verraten die Marxisten im Reichstag die Nation. In Deutschland hält dann am 16. Dezember 1926 Genosse Scheidemann im Reichstag eine Rede zum Wehretat, die selbst englische und französische Liberale als organisierten Landesverrat bezeichnen. Herr Scheidemann wirft im Deutschen Reichstag der Heeresleitung ganz offen Bruch des Versailler Vertrages vor und verrät selbst die primitivsten und kleinsten Hilfsmittel, deren sich, der Not gehorchend, die militärische Führung nun einmal bedienen mußte. Selbst die Kleinkalibergeschütz-Vereine werden von ihm als geheime Truppenteile verdächtigt und jede Waffen- und Munitionslieferung mit genauen Angaben der Öffentlichkeit preisgegeben.

In der französischen Kammer spielen diese **Angaben Scheidemanns** eine große Rolle. **Sie dienen dazu, den riesigen französischen Wehretat zu begründen,** der sich 1931/32 schließlich nach Angaben des französischen Kammerabgeordneten Professor Antonelli **auf 19,19 Milliarden Goldfranken gesteigert** hat. Ein Wehretat, wie ihn noch nie ein Land der Erde sah. Und selbst zur Begründung dieses Wehretats dient jene Landesverratsrede Scheidemanns vom Jahre 1926. Senator Eccard führt sie im November 1930 auf einer Kundgebung des Nationalkomitees für soziale und politische Studien erneut als den Beweis für geheime deutsche Aufrüstung an.

Um ein Panzerschiff

Am 3. September 1925 ist die Werft von Newcastle blumenbekränzt und mit Fahnen geschmückt. In Paradeaufstellung stehen die Besatzungen der Schiffe. Ein riesiger Schiffsleib gleitet in das feuchte Element. An seinem Bug trägt er den Namen des größten englischen Admirals: "Nelson". Das erste 40.000-Tonnen-Schlachtschiff der britischen Marine nach dem Weltkriege ist vom Stapel gelaufen. Nur drei Monate später folgt das Schwesterschiff, "Rodney". In den nächsten drei Jahren folgen weitere 15 schwere Kreuzer von je 10.000 Tonnen.

Auf den französischen Werften laufen in sieben Jahren sieben schwere 10.000-Tonnen-Kreuzer vom Stapel, modern und solid gebaut, eine außerordentliche Bereicherung der Seemacht beider Länder.

Am 27. März 1928 spricht man im Deutschen Reichstag über die Kiellegung des Panzerkreuzers A. Zum ersten Male soll den wenigen schwachen, überalterten Schiffen, die das Versailler Diktat Deutschland überließ, ein moderneres hinzugefügt werden. Der Reichswehrminister hat die gesamte Linke gegen sich. Herr Schiffsheizer Kuhnt von der SPD stellt "sachverständig" fest, daß mit unserer Marine doch nichts anzufangen sei, ein Kommunist verdächtigt, wie üblich, die deutsche Marine geheimer Absichten. Der Weisheit letzter Schluß ist dann die Rede des Abgeordneten Eisenberger vom Bayrischen Bauernbund:

> "...Man sagt, zum Schutze unseres Handels brauchen wir die Flotte. Meine Herren, ich meine, der Handel soll sich selber schützen. Die Zeiten des Seeräubertums sind ja vorüber, und der Bauer muß auch seine Kuhstalltür zumachen, damit ihm keine Ochsen daraus gestohlen werden." (Zurufe: Politik der offenen Tür.)

So geistreich sprach ein Vertreter des deutschen Volkes.

Ein Jahr ist dann noch die Panzerkreuzerfrage Agitationsobjekt der deutschen Marxisten. Damit haben sie den Marineleitungen anderer Länder so viel Agitationsstoff geliefert, daß es diesen leicht wird, ein großes Flottenneubauprogramm mit der Gefährlichkeit eines einzigen deutschen Panzerschiffes zu begründen.

In Genf ist inzwischen 1926 die vorbereitende Abrüstungskommission zusammengetreten. Das Ergebnis ihrer jahrelangen Bemühungen ist schließlich die überraschende Feststellung, daß Frankreich und alle übrigen Staaten bereits abgerüstet hätten. Und die Abrüstungskonferenz, die am 2. Februar 1932 zum ersten Male zusammentritt, kommt schließlich zu der verblüffenden Erkenntnis, daß Deutschlands Reichswehr eine Bedrohung des Friedens darstelle. Die Gleichberechtigung wird Deutschland auch weiterhin verweigert. Von wirklicher Abrüstung ist überhaupt nicht die Rede.

Die Wende

Der 30. Januar 1933 bringt die Wende. **Adolf Hitler stößt das Tor zur deutschen Freiheit auf.** Sofort werden Verhandlungen über eine Neugestaltung der deutschen Rüstung aufgenommen, die indessen auf so wenig Verständnis bei der Gegenseite stoßen, daß Deutschland gezwungen ist, sich endlich selbst sein Recht zu nehmen.

So kommt der Tag heran, an dem eine ganze Welt zum erstenmal sich bewußt wird, daß man ein 70-Millionen-Volk nicht ewig in Ketten halten kann, an dem eines der festesten Stahlbänder des Versailler Käfigs klirrend zerspringt.

Am 15. März 1935 kehrt der Führer überraschend aus der Stille der Berchtesgadener Alpen nach Berlin zurück. Noch am gleichen Abend findet eine lange Ministerbesprechung in der Reichskanzlei statt. Bis tief in die Nacht hinein brennt dann im Zimmer des Führers das Licht. Einer wacht, damit alle anderen ruhig schlafen können. Einer rüstet sich, eine ungeheure Verantwortung auf seine Schultern zu nehmen, damit alle anderen frei atmen können.

Am 16. März vormittags herrscht in der Reichskanzlei wiederum eifriges Kommen und Gehen. Irgend etwas liegt in der Luft. Man fühlt es schon überall. Um 1 Uhr tritt ein Ministerrat zusammen. Er beschließt das, was noch ein Jahr vorher in der ganzen Welt niemand für möglich gehalten hätte, was man für alle Zeiten abgeschafft glaubte:

Die allgemeine Wehrpflicht für Deutschland!

er Ministerrat beschließt eine Proklamation an das deutsche Volk und das "Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht vom 16. März 1935".

Eine amtliche Verlautbarung schildert den Eindruck dieser denkwürdigen Sitzung des Ministerrats:
"Der Eindruck, den die Proklamation auf die Mitglieder des Reichskabinetts gemacht hat, als der Führer und Reichskanzler sie zur Kenntnis gab, war groß. Die Mitglieder des Kabinetts erhoben sich spontan von ihren Plätzen, und der Reichswehrminister Generaloberst von Blomberg brachte ein dreifaches Heil auf den Führer aus, verbunden mit einem Gelöbnis der weiteren unverbrüchlichen Treue und Verbundenheit.

Die gleiche Begeisterung herrscht auch im deutschen Volke. Gleichzeitig mit der Betonung der Freude und der Glückseligkeit über die Wahrung der deutschen Sicherheit durch die nunmehr beschlossene Aufrüstung weiß das deutsche Volk sich eins mit seinem Führer in dem klaren Bekenntnis zum Frieden.

Mit der Proklamation und dem dazugehörenden Gesetz ist ein entscheidender Vorgang in der deutschen Geschichte erfolgt: nämlich die erste große Liquidationsmaßnahme des Versailler Diktates, durch die die wesentliche Schande dieses Vertrages endgültig gelöst worden ist."

Um 16 Uhr empfängt der Reichsminister Dr. Goebbels die Hauptschriftleiter der Berliner Zeitungen und gibt ihnen den Text des Gesetzes und den Aufruf der Reichsregierung bekannt. Atemberaubende Stille herrscht, als Reichsminister Dr. Goebbels die Proklamation und das Gesetz verliest. Diese Stille löst sich dann in einer spontanen Kundgebung der Begeisterung der deutschen Journalisten. Anschließend empfängt der Minister die Vertreter der Auslandspresse und macht ihnen klar, daß ausschließlich und allein die Politik der ehemaligen Feinde Deutschlands den Schritt der Reichsregierung vom 16. März notwendig gemacht hat. Der Bruch des Versailler Vertrages durch die Siegermächte, die Verweigerung der Durchführung der Abrüstungsverpflichtung, die dieser Vertrag auch für die anderen Mächte enthält.

Die Proklamation, der nichts hinzuzufügen ist, hat folgenden Wortlaut:

"An das deutsche Volk!

Als im November 1918 das deutsche Volk - vertrauend auf die in den 14 Punkten Wilsons gegebenen Zusicherungen - nach viereinhalbjährigem ruhmvollen Widerstand in einem Kriege, dessen Ausbruch es nie gewollt hatte, die Waffen streckte, glaubte es, nicht nur der gequälten Menschheit, sondern auch einer großen Idee an sich einen Dienst erwiesen zu haben. Selbst am schwersten leidend unter den Folgen dieses wahnsinnigen Kampfes, griffen die Millionen des deutschen Volkes gläubig nach dem Gedanken einer Neugestaltung der Völkerbeziehungen, die durch die Abschaffung der Geheimdiplomatie sowie der schrecklichen Mittel des Krieges veredelt werden sollte. Die geschichtlich härtesten Folgen einer Niederlage erschienen vielen Deutschen damit geradezu als notwendige Opfer, um einmal für immer die Welt von ähnlichen Schrecknissen zu erlösen. Die Idee des Völkerbundes hat vielleicht in keiner Nation eine heißere Zustimmung erweckt als in der von allem irdischen Glück verlassenen deutschen. Nur so war es verständlich, daß die in manchem geradezu sinnlosen Bedingungen der Zerstörung jeder Wehrmöglichkeit im deutschen Volke nicht nur angenommen, sondern von ihm auch erfüllt worden sind.

Das deutsche Volk und in Sonderheit seine damalige Regierungen waren überzeugt, daß durch die Erfüllung der im Versailler Vertrag vorgeschriebenen Entwaffnungsbestimmungen entsprechend der Verheißung dieses Vertrags der Beginn einer internationalen allgemeinen Abrüstung eingeleitet und verbürgt sein würde. Denn nur in einer solchen zweiseitigen Erfüllung dieser gestellten Aufgabe des Vertrages konnte die Berechtigung für eine Forderung liegen, die - einseitig auferlegt und durchgeführt - zu einer ewigen Verächtlichmachung und damit Minderwertigkeitserklärung einer großen Nation werden mußte. Damit aber konnte ein solcher Friedensvertrag niemals die Voraussetzung für eine wahrhaft innere Aussöhnung der Völker und einer dadurch herbeigeführten Befriedung der Welt, sondern nur für die Aufrichtung eines ewig weiterzehrenden Hasses sein.

Deutschland hat die ihm auferlegten Abrüstungsverpflichtungen nach den Feststellungen der interalliierten Kontrollkommission erfüllt."

Die Proklamation enthält dann noch einmal die Aufstellung der zerstörten und abgelieferten Waffen und Geräte, und fährt weiter fort:

"Nach dieser geschichtlich beispiellosen Erfüllung eines Vertrages hatte das deutsche Volk ein Anrecht, die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen auch von der anderen Seite zu erwarten. Denn:

1. Deutschland hatte abgerüstet.

2. Im Friedensvertrag war ausdrücklich gefordert worden, daß Deutschland abgerüstet werden müßte, um damit die Voraussetzung für eine allgemeine Abrüstung zu schaffen, d.h. es war damit behauptet, daß nur in Deutschlands Rüstung allein die Begründung für die Rüstung der anderen Länder läge.

3. Das deutsche Volk war damals sowohl in seinen Regierungen als auch in seinen Parteien von einer Gesinnung erfüllt, die den pazifistisch-demokratischen Idealen des Völkerbundes und seiner Gründer restlos entsprach. Während aber Deutschland als die eine Seite der Vertragsschließenden seine Verpflichtungen erfüllt hatte, unterblieb die Einlösung der Verpflichtung der zweiten Vertragsseite. Das heißt: Die hohen Vertragsschließenden der ehemaligen Siegerstaaten haben sich einseitig von den Verpflichtungen des Versailler Vertrages gelöst!

Allein nicht genügend, daß jede Abrüstung in einem irgendwie mit der deutschen Waffenzerstörung vergleichbaren Maße unterblieb, nein: es trat nicht einmal ein Stillstand der Rüstungen ein, ja im Gegenteil, es wurde die Aufrüstung einer ganzen Reihe von Staaten offensichtlich. Was im Kriege an neuen Zerstörungsmaschinen erfunden wurde, erhielt nunmehr im Frieden in methodisch-wissenschaftlicher Arbeit die letzte Vollendung.

Auf dem Gebiet der Schaffung mächtiger Landpanzer- sowohl als neuer Kampf- und Bombenmaschinen fanden ununterbrochene Verbesserungen statt. Neue Riesengeschütze wurden gebaut, neue Spreng-, Brand und Gasbomben entwickelt.
Die Welt aber hallte seitdem wider von Kriegsgeschrei, als ob niemals ein Weltkrieg gewesen und ein Versailler Vertrag geschlossen worden wäre.
Inmitten dieser hochgerüsteten und sich immer mehr der neuesten motorisierten Kräfte bedienenden Kriegsstaaten war Deutschland ein machtmäßig leerer Raum, jeder Drohung und jeder Bedrohung wehrlos ausgeliefert. Das deutsche Volk erinnert sich des Unglücks und Leides von 15 Jahren wirtschaftlicher Verelendung und politischer Demütigung.
Es war daher verständlich, wenn Deutschland laut auf die Einlösung des Versprechens auf Abrüstung der anderen Staaten zu drängen begann. Denn dieses ist klar:
Einen hundertjährigen Frieden würde die Welt nicht nur ertragen, sondern er müßte ihr von unermeßlichem Segen sein. Eine hundertjährige Zerreißung in Sieger und Besiegte

aber erträgt sie nicht.
Die Empfindung über die moralische Berechtigung und Notwendigkeit einer internationalen Abrüstung war aber nicht nur in Deutschland, sondern auch innerhalb vieler anderer Völker lebendig. Aus dem Drängen dieser Kräfte entstanden die Versuche, auf dem Wege von Konferenzen eine Rüstungsverminderung und damit eine internationale allgemeine Angleichung auf niederem Niveau in die Wege leiten zu wollen. So entstanden die ersten Vorschläge internationaler Rüstungsabkommen, von denen wir als bedeutungsvollen den Plan MacDonalds in Erinnerung haben.
Deutschland war bereit, diesen Plan anzunehmen und zur Grundlage von abzuschließenden Vereinbarungen zu machen.
Er scheiterte an der Ablehnung durch andere Staaten und wurde endlich preisgegeben.
Da unter solchen Umständen die dem deutschen Volke in der Dezember-Erklärung 1932 feierlich zugesicherte Gleichberechtigung keine Verwirklichung fand, sah sich die neue deutsche Reichsregierung als Wahrerin der Ehre und der Lebensrechte des deutschen Volkes außerstande, noch weiterhin an solchen Konferenzen teilzunehmen oder dem Völkerbund anzugehören.
Allein *auch nach dem Verlassen Genfs war die deutsche Regierung dennoch bereit, nicht nur Vorschläge anderer Staaten zu prüfen, sondern auch praktische Vorschläge zu machen.* Sie übernahm dabei die von den anderen Staaten selbst geprägte Auffassung, daß die Schaffung kurzdienender Armeen für die Zwecke des Angriffs ungeeignet und damit für die friedliche Verteidigung anzuempfehlen sei.
Sie war daher bereit, die langdienende Reichswehr nach dem Wunsche der anderen Staaten in eine kurzdienende Armee zu verwandeln. Ihre Vorschläge vom Winter 1933/34 waren praktische und durchführbare. Ihre Ablehnung sowohl als die endgültige Ablehnung der ähnlich gedachten italienischen und englischen Entwürfe ließen aber darauf schließen, daß *die Geneigtheit zu einer nachträglichen sinngemäßen Erfüllung der Versailler Abrüstungsbestimmungen bei den anderen Vertragspartnern nicht mehr bestand.*
Unter diesem Umständen sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, von sich aus jene notwendigen Maßnahmen zu treffen, die eine Beendigung des ebenso unwürdigen wie letzten Endes bedrohlichen Zustandes der ohnmächtigen Wehrlosigkeit eines großen Volkes und Reiches gewährleisten konnten.
Sie ging dabei von denselben Erwägungen aus, denen Minister Baldwin so wahren Ausdruck verlieh:
'Ein Land, das nicht gewillt ist, die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu seiner eigenen Verteidigung zu ergreifen, wird niemals Macht in dieser Welt haben, weder moralische noch materielle Macht.'
Die Regierung des heutigen Deutschen Reiches aber wünscht nur eine einzige moralische und materielle Macht, es ist die Macht, für das Reich und damit wohl auch für ganz Europa den Frieden wahren zu können.
Die deutsche Reichsregierung hat daher auch weiterhin getan, was in ihren Kräften stand und zur Förderung des Friedens dienen konnte.

1. Sie hat ihren Nachbarstaaten schon vor langer Frist den *Abschluß von Nichtangriffspakten angetragen.*
2. Sie hat mit ihrem östlichen Nachbarstaat, Polen, eine vertragliche Regelung gesucht und gefunden, die dank des großen entgegenkommenden Verständnisses, wie sie hofft, für immer die bedrohliche Atmosphäre, die sie bei ihrer Machtübernahme vorfand, entgiftet hat und zu einer dauernden Verständigung und Freundschaft der beiden Völker führen wird.
3. Sie hat endlich *Frankreich die feierliche Versicherung* gegeben, daß Deutschland nach der erfolgten Regelung der Saarfrage nunmehr *keine territorialen Forderungen mehr an Frankreich* stellen oder erheben wird. Sie glaubt damit, in einer geschichtlich seltenen Form die Voraussetzung für die Beendigung eines jahrhundertealten Streites zwischen zwei großen Nationen durch ein schweres politisches und sachliches Opfer geschaffen zu haben.
Die deutsche Regierung muß aber zu ihrem Bedauern ersehen, daß eine sich

fortgesetzt steigernde Aufrüstung der übrigen Welt stattfindet. Sie sieht in der Schaffung einer sowjetrussischen Armee von 101 Divisionen, d.h. 960.000 Mann zugegebene Friedens-Präsenzstärke, eine Gefahr, die bei der Abfassung des Versailler Vertrages nicht geahnt werden konnte.
Sie sieht in der Steigerung ähnlicher Maßnahmen bei den anderen Staaten weitere Beweise der Ablehnung der seinerzeit proklamierten Abrüstungsidee. Es liegt der deutschen Regierung fern, gegen irgendeinen Staat einen Vorwurf erheben zu wollen. Aber sie muß heute feststellen, daß durch nunmehr beschlossene Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Frankreich die Grundlagen der Schaffung kurzdienender Armeen zugunsten eines langdienenden Heeres aufgegeben worden sind.
Dies war aber mit ein Argument für die seinerzeit von Deutschland geforderte Preisgabe seiner Reichswehr.
Die deutsche Regierung empfindet es unter diesen Umständen als eine Unmöglichkeit, die für die Sicherheit des Reiches notwendigen Maßnahmen noch länger auszusetzen oder gar vor der Kenntnis der Mitwelt zu verbergen.
Wenn sie daher dem in der Rede des englischen Ministers Baldwin am 28. November 1934 ausgesprochenen Wunsch nach einer Aufhellung der deutschen Absichten nunmehr entspricht, dann geschieht es:

1. um dem deutschen Volk die Überzeugung und den anderen Staaten die Kenntnis zu geben, daß die Wahrung der Ehre und Sicherheit des Deutschen Reiches jetzt wieder der eigenen Kraft der deutschen Nation anvertraut wird;
2. aber, um durch die Fixierung des Umfanges der deutschen Maßnahmen jene Behauptungen zu entkräften, die dem deutschen Volk das Streben nach einer militärischen Hegemonie-Stellung in Europa unterschieben wollen.
Was die deutsche Regierung als Wahrerin der Ehre und der Interessen der deutschen Nation wünscht, ist, das Ausmaß jener Machtmittel sicherzustellen, die nicht nur für die Erhaltung der Integrität des Deutschen Reiches, sondern auch für die internationale Respektierung und Bewertung Deutschlands als eines Mitgaranten des allgemeinen Friedens erforderlich sind.

Denn in dieser Stunde erneuert die Deutsche Regierung vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischen Angriffs als vielmehr ausschließlich eine Bürgschaft seiner Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens bilden zu wollen.
Die deutsche Reichsregierung drückt dabei die zuversichtliche Hoffnung aus, daß es dem damit wieder zu seiner Ehre zurückfindenden deutschen Volke in unabhängig gleicher Berechtigung vergönnt sein möge, seinen Beitrag zu leisten zur Befriedung der Welt in einer freien und offenen Zusammenarbeit mit den anderen Nationen und ihren Regierungen.

In diesem Sinne hat die deutsche Reichsregierung mit dem heutigen Tage das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht
vom 16. März 1935.

Die Reichsregierung hat folgendes Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1
Der Dienst in der Wehrmacht erfolgt auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht.

§ 2
Das deutsche Friedensheer einschließlich der überführten Truppenpolizeien gliedert sich in 12 Korpskommandos und 36 Divisionen.

§ 3
Die ergänzenden Gesetze über die Regelung der allgemeinen Wehrpflicht sind durch den Reichswehrminister dem Reichsministerium vorzulegen.

Berlin, den 16. März 1935."

[Unterschriften des Führers und sämtlicher Mitglieder des Reichskabinetts.]

Ein Volk atmet auf

In den Zeitungsdruckereien herrscht Hochbetrieb. Jede Zeitung will die erste sein, die mit einer Extraausgabe dem Volke die Nachricht bringt. Um 18 Uhr sind die Extrablätter auf der Straße. Sie sind in wenigen Minuten ausverkauft. Man reißt sie den Händlern aus den Händen. Eine ungeheuere Welle der Begeisterung geht über das gesamte deutsche Volk. Und bald ist dann der Wilhelmsplatz schwarz von Menschen, branden immer wieder und wieder die Lieder der Nation gegen die Mauern, gesungen mit einer Inbrunst und Gläubigkeit, die nur vom 30. Januar übertroffen wird.

Telegraph und Telephon sind ebenfalls überlastet. Kabeltelegramm um Kabeltelegramm jagen die Journalisten der Auslandszeitungen heraus, und auf dem Berliner Haupttelegraphenamt stauen sich die Anfragen der ausländischen Redaktionen bei ihren Berliner Mitarbeitern.

Und so wie in Berlin sieht es in allen Städten Deutschlands aus. Überall die gleiche Freude und der gleiche Jubel.

Der 17. März ist der Heldengedenktag für die Gefallenen des Weltkrieges. Strahlende Sonne liegt an diesem Tage über Deutschland. Am Morgen haben alle Gebäude halbmast geflaggt. Um 12 Uhr mittags erscheint mit dem Reichskriegsminister Generaloberst von Blomberg und dem Generalfeldmarschall von Mackensen der Führer in der Staatsoper zur Heldengedenkfeier. Irgend jemand erinnert an die Inschrift, die das Gefallenendenkmal der 15. Ulanen in Düsseldorf trägt:

> "Wenn Tausend einen Mann erschlagen,
> das ist nicht Sieg, das ist nicht Ehr',
> Und heißen wird's in fernen Tagen:
> Gesiegt hat doch das deutsche Heer."

Ganz Berlin ist an diesem Tage auf den Beinen, und die Gegend um die Staatsoper herum, Schloßplatz und die Straße Unter den Linden sind ein brodelndes Menschenmeer.

Im Lustgarten sind die feldgrauen Kolonnen aufmarschiert, die nun zum ersten Male als Wehrmacht des jungen Dritten Reiches vor dem Führer vorbeimarschieren werden.

Nun spricht in der Staatsoper der Oberbefehlshaber der Wehrmacht und von nun an Reichskriegsminister. Erinnert daran, daß an diesem Tage den zwei Millionen toten deutschen Soldaten des Weltkrieges Genugtuung gegeben ist, daß eine starke deutsche Wehr nun wieder die deutsche Ehre schützt. Spricht von zahlreichen Ruhmestaten des alten deutschen Heeres und der alten deutschen Marine. Namen klingen auf: Flandern, Somme, Verdun, Tannenberg, Isonzo, Narew, Skagerrak, Coronel.

> "In allem unseren Tun, in allem Handeln und Dulden wollen wir aber nicht müde werden, uns des Opfertodes unserer gefallenen Brüder würdig zu erweisen. Wir müssen im Leben die gleiche Hingabe und Vaterlandsliebe beweisen, die sie uns im Sterben bewiesen. Wir wollen in dieser Stunde abschwören dem Ungeiste des Eigennutzes, der Selbstsucht und der Überheblichkeit. Wir wollen uns bekennen zu den Idealen eines starken, wehrhaften und stolzen Deutschlands, das nie mehr kapituliert und nie mehr seine Unterschrift unter Verträge und Abmachungen setzen wird, die seine Ehre, seine Sicherheit und sein Lebensrecht beeinträchtigen."

Dann tritt der Führer hinaus in die Sonnenflut. Über den Lustgarten hallen die Glocken des Domes. Der Präsentiermarsch klingt auf. Ein Offizier meldet dem Führer die Fahnenkompanie. Block um Block, Kompanie um Kompanie, Batterie um Batterie schreitet der Führer ab. In den Gesichtern der jungen Soldaten zuckt kein Muskel, aber ihre Augen sind voll Glück und Glauben. In diesem Augenblick wird symbolhaft das Walten des Schicksals klar, das einen unbekannten Soldaten aus jenem riesigen grauen Heere des Großen Krieges dazu ausersah, nach den Jahren der Schmach und des Niederganges seinem Volke den Weg in die Freiheit zu bahnen.

Dumpf wirbeln die Trommeln. Die Fahnen des Großen Krieges senken sich, und während Schuß um Schuß der Salutbatterie über den Lustgarten dröhnt, heften der Führer und seine Generale an die Feldzeichen der alten Armee das Ehrenkreuz des Weltkrieges.

Nun schreitet der Führer zum Ehrenmal und verweilt einige Minuten in ernstem Gedenken. Dann steigen die stolzen Fahnen der Nation auf Vollmast empor. Dann dröhnen die Trommeln und schmettern die Fanfaren. Und in wuchtigem Schritt kommt es vom Lustgarten heran: Zum ersten Male marschieren Teile des jungen grauen Heeres an ihrem Obersten Befehlshaber vorbei. Ein Schauer geht in diesem Augenblick über die Hunderttausende. Der Klang alter preußischer Märsche reißt nun alles mit. Jede Absperrung wird überschwemmt. Und breite Menschenströme wogen neben den grauen Kolonnen her. Berlin gibt seinen Soldaten das Geleit.

Als am Abend der Führer nach München zurückkehrt, da bereitet ihm die Hauptstadt der Bewegung spontan einen triumphalen Empfang. Weit draußen vom Flugplatz Oberwiesenfeld bis zum Hotel "Vier Jahreszeiten", wo der Führer vorübergehend Wohnung genommen hat, ein einziges dichtes Spalier, eine einzige inbrünstige Jubelkundgebung.

Dort, wo am 9. November 1923 16 Kämpfer beispielhaft ihr Leben für die Nation gaben, an der Feldherrnhalle, legt der Führer einen großen Kranz für alle Gefallenen Deutschlands nieder. Ein Vorbeimarsch aller Münchner Formationen beschließt den Tag.

Das deutsche Wehrgesetz

Am 21. Mai 1935 erläßt die Reichsregierung das deutsche Wehrgesetz, unter dem sich nun der Aufbau der neuen Wehrmacht vollzieht. Seine drei Hauptbestimmungen lauten:

§ 1

1. Wehrdienst ist Ehrendienst am deutschen Volke.
2. Jeder deutsche Mann ist wehrpflichtig.
3. Im Kriege ist über die Wehrpflicht hinaus jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau zur Dienstleistung für das Vaterland verpflichtet.

§ 2

Die Wehrmacht ist der Waffenträger und die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes. Sie besteht aus:
dem Heere,
der Kriegsmarine,
der Luftwaffe.

§ 3

1. Oberster Befehlshaber der Wehrmacht ist der Führer und Reichskanzler.
2. Unter ihm übt der Reichskriegsminister als Oberbefehlshaber der Wehrmacht Befehlsgewalt über die Wehrmacht aus.

Die Dauer der aktiven Wehrpflicht bei den drei Wehrmachtsteilen wird einheitlich auf ein Jahr festgelegt.

Am 24. August 1936 erweitert der Führer die aktive Dienstpflicht auf 2 Jahre durch folgenden Erlaß:

Der Führer und Reichskanzler hat folgenden Erlaß über die Dauer der aktiven Dienstpflicht in der Wehrmacht vom 24. August 1936 unterzeichnet:
Zum § 8 des Wehrgesetzes vom 21. 5. 1935 (RGBl. I S. 609) verordne ich unter Aufhebung meines Erlasses vom 22. 5. 1935 (RGBl. I S. 614):
Die Dauer der aktiven Dienstpflicht bei den drei Wehrmachtsteilen wird einheitlich auf zwei Jahre festgesetzt.
Der Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht erläßt die erforderlichen Ausführungs- und Übergangsbestimmungen.
Berchtesgaden, den 14. August 1936.

Adolf Hitler.
v. Blomberg.

Dazu schreibt die Nationalsozialistische Parteikorrespondenz:

"Während in Berlin das große olympische Fest des Friedens stattfand und Deutschland glücklich war, seinen Gästen einen Einblick geben zu können in die Ruhe und Ordnung des heutigen Reiches, bebt die Welt an zahlreichen Stellen unter den Schrecknissen blutiger Bürgerkriege und wilder Wirtschaftskämpfe.
Eine ziffernmäßig kleine, aber im Solde ihrer rassischen Verfilzung einen mächtigen Einfluß ausübende internationale Hetzgruppe versucht, die Welt in das Chaos des kommunistischen Zusammenbruchs zu stürzen.
Ungeheuer sind dabei die Rüstungen, die den bolschewistischen Militarismus in die Lage setzen sollen, dieser Aufgabe zu genügen.
Wenn nun ein bolschewistischer Machthaber in zynischer Offenheit erklärt, daß es die Aufgabe der bolschewistischen Armee auch sein wird, unter Umständen jenen

Ländern, die der inneren bolschewistischen Hetze standhalten würden, durch den Eingriff der Roten Armee von außen her die Revolution zu bescheren, so wird das nationalsozialistische Deutschland einer solchen Ankündigung gegenüber genau so wenig kapitulieren, wie es einst nicht kapituliert hat gegenüber den Drohungen der von Moskau bezahlten Hetzer in Deutschland selbst.
So wie die nationalsozialistische Partei der deutschen Nation den inneren Frieden bewahrt, so wird die nationalsozialistische Armee dem Reiche den äußeren Frieden sichern.
Die Geschichte hat uns belehrt, daß es besser ist, für diesen Frieden - wenn notwendig - große Opfer zu bringen, als im bolschewistischen Chaos zu versinken.
Gegenüber dem Sowjetimperialismus und seiner militaristischen Bedrohung wird das nationalsozialistische Deutschland als Wächter seines eigenen Friedens und damit als Schützer seiner Kultur jene Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um die Freiheit und Unabhängigkeit der Nation unter allen Umständen zu garantieren."

Das deutsch-englische Flottenabkommen

Am 18. Juni 1935 wird zum ersten Male seit dem Weltkriege ein militärischer Vertrag zwischen dem Deutschen Reiche und einer anderen Nation geschlossen. Dieser Vertrag ist der erste wirkliche Beitrag zur Rüstungsbegrenzung und gibt gleichzeitig der deutschen Kriegsmarine die notwendige Freiheit. Botschafter von Ribbentrop bestätigt in einem Briefe an den englischen Außenminister Sir Samuel Hoare den Inhalt des deutsch-englischen Flottenabkommens. Dadurch wird die künftige Stärke der deutschen Flotte gegenüber der Gesamtflotte des englischen Weltreiches im Verhältnis von 35:100 festgesetzt. Hinsichtlich der Unterseeboote hat das Deutsche Reich jedoch das Recht, eine der gesamten Unterseeboottonnage der Mitglieder des britischen Weltreichs gleiche Unterseeboot-Tonnage zu besitzen, ohne jedoch das Stärkeverhältnis von 35:100 hinsichtlich der Gesamttonnage zu überschreiten. Die Regierung des Deutschen Reiches verpflichtet sich, ohne Verhandlungen mit der englischen Regierung über den Prozentsatz von 45 vom Hundert der englischen Unterseeboot-Tonnage nicht hinauszugehen.

Wenige Monate später liegen zum ersten Male seit dem Weltkrieg wieder deutsche Unterseeboote auf der Kieler Förde, fügen auf den deutschen Kriegsschiffwerften wieder Schweiß- und Nietapparate Panzerplatte an Panzerplatte zu stolzen Schiffen, die Deutschlands Küsten zu schützen bestimmt sind.

Die englische Regierung bringt zum Ausdruck, daß die Einigung, zu der sie nunmehr mit der Regierung des deutschen Volkes gelangt ist und die sie als eine vom heutigen Tage ab gültige, dauernde und endgültige Einigung zwischen den beiden Regierungen ansieht, den Abschluß eines zukünftigen allgemeinen Abkommens über eine Rüstungsbegrenzung zwischen allen Seemächten der Welt erleichtern wird.

17 Jahre nach jenen Tagen, an denen das stolze deutsche Heer in den Stürmen der Novemberrevolte zerspellte, 16 Jahre nach Abschluß des Vertrages, der Deutschland für alle Zeiten in Ketten zu schlagen bestimmt war, schützt wieder eine starke Armee Deutschlands Grenzen, eine von den Versailler Fesseln befreite Flotte die deutschen Küsten:

brach Adolf Hitler dem deutschen Volke die Bresche in die Freiheit!

3. Los von Versailles!

Versailles, 28. Juni. Die Zeremonie der Unterzeichnung im Spiegelsaale zu Versailles begann heute nachmittag 3 Uhr. Nachdem sämtliche Delegierte der alliierten und assoziierten Mächte ihre Plätze eingenommen hatten, wurden die deutschen Delegierten in den Saal geleitet und zu den für sie bestimmten Plätzen geführt. Der Vorsitzende der Friedenskonferenz *Clemenceau* erhob sich und erklärte, nachdem die Bedingungen der allierten und assoziierten Mächte von den Deutschen angenommen seien, ersuche er die deutschen Bevollmächtigten das Friedensdokument zu unterzeichnen. Er hob hervor, die Unterzeichnung des Friedensvertrages bedeute, daß die Bedingungen in loyaler Weise eingehalten werden müßten. *Um 3 Uhr 12 Minuten unterschrieben die Reichsminister Hermann Müller und Dr. Bell als erste den Friedensvertrag.* Hierauf unterschrieben der Reihe nach die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte. Kurz vor 4 Uhr war der Akt beendet. Clemenceau hob die Sitzung mit der Erklärung auf, der Friede sei geschlossen. Er ersuche die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte zu warten, bis die deutschen Bevollmächtigten sich entfernt hätten. Die Militärmission werde die deutsche Delegation in das Hotel des Reservoirs zurückleiten. Die deutschen Bevollmächtigten verließen hierauf als erste den Saal und begaben sich auf demselben Wege, auf dem sie gekommen waren, sofort in das Hotel des Reservoirs zurück.

So begann Versailles. Die Männer, die damals ihre Unterschrift unter das Dokument setzten, führten nur zu Ende, was ihre Genossen angefangen hatten. "Die Sitzredakteure der Weltgeschichte", so hat man Hermann *Müller* und Dr. *Bell* damals mit Recht benannt. Bezeichnend ist aus jenen Tagen der tiefsten deutschen Schmach die Erkenntnis, daß jene Männer, die die Novemberrevolte herbeigeführt hatten, die später sich in all den Jahren als Helden der Revolution feiern ließen, zu feige und zu jämmerlich waren, zu Ende zu führen und damit vor dem Volke zu verantworten, was sie am 9. November 1918 begonnen hatten. So trat vor der entscheidenden Abstimmung der Weimarer Nationalversammlung *Philipp Scheidemann* zurück, sprach davon, daß die Hand verdorren möge, die diesen Vertrag unterzeichnen werde, und schickte dann seinen Genossen und Revolutionskollegen Hermann Müller vor und beschwor auf ihn den alttestamentarischen Fluch herab, den er großsprecherisch vorher in die Massen geschleudert hatte.

Dem Abgeordneten *Haase von der USPD.* blieb es vorbehalten, den Büttel für die Entente zu machen und in der Nationalversammlung eine große Tirade für die Unterzeichnung des Versailler Vertrages loszulassen, nach dem Zentrum und SPD. mit vielen Vorbehalten wie immer nur der Gewalt wichen und sich zur Unterzeichnung des Vertrages bereit erklärt hatten. Dieser Genosse Haase bekam es weiter fertig, folgendes zu erklären:

> **"Wir haben die volle Zuversicht und sind durch die lebhafte soziale Bewegung in den genannten Staaten in dieser Zuversicht gestärkt worden, daß der Friedensvertrag schließlich durch die Solidarität des internationalen Proletariats, das überall zur Herrschaft kommen wird, abgeändert werden wird. Dem Ententekapitalismus können wir mit Fug und Recht zurufen: Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!"**

Das Charakterbild der Parlamentarier der November-Revolution ist so geblieben bis zum letzten Tag ihres Bestehens. Sie haben immer sich jedem Druck gefügt, waren nach innen großsprecherisch, nach außen feige und - bildlich gesprochen - an Prügel gewöhnt, sahen immer nur die nach ihrer Meinung rosige Seite aller Dinge und schwärmten für Silberstreifen und Weltrevolution. Sie waren zum Teil harmlose Ideologen aus Wolkenkuckucksheim, noch dümmer, als die Polizei es erlaubte, glaubten alles und fielen auf alles herein, zum anderen Teil gerissene und geriebene Geschäftsmänner, die in jeder

Situation wie Fettaugen auf der Brühe schwammen und die überall ohne Grundsätze und ohne Charakter für sich persönlich das Beste herauszuholen verstanden. So wie diese Parlamentarier sah die ganze deutsche Außenpolitik von 1918 bis zum 30. Januar 1933 aus. Scheinerfolge waren stets teuer erkauft und standen in gar keinem Verhältnis zu ihrem Kaufpreis.

Es war kein Wunder, daß in den Monaten vor der Machtübernahme durch den nationalsozialistischen Staat, als die Reparationszahlungen zunächst einmal aufgehört hatten, harmlose Parlamentarier zum 25. Mal von einer nun kommenden Wiedergewinnung der Großmachtstellung Deutschlands träumten. Daß das Aufhören der Reparationszahlungen mit der Verarmung des deutschen Volkes, der Arbeitslosigkeit von Millionen und dem wirtschaftlichen Zusammenbruch erkauft worden war, daß es bei der Schwäche Deutschlands den sogenannten Siegermächten jederzeit freistand, Deutschland erneut zur Wiederaufnahme der Reparationszahlungen zu zwingen, das vergaßen sie nur allzugern. Sie waren sehr bescheiden und froh, wenn man sie bei ihren Reisen ins Ausland auch leben ließ, vielleicht einmal sogar freundlich guten Tag sagte und von ihnen mit einem wohlwollenden Lächeln Notiz nahm. Ein Jahr lang tagte die *Abrüstungskonferenz,* versprach mit einem Wechsel auf ferne Zeiten Deutschland die *Gleichberechtigung,* ließ diesem Versprechen aber nie die Tat folgen.

Am 11. Dezember 1932 gaben die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens die Erklärung ab, "daß einer der Grundsätze, die die Konferenz leiten soll, darin bestehen muß, Deutschland und den anderen durch Vertrag abgerüsteten Staaten die Gleichberechtigung zu gewähren in einem System, das allen Nationen Sicherheit bietet".

Daß dieses System nie gefunden werden würde, war jedem klar, der Genfer Praktiken eine Reihe von Jahren verfolgt hat. Diejenigen, die als Vertreter eines schwachen und verarmten Deutschlands in Genf auftraten, sprachen in den Wind. Man hörte sie kaum an, und nie waren Taten die Folge solcher Forderungen. So schuf die Genfer Liga selbst die Lage, in der Deutschland gezwungen war, ihr den Rücken zu kehren.

Adolf Hitlers Kampf um den Frieden der Welt

Als Adolf Hitler die Macht übernahm, fand er auf dem Gebiet der Außenpolitik nur Fesseln vor, aber nirgends einen Anlaß zu irgendeiner Besserung oder aktiveren Gestaltung der deutschen Außenpolitik. Der Führer hat Jahr um Jahr immer wieder in seinen großen Reden sein außenpolitisches Wollen dargelegt, den anderen Nationen immer wieder die Hand zur Zusammenarbeit hingestreckt und praktische Möglichkeiten für diese Zusammenarbeit aufgezeigt. Wer heute die Grundsätze nationalsozialistischer Außenpolitik in den ersten vier Jahren nationalsozialistischer Staatsführung studieren will, der braucht nur die großen außenpolitischen Reden des Führers dieser Jahre lesen. Sie sind geradezu ein Leitfaden für den Kampf Deutschlands um seine außenpolitische Befreiung und die Befriedung Europas.

Am 23. März 1933 hat Adolf Hitler im Deutschen Reichstag erklärt:

> **"Deutschland wartet seit Jahren vergebens auf die Einlösung des uns gegebenen Abrüstungsversprechen der anderen. Es ist der aufrichtige Wunsch der nationalen Regierung, von einer Vermehrung des deutschen Heeres und unserer Waffen absehen zu können, sofern endlich auch die übrige Welt geneigt ist, ihre Verpflichtungen zu einer radikalen Abrüstung zu vollziehen. Denn Deutschland will nichts als gleiche Lebensrechte und gleiche Freiheit. Das deutsche Volk will mit der Welt in Frieden leben. Die Reichsregierung wird aber gerade deshalb mit allen Mitteln für die endgültige Beseitigung der Trennung der Völker der Erde**

in zwei Kategorien eintreten. Die Offenhaltung dieser Wünsche führt den einen zum Mißtrauen, den anderen zum Haß und damit zu einer allgemeinen Unsicherheit. Die nationale Regierung ist bereit, jedem Volk die Hand zu aufrichtiger Verständigung zu reichen, das gewillt ist, die traurige Vergangenheit einmal grundsätzlich abzuschließen..."

Am 17. Mai 1933 steht der Führer erneut vor dem Reichstag, und das, was er sagt, ist das Programm des nationalsozialistischen Deutschlands auf dem Gebiete der Außenpolitik. Er fordert *Revision des Versailler Vertrages* und seine Ersetzung durch ein wirklich dauerhaftes Vertragswerk, dessen Aufgabe es nicht ist, Wunden zu reißen oder vorhandene offen zu halten, sondern Wunden zu schließen und zu heilen.

Unter erneuter Anmeldung des deutschen Anspruches auf Gleichberechtigung *erklärt der Führer* zugleich die Bereitschaft, von dieser *Gleichberechtigung* nur in einem durch Verhandlungen festzustellenden Umfange Gebrauch zu machen und *nötigenfalls eine Übergangsperiode von fünf Jahren für die Herstellung einer nationalen Sicherheit* anzunehmen, in der Erwartung, daß nach dieser Zeit die wirtschaftliche Gleichstellung Deutschlands mit den anderen Staaten erfolgt. Der Führer erklärt gleichzeitig *Deutschlands* grundsätzliche *Bereitschaft zum Verzicht auf Angriffswaffen,* wenn innerhalb eines bestimmten Zeitraums die anderen Nationen ihre Angriffswaffen vernichteten und durch eine internationale Konferenz ihre Anwendung verboten würde. Die *Anregung Mussolinis,* ein enges Arbeits- und Vertrauensverhältnis der großen europäischen Mächte England, Frankreich, Italien und Deutschland herbeizuführen, begrüßt der Führer ebenso herzlich wie den *vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt am 16. Mai 1933 gemachten Vorschlag,* durch Abrüstungs- und Nichtangriffsverpflichtung den Frieden der Welt zu sichern, zumal als Grund für die umfassenden Rüstungen anderer Staaten nie die Furcht vor einer deutschen Invasion vorgeschoben werden könne.

"Deutschland ist bereit, jedem feierlichen Nichtangriffspakt beizutreten, denn Deutschland denkt nicht an einen Angriff, sondern an seine Sicherheit. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk werden sich aber unter keinen Umständen zu irgendeiner Unterschrift nötigen lassen, die eine Disqualifizierung Deutschlands bedeuten würde. Der Versuch, dabei durch Drohungen auf Regierung und Volk einzuwirken, wird keinen Eindruck zu machen vermögen. Es ist denkbar, daß man Deutschland gegen jedes Recht und gegen jede Moral vergewaltigt, aber es ist undenkbar und ausgeschlossen, daß ein solcher Akt von uns selbst durch eine Unterschrift Rechtsgültigkeit erhalten könnte. Als dauernd diffamiertes Volk würde es uns auch schwer fallen, noch weiterhin dem Völkerbund anzugehören."

Die Beharrung auf dem unumstößlichen Grundsatz der Gleichberechtigung und die immer wieder bekundete Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen Völkern sind die beiden Pole der deutschen Außenpolitik von 1933 bis heute geblieben. Wenn von dieser Bereitwilligkeit nicht in noch stärkerem Maße Gebrauch gemacht wurde, so ist das nicht die Schuld des deutschen Volkes und der Regierung Adolf Hitlers, wie es ebenso nicht Deutschlands Schuld ist, daß man in verschiedenen Nationen die Bedeutung der deutschen Erklärungen nicht begreifen wollte, um sich den Rückwirkungen dieser Erklärungen auf die europäische Politik und auf die Rüstungen zu entziehen. Den Schaden, der aus dieser Einstellung erwuchs, haben alle Völker tragen müssen, ohne ihren Regierungen die Rechnung dafür einreichen zu können. Man war in den europäischen Hauptstädten zu lange gewohnt, mit einem schwachen und führerlosen Deutschland nach Willkür zu verfahren und wollte zunächst noch nicht glauben, daß diese Zeit mit dem Jahre 1933 zu Ende sein sollte. Man hätte sonst vielleicht früher in die dargebotene Hand Deutschlands eingeschlagen.

Austritt aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund

So bleibt schließlich nichts weiter übrig, als die Ankündigung des Führers vom 17. Mai 1933 wahr zu machen. **Am 14. Oktober 1933 verläßt Deutschland die Abrüstungskonferenz und erklärt anschließend seinen Austritt aus dem Völkerbund.** Gleichzeitig mit diesem Schritt aber wird erneut die Bereitwilligkeit der deutschen Reichsregierung und des deutschen Volkes betont,

> **"...durch den Abschluß kontinentaler Nichtangriffspakte auf längste Sicht den Frieden Europas sicherzustellen, seiner wirtschaftlichen Wohlfahrt zu dienen und am allgemeinen kulturellen Aufbau teilzunehmen."**

Im Hinblick auf Frankreich erklärt der Führer am gleichen Tag in seiner Rundfunkrede:

> **"Es würde ein gewaltiges Ereignis für die ganze Menschheit sein, wenn die beiden Völker einmal für immer die Gewalt aus ihrem gemeinsamen Leben verbannen möchten.**
> **Das deutsche Volk ist dazu bereit."**

Praktische Friedenstaten gegen Genfer Theorie

Schon kurze Zeit darauf wird der vom Führer aufgestellte außenpolitische Grundsatz der direkten Verhandlungen von Staat zu Staat in die Tat umgesetzt. Am 26. Januar 1934 schließt Adolf Hitler mit der *polnische Regierung* einen *zehnjährigen Nichtangriffspakt.* So wird einer der *gefährlichsten Konfliktherde Europas* durch einen *entscheidenden Schritt des Führers beseitigt* und damit dem gesamten europäischen Frieden gedient.

Zum ersten Male siegt die *praktische Tat* über die *Genfer Theorien.*

Trotz des Austritts aus der Abrüstungskonferenz und dem Völkerbund versucht Deutschland zunächst weiter, auf dem Verhandlungswege die Gleichberechtigung insbesondere auch in militärischer Hinsicht zu erlangen. Deutschland erhebt die *Forderung auf ein 300.000-Mann-Heer* mit entsprechender Ausrüstung als Verteidigungsarmee angesichts der Deutschland umgebenden hochgerüsteten Staaten.

Die Episode der Einkreisungsreisen

In diesem Augenblick wittert Frankreich Gefahr für sein zur Niederhaltung Deutschlands aufgerichtetes System. Es beginnt das groß angelegte französische Spiel, das darauf abzielt, die Gleichberechtigung Deutschlands zumindest so lange hintanzuhalten, bis es gelungen sein würde, entweder Deutschland in ein neues Paktsystem hineinzuziehen oder aber Deutschland durch ein anderes Paktsystem bis zur Bewegungsunfähigkeit einzukreisen. Am 17. April 1934 finden die *Rüstungsverhandlungen* ihren dramatischen Abschluß mit *Barthous "Nein"* zu den deutschen Vorschlägen über die Erhöhung des Heeres auf 300.000 Mann.

Die französische Paktmaschine läuft auf Hochtouren. *Barthou macht Einkreisungsreisen* nach Brüssel, Warschau, Prag, Bukarest und Belgrad, bereitet eine Reise nach Rom vor und hält enge Fühlung mit London. *Die Sowjetunion wird in das französische Paktsystem mit einbezogen* und für die europäische Politik salonfähig gemacht. Der Vorschlag eines Ostpaktes wird in die Debatte geworfen und Deutschland, Polen und Sowjetrußland zur

Beteiligung aufgefordert. **Sowjetrußland wird auf Betreiben Frankreichs in den Völkerbund aufgenommen.**

Die Bilanz dieser Bemühungen ist die Erkenntnis, daß *Frankreich die dargebotene Hand Deutschlands nicht will,* sondern *auf der Sicherung seiner Vorherrschaft über Deutschland* und der Niederhaltung des Deutschen Reiches *beharrt* und für die Durchführung dieser Politik alles zu tun bereit ist.

Die Saar wird frei

Das Jahr 1935 beginnt politisch mit einem außerordentlich freudigen Ereignis für Deutschland. In der *Saarabstimmung* bekennen sich *477.199 Menschen oder 90,5%* der Wahlberechtigten *zum Deutschen Reich.* Die Saar kehrt heim! Zwei Tage später erklärt der Führer in seinem Dank an die Saarbewohner:

> **"Eure Entscheidung, deutsche Volksgenossen von der Saar, gibt mir heute die Möglichkeit, als unseren opfervollen geschichtlichen Beitrag zu der so notwendigen Befriedung Europas die Erklärung abzugeben, daß nach dem Vollzug Eurer Rückkehr das Deutsche Reich keine territorialen Forderungen an Frankreich mehr stellen wird...**
>
> **Unser aller Wille ist es, daß dieses deutsche Ende eines so traurigen Unrechts zu einer höheren Befriedung der europäischen Menschheit beitragen möge; denn so groß und unbedingt unsere Entschlossenheit ist, Deutschland die Gleichberechtigung zu erringen und zu sichern, so sind wir gewillt, uns dann nicht jenen Aufgaben zu entziehen, die zur Herstellung einer wahren Solidarität der Nationen gegenüber den heutigen Gefahren und Nöten erforderlich sind."**

Und am folgenden Tage führt Adolf Hitler in einer Unterredung mit einem englischen Journalisten aus:

> "Ich spreche zwei Bekenntnisse offen aus:
>
> **1. Deutschland wird von sich aus niemals den Frieden brechen, und**
>
> **2. wer uns anpackt, greift in Dornen und Stacheln. Denn ebenso, wie wir den Frieden lieben, lieben wir die Freiheit."**

Barthou ist tot; das Attentat auf König Alexander von Jugoslawien am 9. Oktober 1934 kostete auch ihm das Leben. Die Linie der französischen Außenpolitik ist jedoch durch ihn bereits so festgelegt, daß auch seine Nachfolger wenig mehr daran zu ändern vermögen. Sie führt zwangsläufig zur Selbstbefreiung Deutschlands aus den Fesseln des Versailler Vertrages und zur Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität.

Am 7. Januar 1935 unterzeichnen Mussolini und Laval in Rom ein Protokoll, durch das Italien in das französische Paktsystem gegen Deutschland einbezogen wird unter Zugeständnissen und Versprechungen in Afrika, aus denen sich praktisch später der italienisch-abessinische Krieg entwickelt. Am 3. Februar 1935 wird Deutschland das französisch-englische Londoner Protokoll vorgelegt, in dem auch der *Abschluß eines Luftpaktes zwischen Frankreich, England, Italien, Deutschland und Belgien angeregt wurde.* In diesem Protokoll wird noch einmal der Versuch gemacht, Deutschland vor eigenen Schritten zur Erzielung seiner Gleichberechtigung zurückzuhalten. Bezüglich der deutschen Gleichberechtigung bringt das Protokoll jedoch nichts Neues, sondern versucht wiederum, auf der Basis vom Dezember 1932 Deutschland die Gleichberechtigung im Rahmen eines sogenannten Sicherheitssystems auf längere Sicht in Aussicht zu stellen und Deutschland zunächst erst einmal wieder ohne jede Gegenleistung in den Völkerbund

hineinzubringen. Es wird alles getan, jede eigene Initiative Deutschlands zur Herbeiführung weiterer zweiseitiger Vereinbarungen mit anderen Staaten zu verhindern.

Wieder allgemeine Wehrpflicht

Als dann Frankreich seine militärische Kraft durch Einführung der zweijährigen Dienstzeit noch weiter vermehrt, da ist Deutschland gezwungen, wegen der Gefährdung der eigenen Sicherheit angesichts dieser Gesamtlage zur Tat zu schreiten. **Am 16. März 1935 zerbricht Adolf Hitler unter dem Jubel des deutschen Volkes die Fesseln von Versailles, verkündet die allgemeine Wehrpflicht und schafft Deutschland wieder eine eigene Wehrhoheit.** Nochmals wird versucht, nunmehr die übrige Welt zu friedlichen Vereinbarungen mit Deutschland zu bringen:

> **"Denn in dieser Stunde erneuert die deutsche Regierung vor dem deutschen Volke und vor der ganzen Welt die Versicherung ihrer Entschlossenheit, über die Wahrung der deutschen Ehre und der Freiheit des Reiches nie hinauszugehen und insbesondere *in der nationalen deutschen Aufrüstung kein Instrument kriegerischer Angriffe,* als vielmehr *ausschließlich der Verteidigung und damit der Erhaltung des Friedens* bilden zu wollen."**

Die *Konferenz von Stresa* ist die Antwort auf das neue deutsche Angebot. Die Gedankengänge des Londoner Protokolls werden, obwohl sie einen Rückschritt bedeuten, wiederholt und die Mächte von Stresa noch einmal auf den Londoner Vertrag festgelegt. Die auf Verlangen Frankreichs zum 15. April nach Genf einberufene Tagung des *Völkerbundrates verurteilt den selbständigen Schritt Deutschlands* und setzt einen Ausschuß ein, der die Sanktionen prüfen soll, die künftig gegen einen Staat zu ergreifen seien, der "durch einseitige Aufkündigung seiner internationalen Verpflichtungen den Frieden gefährden sollte".

Die Reichsregierung weist am 20. April diesen Vorstoß des Völkerbundrates als eine *Kampfansage* und einen neuen *Versuch einer Diskriminierung Deutschlands* entschieden zurück und bestreitet den beteiligten Nationen das Recht, sich zum Richter über Deutschland aufzuwerfen und ausgerechnet Deutschland angesichts seiner eigenen neuen Friedensversicherungen als den Friedensstörer hinzustellen, die dauernden Rechtsverletzungen der anderen, die *Nichterfüllung ihrer Abrüstungsverpflichtung* aber stillschweigend zu übergehen.

Wie richtig das Verhalten Deutschlands ist, zeigt der **Abschluß des sowjetrussisch-französischen Paktes vom 2. Mai 1935.** Sowjetrußland glaubt 1935, daß nunmehr der Zeitpunkt gekommen sei, aktiv in die politische Gestaltung Europas einzugreifen und der bolschewistischen Weltrevolution zunächst einmal durch Abschluß von Pakten und durch Einkreisung des wichtigsten Gegners der Sowjetunion den Boden zu bereiten.

Über die *Stellung Deutschlands zur Sowjetunion* hat vom Tage der Machtübernahme durch Adolf Hitler an niemals ein Zweifel bestanden. Von Anfang an hat der Nationalsozialismus festgestellt, daß *Nationalsozialismus und Bolschewismus wie Feuer und Wasser sind.* Ein Paktieren zwischen diesen beiden Weltanschauungen ist ein Ding der Unmöglichkeit. Der Bolschewismus hat die Weltrevolution auf seine Fahne geschrieben. Er will den jüdischen Geist der Zersetzung allen anderen Völkern aufzwingen und sie unter seine Knute zwingen. Es braucht niemand zu wundern, wenn die Völker sich dagegen wehren und sich dagegen verwahren, daß in ihren eigenen Grenzen unter dem Namen von kommunistischen Parteien Filialen einer Organisation errichtet werden, deren Aufgabe es ist, den Umsturz vorzubereiten und Land und Volk

unter fremden Einfluß zu bringen. **Die Reichsparteitage 1935 und 1936 der NSDAP. waren die deutliche Antwort auf diese Bestrebungen des Bolschewismus.**

Am 21. Mai 1935 nimmt der Führer in seiner Reichstagsrede zu der außenpolitischen Entwicklung Stellung und wiederholt insbesondere *Deutschlands Bereitschaft zum Abschluß von Nichtangriffspakten.* Er begründet ferner die *Ablehnung des Ostpaktes:*

> **"Wir haben aber nicht die Möglichkeit, solche Verträge durch Beistandsverpflichtungen zu ergänzen, die weltanschaulich, politisch und sachlich für uns untragbar sind. Der Nationalsozialismus kann nicht die Angehörigen des deutschen Volkes, d.h. seine Anhänger, zum Kampf aufrufen für die Erhaltung eines Systems, das in unserem eigenen Staat zumindest als unser grimmigster Feind in Erscheinung tritt. Die Verpflichtung zum Frieden, ja! Eine Kampfhilfe des Bolschewismus wünschen wir selbst nicht und wären auch nicht in der Lage, sie zu geben."**

In 13 Punkten fixiert die Reichsregierung ihre Stellungnahme zu den schwebenden internationalen Problemen und erklärt sich noch einmal bereit, den Locarnovertrag so lange zu halten, als auch die anderen Vertragspartner ihn einzuhalten bereit sind. Es wird erneut die Bereitschaft zum Abschluß eines Luftabkommens und zur Beteiligung an allen Besprechungen zum Ausdruck gebracht, die zur praktischen Rüstungsbegrenzung führen können.

Das deutsch-englische Flottenabkommen

Als Tat folgt dieser Rede am *18. Juni 1935* das deutsch-englische Flottenabkommen, durch das die deutsche Flotte für dauernd in ein Verhältnis von 35% zur englischen Flotte gebracht wird.

Um zu verhindern, daß Deutschland weiterhin auf Konferenzen vor vollendete Tatsachen gestellt wird, **erklärt der Führer, daß Deutschland fortab an keiner Konferenz mehr teilnehmen wird, an deren Programmaufstellung es nicht von vornherein beteiligt gewesen ist.**

Im Sommer 1935 kann man gegenüberstellen:

1. die außenpolitischen Taten Deutschlands mit dem immer neuen Bemühen zur Sicherung des Friedens, und

2. das Vertragsnetz Frankreichs mit der eigensüchtigen und imperialistischen Zielsetzung, durch die Unfrieden und Unordnung in Europa geschaffen wird.

Zusammenbruch der Front von Stresa

Eine Wende in dieser Entwicklung ist am 3. Oktober 1935 der *Einmarsch italienischer Truppen in abessinisches Gebiet.* Die Front gegen Deutschland fällt auseinander, Stresa gehört der Vergangenheit an. Die Völkerbundsmächte vereinigen sich zum ersten Male zu einem *Sanktionskriege gegen Italien,* der Italien nicht daran hindern kann, sich den kolonialen Raum zu schaffen, den es braucht, für die *Sanktionsmächte* aber zu einem *kläglichen und beschämenden Mißerfolg* wird.

Das Rheinland wieder frei

Am 27. Februar 1936 wird trotz der einwandfreien Feststellungen Deutschlands, daß der **französisch-sowjetrussische Pakt einen Bruch des Locarnopaktes** bedeute, dieser von der französischen Kammer ratifiziert. Die Folgerung aus diesem Schritt Frankreichs zieht die deutsche Reichsregierung am 7. März 1936. Nach der Zerstörung des Locarnovertrages durch Frankreich und den dadurch erfolgten Zusammenbruch des Sicherheitssystems im Westen stellt sie **zur Sicherung des Reiches die volle Souveränität für die entmilitarisierte Zone des Rheinlandes** wieder her. Die Berechtigung zu diesem Schritt, insbesondere die Berechtigung der Auffassung, daß Frankreich mit dem Abschluß des Sowjetpaktes den Locarnovertrag gebrochen habe, wird natürlich bestritten. Der deutsche Schritt wird jedoch hingenommen, ohne daß Sanktionen erfolgen oder daß die garantierenden Mächte des Locarnovertrages einschreiten. Es mehren sich im Gegenteil in allen Ländern die Zeichen des Verständnisses für den deutschen Schritt, der ja nichts weiter darstellt als das, was jeder Staat der Welt ohne weiteres für sich in Anspruch nimmt: die volle Souveränität über das eigene Staatsgebiet, die keinerlei Spitze gegen einen fremden Staat enthält.

Neuer deutscher Friedensplan

In dem Memorandum, das am 7. März 1936 den Locarnomächten überreicht wurde, um ihnen Mitteilung von dem deutschen Entschluß und seiner Begründung zu machen, unterbreitet *Deutschland wiederum zugleich neue praktische Vorschläge zur Sicherung des Friedens* im Westen und nimmt von sämtlichen an Deutschland angrenzenden Staaten auch Litauen nicht mehr aus, nachdem dieses sein Verhalten im Memelgebiet einer gewissen Korrektur unterzogen hat.

Die darauf folgenden Plänkeleien der Restlocarnomächte sind nur noch Rückzugsgefechte, denen keine Bedeutung mehr zukommt. Zwei Tage nach jener Abstimmung, die ein Vertrauensvotum für den Führer und die Reichsregierung darstellte, wie es noch niemals eine Regierung der Welt besaß, am *31. März 1936,* schlägt *Deutschland* noch einmal einen *Friedensplan von 19 Punkten* vor. Es wird abermals Deutschlands Bereitschaft festgestellt, mit jedem europäischen Staat Nichtangriffspakte abzuschließen, noch einmal wird eine allgemeine Abrüstung vorgeschlagen. Die *Antwort* ist lediglich am 8. April ein *französischer Plan* auf der *Basis der kollektiven Sicherheit,* ein Plan, der also Deutschland zwingen würde, für fremde Interessen und zugunsten von fremden Staaten, mit denen Deutschland nichts gemein hat, das Leben deutscher Soldaten einzusetzen. Deutschland betont noch einmal, daß es in der sogenannten kollektiven Sicherheit eine viel größere Gefahr für den Frieden Europas sähe als in dem Abschluß von zweiseitigen Pakten, weil das **französische Paktsystem bei Streitigkeiten zwischen zwei Staaten eine Reihe von anderen zwangsläufig in diesen Streit mit hineinziehen würde.**

Der deutsche Friedensplan bleibt ohne Auswirkung, weil Frankreich auf dem System der kollektiven Sicherheit beharrt und es sogar in Genf verankert, obwohl das Gebäude der kollektiven Sicherheit bereits im Rohbau starke Risse zeigt. Seine Unmöglichkeit beweist bereits der italienisch-abessinische Krieg und beweist weiter der spanische Bürgerkrieg und das viele Monate währende Handeln um die Nichteinmischung, das schließlich rein formell zu einer Kontrolle führt, aber keinerlei praktische Auswirkungen zeigt. Denn gerade Frankreich setzt die Lieferung von Waffen und Menschen trotz aller Kontrollmaßnahmen fort.

Am 14. Oktober 1936 *sprengt Belgien die Fesseln der kollektiven Pakte,* indem der belgische König den absoluten Willen Belgiens zur Neutralität verkündet, also zur absoluten Selbständigkeit seiner Entscheidungen und zur Loslösung von allen

Verpflichtungen einer Beistandsleistung. Dieser Wille zur Abkehr von den bestehenden Bündnissen und Abmachungen kommt seitdem auch bei einer Reihe anderer mittlerer und kleiner Staaten zum Ausdruck, die nicht automatisch in einen Krieg zu verwickelt werden wünschen, ohne daß sie selbst interessiert sind.

Während rings um Deutschland ein System zusammenbricht, dessen treibende Kraft der französische Imperialismus ist, schreitet Deutschland unbeirrt auf dem Wege zweiseitiger friedlicher Vereinbarungen fort. Am 11. Juli 1936 wird das *Verständigungsabkommen mit Österreich* geschlossen und so der Grund gelegt zu einer Gemeinsamkeit der beiden deutschen Staaten. Die *Beziehungen des Reiches zu Litauen werden normalisiert.* Die weitere Entwicklung wird gekennzeichnet durch die *deutschen Angebote* der *Neutralitätsgarantien* an *Belgien,* die *Niederlande,* die *Schweiz* und *Luxemburg.*

Die Achse Berlin-Rom

Durch die Vereinbarungen mit Italien wird die *Achse Berlin-Rom* zu einem bestimmenden Moment der europäischen Politik. Deutschland kann die Genugtuung erleben, daß das **System der zweiseitigen Abmachungen zur Sicherung des Friedens auch von anderen Staaten als das zweckmäßigste anerkannt** und zwischen *Italien und Jugoslawien* nach dem Vorbild der deutsch-polnischen Verständigung ein entsprechender Vertrag geschlossen wird. Es ergibt sich daraus die um sich greifende Erkenntnis, daß nun Abmachungen, in denen tatsächlich interessierte Staaten die zwischen ihnen bestehenden Gegensätze bereinigen, die Voraussetzung für eine Friedenssicherung und damit für den Gesamtfrieden Europas sein können.

Am 30. Januar 1937, am Abschlusse der ersten vier Jahre nationalsozialistischer Staatsführung, hat der Führer in seiner großen Reichstagsrede verkündet, daß *für Deutschland nun die Zeit der Überraschungen vorbei ist.* Er hat zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland infolge des Verhaltens der Vertragsmächte von Versailles zu seinen selbständigen Schritten im Interesse der Sicherheit des Deutschen Reiches gezwungen worden ist, daß Deutschland gar nicht beabsichtigt, nachdem es über sein eigenes Staatsgebiet die unbeschränkte Hoheit wiedererlangt und zum Schutze der deutschen Grenzen ein Volksheer geschaffen hat, weitere selbständige Schritte zu unternehmen. Damit ist allen den Behauptungen den Boden entzogen, daß Deutschland keine Verträge halte und als Vertragspartner deshalb unmöglich ist.

Wenn der Wert auch in der Politik an den Resultaten und Erfolgen zu erkennen ist, so dürfte das Urteil über die nationalsozialistische deutsche Außenpolitik seit 1933 nicht schwer zu fällen sein. Überraschend klar und eindringlich zeigt sich im Lichte der rein historischen, allein die Tatsachen berücksichtigenden Betrachtung über die nationalsozialistische Außenpolitik im Rahmen der gesamteuropäischen Politik die **unbedingte Geradlinigkeit und Folgerichtigkeit der deutschen Friedenspolitik seit 1933.** Der eiserne und unerschütterliche Wille des Führers, sein unbedingtes Festhalten an einer als richtig erkannten Linie allein haben das Werk der Wiederaufrichtung, so wie es heute vor uns steht, ermöglicht. Mit Stolz und innerer Befriedigung darf Adolf Hitler und mit ihm das deutsche Volk auf dieses große Werk blicken.

Die Welt aber sollte nun endlich ihre Scheuklappen, die sie vor Deutschland aufgesetzt hat, abnehmen, um seinen durch Taten längst erhärteten und bewiesenen ehrlichen Friedenswillen und die konstruktiven Elemente der nationalsozialistischen deutschen Außenpolitik klar zu erkennen. Sie sollte angesichts der außenpolitischen Friedenstaten Adolf Hitlers nicht mehr in Schriften wühlen, sondern sich des Wortes des Führers erinnern:

"Ich bin kein Schriftsteller, ich bin Politiker. Meine Korrekturen nehme ich in meiner Außenpolitik vor. Meine Korrektur trage ich in das große Buch der Geschichte ein!"

4. Der Weg zum Dritten Reich

Es sind nicht wenige gewesen, die im November 1918 in all dem Taumel den inneren Halt verloren und aus dem nationalen Lager in das der Demokratie gingen, weil sie glaubten, daß nun - wenn auch unter Schmerzen - ein Reich geboren werden könne, das alle deutschen Stämme umfaßt, und so ihrem großdeutschen Sehnen Erfüllung werden würde. Die Fürsten waren gefallen. Was stand noch der Schaffung eines einheitlichen, einigen Deutschen Reiches entgegen? Österreich verkündete seinen Willen zum Anschluß, und eine Bewegung ging durch alle deutschen Volksteile Europas: Hin zum Reich!

Die Fürsten gingen - die Bonzen kamen

Der günstige Augenblick fand nur kleine Geister. Die Fürsten gingen - die Bonzen kamen. Die Zerrissenheit des Reiches blieb und wuchs; wuchs in einem solchen Maße, daß es Augenblicke gab, in denen sie fast den Rahmen des Reiches sprengte. *Reich gegen Länder und Länder gegen Reich.* Das ist immer wieder das innerpolitische Thema in den 14 Jahren Weimarer Republik gewesen. Es gab Reichsexekutionen gegen Länder, Länderdrohungen gegen das Reich. Regierungen wurden mit militärischer Hilfe abgesetzt. Gemeinden sagten den Ländern den Gehorsam auf, Länder griffen in die gemeindliche Selbstverwaltung ein. Ferner denn je erschien der Tag, an dem einmal die Grenzpfähle im Innern des Reiches fallen würden.

"Jeder einmal Minister"

Der Drang zur Futterkrippe siegte über den Drang zum einigen Reich. "Jeder einmal Minister" wurde die Parole, und die Vielzahl der kleinen Landesregierungen, deren Ministerzahl oft im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Landes anschwoll, bot genügend Möglichkeiten dafür. *Regierungskrisen* in Reich und Ländern waren *an der Tagesordnung.* Womit sollte sich auch sonst die Vielzahl der Parlamente beschäftigen? Zur positiven Arbeit waren sie nicht fähig, so beschäftigten sie sich dann ausschließlich mit reinen Machtkämpfen, mit Kämpfen um Formen und Posten. Nie jedoch waren die Folgen ihres Wirkens positive Maßnahmen für das deutsche Volk.

Es ist eine Binsenweisheit, daß eine Regierung zur Erzielung großer Leistungen der Stetigkeit bedarf. Ein Parlament ist niemals zur Erzielung großer Leistungen fähig. Denn jeder geniale Plan, jede gute Idee wird im Parlament zunächst von den Vertretern der Parteien zerredet, von denen keine der anderen den Ruhm gönnt, Urheberin irgendeiner wirkungsvollen Aktion zu sein.

So sind in den Jahren 1918 bis 1933 ganz ohne Zweifel viele gute Anregungen im Reichstag und den zahlreichen Parlamenten in ihren Ausschüssen und Unterausschüssen untergegangen, weil die eigene Unzulänglichkeit der Parlamentarier sie vor den Auswirkungen jeden größeren Planes erschrecken ließ. Hätte jenem Reichstag ein Adolf Hitler seinen Plan zur Bau der Reichsautobahnen vorgelegt, man hätte ihn für irrsinnig und größenwahnsinnig erklärt, und wenn etwa der Reichstag sich schließlich herbeigelassen haben sollte, sich überhaupt auf die Behandlung des Themas einzulassen,

dann wären vielleicht "probeweise" 12 Kilometer Autobahn gebaut worden - damit hätte man sich für alle Zeiten begnügt.

Die Tatsache, daß die Zeit von 1918 bis 1933 bar jeder größeren Leistung blieb, daß dort nichts geschah oder geschaffen wurde, was irgendwie über das Normalmaß hinausgeragt hätte, liegt nicht zuletzt im parlamentarischen System begründet. Wenn eine Regierung jeden Tage gewärtig sein muß, von einem Parlament davongejagt zu werden, woher soll sie dann die innere Ruhe und Sammlung nehmen, Pläne auf lange Sicht zu fassen und mit der Durchführung von Aufgaben zu beginnen, für die eine Reihe von Jahren benötigt wird?

24 Regierungen hat das deutsche Volk von 1918 bis 1933 über sich ergehen lassen müssen, von denen einige nur wenige Tage oder Wochen am Ruder waren. Der Rekord einer Regierungszeit betrug in diesen Jahren 21 Monate, steht aber vereinsamt auf seiner Höhe. Nur 5 von 24 Kabinetten haben länger als ein Jahr regiert.

Die *persönliche Unzulänglichkeit* der meisten *Minister* dieser Systemjahre ist bei dieser Betrachtung gar nicht in Rechnung gestellt. Es sind nicht wenige von ihnen, die schließlich *wegen Korruption und anderer Verbrechen vor Gericht* gestellt werden mußten und deren sachliche und menschliche Unzulänglichkeit sich an zahlreichen Beispielen schlaglichtartig zeigt. (Reichskanzler Bauern, Reichspostminister Höfle u.a.)

Folgende Regierungen haben sich in einem Zeitraum von 14 Jahren und zwei Monaten am deutschen Volke versucht:

9. 11. 1918 - 16. 11. 1918	Kabinett Ebert					7 Tage	
16. 11. "	Rat der Volksbeauftragten (Ebert/Haase)			1 Mon.		13	"
29. 12. "	Rat der Volksbeauftragten (Ebert, Ausscheiden der Unabhängigen)			1	"	15	"
13. 2. 1919	Kabinett Scheidemann (Soz.)			4	"	7	"
21. 6. "	1.	"	Bauer (Soz.)	3	"	12	"
3. 10. "	2.	"	Bauer (Soz.)	5	"	24	"
27. 3. 1920	1.	"	H. Müller (Soz.)	2	"	24	"
21. 6. "		"	Fehrenbach (Zentr.)	10	"	19	"
10. 5. 1921	1.	"	Wirth (Zentr.)	5	"	16	"
26. 10. "	2.	"	Wirth (Zentr.)	12	"	26	"
22. 11. 1922		"	Cuno	8	"	21	"
13. 8. 1923	1.	"	Stresemann (DVP.)	1	"	23	"
6. 10. "	2.	"	Stresemann (DVP.)	1	"	24	"
30. 11. "	1.	"	Marx (Zentr.)	6	"	3	"
3. 6. 1924	2.	"	Marx (Zentr.)	7	"	12	"
15. 1. 1925	1.	"	Luther (DVP.)	12	"	5	"
20. 1. 1926	2.	"	Luther (DVP.)	3	"	27	"
17. 5. "	3.	"	Marx (Zentr.)	8	"	12	"
29. 1. 1927	4.	"	Marx (Zentr.)	17	"		
29. 6. 1928	2.	"	H. Müller (Soz.)	21	"	1	"
30. 3. 1930	1.	"	Brüning (Zentr.)	18	"	12	"
12. 10. 1931	2.	"	Brüning (Zentr.)	7	"	21	"
2. 6. 1932		"	v. Papen	6	"	1	"
3. 12. "		"	v. Schleicher	1	"	27	"

280 Millionen Mark für die Parlamente

Deutschland hatte *im Jahre durchschnittlich 2.200 Parlamentarier zu ernähren,* die sich auf den Reichstag und die einzelnen Landtage verteilten. *Der Gesamtverbrauch an Parlamentariern* in Reich und Ländern in der Zeit von 1918 bis zum 30. Januar 1933 *betrug 10.683.* Über zehntausend kleine "Könige" haben also versucht, Deutschland zu regieren. *Die Kosten für diese Parlamentarier* betrugen von 1919 bis 30. Januar 1933 *ca. 200 Millionen Mark,* unter Ansatz der Kosten, die die Aufrechterhaltung des gesamten parlamentarischen Apparates (Personal, Gebäude usw.) verursachte, *in 14 Jahren sogar 280 Millionen Mark.* Sie standen also im umgekehrten Verhältnis zu den Leistungen der Herren. Der Schaden allerdings, den sie angerichtet haben, beträgt ein Vielfaches dieser Summe.

Verantwortung im nationalsozialistischen Staat

Der nationalsozialistische Staat hat an die Stelle der Verantwortung von unten nach oben die Verantwortung von oben nach unten gesetzt. Sein Grundsatz lautet: Je höher die Stellung, desto größer die Verantwortung. Er hat die Hoheit der Länder beseitigt, die Zahl der Länderminister auf das geringstmögliche Maß heruntergesetzt, die Länderparlamente abgeschafft, die Verwaltung verbilligt und vereinfacht und der Regierungsarbeit die Stetigkeit gegeben, die die allein tragfähige Grundlage für all die großen Leistungen der letzten vier Jahre gewesen ist.

Er hat in der Erkenntnis der Tatsache, daß nicht eine anonyme Vielheit regieren und bestimmen, sondern immer nur einer führen kann, die Regierungsarbeit aus dem Reichstag in das Reichskabinett verlegt und den Reichstag wieder zu dem gemacht, was er eigentlich sein soll, eine Vertretung des Volkes, die zur Beratung und Unterstützung der Reichsregierung bestimmt ist und nicht eine Nebenregierung sein darf, die die praktische Regierungsarbeit lahmlegt.

Moderne Demokratie

Im Staate Adolf Hitlers ruht das Fundament der Regierung wieder direkt im Volke. In keinem Staat der Welt ist die unmittelbare Verbindung zwischen Regierung und Volk so eng wie gerade im nationalsozialistischen Staat, der damit der demokratischste Staat der Welt ist. Wie keine Regierung der Welt hat die Regierung Adolf Hitlers Jahr um Jahr an das deutsche Volk appelliert und ihm Gelegenheit gegeben, *in Abstimmungen zur Politik der Reichsregierung und wichtigen Lebensfragen der Nation Stellung zu nehmen.* Sie konnte das in dem Bewußtsein tun, so fest im Volke verankert zu sein, daß sie die Entscheidung des Volkes nicht zu scheuen brauchte.

Am *5. März 1933* waren es 17.269.629 Deutsche, die sich mit 43,9 Prozent aller abgegebenen Stimmen bei der Reichstagswahl zum Führer und zur NSDAP. bekannten.

Am *12. November 1933,* als der Führer den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund bekanntgab und gleichzeitig das Volk zur Abstimmung über diese Politik und zur Neuwahl des Reichstages aufrief, dokumentierte sich das Vertrauen, das er und seine Mitarbeiter sich in einem halben Jahre im Volke errungen hatten, dadurch, daß 39.655.212 Deutsche bei einer Gesamtzahl von 43.053.616 Wählern ihm und der NSDAP. ihre Stimme gaben.

Als am 19. August 1934 das Gesetz über das Staatsoberhaupt zur Abstimmung stand, durch den das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers vereinigt wurde, gaben abermals 38,4 Millionen oder 90 Prozent freudig ihr Ja.

Die *Krönung aber dieses Bekenntnisses des Volkes* zum Führer wurde der *denkwürdige 29. März 1936*. Bei dieser Volksabstimmung lautete die Begründung:

> "In der Absicht, dem deutschen Volke Gelegenheit zu geben, der mit dem heutigen Tage abgeschlossenen dreijährigen Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reiches, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben nach einer wahren Völkerversöhnung und -verständigung auf der Grundlage gleicher Rechte und gleicher Pflichten, seine feierliche Zustimmung erteilen zu können, löse ich den Reichstag mit der Wirkung vom 28. März 1936 auf. Neuwahlen zum Reichstag finden am 29. März 1936 statt."

Wie immer stellte sich der Führer selbst an die Spitze des Wahlvorschlages. Das, was in der ganzen Welt niemand für möglich hielt, was nirgends ein Gleichnis hat, wurde zur Tatsache. **98,8 Prozent der Bevölkerung, 44.411.911 Deutsche, zeugten in einer Abstimmung für den Führer, die eine Wahlbeteiligung wie kaum jemals in der Welt eine Abstimmung aufwies.**

So wurde dem Sehnen des deutschen Volkes nach einer wahrhaften Demokratie im Staate Adolf Hitlers die Erfüllung, die ihm in der Weimarer Republik versagt blieb.

Keine Verfassung vom grünen Tisch

Der Führer hat in seiner Rede vom 11. Februar 1933 gesagt, daß der Aufbau des neuen nationalsozialistischen Staates sich organisch vollziehen werde. So hat der Nationalsozialismus nach der praktischen Beseitigung der Weimarer Verfassung darauf verzichtet, durch einen guten Juristen auf dem Papier eine neue Verfassung entstehen zu lassen und das freie Leben im jungen Staat durch papierne Formeln in Fesseln zu schlagen.

In der Weimarer Republik dachte man umgekehrt. Das Wichtigste war die Verfassung auf dem Papier. Sie war so brüchig und so schlecht, daß man sich erst spät dazu entschließen konnte, den Tag ihrer Einführung zu feiern, daß es der Ankündigung von Gratisschokolade und der kostenlosen Verabreichung von warmen Würstchen bedurfte, um wirklich Volk zu diesen Feiern zu locken. Die Väter dieser Verfassung haben sie später im stillen oft selbst verflucht. Bezeichnend ist die **Geschichte der Entstehung der Verfassung von Weimar,** wie sie **Dr. Goebbels** am 10. Juli 1928 im Reichstag schilderte:

> "Ich darf Ihnen jetzt ein unverdächtiges Dokument vorlegen, wie diese Verfassung, für die Sie einen Nationalfeiertag einführen wollen, in Wirklichkeit zustande gekommen ist. Im *Vorwärts* schrieb damals ein unverdächtiger Zeuge - Paul Nathan - folgendes:
>
>> 'In jenen Spätherbsttagen betrat Preuß, der sonst keine Besuche zu machen pflegte, überraschend meine Wohnung und legte mir eine Frage vor. Ebert hat mir angetragen, die deutsche Reichsverfassung der Republik zu entwerfen.
>> (Hört! Hört! bei den Nationalsozialisten.)
>> Soll ich in das Ministerium eintreten? Soll ich diesen Auftrag annehmen? Und ohne zu zögern, sagte ich: Natürlich, wenn Ihnen freie Hand für die Schaffung einer demokratischen Verfassung garantiert wird. Eine halbe

> Stunde später waren wir bei Theodor Wolff vom *Berliner Tageblatt*. Unmittelbar darauf trat dort auch Witting ein, der Bruder Maximilian Hardens, der frühere Oberbürgermeister von Posen, und wir alle, die Preuß zusammengerufen hatte, waren einig, daß Preuß eine Zusage an Ebert geben müßte, die nötige Unabhängigkeit der Bewegung vorausgesetzt, und so fuhr Preuß von der Jerusalemer Straße nach der Wilhelmstraße.'

Der einzig richtige Weg!

> (Heiterkeit.)

Von der Jerusalemer Straße in die Wilhelmstraße hinein; die Jerusalemer Straße fabrizierte in der Wilhelmstraße dieses Machwerk, von dem Sie von uns verlangen, daß wir dafür einen nationalen Feiertag einführen sollen."

"Erst Rechtsvereinheitlichung, dann Reichsvereinheitlichung"

Erst Rechtsvereinheitlichung, dann Reichsvereinheitlichung, das ist der Grundsatz, nach dem der nationalsozialistische Staat an das Problem der Reichsreform, an dem die Novemberrepublik so kläglich scheiterte, herangegangen ist. Organisch soll sich der Aufbau des neuen Reiches entwickeln. 17 Staatswesen haben bis zum Jahre 1933 noch ein starkes Eigenleben geführt. Jedes dieser Staatswesen verfügte über einen völlig eigenen Verwaltungsaufbau, über eine eigene Polizei, über ein eigenes Beamtentum, eine eigene Beamtenordnung, ein eigenes Steuerwesen und eigene Steuergesetze, über eine eigene Gemeindeordnung, sofern nicht gar im gleichen Staate verschiedene Gemeindeordnungen galten, Kreisordnungen verschiedenster Art, eine eigene Justiz, eigene Haushaltsordnungen usw. **Eine territoriale Umgliederung des Reiches ist aber erst dann möglich, wenn in ganz Deutschland auf allen Lebensgebieten gleiches Recht herrscht und in ganz Deutschland ein völlig organischer gleichartiger Verwaltungsaufbau durchgeführt ist.**

Schritt für Schritt ist der nationalsozialistische Staat in diesen vier Jahren dem großen Ziel nähergerückt: jenem Tage, an dem endgültig die willkürlich gezogenen und nur aus der dynastischen Entwicklung gewordenen Ländergrenzen verschwinden und an ihre Stelle *der in Reichsgaue gegliederte nationalsozialistische Einheitsstaat* tritt, der die Vorteile der Zentralisierung und der Dezentralisation durch eine kluge Aufgabenverteilung zwischen dem Reiche und den Reichsgauen in sich vereinigt.

Vier Jahre Reichsreform

Die Reichstagswahl vom 5. März 1933 gibt dem Führer den nötigen Rückhalt, nunmehr eine Einheitlichkeit der Politik und Verwaltung und der Arbeit von Reich und Ländern herbeizuführen. Zunächst werden die rebellierenden Länderregierungen abgesetzt und zuverlässige alte Nationalsozialisten zu Reichskommissaren ernannt. Am 23. März 1933 verabschiedet der Reichstag das "*Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich*", das sogenannte Ermächtigungsgesetz, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Am gleichen Tage nimmt auch der Reichsrat das Gesetz an und schon am nächsten Tage tritt es in Kraft. **Damit hat der Führer die notwendige Vollmacht zur völligen Neugestaltung des Reiches in der Hand.**

Das "*Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich*" vom 31. März 1933 ist der nächste Schritt. Durch dieses Gesetz werden die Landtage der Länder und die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper, die Kreistage, Bezirkstage, Stadtverwaltungen, Gemeinderäte aufgelöst und nach dem Ausfall der Reichstagswahl vom 5. März 1933 umgebildet. Die Landesregierungen erhalten das Recht, selbst Landesgesetze zu beschließen und dabei von den Landesverfassungen abzuweichen.

Ihm folgt kurz darauf das "*Zweite Gesetz über die Gleichschaltung zwischen Reich und Ländern*" vom 27. April 1933, das sogenannte *Reichsstatthaltergesetz,* das als entscheidender Schritt zum Umbau des Reiches angesprochen werden kann.

Dieses Gesetz bestimmt die Einsetzung von Reichsstatthaltern für die deutschen Länder, auf die ein wesentlicher Teil der Aufgaben der Landesregierungen übergeht, die die Aufsicht über die Landesregierungen führen, den Ministerpräsidenten und die Minister ernennen und entlassen, das Recht zur Auflösung und Neuwahl der Landtage und das Begnadigungsrecht erhalten, die Ausführung und Verkündung der Landesgesetze übernehmen usw. **Sie sind dem Reichskanzler für die Politik der Länder verantwortlich.** Für Preußen übernimmt der Führer selbst die Aufgaben des Reichsstatthalters, die er zum größten Teil auf den Preußischen Ministerpräsidenten, Hermann Göring, überträgt.

Nach mehrfachen Änderungen wird das Reichsstatthaltergesetz schließlich am zweiten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution durch *das neue Reichsstatthaltergesetz vom 30. Januar 1935* ersetzt, durch das die Reichsstatthalter in noch engere Bindung zum Reich treten und erweiterte Befugnisse erhalten. Sie können nunmehr auch die Führung der Landesregierungen direkt übernehmen und handeln nur noch im Auftrag des Führers, der selbst das Verfügungsrecht über die Landesbeamten übernimmt, das Gnadenrecht ausübt, die Reichsstatthalter ernennt und entläßt und ihnen die Amtsbezirke zuweist.

Schon am 30. Januar 1934, dem ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution, hatte der Reichstag das "*Gesetz über den Neubau des Reiches*" beschlossen, durch das bestimmt wurde:

1. **Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben.**
2. **Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung.**
3. **Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsministers des Inneren.**
4. **Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.**

Auf diesem Gesetz baut sich praktisch seitdem die gesamte Reichsreform auf, weil durch dieses Gesetz ausdrücklich *der Reichsregierung das Recht gegeben wird, Verfassungsrecht zu setzen,* also langsam und Zug um Zug das Reich neu zu bauen und damit in der Praxis eine neue Verfassung zu schaffen. Die Hoheit der Länder verschwindet. Sie sind nur noch Verwaltungsbezirke des Reiches. **So ist dieses Gesetz Abschluß einer jahrhundertelangen Epoche und Auftakt zu neuem Werden.**

Es hat nur noch formale Bedeutung, daß in Verfolg dieses Gesetzes, das die Hoheit der Länder beseitigt, am *14. Februar 1934 durch Reichsgesetz der Reichsrat aufgehoben* wird und die diplomatischen Vertretungen der Länder beim Reich, Überbleibsel aus der Zeit des Deutschen Zollvereins, fortfallen. Schon am 13. Oktober 1933 sind die Parlamente der Länder ohne Ansetzung von Neuwahlen aufgelöst worden.

Das "*Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums*" vom 7. April 1933 bildet die Grundlage zur Reinigung des gesamten Beamtentums von all den unliebsamen Erscheinungen, die in der Zeit der Weimarer Republik den deutschen Beamtenkörper zu durchsetzen begonnen hatten. **Zum ersten Male wird hier der Arierparagraph eingeführt.**

Das "*Deutsche Beamtengesetz*" *vom 26. Januar 1937* mit der "*Reichsdienststrafordnung*" vom gleiche Tage ist ein weiterer Schritt zur Reichsreform, denn dieses Gesetz schafft

nunmehr ein einheitliches Recht für alle Beamten des Reiches, der Länder, der Gemeinden und der sonstigen Körperschaften des öffentlichen Rechts und macht sie alle zu mittelbaren oder unmittelbaren Reichsbeamten. Es verpflichtet die Beamten dem Führer persönlich durch Treueid zu Treue und Gehorsam bis zum Tode, zur Beachtung der Gesetze und gewissenhaften Erfüllung der Amtspflicht. Zum ersten Male wird in einem Beamtengesetz Kameradschaft gegenüber den Mitarbeitern zu einer Dienstpflicht gemacht. Durch die Treue zum Führer als dem Staatsoberhaupt wird der Beamte Diener des gesamten Volkes, das geeint ist durch die NSDAP., die den Staat trägt, in dessen Dienst der Beamte steht. **So wird der Beamte im Dritten Reich zum Vollstrecker des Willens des von der NSDAP. getragenen Staates.**

Wenn man heute rückschauend alle jene Maßnahmen zusammenstellt, von denen jede eine Stufe von jener breiten Treppe darstellt, die ins neue Reich führt, dann erkennt man bewundernd, mit welcher Folgerichtigkeit hier Stein auf Stein gesetzt, jede Stufe erst auf ihre Tragfähigkeit geprüft wurde und so allmählich ein kunstvoll gegliederter Bau entstand, der nicht jene Konstruktionsfehler und vielen Risse und Spalten aufweist, mit denen der Bau der Weimarer Republik behaftet war.

Das "*Gesetz über Volksabstimmung*" vom 14. Juli 1933 gibt der Reichsregierung die Möglichkeit einer unmittelbaren Volksbefragung. Das "*Gesetz gegen die Neubildung von Parteien*" vom 14. Juli 1933 macht mit dem Parteiunwesen ein Ende und das "*Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat*" vom 1. Dezember 1933 enthält in seinem § 1 bereits den Grundstein für den gesamten Bau des Dritten Reiches, indem es den totalen nationalsozialistischen Staat proklamiert. Der § 1 lautet:

"Nach dem Sieg der nationalsozialistischen Revolution ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Trägerin des Staatsgedankens und mit dem Staat unlöslich verbunden."

Das "*Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches*" vom 1. August 1934, durch das nach dem Tode des Reichspräsidenten, Generalfeldmarschall von Hindenburg, das Amt des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers in der Hand des Führers zusammengefaßt wird, ist ein Eckpfeiler im Bau des deutschen Führerstaates.

Der 30. Januar 1935 brachte dem deutschen Volke die so lange ersehnte *einheitliche* "*Deutsche Gemeindeordnung*", die nun an die Stelle der zahllosen Gemeindeordnungen und Stadtrechte im Reich tritt und eine *einheitliche Verwaltungsgrundlage für alle deutschen Gemeinden* bildet, die Gemeinden gleichzeitig von vielen alten hemmenden Bestimmungen befreit und die enge Verbindung zwischen der Arbeit der Partei und der Gemeinden herstellt, aus der die Kräfte erwachsen, die die deutschen Gemeinden zur neuen Blüte bringen sollen.

Nach jahrhundertelanger Pause tagt am 15. September 1935 zum ersten Male wieder ein *Reichstag zu Nürnberg.* Und abermals werden hier Stufen ins neue Reich gebaut. Durch das "*Reichsflaggengesetz*" wird die Hakenkreuzflagge, die sieghafte Sturmfahne der nationalsozialistischen Revolution, zur alleinigen Reichsflagge erklärt. Die alte ruhmreiche schwarz-weiß-rote Flagge, die ihre Träger am 9. November 1918 kampflos in den Schmutz sinken ließen und die der nationalsozialistische Staat noch einmal aufzog, damit sie in Ehren wehe, wird an diesem Tag eingerollt und gehört der Geschichte an. Die Flaggen der Länder verschwinden.

Am gleichen Tage wird das "*Reichsbürgergesetz*" verkündet, durch das bestimmt wird, wer künftig im nationalsozialistischen Staat Bürgerrechte besitzt.

Das "*Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre*" bringt die gesetzliche Grundlage für die *Lösung der Judenfrage* und eine klare Scheidung zwischen

Ariern und Juden. Es beseitigt gleichzeitig damit alle Zweifel und gibt die Möglichkeit, das Judentum allmählich aus dem Volkskörper auszuscheiden.

Am 17. Juni 1936 ernennt der Führer auf Vorschlag des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern, Dr. Frick, den Reichsführer SS. Heinrich *Himmler* zum *Chef der deutschen Polizei im Reichsministerium des Innern.* Damit wird der Anfang gemacht zur **Schaffung einer schlagkräftigen einheitlichen Reichspolizei,** die an die Stelle des zersplitterten Polizeiwesens der Länder tritt. Das "*Gesetz über Finanzmaßnahmen auf dem Gebiet der Polizei*" vom 19. März 1937 führt diese Entwicklung weiter, die mit dem Inkrafttreten des deutschen Polizeigesetzes am 1. Juli 1937 ihren Abschluß findet.

So erhält die Polizei des nationalsozialistischen Staates ein neues Gesicht. Zwei Maßnahmen sind für den Wandel auf diesem Gebiet besonders bezeichnend: Die *Abschaffung des Gummiknüppels* und die *Verminderung der Polizeikräfte des Reiches um ein Drittel* als unmittelbare Folge der Ruhe und Ordnung und der Reichssicherheit, die der nationalsozialistische Staat mit eherner Energie wieder hergestellt hat. Durch die ideenmäßige und organisatorische Verbindung der Polizei mit den Schutzstaffeln der NSDAP. wurde aus der Knüppelgarde marxistischer Polizeiminister eine nationalsozialistische Volkspolizei. Ein außerordentlicher Rückgang der Kriminalität und nach Durchführung energischer Maßnahmen ein Absinken der Zahl der Verkehrsunfälle können unter vielen anderen als weitere Erfolge hervorgehoben werden.

Strafbare Handlung	**Rechtskräftig verurteilte Personen**	
	1932	**1936**
Gewalt und Drohung gegen Beamte	17 475	6 040
Hausfriedensbruch	7 210	2 700
Arrestbruch	7 852	1 400
Geldfälschung	702	200
Gefährliche Körperverletzung	31 764	15 900
Nötigung und Bedrohung	5 764	2 140
Einfacher Diebstahl	85 315	56 800
Schwerer Diebstahl	27 253	13 800
Unterschlagung	38 027	14 900
Raub und räuberische Erpressung	1 471	620
Einfache Hehlerei	10 882	6 200
Betrug	57 888	33 300
Fälschen öffentlicher Urkunden	12 604	7 700
Einfacher und betrüglicher Bankrott	639	100

Auch die *Realsteuerreform* vom 1. Dezember 1936, durch die 22 Landesgesetze abgelöst wurden, ist ein Schritt zur Reichsreform, denn es galt nunmehr im deutschen Reichsgebiet *nur noch einheitliches Grundsteuer- und Gewerbesteuerrecht.* Dadurch, daß zur Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer im gesamten Reichsgebiet nur noch die Gemeinden berechtigt sind, werden die Länder bei der Erhebung dieser Steuern ausgeschaltet und die Lasten auf Reich und Gemeinden verteilt. Es wird aber auch für die Wirtschaft ein klares übersichtliches Steuerwesen geschaffen, das außerordentliche Erleichterungen allein in der Verwaltung bringt.

Die ersten Reichsgaue

So ist schon Ende 1936 der Zeitpunkt gekommen, wo bereits der territorialen Neugliederung des Reiches vorgegriffen werden kann. Am 1. Dezember 1936 schafft das "*Gesetz über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin*" den endgültigen *Reichsgau Berlin*, das "*Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen*" vom 26. Januar 1937 den *Reichsgau Hamburg* in seiner endgültigen Gestalt. Das, was Generationen vordem nicht glückte und was gerade in der Novemberrepublik besonderen Schwierigkeiten begegnete, wird nun zur Tatsache: der gesamte hamburgische Wirtschaftsraum wird zu einem einheitlichen Gebilde geformt. *Altona*, *Wandsbek* und *Harburg-Wilhelmsburg* werden in den Gau Groß-Hamburg eingegliedert. Damit ist der Weg frei für eine sinnvolle Gestaltung dieses Wirtschaftsraumes, in dem bisher allein vier verschiedene Hafenverwaltungen nebeneinander arbeiteten, eine sinnvolle Gestaltung, deren Nutznießer in erster Linie der schaffende deutsche Mensch ist.

Gleichzeitig werden in ganz Norddeutschland *alle Enklaven beseitigt* und die Staatsgrenzen abgerundet. Eine Fülle von Schwierigkeiten wird damit für die Einwohner dieser Orte beseitigt. *Lübeck* und der oldenburgische Landesteil *Eutin* werden in den Verband der Provinz Schleswig-Holstein, Cuxhaven in die Provinz Hannover eingegliedert, *Wilhelmshaven* mit der oldenburgischen Stadt Rüstringen zu einem starken Gemeinwesen verschmolzen, und das oldenburgische Ländchen *Birkenfeld* an der Grenze der Saarpfalz in die Rheinprovinz eingegliedert.

Ohne Überstürzung und mit der gleichen Folgerichtigkeit wie in den ersten vier Jahren nationalsozialistischer Staatsführung geht nun der Weg weiter, hinein in jenes große Reich aller Deutschen, das den Besten der deutschen Nation zu allen Zeiten vorschwebte und dem Ulrich von Hutten den Namen gab:

Deutschland!

5. Volk und Rasse

Der Nationalsozialismus nimmt zum Ausgangspunkt seines Denkens und Handelns den lebendigen Begriff "*Das Volk*". Die ihm vorausgegangenen Herrschaftsformen stellten den *Staat* in den Mittelpunkt ihres Denkens und vergaßen darüber das Volk. Dieses rein staatliche Denken fand gerade in jenem Staate krassesten Ausdruck, der sich Volksstaat nannte, in der Weimarer Republik. In der Weimarer Republik spielte das Volk nur eine untergeordnete Rolle, war die Form alles und der Inhalt nichts. In der Weimarer Republik gab es bezeichnenderweise zwar ein Gesetz zum Schutze der Republik, aber kein Gesetz zum Schutze des Volkes.

So ist denn auch in den Jahren **von 1919 bis 1932 keine einzige wirklich große und umfassende Maßnahme zu verzeichnen, die etwa zugunsten des Volkes** getroffen worden wäre. Man überließ die Fürsorge für das Volk dem Zufall und verzichtete auf jede großzügige Planung. Hier und da in Angriff genommene Einzelaktionen verpufften und blieben ohne sichtbaren Erfolg, weil es an der Zusammenfassung der Kräfte und ihrer einheitlichen Lenkung fehlte. Weil dort, wo auf der einen Seite gegeben und geholfen wurde, man dafür auf der anderen Seite wieder nahm.

So überließ man zum Beispiel die Betreuung aller der Unglücklichen, die aus der Arbeitslosenfürsorge ausgesteuert waren, den Gemeinden, und dort, wo die Gemeinden selbst am Rande des Abgrundes standen, dem Zufall. Die natürlichen Folgen blieben nicht aus. Das deutsche Volk wurde zu einem sterbenden Volk: Steigende Zahlen der Todesfälle, sinkende Zahlen der Geburten.

Die **Zahlen der Todesfälle und der Geburten** zeigen in den Jahren 1919 bis 1936 folgende Entwicklung:

Jahr	Eheschließungen	Geburten	Sterbefälle	Geburtenüberschuß
1919	844 339	1 260 500	978 380	282 120
1920	894 978	1 599 287	932 929	666 358
1921	740 298	1 581 145	869 766	711 379
1922	690 944	1 424 763	890 507	534 256
1923	588 069	1 318 489	866 754	451 735
1924	446 445	1 290 764	766 957	523 807
1925	489 084	1 311 259	753 017	558 242
1926	489 685	1 245 471	742 955	502 516
1927	545 381	1 178 892	765 331	413 561
1928	594 631	1 199 998	747 444	452 554
1929	597 014	1 164 062	814 545	349 517
1930	570 241	1 144 151	718 807	425 344
1931	522 881	1 047 775	734 165	313 610
1932	516 793	993 126	707 642	285 484
1933	638 573	971 174	737 877	233 297
1934	740 165	1 198 350	724 758	473 592
1935	650 851	1 261 273	791 912	469 361
1936	611 114	1 279 025	796 971	482 054

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß nach einem anfänglichen Ansteigen der Geburtenzahlen und einem größeren Geburtenüberschuß in den Jahren 1920 und 1921, als Millionen Frontsoldaten die immer wieder hinausgeschobene Eheschließung nachholten, im Jahre 1932 bei den Geburten zum ersten Male die Millionengrenze unterschritten wurde. Der Geburtenüberschuß sank in Auswirkung der Notzustände vom Jahre 1932 im Jahre 1933 auf wenig mehr als 200.000, und es war schon der Tag abzusehen, an dem er die Nullgrenze erreicht haben würde.[1]

Vom Jahre 1934 ab machen sich deutlich die Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates bemerkbar. Die Zahl der Eheschließungen steigt auf eine Höhe, wie sie seit dem Jahre 1921 nicht mehr zu verzeichnen war, und senkt sich dann auf ein normales Maß, das aber immer noch das des besten Jahres der Scheinkonjunktur nach dem Kriege, des Jahres 1929, weit übersteigt. Die Geburtenzahlen steigen schon im Jahre 1934 von 971.000 wieder um 230.000 weit über die Millionengrenze empor und zeigen Jahr um Jahr eine weitere Besserung.

Aber neben den absinkenden Geburtenziffern waren sehr bald noch andere Warnungszeichen wahrnehmbar. Durch die ungesunden Wohnungsverhältnisse, die die immer steigende Arbeitslosigkeit und Verarmung des deutschen Volkes mit sich brachte, **stieg die Seuchengefahr von Jahr zu Jahr.** Der Staat war zu schwach und zu willenlos, ihr irgendeinen Riegel vorzuschieben. Er duldete Zustände, die geradezu als Brutherde für Krankheiten angesprochen werden müssen.

Ein Systemblatt berichtet

Die *Frankfurter Zeitung* kann in den Zeiten vor der Machtübernahme als ein mit dem Weimarer System in jeder Beziehung sympathisierendes Blatt angesehen werden. Sie bringt am 8. Juli 1931 folgenden bezeichnenden Bericht:

Squattersiedlung in Mannheim

"Vor einiger Zeit brachte die *Frankfurter Zeitung* unter dem Titel 'Squattersiedlung in Neuyork' eine Schilderung der erbarmungswürdigen neuen Armenkolonien, die sich die Neuyorker Squatter (Ansiedler) mit primitivstem Material erbauen auf einem stillschweigend annektierten Gelände. Auch in Mannheim gibt es eine solche erschütternde Squattersiedlung: *Die Kolonie im Kehricht an der Hochuferstraße* über dem Neckar. Dicht neben dem Isolierspital liegt ein großer quadratischer Graben, eine öffentliche *Schuttabladestelle.* Nahe Fabriken, aber auch das allgemeine Krankenhaus laden hier Schutt ab. Ein *pestilenzartiger Geruch* erfüllt diesen Graben. Und hier hausen die *Mannheimer Neusiedler.* Ursprünglich war es ein Geflügelzuchtverein, der hier lediglich Bretterhäuschen für das Federvieh aufschlug; Wohnerlaubnis gab und gibt die Stadt für diesen Ort nicht. Allmählich aber - seit sechs Jahren etwa - siedelt sich eine Kolonie Arbeitsloser dort an. Die 'Besseren' haben Backsteinhäuschen, sie haben eine Art Abort, sie haben Ziehbrunnen. Manche aber haben auch diesen 'Komfort' nicht, sondern nur *Bretterhütten, auf die Dachpappe genagelt* ist. Ein ganz Exklusiver hatte sich in die Grabenwand eine *Erdhöhle,* mit Lumpen bedeckt, gebuddelt, ergänzt durch ein Ofenrohr, allerdings 'nur' für den Aufenthalt bei Tage. Es gibt Hühner, Enten, Ziegen, die im Schutt 'weiden'. Dieser Schutt wird aber zuerst von einem Kriegsbeschädigten, der die besondere Erlaubnis der Stadt Mannheim hat, auf 'Verwendbarkeit' kontrolliert. Erst mit dem Schutt des Schuttes dürfen sich die Siedler und ihr Vieh beschäftigen.

Alle Kolonisten leben sehr gern 'draußen'. Den furchtbaren Geruch verspüren sie nicht mehr. Höchstens einmal, wenn - wie es vor ein paar Jahren geschah - *im Hochsommer einige Waggons verfaulten Käses abgeladen* werden. Alle haben sie für ihr armseliges Heim die Zärtlichkeit des Schöpfers für sein Werk. Und vergleichen es zufrieden mit der Dumpfheit ihrer früheren Stadtwohnung. Hinter wackligen Zäunen sind Gemüse- und Blumengärtchen angelegt - Pflanzen, so kümmerlich und bleichsüchtig gedeihend in der Pestluft, wie ihre Gärtner. Die ganze Kolonie im Kehricht aber zittert davor, daß alle eines Tages davongejagt werden aus ihrem Heim, auf das sie viel Arbeit und bitter erübrigte Arbeitslosenunterstützung verwandt haben, und daß die Stadt Mannheim, die es sich nicht leisten kann, der Kolonie Straßen, Wasser und Licht zu legen, sie einem der großen Barackenlager zuführt, so daß sie aus ihrem Ackerbaudasein im Schutt wieder dem unpersönlichen Massenelend des Großstadtproletariers anheimfallen würden."

Überall Arbeitslose als Höhlenbewohner

Dieser Bericht aus Mannheim kann ohne weiteres verallgemeinert werden, denn so wie in dieser einen Siedlung sah es am Rande vieler großen Städte aus. Alle diejenigen, die kein eigenes Heim mehr bezahlen konnten, flüchteten in Wohnlauben oder bauten sich aus Kistendeckeln und Wellblech kümmerliche Hütten, in denen sie oft mit vielköpfigen Familien hausten. Auch moderne Höhlenbewohner konnten in den Jahren 1931/32 z.B. in der Umgegend von Berlin vielfach festgestellt werden. Arbeitslose, die sich in Berghänge Höhlen hineingewühlt hatten, um wenigstens einen witterungsgeschützten Raum zu haben.

Nationalsozialistischer Kampf gegen die Elendsquartiere

Der *Nationalsozialismus räumte mit all diesen Elendsquartieren radikal auf.* Er ersetzt sie durch *moderne, gesunde Kleinsiedlungen* mit Licht und Luft, die dem schaffenden Menschen eine wirkliche Heimstatt sein können. Auch hier mögen zwei Zeitungsberichte als Schlaglicht die Entwicklung andeuten.

Die *Ostdeutsche Morgenpost* bringt am 13. August 1936 aus Gleiwitz folgenden Bericht:

> **"Baracken gehen in Flammen auf"**
> **Ein Freudenfeuer an der Toster Straße in Gleiwitz**
>
> "Hohe leuchtende Flammen, die Mittwoch nachmittags aus den alten schwarzen Wellblechbaracken an der Toster Straße emporloderten und riesige Rauchwolken schräg gegen den Himmel schickten, gaben einer großen Menschenmenge und Vertretern der Behörden und Partei ein Brandschauspiel, das diesmal keinen dramatischen Beigeschmack hatte. Es wurden Baracken vernichtet, die zehn Jahre hindurch als Notunterkünfte dienen mußten, obwohl sie sich in denkbar *schlechtestem Zustand* befanden und überdies *von Ungeziefer wimmelten.*
>
> Im Jahre 1926 waren sie errichtet worden, um in einer Zeit, als die Stadt Gleiwitz mit ihrer *Wohnungsnot* an erster Stelle unter allen deutschen Städten stand, eine Anzahl wohnungsloser Familien wenigstens für kurze Zeit aufzunehmen. Man glaubte damals, daß bald die Errichtung von dauerhaften und zweckmäßigen Kleinwohnungen möglich sein würde. Aber trotz vieler Eingaben an die damalige Regierung, *trotz erschütternder Denkschriften,* die das *Gleiwitzer Barackenelend* in Wort und Bild anschaulich schilderten, und *trotz vieler Ministerbesuche* gelang es nicht, die Mittel für den Bau von Kleinwohnungen zu erhalten. Die Stadt Gleiwitz, von hohen Schulden stark belastet und unter schwerer Wirtschaftsnot leidend, konnte aus eigener Kraft an den Bau derartiger Kleinwohnungen nicht herangehen, weil ihr jegliche Mittel dafür fehlten.
>
> Inzwischen wurde der Zustand dieser Baracken immer schlimmer. Die Wellblechverkleidung war durchgerostet, die entstandenen Löcher wurden mit Pappe überdeckt und mit einer dicken Schicht Teer überzogen. Die Baracken boten im Laufe der Zeit ein jammervolles Bild.
>
> Als nun *nach dem nationalsozialistischen Umbruch* Oberbürgermeister Meyer die Verwaltung der Stadt Gleiwitz übernahm, richtete er vor allem auch sein Augenmerk darauf, in dieser Hinsicht *Wandel zu schaffen.* Allmählich konnten viele zum Teil noch schlechtere Notunterkünfte beseitigt und die dort untergebrachten Familien in neue Kleinwohnungen eingesetzt werden. Als vor einigen Monaten *Reichsminister Dr. Frick* in Gleiwitz weilte und sich von dem Zustand dieser Baracken überzeugte, sicherte er seine Hilfe zu deren Beseitigung zu. Damals schon äußerte Oberbürgermeister Meyer: 'Dann werden diese Baracken verbrannt!' *Schneller als wohl erwartet* worden war, flossen *aus Sondermitteln,* die im Rahmen des Siedlungsprogramms der Reichsregierung zur Beseitigung von Notständen vorgesehen waren, *namhafte Zuschüsse nach Gleiwitz,* und im Stadtteil Gleiwitz-Öhringen (Sosnitza) konnten Kleinwohnungen errichtet werden, in die nun die Bewohner dieser Baracken eingesetzt wurden."

Ein weiterer Bericht zeigt ebenfalls, wie im nationalsozialistischen Staat *lichte und luftige Siedlungen für den Arbeiter an die Stelle grauer Massenquartiere* gesetzt werden und insbesondere das Problem der in einer hochkapitalistischen Zeit entstandenen lichtlosen *Hinterhäuser in den Großstädten* von der Staatsführung des Dritten Reichs nicht vergessen worden ist. Gewiß bleibt auf diesem Gebiet noch viel zu tun übrig. Auch die Lösung dieses Problems wird jedoch eines Tages großzügig in Angriff genommen werden. Teillösungen wurden bereits hier und da getroffen. Im übrigen weiß der deutsche

Arbeiter, daß die **Versäumnisse von Jahrzehnten nicht in wenigen Jahren aufgeholt werden können.**

Der Bericht lautet:

> "Schlimmer als in der *Braunschweiger Altstadt* ist es auch im *Hamburger Gängeviertel* nicht gewesen, das in den letzten Monaten mit der Spitzhacke radikal ausgerottet wurde. Für Braunschweig war das Hamburger Verfahren ausgeschlossen; denn die alten Straßen, in deren Hinterhäusern bitteres Elend und schwerste Gesundheitsgefahr wohnen, sind mit ihren Häuserfronten der wertvolle kulturelle Besitz der Stadt, das unschätzbare Erbe niederdeutscher mittelalterlicher Baukunst. Der Ausweg, der gefunden wurde, ist ebenso einfach wie großartig. Man bringt die Altstadt wieder in den Zustand, in dem sie sich vor drei- oder vierhundert Jahren befand. Denn all das Elend rührt von der Bautätigkeit des neunzehnten Jahrhunderts her, das zur *Steigerung der Mietserträgnisse* jeden Quadratmeter Hof und Raum bebaute, zahllose neue Wohnungen an- und einfügte und *allen zusammen schließlich das letzte bißchen Licht und Luft nahm.* Man zeigt mir Altstadthäuser im Urzustand.
>
> Seit Jahr und Tag werden von der Stadt Braunschweig die Elendsquartiere beseitigt, *Hinterhäuser und Anbauten abgerissen* und die verbleibenden Wohnungen in einen nicht nur menschenwürdigen, sondern freundlichen und gesunden Zustand versetzt. Auf dem wieder groß und licht gewordenen Hof des zuerst in Angriff genommenen Blocks grünt schon eine Grasfläche, schlagen die im Vorjahr gepflanzten Bäume aus. **600 Wohnungen, und zwar die schlimmsten, sind bis heute auf diese Weise saniert.** *Mehr als 2.000 Volksgenossen* sind aus dem Elend unmenschlicher Behausungen *befreit* und damit endgültig für den nationalsozialistischen Staat gewonnen. Das Versprechen des Führers bei der Machtübernahme, daß die erste Sorge der Bewegung und des Staates den Ärmsten des Volkes gelten werde, ist in Braunschweig in unvergleichlicher Weise wahrgemacht worden.
>
> Außerdem hat die Stadt *Braunschweig* in ihren Grenzen *die **größte zusammenhängende Neusiedlung des Reiches.*** **Eine neue Mittelstadt mit 10.000 bis 12.000 Menschen ist an der westlichen Stadtgrenze geschaffen worden.** *2.000 Wohnungen*, davon fast 400 den Richtlinien entsprechende Siedlerstellen, zählt der zum Gedenken an den 13. Januar 1935 '*Saarlandsiedlung*' getaufte neue Stadtteil, in dem jede Straße den Namen einer saarländischen Stadt trägt. Ein erheblicher Teil der Bewohner aus den abgerissenen Elendswohnungen der Altstadt ist hier untergebracht worden, eine ganze Anzahl, die gesund und wertvoll sind, konnten sogar in Siedlerstellen eingewiesen und damit bodenständig gemacht werden. Die Miete einschließlich Amortisation auf fünfunddreißig Jahre liegt für das Siedlungshaus mit Stall und großem Garten bei 25 Reichsmark, ist also auch für den Arbeiter ohne weiteres erschwinglich.
>
> Wenn man heute durch die moderne Siedlung geht, in der die einstigen Bewohner der finsteren Hinterhäuser eine neue Heimat gefunden haben, dann sieht man an den zufriedenen und frohen Gesichtern, was diese Umsiedlung für diese Menschen bedeutet."

Ein Beweis dafür, wie allerorten, insbesondere aber in den Bergrevieren, wo die Wohnungsverhältnisse aus der kapitalistischen Zeit und der Zeit der Novemberrepublik her besonders katastrophal waren, Siedlungen geschaffen worden sind - gesunde, lichte Siedlungen - zeigt ein Bericht aus der Zeitschrift *Arbeitertum* vom 15. August 1935, wo es u.a. heißt:

> **1085 Siedlerstellen im Wurmrevier**
>
> "Schon ein Jahr nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus, am 1. Mai 1934, konnte der Reichsleiter der DAF., Dr. Robert Ley, den ersten Spatenstich zur ersten DAF.-Bergarbeitersiedlung im Aachener Wurmkohlenrevier

tun. Nach vielen Schwierigkeiten und vor allem Anfeindungen der gerade in diesen Gegenden wühlenden schwarzen Kreise, die jede Leistung des Nationalsozialismus fürchten, konnten dann Februar dieses Jahres 71 Siedlerstellen bei Aachen bezogen werden. Es ist an ihnen viel gelernt und viel Erfahrung gesammelt worden. Wo heute 71 Kumpels und ihre Familienmitglieder froh und zufrieden auf ihrem eigenen Boden ernten können, entstehen schon wieder 214 Siedlerstellen in der danebenliegenden Siedlung 'Begau', welche eine in sich abgeschlossene Gemeinde mit Schule, Gemeinschaftshaus und Kaufläden darstellen wird. 600 weitere Stellen sind im Wurmgebiet schon wieder vorgeplant und 200 Stellen werden außerdem noch in diesem Jahr angefangen und zum Teil auch bezogen werden."

Insgesamt ergibt sich *auf dem Gebiet des Kleinsiedlungsbaus mit öffentlicher Unterstützung von 1930 bis 1936* folgende Entwicklung:

	Bereitgestellte Mittel	Mit Reichsdarlehen gefördert und fertiggestellt	
1. 1931 bis April 1933	83 000 000 RM	30 969 Kleinsiedlungen	
2. 1933	40 000 000 "	17 611 "	
3. 1934	72 250 000 "	30 628 "	
4. 1935 bis Ende 1936	170 000 000 "	91 000 "	bezogen
		12 000 "	im Bau

Die für die weitere Bewilligung zur Verfügung stehenden Mittel ermöglichen darüber hinaus die *Bereitstellung von rund 135.000 Stellen.*

Wohnungsbau verdreifacht

Im Wohnungsbau ergibt sich ebenfalls ein erfreuliches Bild, denn die Zahl der neu gebauten Wohnungen ist von Jahr zu Jahr größer geworden. Ein besonderes Augenmerk wurde der Schaffung mittlerer und kleiner Wohnungen für Minderbemittelte zugewendet. Es wurden Wohnungen gebaut:

1932 - 141 265
1933 - 178 038
1934 - 283 995
1935 - 241 032
1936 - 294 600

Ferner waren Ende 1936 noch 175.000 Wohnungen im Bau.

Ehestandsdarlehen fördern Heirat und kurbeln Wirtschaft an

m den Hunderttausenden, die in den Jahren des Niedergangs nicht in der Lage waren, einen Hausstand zu gründen, die Möglichkeit zu geben, zu heiraten, schuf der nationalsozialistische Staat die Ehestandsdarlehen. Am 1. Juni 1933 beschloß das Reichskabinett das "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit". Im Abschnitt V dieses Gesetzes ist vorgesehen, daß das Reich jungen Leuten, die heiraten möchten, aber ohne die erforderlichen Mittel zur Einrichtung eines eigenen Heimes sind, unverzinsliche Ehestandsdarlehen bis zu 1.000 RM gewährt, die in kleinen Raten zurückzuzahlen sind.

Das Gesetz bestimmt weiter, daß bei der Geburt eines jeden Kindes 25 v.H. des ursprünglichen Darlehensbetrages erlassen werden und daß dann die Tilgung des Restdarlehens auf die Dauer von zwölf Monaten unterbrochen werden darf.

Und nun der Erfolg. Die Kurve der ausgezahlten Ehestandsdarlehen ergibt folgende Zahlenreihe:

1933 - 141 600
1934 - 224 600
1935 - 156 800
1936 - 171 400

Zur Erläuterung muß darauf hingewiesen werden, daß die außerordentliche Steigerung im Jahre 1934 in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß viele Zehntausende, die unter normalen Umständen längst geheiratet hätten, nun ihre Heirat nachholten. Die nächsten Jahre zeigen dann ein normales Bild. Die Entwicklung des Erlasses von Darlehensbeträgen für lebendgeborene Kinder zeigt die nachstehende Aufstellung:

1933 - 13 600
1934 - 130 000
1935 - 155 100
1936 - 186 700

Während 1933 noch mehr als die Hälfte aller Ehen mit Hilfe von Ehestandsdarlehen geschlossen wurde, bewirkte der wirtschaftliche Aufstieg, daß schon Ende 1934 nur noch ein Fünftel aller Eheschließenden Ehestandsdarlehen in Anspruch nahm.

Hilfswerk "Mutter und Kind"

Gesunde Mütter und gesunde Kinder sind die Garanten der Zukunft eines Volkes, und so hat von 1933 ab die "*Nationalsozialistische Volkswohlfahrt*" neben der Schaffung des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes ihre Hauptstoßkraft dem großen Hilfswerk "*Mutter und Kind*" zugewandt und auf diesem Gebiete *völlig Neues geschaffen.* Insgesamt wurden - von der umfangreichen Mütter- und Kinderhilfe durch Staat und Gemeinden abgesehen - allein von der NSV. für Müttererholung und Kinderverschickung folgende Summen aufgewandt:

Hilfswerk "Mutter und Kind"	RM. 196 050 878,17
davon für:	
Kinderverschickung	RM. 106 802 297,--
Müttererholung	RM. 26 736 850,--

Wie groß die Gesamtleistungen auf dem Gebiete der Mütter- und Kinderverschickung in den Jahren 1925/36 gewesen sind, zeigen anschaulich folgende Aufstellungen:

Kinderverschickung in den Jahren 1925 bis 1936

	Inland			
	Heimverschickung	Landverschickung	**Ausland**	Insgesamt
1925	224 762	95 239	14 472	334 473
1926	257 035	81 874	14 429	353 338
1927	280 217	60 241	16 797	357 255
1928	305 637	38 754	17 552	361 943
1929	312 287	30 441	18 191	360 889
1930	280 462	30 522	19 800	330 784
1931	221 303	40 469	24 461	286 233
1932	173 668	60 690	21 998	256 356
1933	178 528	129 118	19 448	327 094
1934	219 249	370 592	29 269	619 110
1935	261 077	328 083	28 057	617 217
1936	300 884	273 198	24 387	598 469

Anteil der NSV. an der Kinderverschickung in den Jahren 1933 bis 1936

Heim- und Landesverschickung	
1933	119 448
1934	364 868
1935	415 571
1936	417 072
Insgesamt:	**1 316 959**

Diese Leistung entspricht einem Wert von RM. 106.802.297,--

NSV.-Mütterverschickung in den Jahren 1934 bis 1936

Jahr:	Verschickung:
1934	40 340
1935	65 676
1936	69 876
Insgesamt:	**175 892**

Diese Leistung entspricht einem Wert von RM. 26.736.850,--

Nationalsozialismus kämpft für Volksgesundheit

Die **staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Volksgesundheit** erhielten durch das *Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens* vom *3. Juli 1934* eine entscheidende Wendung. Dieses Gesetz wurde zur Grundlage eines völligen Neubaues des deutschen öffentlichen Gesundheitswesens nach modernsten Gesichtspunkten.

Das Gesetz dient dem Zweck, die verschiedenen ärztlichen Arbeitsgebiete der Gesundheitspolizei, der Hygiene, der gesundheitlichen Für- und Vorsorge, wie die Erb- und Rassenpflege, zusammenzufassen und der Reichsregierung einen einheitlichen Verwaltungsapparat zur Durchführung der gesundheitlichen Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Die Zerreissung des öffentlichen Gesundheitswesens in verschiedene Zuständigkeitsgebiete war damit überwunden und der Weg für eine großzügige Gesundheitspolitik frei.

Der Aufbau des Gesundheitswesens sieht in den Grundzügen folgendermaßen aus:

1. *Abteilung Volksgesundheit* im Reichsministerium des Innern.

2. *Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik,* der im Mai 1933 berufen wurde und dem Reichsministerium des Innern zur Beratung gesetzgeberischer Maßnahmen zur Verfügung steht.

3. *Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst:* Diesem Reichsausschuß gehören alle Vereinigungen an, die sich mit der Bevölkerungspolitik, mit Erb- und Rassenpflege und Gesundheitsfragen beschäftigen. Der Reichsausschuß für Volksgesundheitsdienst arbeitet in enger Verbindung mit dem Reichsgesundheitsamt.

4. Das *Reichsgesundheitsamt.* Es ist der Abteilung "Volksgesundheit" im Reichsministerium des Innern angegliedert und steht zur Begutachtung wissenschaftlicher Fragen zur Verfügung.

5. Die *Gesundheitsämter.* **In sämtlichen Stadt- und Landkreisen sind Gesundheitsämter eingerichtet worden,** die Mittelpunkt des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind. In der Regel hat jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt ein eigenes Gesundheitsamt. Die Stadt Berlin z.B. besitzt ein Hauptgesundheitsamt und zwanzig Bezirksgesundheitsämter. In der Regel sind die Gesundheitsämter staatliche Einrichtungen. Die Gesundheitsämter haben eine Fülle von Aufgaben, und zwar:

> **Durchführung der ärztlichen Aufgaben:**
> **a) der Gesundheitspolizei,**
> **b) der Erb- und Rassenpflege einschließlich Eheberatung;**
> **c) der gesundheitlichen Volksbelehrung;**
> **d) der Schulgesundheitspflege,**
> **e) der Mütter- und Kinderberatung,**
> **f) der Fürsorge für Tuberkulöse, für Geschlechtskranke, körperlich Behinderte, Sieche und Süchtige.**

Außerdem haben die Gesundheitsämter die ärztliche Mitwirkung bei Maßnahmen zur Förderung der Körperpflege und Leibesübungen sowie die amts-, gerichts- und vertrauensärztliche Tätigkeit wahrzunehmen.

Bei den Gesundheitsämtern bestehen Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege. Diese Beratungsstellen stehen zur freiwilligen Inanspruchnahme der gesamten Bevölkerung offen.

Verhütung erbkranken Nachwuchses

Von ganz entscheidender Bedeutung für die Gesundheitspflege und die Gesundung des deutschen Volkskörpers ist ferner das **Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses** vom 14. Juli 1933. Nach diesem Gesetz können erbkranke Personen durch einen chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß ihre Nachkommen an schweren körperlichen und geistigen Erbschäden leiden werden.

> "Erbkrank im Sinne des Gesetzes ist, wer an angeborenem Schwachsinn, Schizophrenie, zirkulärem (manisch depressivem) Irresein, erblicher Fallsucht, erblichem Veitstanz, erblicher Blindheit, erblicher Taubheit, schwerer erblicher körperlicher Mißbildung oder an schwerem Alkoholismus leidet.
>
> Ärzte wie andere Personen, denen in ihrer Berufstätigkeit bei Ausübung der Heilkunde eine Person bekannt wird, die an einer Erbkrankheit oder an schwerem Alkoholismus leidet, sind verpflichtet, dem Amtsarzt nach vorgeschriebenem Muster Meldung zu erstatten. Die gleiche Verpflichtung haben alle Personen, die sich mit der Heilbehandlung, Untersuchung oder Beratung von Kranken befassen. Der Amtsarzt wird die bei ihm eingehenden Anzeigen ordnen und hat dann den Antrag auf Unfruchtbarmachung zu stellen, wenn die betreffende Person oder ihr gesetzlicher Vertreter dies nicht selbst tun. Wenn der Antrag nach den obengenannten Voraussetzungen gestellt ist, so hat das *Erbgesundheitsgericht,* das aus einem Amtsrichter als Vorsitzendem, einem beamteten Arzt und einem weiteren für das Deutsche Reich approbierten Arzt zusammengesetzt ist, die Entscheidung über die Unfruchtbarmachung zu treffen. Das Verfahren vor dem Erbgesundheitsgericht ist nicht öffentlich und richtet sich, soweit nicht anders bestimmt ist, nach den Vorschriften des Reichsgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit."

Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses wird ergänzt durch das **Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über die Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24. November 1933.**

Diesen Gesetzen, die die Vermehrung Erbkranker und Minderwertiger verhüten, stehen die positiven Maßnahmen zur Pflege des gesunden Volksgutes gegenüber. In diesem Zusammenhang ist das Gesetz über Förderung der Eheschließung vom 1. Juni 1933 und vor allem das **Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes** vom 18. Oktober 1935 zu erwähnen.

Der Schöpfer der Gesundheitsgesetze, *Ministerialdirektor Dr. Gütt,* bemerkt zu dem Erbgesundheitsgesetz:

> "Das Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes vom 18. Oktober 1935 ist ein ***Ehegesundheitsgesetz,*** ein Gesetz, das in seiner Auswirkung die Ehe ihrem wirklichen Zweck, nämlich der Erzeugung gesunder Kinder, wieder zuführen will.
>
> In der Erkenntnis, daß durch Eheverbote nur die schwersten Gefahren abgewendet werden können, hat sich der Gesetzgeber darauf beschränkt, Ehehindernisse nur in solchen Fällen zu schaffen, in denen ein verantwortungsbewußter Mensch schon von sich aus eine Ehe nicht schließen würde.

Solche Ehen liegen nach § 1 des Gesetzes vor:

1. Wenn einer der Verlobten an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teiles oder der Nachkommen befürchten läßt;
2. wenn einer der Verlobten entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht;
3. wenn einer der Verlobten, ohne entmündigt zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt;
4. wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet.

Die letztere Bestimmung steht der Eheschließung nicht entgegen, wenn der andere Verlobte unfruchtbar ist.

Die Tatsache, ob ein Ehehindernis im Sinne dieser Bestimmungen vorliegt, ist von einem vom Reichsminister des Inneren zu bestimmenden Zeitpunkt ab durch ein Zeugnis des Gesundheitsamtes (Ehetauglichkeitszeugnis) nachzuweisen. Die Durchführung dieser Bestimmung ist überhaupt erst möglich geworden, nachdem durch eine Vereinheitlichung des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens ab 1. April 1935 in allen Stadt- und Landkreisen Gesundheitsämter eingerichtet worden sind. Im Rahmen der Gesundheitsämter wird es daher Aufgabe der Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege sein, die zur Ehe entschlossenen Personen *vor der Eheschließung zu beraten*. Um die Beratung überall einwandfrei durchzuführen, darf bis zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt die Vorlage des Ehetauglichkeitszeugnisses vom Standesbeamten nur dann verlangt werden, wenn begründete Zweifel an der Gesundheit des einen Ehepartners bestehen. Nach einer angemessenen Übergangszeit wird dann später die Vorlage des Ehezeugnisses von jedem Verlobten verlangt werden. Im Falle der Versagung des Ehetauglichkeitszeugnisses soll in den Ausführungsbestimmungen eine Beschwerde bei dem zuständigen Erbgesundheitsgericht und gegen dessen Entscheidung eine weitere Beschwerde bei dem Erbgesundheitsobergericht zulässig sein.

Durch die Auswirkungen dieses Gesetzes erhalten die gesundheitspolitischen Bestrebungen des nationalsozialistischen Staates eine gewisse Krönung. Letzten Endes sind *nicht die auszusprechenden Eheverbote, sondern die damit gesetzlich verankerte Eheberatung die wichtige Folge des Gesetzes.* Alles kommt demnach auf die Erziehung zur Erbgesundheit und Rassereinheit an! Rasse und Erbgesundheit eines Menschen sind nicht zu trennen!"

Über 200 Millionen Reichsmark jährlich für Erbkranke

Für jeden schaffenden Deutschen sind diese Bestimmungen besonders einleuchtend, wenn er folgendes berücksichtigt:

Der Zuschuß für ein gesundes Schulkind beträgt in Deutschland jährlich RM. 75,--.

Der Zuschuß für ein Hilfsschulkind (schwachsinniges Kind) jährlich RM. 300,-- bis RM. 500,--.

Der Zuschuß für jedes erbkranke, taubstumme oder blinde Kind jährlich RM. 1.500,--.
Ein Geisteskranker kostet den Staat und die Allgemeinheit täglich RM. 6,-- bis RM. 8,--

Der Zuschuß für einen Psychopathen oder geistig Minderwertigen in der Fürsorgeerziehung jährlich RM. 1.500,--.

Schwerer Geisteskranke unter besonderer Aufsicht kosten täglich bis zu RM. 20,--.

Diese Summen sind so hoch, daß allein von den Kosten der Unterhaltung eines einzigen Geisteskranken pro Tage eine ganze Arbeiterfamilie leben könnte.

140 Reichsmark betragen die Unkosten für einen Schwergeisteskranken pro Woche. 600 Reichsmark im Monat. Damit können im Monat 3-4 Arbeiterfamilien ihren Unterhalt bestreiten. Eine einzige Jahresbilanz macht das noch einleuchtender. Es waren im Jahre 1935/36 auf Kosten der Bezirks- und Landesfürsorgeverbände in Anstalten untergebracht:

Geisteskranke	199 028
Taubstumme	4 373
Blinde	3 629
Epileptiker, Krüppel usw.	31 964
	238 994 Personen

Es befanden sich insgesamt also 238.994 Personen auf öffentliche Kosten in Anstalten. Die Kosten dafür betrugen im Rechnungsjahr 1935/36 166 Millionen Reichsmark. In diesen Zahlen sind nicht enthalten die Zehntausende von Erbkranken, die sich in Familienfürsorge befinden und für die ebenfalls erhebliche Zuschüsse von den verschiedenen Stellen gezahlt werden. Die Ausgaben für Erbkranke sind daher mit mehr als 200 Millionen Reichsmark im Jahr nicht zu hoch gegriffen.

Die Kosten für die Unterhaltung der Minderwertigen, Idioten, Geisteskranken und Verbrecher trägt das Volk, also die breite, schwer um ihre Existenz ringende Masse. Das weitere Ansteigen dieser Krankheiten muß auf die Dauer zu Belastungen des arbeitenden Volkes führen, die es nicht mehr zu tragen vermag. Es ist daher richtiger, rechtzeitig einzugreifen und durch Sterilisierung einer gewissen Gruppe von körperlich Erbkranken und aller Geisteskranken der Vermehrung dieser Leiden Einhalt zu tun. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß die geistig Minderwertigen sich in besonders großem Maße zu vermehren pflegen.

Die Gesunden haben ein Recht darauf, daß sich ihnen die besondere Fürsorge des Staates zuwendet, und nicht jährlich Hunderte von Millionen zur Unterhaltung von menschlichen Wracks ausgegeben werden müssen.

Auch unter den Erbkranken befinden sich viele, die die Notwendigkeit der Sterilisation einsehen. So schreibt ein erbkrankes junges Mädchen:

"Wer ist so verroht, daß er sein Leid in seinem Kinde wiederholt sehen möchte? Habt Ihr je in die Augen eines kranken Kindes geschaut, so wird Euch der stumme, anklagende Blick verfolgen, wo Ihr auch seid! Man hat doch mit Tieren Erbarmen. Warum versagt man es dem Menschen?"

Deutschland steht mit seiner Erkenntnis, daß die Vermehrung Minderwertiger verhindert werden muß, nicht allein da. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika, in Dänemark, in einem Teil der Schweiz gibt es bereits ähnliche Bestimmungen und in Norwegen, Finnland und anderen Staaten sind ebenfalls Gesetze in Vorbereitung, die der Verhinderung erbkranken Nachwuchses dienen sollen.

Jugend im neuen Staat

Die Jugend ist die Zukunft eines Volkes und so haben der nationalsozialistische Staat und die nationalsozialistische Bewegung sich der Jugend in einem Maße angenommen und ihr einen Platz im Staat eingeräumt, wie sie ihn niemals zuvor besessen hat.

200.000 Jungen und Mädel bekannten sich um die Jahreswende 1932/33 zur Hitler-Jugend und standen damit in der aktiven Front für den Führer. *477 verschiedene Jugendorganisationen* standen ihnen gegenüber. Die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes zeigte sich nirgends in solchem Maße wie gerade in der Jugend. Wollt man das Volk für immer einigen und zu einem festen Block zusammenschweißen, so bedurfte es dazu in erster Linie einer Einheit der Jugend. Die Hitler-Jugend schuf diese Einheit. Ende 1933 sind fast alle übrigen Jugendorganisationen ohne äußeren Zwang von der Bildfläche verschwunden. 2 Millionen Jungen und Mädel stehen in der Hitler-Jugend in einer Front.

Zum *Jugendführer des Deutschen Reiches* ernannt, schritt Baldur von *Schirach* auf diesem Wege fort; und am vierten Jahrestag der Machtübernahme kann er dem Führer *7½ Millionen Jungen und Mädel* melden, die nun *in der Hitler-Jugend* die Heimstatt ihrer Jugend gefunden haben. Das *Gesetz über die Hitler-Jugend vom 1. Dezember 1936* faßt die gesamte Jugend innerhalb des Reichsgebietes zusammen. Damit tritt die Hitler-Jugend als verantwortlicher Erziehungsfaktor und als solcher vom Staate anerkannt, neben Elternhaus und Schule. Trotzdem verzichtet sie auf jeden äußeren Zwang und erfaßt weiterhin die deutsche Jugend nach dem Grundsatze der Freiwilligkeit.

Körperliche Ertüchtigung und *weltanschauliche Schulung* sind die beiden Pole ihrer Arbeit. Am 9. Dezember 1936 wird der *Reichssportführer von Tschammer und Osten* mit der körperlichen Erziehung der gesamten deutschen Jugend betraut. *Leistungsabzeichen* sind die äußeren Kennzeichen dieser Arbeit.

200.000 Hitler-Jugendführer und BDM-Führerinnen konnten allein im Jahre 1936 eine systematische weltanschauliche Schulung durchlaufen. Allein im Sommer 1936 sind in 2.700 Freizeitlagern der Hitler-Jugend und des BDM. 670.000 Jungen und Mädel erfaßt worden. 1 Million sollen es im Jahre 1937 werden.

Ein *Gesundheitsamt* mit *6.000 Ärzten und ebensovielen Ärztinnen* sorgt für die gesundheitliche Überwachung und Betreuung der Jungen und Mädel in der Hitler-Jugend.

Von Jahr zu Jahr nimmt der *Landdienst der Hitler-Jugend* zahlenmäßig zu, schafft die Bindung zwischen Stadt und Land und bringt Tausende von Hitlerjungen wieder zum Bauerntum zurück. *Haushaltungsschulen des BDM.* in allen Gegenden Deutschlands bringen den BDM.-Mädeln das Rüstzeug, dessen die Frau und Mutter von morgen bedarf.

Der *Reichsberufswettkampf,* zum ersten Male im Jahre 1934 in Zusammenarbeit mit der Deutschen Arbeitsfront durchgeführt, ist eine **Leistungsprüfung der Jugend, die für die ganze Welt etwas völlig Neuartiges darstellt.** Zum vierten Reichsberufswettkampf im Jahre 1937 sind 1.830.000 schaffende Jugendliche, *fast die gesamte werktätige Jugend Deutschlands, zur Teilnahme angetreten,* darunter 300.000 Jugendliche aus der Landwirtschaft und 16.000 Studenten. An 4.000 Wettkampfsporten haben 25.000 Wettkampfleiter mit 300.000 Mitarbeitern dieses *Olympia der Arbeit* durchgeführt.

Der *zusätzlichen Berufsschulung* wird ebenfalls größtes Augenmerk zugewendet. 275.891 Jungen und 92.866 Mädel erhalten eine zusätzliche Berufsschulung, werden für das Leben ertüchtigt, Zahlen, die immer noch im Steigen begriffen sind.

Im *Kulturleben der Nation* schafft sich diese Jugend in vier Jahren eine Position, die Beachtung verdient. Mit Erfolg bemüht sie sich, in Zusammenarbeit mit der Jugend der Welt *gegenseitiges Verständnis unter den Völkern zu wecken.*

Wie nie zuvor erlebt diese Jugend Deutschland, erwandert es sich und gewinnt es als kostbaren Besitz. 7,5 Millionen Übernachtungen können *die Jugendherbergen* des Deutschen Reiches 1936 verzeichnen, 4,3 Millionen im Jahre 1933. 339 neue Jugendherbergen mit 19.600 Liegestätten wurden in vier Jahren neu geschaffen, die Übernachtungsgebühren auf zwanzig bis dreißig Pfennig herabgesetzt. 194.000 Ausländer befinden sich 1936 bereits unter den Gästen der deutschen Jugendherbergen. Ende 1936 stehen dem Deutschen Jugendherbergswerk 2.000 Jugendherbergen mit 250.000 Betten zur Verfügung.

Arbeitsdienst für Deutschland

Der Gedanke des Arbeitsdienstes für die ganze Jugend der Nation ohne Ansehen der Person, der Stellung und der Herkunft der Eltern ist schon in den Anfängen der nationalsozialistischen Bewegung eine wesentliche Forderung gewesen, und zwar ebensosehr aus Gründen der Volkserziehung als aus wirtschaftlichen Motiven. Die vor der Machtergreifung hier und da angestellten Versuche von verschiedenen Verbänden, Arbeitsdienstlager einzurichten, entsprachen nur selten nationalsozialistischen Gesichtspunkten, weil sie meist unter Führung und Leitung von Behörden und Vereinigungen standen, die den volkserzieherischen Gesichtspunkt außer acht ließen und den Arbeitsdienst lediglich als ein gutes Mittel ansahen, erwerbslose Jugend von der Straße zu bringen. Für die *Regierung Brüning* war der *Freiwillige Arbeitsdienst* nur eine *produktive Erwerbslosenfürsorge.* Die gesetzliche Handhabe zu seiner Einführung gab ihm die Notverordnung vom 5. Juni 1931.

Der Nationalsozialistische Arbeitsdienst ging von Anbeginn andere Wege. 1931 wurde von Oberst a.D. Hierl, der seit 1929 bereits Vorarbeiten geleistet hatte, im Auftrage der NSDAP. das erste Führerlager zur Schulung von Arbeitsdienstführern durchgeführt. Im Januar 1932 erfolgte die Einrichtung des ersten Arbeitsdienstlagers in Hammerstein (Grenzmark). Anschließend wurde dann der "Verein zur Umschulung freiwilliger Arbeitskräfte" gegründet, um einen Arbeitsdienst nach nationalsozialistischen Grundsätzen einzurichten.

Nach der Machtergreifung erfolgt sofort eine straffe Zusammenfassung aller Arbeitsdienstgruppen im Freiwilligen Arbeitsdienst und ihr Aufbau nach den Forderungen der NSDAP. *Reichsarbeitsführer Hierl* wird am 4. Mai 1933 zum Staatssekretär für den Freiwilligen Arbeitsdienst ernannt. Unter seiner Leitung wird der Freiwillige Arbeitsdienst auf eine *völlig neue Grundlage* gestellt. Neben die körperliche Arbeit tritt als bestimmender Faktor die *weltanschauliche und körperliche Erziehung.*

Die Unterbringung findet ausschließlich in geschlossenen Lagern bei straffer Lagerdisziplin statt. Der *Einsatz* erfolgt in erster Linie auf dem Gebiete der *Landeskultur* bei Arbeitsvorhaben, die volkswirtschaftlich wichtig sind und im normalen Arbeitsprozeß infolge der Höhe der Kosten nicht durchgeführt werden können.

Bis zum 31. März 1934 wurde der Freiwillige Arbeitsdienst aus Mitteln des Reiches und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finanziert. Mit dem Haushaltsjahr 1934/35 erhält der Arbeitsdienst zum ersten Male einen eigenen Etat vom Reich und wird so völlig unabhängig von den Trägern der einzelnen Arbeitsvorhaben.

Durch das *Reichsarbeitsdienstgesetz* vom 26. Juni 1935 wird die *allgemeine gleiche Arbeitsdienstpflicht* in ganz Deutschland eingeführt. Der **Reichsarbeitsdienst,** zu dem

alle jungen Deutschen beiderlei Geschlechts verpflichtet sind, ist nach diesem Gesetz Ehrendienst am deutschen Volk. Durch ihn soll die deutsche Jugend im Geist des Nationalsozialismus zur Volksgemeinschaft und zur wahren Arbeitsauffassung, vor allen Dingen zur gebührenden Achtung der Handarbeit erzogen werden. Nur gemeinnützige und volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten werden vom Reichsarbeitsdienst durchgeführt.

Während noch im Jahre 1932 die Arbeitsvorhaben in erster Linie den Bau von Sport- und Spielplätzen, Straßen, Promenaden, Badeanstalten usw. betrafen, entfällt heute bei weitem der größte Teil der Tagewerke auf die Bodenverbesserung, die Entwässerung von Kulturland, den Hochwasserschutz, Flußregulierungen, Kultivierung von Moor- und Ödland, Neulandgewinnung und Flurbereinigung. Auch zum Katastrophenschutz bei Moor- und Waldbränden, bei Überschwemmungen, als Erntenothilfe usw. wurde der **Reichsarbeitsdienst** in erster Linie eingesetzt.

Die *Dienstzeit* im Reichsarbeitsdienst beträgt *sechs Monate*. Die Stärke beträgt einschließlich des Stammpersonals z. Zt. 230.000 Mann.

Der Nationalsozialistische Arbeitsdienst hat in den ersten vier Jahren nationalsozialistischen Aufbaus u.a. folgende Leistungen vollbracht:

1. 120.000 ha Land wurden vor Hochwasser geschützt, die Ernte wurde gesichert.

2. 300.000 ha unter Nässe leidendes Land wurde entwässert und damit die Möglichkeit einer erheblichen Ertragssteigerung geschaffen.

3. 25.000 ha wurden gerodet, umbrochen und durch ähnliche Bodenarbeiten verbessert.

4. 40.000 ha durch Erbteilungen zersplitterter Besitz wurden zu geschlossenen Wirtschaftsflächen zusammengefaßt, durch Wege erschlossen und entwässert.

5. 160.000 ha Kulturland wurde durch Wirtschaftswege erschlossen und so seine Bewirtschaftung erleichtert.

Die *Arbeitsdienstpflicht für die weibliche Jugend* ist grundsätzlich durch das Reichsarbeitsdienstgesetz verkündet. Ihre Ausgestaltung bleibt jedoch späterer gesetzlicher Regelung vorbehalten, so daß der weibliche Arbeitsdienst zur Zeit noch auf der Grundlage der Freiwilligkeit durchgeführt wird. Arbeitsdienstpflicht besteht schon jetzt für Abiturientinnen mit Studiumsabsichten. Der Aufbau des weiblichen Arbeitsdienstes bis zur Einführung der Arbeitsdienstpflicht wird schrittweise vor sich gehen, damit zunächst einmal auch hier die nötige Führerschaft herangebildet wird und die notwendigen Erfahrungen gesammelt werden.

Der weibliche Arbeitsdienst war bis zum Jahre 1936 noch der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung angegliedert und ist dann dem *Reichsarbeitsführer unterstellt* worden. Er gliedert sich heute in 485 Lager mit 15.000 Arbeitsmaiden und wird Anfang 1938 600 Lager mit 25.000 Arbeitsmaiden betragen.

Auch im weiblichen Arbeitsdienst sind Arbeit und Schulung gleich wichtige Faktoren. Die *weiblichen Arbeitsdienstlager* werden in erster Linie *in Siedlerdörfern* eingerichtet und die Mädels im Haushalt der Siedlerfrau eingesetzt. Sie helfen in Haus und Hof, kümmern sich um die Kinder, richten in vielen Gegenden Kindergärten ein und scheuen sich vor keiner Arbeit. Man sieht sie ebenso bei der Feldbestellung wie bei der Ernte; Forke und Spaten sind ihnen genau so vertraute Handwerkszeuge wie Nadel und Faden. Standesdünkel und Einbildung verschwinden im weiblichen Arbeitsdienst sehr schnell, denn für die Mädels im Arbeitsdienst gilt es kräftig zuzupacken und nicht zimperlich zu sein.

So wachsen mitten unterm deutschen Bauerntum in Licht und Luft die kommenden deutschen Mütter auf.

"Freie Bahn dem Tüchtigen"

Freie Bahn dem Tüchtigen" ist eine alte Parole und eine Forderung, die schon vor dem Weltkriege erhoben wurde. Als die Novemberrevolution kam, da ging durch die deutsche Jugend eine große Hoffnung: Nun würde sie ohne Ansehen von Herkunft, Geburt und Besitz Zugang zu allen wichtigen Berufen des Staates haben, des Staates, der auch ihr gehört. Diese Hoffnung schlug um in eine grenzenlose Enttäuschung. Der *Marxismus* hatte zwar die Parole "Freie Bahn dem Tüchtigen" übernommen und auf seine Fahnen geschrieben, in der Praxis sie jedoch übersetzt mit: "*Freie Bahn dem Bonzen.*" Die Tüchtigen blieben, was sie waren. Ihnen fehlte auch die Aufstiegsmöglichkeit in der Republik.

Der Nationalsozialismus ging auch auf diesem Gebiete grundsätzlich neue Wege. Er stellte an den Volksgenossen nicht die Frage "Woher kommst du" und "Was hast du", sondern "Was bist du" und "Was leistest du". Die Vielfaltigkeit der nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Gliederungen gibt ohne Ansehen der Person jedem Volksgenossen die Möglichkeit, durch Haltung und Leistung zu den höchsten Ämtern des Staates aufzusteigen. Im Gegensatz zu den Bonzen der Republik bekennt der *Führer* selbst immer erneut mit Stolz, daß er die Jahre nicht missen möchte, in denen er als *Bauarbeiter auf dem Gerüst* stand. Unter den führenden Männern von Staat und Partei, unter den Gauleitern und Oberpräsidenten befindet sich eine ganze Anzahl von Handarbeitern, von denen jeder seinen Mann steht, aber keiner seine Herkunft jemals vergessen hat. Sie sind Volk im Volke geblieben.

Die Auslese der Tüchtigen wird in erster Linie durch die *Adolf-Hitler-Schulen,* durch Hitler-Jugend und Jungvolk getroffen. Jeder Junge, der überdurchschnittliche Leistungen zeigt, kann ohne weiteres zu den Adolf-Hitler-Schulen einberufen werden. Und wer in der nationalsozialistischen Bewegung sich einsetzt und im Kleinen treu ist, der hat die Möglichkeit, durch die Lehrgänge auf den *Ordensburgen der NSDAP.* in das Führerkorps der nationalsozialistischen Bewegung und aus ihm in die führenden Stellen des Staates aufzurücken. So ist im nationalsozialistischen Staat im wahren Sinne des Wortes der Grundsatz in die Tat umgesetzt, daß immer die Besten führen sollen. Und zum ersten Male heißt es mit Berechtigung: "Freie Bahn dem Tüchtigen!"

Sport schafft gesundes Volk

Welche Bedeutung der körperlichen Ertüchtigung im nationalsozialistischen Staat zugemessen wird, geht daraus hervor, daß schon am 28. April 1933 ein Reichssportkommissar eingesetzt wurde, der am 19. Juli 1933 zum Reichssportführer ernannt und dem das gesamte deutsche Sportleben unterstellt wurde. In den Wirrwarr der Vielzahl der Vereine und Verbände, die nicht selten einen großen Teil ihrer Kraft im gegenseitigen Konkurrenzkampf verbrauchten, wurde Ordnung gebracht. Alle deutschen Sportorganisationen wurden im *Reichsbund für Leibesübungen* zusammengefaßt und Fachämtern die Betreuung der einzelnen Sportarten übertragen. Es wurde damit deutlich zum Ausdruck gebracht, daß der *deutsche Sport eine Einheit* ist und für alle Zeiten eine Einheit bleiben soll.

Durch Abkommen zwischen dem Reichssportführer und dem Reichsjugendführer wurden die *Jugendgruppen der Sportverbände in die Hitler-Jugend übergeführt,* so daß die Erziehung der deutschen Jugend in körperlicher und weltanschaulicher Hinsicht in einer

Hand liegt. Für die Ausbildung von Sportlehrern wurde *die Reichsakademie für Leibesübungen* geschaffen. Das *Sportamt der NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude"* gibt allen Werktätigen die Möglichkeit, außerhalb von Sportvereinen nach Maßgabe ihrer Freizeit sich sportlich zu ertüchtigen.

Auch innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung weist der Führer 1936 dem Sport seinen gebührenden Platz zu. Er ordnet die jährliche Austragung der *NS.-Kampfspiele auf dem Reichsparteitag zu Nürnberg* an, für die in Nürnberg eine riesige Kampfbahn geschaffen wird, und beauftragt die SA. mit der Durchführung.

Zu einem Gipfelpunkt sportlichen Lebens und deutscher Leibeserziehung gestalteten sich die IV. Olympischen Winterspiele in Garmisch-Partenkirchen und die XI. Olympischen Spiele zu Berlin, deren nach den Anweisungen des Führers erfolgte Ausgestaltung von allen ausländischen Gästen vom Internationalen Olympischen Komitee als Triumph der olympischen Idee und als Höhepunkt aller bisherigen Olympischen Spiele gefeiert wurde.

Für die Durchführung der Olympischen Spiele wurde nach dem Plan des Architekten March in nur zwei Jahren das *Reichssportfeld mit dem Olympia-Stadion* geschaffen, eine Anlage, die in ihrer Großzügigkeit an antike Vorbilder erinnert. Für die Unterbringung der Teilnehmer an den XI. Olympischen Spielen wurde ein eigenes Olympisches Dorf gebaut, das ein Schmuckkästchen ganz besonderer Art und eine Sehenswürdigkeit wurde, die Hunderttausende zum Besuch anlockte.

An den Olympischen Spielen, einschließlich der Winterspiele, nahmen 5.798 Wettkämpfer teil (gegen 1.215 in Los Angeles), außerdem 5.869 Turner. Im Olympischen Dorf waren 6.359 Aktive, Begleiter und Offizielle untergebracht. Die Zahl der Übernachtungen betrug dort 82.964. 3.800.000 Eintrittskarten wurden allein zu den Olympischen Spielen in Berlin verkauft, davon 1.200.000 an Auswärtige und 250.00 an Ausländer. Im Berliner Ortsverkehr wurden zum Reichssportfeld in der Zeit der Olympischen Spiele 28.000.000 Fahrgäste befördert.

6. Die Arbeitsschlacht
Zwei Welten

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes in den vierzehn Jahren der Novemberrepublik war *nicht nur ein Problem der Organisation oder der Finanzen,* sondern auch zum wesentlichen Teil ein Problem der *Weltanschauung.* Die im marxistischen oder rein kapitalistischen Denken befangenen führenden Kreise der Weimarer Republik stellten das Kapital in den Mittelpunkt ihres Denkens, während der *nationalsozialistische Staat von der Arbeit und der Produktion ausgeht.* Dort hieß es: Kapital schafft Arbeit! Hier heißt es: **Arbeit schafft Kapital!**

Nur so ist es zu verstehen, daß nach den mit geborgtem Gelde herbeigeführten Glanzjahren der Republik, in denen man in Saus und Braus lebte, ohne an die Zukunft zu denken, in den Jahren 1928 bis 1930 man fassungs- und rettungslos dem völligen Zusammenbruch gegenüberstand. Nur so ist es zu verstehen, daß ein *Jahr 1931* kommen konnte, mit dem *Bankenkrach* und dem völligen *Zusammenbrechen zahlreicher Getriebe,* mit dem plötzlichen Anschwellen der *Arbeitslosigkeit in hohe Millionenzahlen* hinein. Anstatt herzhaft zuzupacken, redete und diskutierte man damals. Gutgemeinte Hilfsvorschläge blieben in den parlamentarischen Instanzen stecken, wurden Unterausschüssen der Reichstagsausschüsse überwiesen und konnten niemals irgendwie in die Tat umgesetzt werden, weil sie bei dem weltanschaulichen Gegensatz zwischen den parlamentarischen Richtungen niemals eine Mehrheit gefunden hätten.

Das Geheimnis des Erfolges der Arbeitsschlacht nach der nationalsozialistischen Revolution liegt in erster Linie in der straffen Zusammenfassung aller Kräfte und ihre Hinlenkung auf ein Ziel, der Beseitigung aller Schwätzer und der **schnellen Durchführung energischer Maßnahmen** ohne Rücksicht auf Proteste oder Geschrei solcher Kräfte, für die diese Maßnahmen etwa vorübergehend Unannehmlichkeiten im Gefolge hatten. Alle diese *Maßnahmen* wurden nicht durchgeführt mit Hilfe ausländischer Kapitalien, sondern *aus eigener Kraft des deutschen Volkes*. Es wurde im Gegenteil die Last der *Auslandsschulden* des Deutschen Reiches in der Zeit der Arbeitsschlacht erheblich *vermindert*.

Das Brauns-Gutachten

Es ist leicht, vom nationalsozialistischen Standpunkt aus heute vernichtende Kritik an der Wirtschaftspolitik der vierzehn Nachkriegsjahre zu halten, weil diese Wirtschaftspolitik Material in solcher Fülle bietet, daß man nach Argumenten nicht lange zu suchen braucht. Das bezeichnendste Dokument für die Lage im Jahre 1931 haben die Gegner des Nationalsozialismus selbst geliefert: das sogenannte *Brauns-Gutachten*. Die unter Vorsitz des dem Zentrum angehörenden Reichsarbeitsministers Brauns stehende Gutachterkommission zur Arbeitslosenfrage verfaßte 1931 ein Gutachten, das trotz aller Beschönigung der Lage einmal zeigt, wie es selbst nach der Erkenntnis der verantwortlichen Männer des Systems in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt aussah. Es zeigt weiter, wie man völlig ratlos sich nicht zu helfen wußte und die einzige Möglichkeit der Arbeitsbeschaffung - in *neuen Auslandskrediten,* also in fremder Hilfe, sah. Dieses Gutachten stellt auch fest, daß die Einführung einer allgemeinen *Arbeitsdienstpflicht nicht in Frage komme,* weil die Bereitstellung von zusätzlicher Arbeitsgelegenheit für einen ganzen Jahrgang ein Kapital erfordern würde, das bei der Wirtschaftsnot nicht zu beschaffen sei(!!).

Die wesentlichen Teile des Gutachtens haben folgenden Wortlaut:

Brauns-Gutachten zur Arbeitslosenfrage

Erster Teil

Seit der Jahreswende 1927/28 hat sich der deutsche Arbeitsmarkt von Jahr zu Jahr in steigendem Tempo verschlechtert. Die Entwicklung spiegelt sich in der Zahl der Arbeitslosen.

Jahresdurchschnitt	Arbeitslose
1928	1 390 987
1929	1 896 938
1930	3 075 580

Ende Februar 1931 zählten die Arbeitsämter 4 971 843 Arbeitslose.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren ständig gewachsen. Neben der völligen Arbeitslosigkeit weist auch die Kurzarbeit einen erheblichen Umfang auf. Von der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft waren Ende Februar

34,5 v.H. arbeitslos
19,5 v.H. arbeiteten verkürzt
nur 46,0 v.H. waren voll beschäftigt.

Zweiter Teil

Im Rahmen der geschilderten Weltkrise hebt sich die deutsche Krise durch besondere Eigentümlichkeiten hervor. Deutschland hatte unter dem Weltkrieg und seinen unmittelbaren Folgen sowie unter den jahrelangen verfehlten und darum vergeblichen Versuchen einer wirklichen Liquidierung des Krieges, die auch heute noch nicht erreicht ist, mehr als andere Länder zu leiden. So war infolge der starken Zerstörung des deutschen Produktionsapparates im Krieg, Ruhrkampf und Währungszusammenbruch der deutsche Wiederaufbau aus eigener Kraft allein nicht möglich. Es bedurfte der Hilfe des ausländischen Kapitals. Mit dieser Hilfe konnte sich der ohnehin starke Wille zum Wiederaufbau und zur Anpassung an die moderne Technik (Nationalisierung) sowie das verantwortungsvolle Streben, der wachsenden Menge von Erwerbstätigen Arbeitsgelegenheit zu schaffen, verhältnismäßig schnell und keineswegs ohne Erfolg durchsetzen. Daß dabei vielfach **Aufblähungen des Produktionsapparates und Kapitalfehlleitungen** erfolgten, ist verständlich. Der Auftrieb, den die deutsche Wirtschaft auf diese Weise erhielt, erzeugte auch hier eine *Scheinblüte,* die in vielfacher Hinsicht nachteilig wirken mußte. **Sie blendete das Ausland und uns selbst;** sie führte im Ausland zur Überschätzung unserer Leistungsfähigkeit (Youngplan) und daheim zu einem **Mangel an Disziplin in allen Zweigen der öffentlichen, nicht minder aber auch in der privaten Wirtschaft:** Preisniveau, Selbstkosten der Wirtschaft, insbesondere Zinsen und öffentliche Abgaben, zum Teil auch Löhne und Gehälter, *alles wurde übersteigert.*

Die deutsche Entwicklung barg ihre besonderen Gefahren, die im Augenblick des Umschwungs der Konjunktur die Krise beschleunigen und verschärfen mußten. Der Kapitalzufluß vom Ausland versiegte, der Rückhalt an eigenem Kapital und Reserven reichte trotz erheblicher inländischer Kapitalbildung nicht aus, **viele Betriebe standen damit alsbald vor dem Zusammenbruch.** Verhängnisvoll wirkten auf die weitere Entwicklung die innenpolitischen Spannungen ein, die manche Ansätze zum Besseren zerschlugen. **Berechtigte Hoffnungen auf eine Entspannung des Kapitalmarktes wurden zunichte; die bereits hervorgetretene Tendenz zur Senkung des Zinsfußes brach ab; der Schaffenswille bei den Unternehmern schlug in Pessimismus um, und weiter Kreise der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine bis zur Verzweiflung gehende Mutlosigkeit.**

Sollen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nicht nur eine zeitweilige Milderung der Arbeitslosigkeit, sondern darüber hinaus eine Belebung der Gesamtwirtschaft bringen, die einer wachsenden Zahl von Arbeitskräften zugute kommt, so muß es sich um weitgreifende Pläne und Einsatz großer Mittel handeln. Die Durchführung eines solchen Programms bedingt keineswegs, daß das Kapital an anderer Stelle der deutschen Wirtschaft entzogen wird; vielmehr soll Kapital nutzbar gemacht werden, welches ohne diese Maßnahmen nicht zur Verfügung stehen würde.

Das technische Mittel zur Bereitstellung des Kapitals sind langzeitige Kredite. Große Erschwerungen liegen allerdings darin, daß zur Zeit **in Deutschland die Aufnahme von Kapital in ausreichendem Umfang nicht möglich ist. Die**

> **Heranziehung von Auslandskapital** - vorausgesetzt, daß es zu erträglichem Zinsfuß zu erhalten ist - **ist darum erforderlich.**
>
> Die Kommission hält die Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht nicht für ein geeignetes Mittel zur Entlastung des Arbeitsmarktes.
>
> Die Bereitstellung umfangreicher, für einen ganzen Jahrgang junger Menschen ausreichender, zusätzlicher Arbeitsgelegenheit durch die öffentliche Hand würde ein Kapital erfordern, das bei der gegenwärtigen Wirtschaftsnot nicht zur Verfügung steht."

5 Milliarden Reichsmark wollten die Systemparteien, trotz der ungeheuren Verschuldung Deutschlands, der drückenden Zinslasten und der Unmöglichkeit zur Rückzahlung der durch sie selbst eingegangenen Verpflichtungen aus dem Youngplan, borgen, um wenigstens einen Teil der Erwerbslosen wieder unterbringen zu können. Auch hier zeigt sich wieder, wie man in der ganzen Frage der Arbeitsbeschaffung ein reines Kapitalproblem sah und deshalb auch unfähig war, irgendeine wirkungsvolle Maßnahme zur Abhilfe in die Wege zu leiten.

Ebenso **vernichtend für die Politik des Systems** wie dieses Gutachten aus dem Kreis der Systemparteien sind **die trockenen und nüchternen Berichte der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung** aus dem gleichen Zeitraum. In dem Bericht dieser Anstalt für die Zeit vom 1. Januar 1931 bis 31. März 1932 wird z.B. gesagt:

> "Die wirtschaftliche Entwicklung ist im ganzen Berichtszeitraum durch eine weitere scharfe Abwärtsbewegung gekennzeichnet. Das gilt sowohl für das Kalenderjahr 1931 wie für das anschließende erste Vierteljahr 1932. Während dieser ganzen Zeit hat die Rückläufigkeit der Konjunktur, die schon im Herbst 1929 begonnen und sich im Jahre 1930 fortgesetzt, angehalten.
> Die Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft, in früheren Jahren in der Hauptsache nur eine winterliche Erscheinung, hat im letzten Jahr in steigendem Ausmaß auch auf die Sommermonate übergegriffen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ging infolge der ungünstigen Wirtschaftslage der Landwirtschaft und der vermehrten Mitarbeit der Familienangehörigen besonders in den bäuerlichen Betrieben stark zurück. Auf der anderen Seite steigerte sich das Angebot an Arbeitskräften für die Landwirtschaft noch dadurch erheblich, daß neben den eigentlichen erwerbslosen Landarbeitern auch die weiblichen Familienangehörigen der gewerblichen Arbeitslosen, soweit sie in den Dörfern und Kleinstädten wohnten, in zunehmendem Maße Arbeit in der Landwirtschaft suchten. In der gleiche Richtung wirkte auch der Rückstrom eines Teiles der vom Lande stammenden städtischen erwerbslosen Arbeiterschaft auf das Land. Auch der Überschuß an ländlichem Nachwuchs, der sonst in der Industrie Aufnahme fand, belastet fortschreitend den ländlichen Arbeitermarkt.
> Das von der *Reichsregierung* durchgeführte *Arbeitsbeschaffungsprogramm* mußte sich in *verhältnismäßig engen Grenzen* halten; man wollte der Allgemeinheit keine weiteren steuerlichen Belastungen auferlegen, um daraus öffentliche Aufträge in stärkerem Umfang zu finanzieren, weil dies kaum eine Arbeitsvermehrung sondern wohl lediglich eine Arbeitsverschiebung bedeutet hätte. Andererseits sollte auch jede Erschütterung der Währung durch ein Überspannen des öffentlichen Kredits vermieden werden."

Der *nationalsozialistische Staat* hat diese Auffassung schon dadurch Lügen gestraft und als völlig verfehlt bewiesen, daß er sein *Arbeitsbeschaffungsprogramm* nicht nur *ohne Erhöhung der Steuerlasten* durchführte, sondern sogar erhebliche *Steuererleichterungen* gewährte. Er hat in der Erkenntnis der Tatsachen, daß Arbeit Kapital und Werte schafft

und das Volksvermögen erhöht, **die notwendigen Kredit- und Finanzmaßnahmen zur Arbeitsbeschaffung durchgeführt, ohne die Währung zu gefährden.**

Der gleiche Bericht der Reichsanstalt behandelt auch die Berufsberatung und wirft ein erschütterndes Schlaglicht auf die *Berufsnot der Jugend* vor der Machtergreifung.

> "Die Ratlosigkeit und der Pessimismus der ratsuchenden Abiturienten waren in der Beratungsperiode 1932 noch größer als im Vorjahre. Die Berufswahl ist mehr denn je zuvor beherrscht von dem Streben nach der dem deutschen Volke verlorengegangenen Lebenssicherheit. Eine Sicherung wird noch immer von vielen in völliger Verkennung der Sachlage in den akademischen Berufen gesucht. Läßt sich ein Studium nicht ermöglichen, so wird zunächst die mittlere Beamtenlaufbahn oder eine Stellung in Heer, Marine, Polizei angestrebt. Bei vielen jungen Leuten gehen dem Besuch der Berufsberatungsstelle lange Bemühungen voran, bei einer Behörde unterzukommen; es gibt Ratsuchende, die sich bei siebzig oder achtzig Behörden beworben haben. Ein großer Teil der jungen Leute klammert sich beharrlich an diesen Wunsch und zieht es vor, unter den kümmerlichen Verhältnissen zu Hause zu vegetieren, statt eine Lehrstelle anzunehmen, 'da man doch nach vollendeter Lehrzeit arbeitslos wird'."

21,5 Millionen Menschen auf Unterstützungen angewiesen

1932 erreicht die Krise ihren Höhepunkt. Schon um die Jahreswende 1931/32 weist die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in ihrem Bericht aus:

Gemeldete Arbeitslose		6 041 910
davon:	Arbeitslose mit Arbeitslosenunterstützung	1 885 353
	Arbeitslose mit Krisenunterstützung	1 596 065
	Arbeitslose mit Wohlfahrtsunterstützung	1 713 231
	Sonstige Arbeitslose	847 261
Es kommen hinzu:		
	nicht gemeldete Arbeitslose (unsichtbare Arbeitslosigkeit) zirka	950 000
Gesamtzahl der Erwerbslosen zirka		7 000 000

Unter den Begriff "Sonstige Arbeitslose" fallen vor allem diejenigen Personen, die nicht mehr voll einsatzfähig sind, sei es wegen Krankheit, zu hohen Alters (über sechzig Jahre) oder sonstigen Gründen. **Hunderttausende von Menschen also sind 1932 bereits abgeschrieben, aus dem Produktionsprozeß für immer ausgeschaltet** und sozusagen zum alten Eisen geworfen.

Am 30. Januar 1933 beträgt die Gesamtzahl der Erwerbslosen 7 Millionen. Rechnet man zirka 2 Millionen Rentenempfänger, die unterstützungsbedürftig waren, hinzu, so sind das 9 Millionen Menschen. 12,5 Millionen Frauen und Kinder, Familienangehörige dieser Arbeitslosen und Rentner, sind in dieser Zeit ebenfalls auf die karge öffentliche Hilfe angewiesen. **21,5 Millionen Menschen, der dritte Teil des ganzen Volkes, muß 1932 in den fürchterlichsten sozialen Verhältnissen mit kleinen Unterstützungen am Leben erhalten werden.**

Im Jahre 1932 muß jeder in Arbeit stehende Deutsche im Durchschnitt neben seiner Familie noch einen Erwerbslosen mit erhalten. Da aber die Lebenshaltung von 30 bis 40

v.H. der übrigen Bevölkerung durch *Kurzarbeit* und *Rückgang der Kaufkraft* in dieser Zeit ebenfalls schon auf die der Erwerbslosen heruntergedrückt ist, verteilt sich die Last der Unterhaltung der Erwerbslosen praktisch so, daß im Reichsdurchschnitt **jeder Erwerbstätige mit mehr als 200 RM. Monatseinkommen eine Familie zusätzlich durch Abzüge von Lohn und Gehalt unterhalten muß.** Denn die kleinen Gewerbetreibenden und Händler sind infolge des katastrophalen Absinkens der Kaufkraft am Ende ihrer Kräfte. *Zehntausende* von ihnen müssen ihre *Betriebe schließen,* ohne die Arbeitslosenfürsorge in Anspruch nehmen zu können oder von ihr erfaßt zu werden. Wie sah es in diesem Jahr 1932 in Deutschland aus? Mit Schaudern denken heute noch viele Millionen daran. Es war nicht nur der Hunger nach Brot, der sie quälte, sondern ebenso die jahrelange Erwerbslosigkeit, der **Hunger nach Arbeit.** Es ist bezeichnend, wenn das *Berliner Tageblatt* am 15. Juli 1931 berichtet, daß die Polizei öffentliche Arbeitsstellen mit Bretterzäunen abdecken muß, um die Arbeitenden vor der Belästigung durch die Tausende von Erwerbslosen zu schützen, die sich um solche Arbeitsstellen zu sammeln pflegen. Zehntausende bevölkerten die Landstraßen, *Hunderttausende gingen betteln,* andere Hunderttausende verbrachten die Sommer in Zeltlagern, um wenigstens die Miete zu sparen und die wenigen Pfennige Unterstützung für ihre Ernährung verwenden zu können.

"Suche Stellung beliebiger Art"

S*tellenangebote* in den Anzeigenteilen der Zeitungen kamen *nur noch ganz selten* vor. Inhaber größerer Firmen berichten, daß **bei der Ausschreibung einer einzigen Buchhalterstelle oft vier- bis fünftausend Bewerbungen** eingingen, darunter solche von Prokuristen und Direktoren stillgelegter großer Firmen, von Ärzten und Rechtsanwälten, Diplomvolkswirten und Menschen aus allen Berufsständen. Stellengesuche dagegen fand man niemals in solchem Umfang in der deutschen Presse wie gerade in jenen Jahren. **Auslobungen von Belohnungen für die Beschaffung einer Arbeitsstelle,** gleich welcher Art, waren an der Tagesordnung. Persönlichkeiten mit umfangreichen Sprachkenntnissen und erstklassiger Vorbildung suchten Beschäftigung jeder Art, auch als Portier, Chauffeur und dergleichen:

300,-- RM.

demj., der äuß. tücht. Reisenden mit zehnjähriger Reiset. im In- und Ausland, mit perf. Sprachkenntnissen, Führerschein, Position verschafft.
Off. u. L. T. 80 847 a. d. Exp. d. Frkf. Ztg.

100 Mark Belohnung

demjenigen, der mir als stellenlosem Buchdrucker eine
existenzfähige Dauerstellung
vermittelt oder bietet, ganz gleich welcher Art, in oder außerhalb der Branche.
Zuschriften u. R. W. 91 049 an die Exp. der Frkf. Ztg.

Diplom-Ingenieur,

Hanseat, sucht Stellung, eventuell als
Chauffeur.

Tut jede Arbeit, um Geld zu verdienen. Sprachkenntnisse. Angeb. u. B. Z.. 38 850 a. d. Exp. d. Frkf. Ztg.

Juristin

(1. Staatspr. Dr. jur.), 28 J., wissenschaftlich interessiert, gewandt, 1½ J. wissenschaftliche Hilfsarb., 3 J. Jugendamtstätigkeit, durch Examen stellungslos, sucht Beschäftigung auch in Bibliothek, Büro oder Haushalt.
Angebote unter A. H. 91 175 an die Exp. der Frkf. Ztg

Die Verschuldung der Arbeitslosenversicherung

Die **Verschuldung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung** nahm in solchem Maße zu, daß das Reich mit erheblichen, immer weiter steigenden Summen einspringen mußte. Nach einer Aufstellung der Reichsanstalt liegt ihre Tragkraft bei 2.050.000 Arbeitslosen. Bis zu einer solchen Höhe ist sie in der Lage, aus eigener Kraft ihren Haushalt ohne Überschuß und Fehlbetrag auszugleichen. Die Zahl der Erwerbslosen, die am 30. Januar 1933 zu unterstützen war, beträgt genau das Dreifache dieser Summe. Die Folgerungen daraus sind selbst für den Laien ohne weiteres klar. Auch die **von den Systemregierungen vorgenommenen mehrfachen Steigerungen des Beitragssatzes der Erwerbstätigen** vermochten die Finanzlage der Reichsanstalt nicht wesentlich zu bessern.

Am 1. Januar 1930 wurde der Beitragssatz auf 3½ v. H.,
am 1. August 1930 auf 4½ v. H. und
am 6. Oktober 1930 auf 6½ v. H. festgesetzt.

Der nationalsozialistische Staat hat auf die Senkung dieser auf die Dauer zweifellos erheblichen Belastung der Erwerbstätigen bisher verzichten müssen, um alle verfügbaren Mittel für die Arbeitsbeschaffung einzusetzen, in der Erkenntnis, daß es *wichtiger* ist, erst einmal in genügender Anzahl *neue Arbeitsplätze* zu schaffen und auf diese Weise denjenigen zu Arbeit und Brot zu verhelfen, die jahrelang ohne Arbeitsplatz waren, und erst in einer zweiten Etappe später einmal daranzugehen, dann auch Belastungen abzubauen, die von den Erwerbstätigen als drückend empfunden werden könnten.

Neben den Beiträgen für die Arbeitslosenversicherung erhob das Reich von 1932 ab von den Erwerbstätigen auch noch die sogenannte "*Abgabe zur Arbeitslosenhilfe*", also einen weiteren Sonderbetrag, der von Lohn und Gehalt abgezogen wurde, so daß die Abzüge insgesamt oft weit über 25 v.H. des Einkommens betrugen. Diese Abgabe zur Arbeitslosenhilfe wurde mit Beginn des Jahres 1935 bei der Neuordnung der Einkommenssteuer in diese unter weitestgehender Schonung der niedrigen Einkommen eingebaut und damit eine **fühlbare Erleichterung für alle Erwerbstätigen geschaffen.** Einige Berufsgruppen, in denen die Beibehaltung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung die Erhöhung der Zahl der Erwerbstätigen zweifellos hätte behindern müssen, wurden im Jahre 1933 für beitragsfrei erklärt, und zwar die Hausgehilfinnen und Haushaltungsvorstände, die Land- und Forstwirtschaft, die Binnen- und Küstenfischerei.

Die Verschuldung der Reichsanstalt betrug am

31. März 1929	184 Millionen Reichsmark
31. " 1930	622 Millionen Reichsmark
31. " 1931	1 400 Millionen Reichsmark

Heute trägt die Reichsanstalt ihren Etat nicht nur selbst, sondern sie hat darüber hinaus dem Reich und den Gemeinden die Lasten der Krisenfürsorge abgenommen und beide dadurch um insgesamt 2.275 Milliarden Reichsmark entlastet.

Nationalsozialismus bringt Wandlung

Ein interessanter Beitrag dafür, in welchem Maße das *Lohneinkommen sich seit der Machtergreifung vermehrt hat,* zeigt eine Aufstellung der Reichsanstalt über das monatliche Aufkommen pro Kopf des Beitragszahlers, das ja vom Einkommen errechnet wird:

1932 . . . . 8.19 RM
1933 . . . . 8.18 "
1934 . . . . 8.96 "
1935 . . . . 9.46 "

Während noch 1930 80 v.H. der Erwerbslosen sich in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge befanden und 20 v.H. in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge, hatte sich schon in zwei Jahren dieses Verhältnis grundlegend geändert. Im Jahre 1932 sind es nur noch 50 v.H. der Erwerbslosen, die sich in der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge befinden. Die übrigen 50 v.H. sind also Dauererwerbslose, die auch vorübergehend keine Arbeitsstelle mehr erhalten konnten, um so wieder die Anwartschaft auf die Arbeitslosenversicherung zu erhalten, Dauererwerbslose, für die es keinen Hoffnungsschimmer mehr gibt.

Enttäuscht, durch die langdauernde Arbeitslosigkeit demoralisiert, in höchster materieller Not, wenden sich Millionen dem Kommunismus zu. Und wiederum Millionen, denen noch Glaube und Hoffnung an Deutschland geblieben ist, kämpfen unter dem Hakenkreuz. Die Anhängerschaft jener bürgerlichen Mitte einschließlich ihrer marxistischen Bundesgenossenschaft, der die Verantwortung für diesen Niedergang zufällt, gerät in die Gefahr, völlig zerrieben zu werden. Drohend erhebt der Kommunismus sein Haupt.

Als mitten im Chaos Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Zügel des Reiches ergreift, da setzt sich dieses ungeheure Maß von Glauben und Vertrauen vieler Millionen von einem Tag zum anderen um in den Willen zur Tat. Und so kann schon nach zwei Monaten, am **31. März 1933,** die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung feststellen:

> "...Die **Entspannung** im Jahre 1933 in eine tatsächliche **tiefgreifende Besserung** überführt zu haben, ist das **Verdienst der Regierung der nationalsozialistischen Revolution.** Sie stellten den Wert und die Ehre der Arbeit - weltanschaulich - wieder in den Vordergrund. Dieser grundsätzliche Wandel der Anschauung ließ sie die **drängenden Probleme in der Welt der Arbeit kühn und wagemutig ohne Rücksicht auf bürokratische Hemmungen anfassen** und einer Lösung entgegenführen..."

In der zweiten Hälfte des Jahres 1933 kann als erster Gauleiter der Oberpräsident von Ostpreußen dem Führer melden: *Ostpreußen ohne Arbeitslose!* Das, was niemand vor einem Jahr für möglich gehalten hatte, ist wahr geworden: es gibt in einer ganzen Provinz keine Arbeitslosen mehr.

Am *Abschluß des ersten Jahres* nationalsozialistischer Arbeitsbeschaffung, also am 31. März 1934, konnte die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit Stolz feststellen:

> "Hatte der Führer am denkwürdigen 30. Januar 1933 dem Kampfe um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und um die Erfüllung des Willens des Nationalsozialismus, auch den letzten deutschen arbeitslosen Volksgenossen wieder in Arbeit und Brot zu bringen, ein Ziel von vier Jahren gesetzt, so konnte **bereits am Ende des ersten Jahres dieses gigantischen Kampfes ein Erfolg**

errungen werden, der in der Geschichte der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzig dasteht.

Die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich sank von 5.598.855 am 31. März 1933 auf 2.798.324 am 31. März 1934, also um 2.800.531 oder die Hälfte (50,0 v.H.).

Im gleichen Zeitraum stieg auf der positiven Seite die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten nach der Krankenkassenmitgliederstatistik um rund 2.494.000 auf rund 14.687.000. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten überlagerte damit den Stand vom 31. März 1931 um rund 594.000. Seit Januar 1933, dem bisherigen Tiefstand der Beschäftigung und zugleich dem Beginn des ersten Arbeitsschlachtjahres, wurden rund 3,2 Millionen arbeitslose Volksgenossen wieder der Arbeit zugeführt, das sind 27,9 v.H. aller nach der Krankenkassenmitgliederstatistik überhaupt vorhandenen Arbeiter und Angestellten (Krankenkassenmitglieder).

Der entscheidende Rückgang der Arbeitslosigkeit, der im Berichtsjahr eintrat, hatte zur Folge, daß alle Vermittlungskräfte sich dem planvollen Einsatz der Arbeitslosen widmen konnten, während in früheren Jahren ein wesentlicher Teil von ihnen für die Betreuung und verwaltungsmäßige Bearbeitung der nicht zu wehrenden Not der Arbeitslosen beansprucht worden war. Hand in Hand ging erfreulicherweise damit auch eine gesteigerte Inanspruchnahme der Arbeitsämter durch diejenigen, die Stellen anzubieten hatten..."

Nur noch eine Million Erwerbslose

Zum ersten Male seit der Wirtschaftskrise wurde im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im September 1936 die Millionengrenze erreicht. Nur noch 1.035.000 Erwerbslose wurden im September 1936 gezählt, gegen 7 Millionen am 30. Januar 1933. Diese Statistik weist insgesamt aus:

	beschäftigte Arbeiter und Angestellte:	**Erwerbslose:**
Januar 1930	16 327 000	3 218 000
Juli "	16 941 000	2 765 000
Januar 1931	13 970 000	4 887 000
Juli "	15 020 000	3 990 000
Januar 1932	12 085 000	6 042 000
Juli "	12 756 000	5 392 000
Januar 1933	11 487 000	6 014 000 (dazu 1 Million nicht mehr gemeldete Arbeitslose)
Juli "	13 436 000	4 464 000
Januar 1934	13 518 000	3 773 000
Juli "	15 533 000	2 426 000
Januar 1935	14 409 000	2 974 000
Juli "	16 640 000	1 754 000
Januar 1936	15 672 000	2 520 000
Juli "	17 839 000	1 170 000
März 1937	17 497 000	1 245 000

Im April 1937 ist zum erstenmal die Millionengrenze unterschritten worden. Die Differenz zwischen der Abnahme der Arbeitslosigkeit und der Zunahme der Zahl der Beschäftigten ist daraus zu erklären, daß die Aufnahme von Hunderttausenden in die Wehrmacht und

den Arbeitsdienst nicht berücksichtigt werden konnte und außerdem der Zugang an Erwerbstätigen infolge der geburtenschwachen Kriegsjahrgänge sich gesenkt hat.

Die unsichtbare Arbeitslosigkeit ist verschwunden. Bettler und Hausierer gibt es kaum noch. Dagegen besteht in einer Reihe von Gewerbezweigen bereits ein fühlbarer Facharbeitermangel, insbesondere in der Metallwirtschaft und im Baugewerbe, so daß die in den Notzeiten auf alle möglichen Berufe umgeschulten Facharbeiter dieser Industriezweige jetzt ihren alten Berufen wieder zugeführt werden müssen, damit der Auftragsbestand erledigt werden kann. Darüber hinaus sind zur Beseitigung des Facharbeitermangels bereits besondere Maßnahmen zur Heranbildung eines guten Nachwuchses getroffen worden. Auch in der Landwirtschaft besteht bereits ein erheblicher Arbeitermangel, der so weit geht, daß zur Sicherung der Ernteeinbringung im Jahre 1937 in Notfällen der ***Reichsarbeitsdienst*** *wird eingesetzt werden müssen.*

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, der in der gleichen Stunde, in der Adolf Hitler Reichskanzler wurde, seinen Anfang nahm, erhielt zum erstenmal einen gesetzlichen Unterbau am 1. Juni 1933 durch das "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit".

Dieses Gesetz ermächtigt in Abschnitt I den Reichsminister, Arbeitsschatzanweisungen im Gesamtbetrage bis zu 1 Milliarde Reichsmark zur Förderung der nationalen Arbeit auszugeben. Es bestimmt weiter im einzelnen, für welche Arbeitsvorhaben der Einsatz von Reichsmitteln in Frage kommt.

Der Abschnitt II gewährt Steuerfreiheit für Ersatzbeschaffungen, um die Wirtschaft anzuregen, in größerem Umfange Aufträge zum Ersatz alter Maschinen, Geräte usw. zu erteilen.

Der Abschnitt III fordert zu einer freiwilligen Spende zur Förderung der nationalen Arbeit auf, die entweder vom Arbeitseinkommen, vom Vermögen, durch Hergabe von Schatzanweisungen oder durch Schuldverschreibungen gezahlt werden kann.

Abschnitt IV regelt die Überführung weiblicher Arbeitskräfte in die Hauswirtschaft und gewährt für Hausgehilfinnen, die zum Haushalt des Arbeitgebers zählen - und zwar bis zur Gesamtzahl von drei Hausgehilfinnen - die bei der Erhebung der Einkommen- und Lohnsteuer für Kinder vorgesehenen Steuerermäßigungen.

Der Abschnitt V behandelt die Gewährung der Ehestandsdarlehen, die nicht nur als Mittel zur Förderung der Eheschließungen, sondern auch zur Ankurbelung der Industrien für Möbel und Haushaltsgegenstände dienen sollen.

Die Entwicklung des Arbeitseinkommens

Will man die Besserung der Lage der Werktätigen in Deutschland umfassend darstellen, so muß man auch die Frage des Arbeitseinkommens aus Lohn und Gehalt behandeln. Man darf dabei jedoch nicht vergessen, das Gesamteinkommen aus Lohn und Gehalt stets in Vergleich zu setzen zur Durchschnittszahl der Beschäftigten des einzelnen Jahres. Es ergibt sich dann ein etwas anderes Bild. Während in den Jahren der Scheinblüte von 1927 bis 1930 ein Teil der Berufsgruppen ein ganz außerordentlich hohes Einkommen bezog, waren die Löhne anderer Gruppen dafür um so niedriger. Die Spanne zwischen den Gruppen mit dem niedrigsten und dem höchsten Einkommen war erheblich größer als heute. Deutschland lebte von 1927 bis 1930 weit über seine Verhältnisse und untergrub auf diese Weise selbst seine Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Denn mit der uferlosen Erhöhung des Einkommens stieg natürlich auch die Höhe der Preise, stieg in solchem Maße, daß Deutschland im Wettbewerb gegenüber anderen Ländern mit geringeren Preisen und geringeren Löhnen unterliegen mußte. Bei der Beurteilung der

heutigen Zahlen muß ferner der Ausfall an Arbeitseinkommen derjenigen berücksichtigt werden, die heute ihre Arbeitsdienstzeit ableisten. Insgesamt betrug das Arbeitseinkommen aus Lohn und Gehalt im Jahre:

1926	33	Milliarden Reichsmark
1928	42,9	" "
1930	41	" "
1932	26	" "
1934	29,8	" "
1936	34,5	" "

Es hat in Deutschland vom Jahre 1933 ab bei Sicherung der wichtigsten Preise und der Währung bereits eine ***erhebliche Umschichtung der Lohnempfänger aus den Gruppen mit niedrigerem Einkommen in die mit höheren Einkommen*** *eingesetzt. Während nach der Statistik über die Beitragszahlung zur Invalidenversicherung noch im Jahre 1933 zwei Drittel aller Löhne in der Gruppe bis zu 24 Reichsmark lagen, war im Jahre 1936 nur noch etwa die Hälfte aller Arbeiterlöhne in dieser niedrigen Gruppe.*

Es befanden sich nach Ausweis der Beiträge zur Invalidenversicherung in der Lohnklasse:

	I bis 6 RM.	II über 6 bis 12 RM.	III über 12 bis 18 RM.	IV über 18 bis 24 RM.	V über 24 bis 30 RM.	VI über 30 bis 36 RM.	VII über 36 RM.	insgesamt
	Vom Hundert der Gesamtzahl der Versicherten:							
1932	3,9	18,3	22,7	16,3	10,7	9,0	19,1	100
1933	4,0	22,9	20,9	14,8	10,8	9,3	17,3	100
1934	3,8	22,2	17,6	14,6	11,7	10,5	19,6	100
1935	4,0	21,2	15,8	13,5	11,4	10,9	23,2	100
1936	4,0	20,1	14,4	12,6	11,2	11,2	26,5	100

Diese Tabelle zeigt also, wie sich die Gesamtzahl der Beiträge zur Invalidenversicherung prozentual auf die einzelnen Lohnklassen verteilt. Es ergibt sich, daß der Anteil in den beiden untersten Lohnklassen, in denen sich im wesentlichen die Lehrlinge und Hausgehilfinnen befinden, kaum gestiegen ist. Aus den Lohnklassen 3 bis 4 dagegen sind zahlreiche Arbeiter in die höheren Lohnklassen aufgerückt, denn während die Zahl der Beitragszahler mit Wochenlohn bis zu 18 Reichsmark von 22,7 auf 14,4 v.H. sank, stieg sie in der Gruppe von 24 bis 30 Reichsmark von 10,7 auf 11,2 v.H., in der Gruppe bis zu 36 Reichsmark von 9 auf 11,2 v.H. und mit über 36 Reichsmark Wochenlohn am meisten, von 19,1 auf 26,5 v.H. Nichts vermag klarer zu beweisen, daß gerade das soziale Los der Erwerbstätigen mit geringem Einkommen in Deutschland ganz erheblich verbessert worden ist.

Einen interessanten Vergleich bildet die Entwicklung in Sowjetrußland. Zunächst gibt es dort bei der Steuererhebung keine Berücksichtigung des Familienstandes und damit keine Entlastung der Kinderreichen. Der Reallohn des Durchschnittsarbeiters in Sowjetrußland hat sich von 1928 bis 1936 um etwa 60 v.H. verringert. Denn es sind zwar die Nominallöhne auf etwa das Zweieinhalbfache gestiegen, die Lebensmittelpreise jedoch laut Ausweis der sowjetrussischen Presse um 600 bis 1.500 v.H. Auch die Preise für Wohnungsmiete und Bekleidung haben erheblich angezogen.

Die Richtung für die Lohnpolitik in Deutschland ist vom Führer auf dem letzten Parteitag angegeben worden. In seiner großen Rede sagte er:

> *"Es wäre der Staats- und Wirtschaftsführung ohne weiteres möglich gewesen, die Löhne um 20, um 40 oder um 50 v.H. zu erhöhen. Allein die **Lohnerhöhung ohne eine Produktionssteigerung ist ein Selbstbetrug,** den das deutsche Volk schon einmal durchgemacht hat. Es ist nach nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung ein Wahnsinn, die Löhne zu erhöhen und dabei, wenn möglich, die Arbeitszeit zu verkürzen, d.h. die Produktion zu beschränken. Denn das Gesamtlohneinkommen des Volkes verteilt sich auf die Gesamtproduktion, die konsumiert werden kann. Wenn mithin das Gesamtlohneinkommen um 15 v.H. steigt, die Gesamtproduktion aber um 15 v.H. sinkt, so wird diese Lohnerhöhung im Auskommen des einzelnen Menschen nicht nur ergebnislos sein, sondern das Gegenteil wegen der Senkung der Produktion zu einer vollkommenen Entwertung des Geldes führen."*

*Die verschiedenen Aufgaben für die Wehrhaftmachung und für den Vierjahresplan haben eine unterschiedliche Entwicklung der Arbeitseinkommen und Arbeitszeiten mit sich gebracht. Es ist bekannt, daß in der Metallindustrie wieder voll gearbeitet wird und die Löhne der Facharbeiter höher als früher liegen, während im Ruhrbergbau statt 19 Schichten im Jahre 1932 nunmehr 25,6 Schichten verfahren werden können. Andererseits hat die Rohstoffknappheit bei der Textilindustrie teilweise noch keine Verlängerung der Arbeitszeiten möglich gemacht. Die Textilarbeiter bekommen daher die Erhöhung der Preise von einigen Verbrauchsgütern zu spüren. Das Beispiel zeigt uns also die **dringende Notwendigkeit, durch unsere Arbeit neue Rohstoffe zu schaffen und so den Arbeitern der von der Rohstoffknappheit betroffenen Industrien wieder zur vollen Arbeit und zu vollem Arbeitslohn zu verhelfen.** Ziel des zweiten Vierjahresplan ist die Lösung der Rohstofffrage, so daß am Ende des zweiten Vierjahresplanes auch diejenigen Industriezweige krisenfrei gemacht sein werden, in denen heute noch Kurzarbeit herrscht.*

Aber auch bei einer festen Lohnpolitik konnte eine Reihe von Krisenlöhnen unter keinen Umständen weiter geduldet werden. So wurden die Löhne für Tiefbauarbeiter erhöht und ein Mindeststundenlohn von 0,50 Reichsmark vorgesehen, der jedoch in einzelnen Provinzen erheblich überschritten wird. Ebenso ist eine Lohnerhöhung für die Landarbeiter durchgeführt worden mit dem Ziel, die Barlöhne gegenüber dem Deputat noch weiter zu steigern.

*Es ist ein besserer Sozialismus, auf zu reinen Agitationszwecken herbeigeführte Lohnerhöhungen zu verzichten, dafür eine Wirtschaft allmählich gesund zu machen und 6 Millionen Menschen Arbeit und Brot zu bringen, als einem Teil der Erwerbstätigen immer neue Lohnerhöhungen zuzubilligen und den anderen Teil zu zwingen, dafür mit der geringen Erwerbslosenunterstützung auszukommen. **Deutschland muß sich nach der Decke strecken und das Lohn- und Preisproblem innerhalb seiner Grenzen lösen.** Das ist nicht zuletzt durch die nationalsozialistische Einsicht der deutschen Arbeiterschaft gelungen, die im übrigen am Beispiel Frankreichs erlebt, wohin eine Politik der dauernden Lohn- und Preiserhöhungen führt: zur Entwertung der Währung und zu einem Wettlauf von Lohn und Preis, bei dem fast immer der Preis Sieger bleibt, so daß jede Erhöhung der Löhne innerhalb weniger Tage durch die Erhöhung der Preise ausgeglichen ist, weil nun einmal Lohn und Preis in einem bestimmten Verhältnis zueinander stehen müssen.*

*In der Arbeitsbeschaffung ist zum wesentlichen Teil die deutsche Industrie beteiligt gewesen. In der Zeit von 1932 bis 1936 stieg die Zahl der Industriearbeiter von 3,7 auf 6,6 Millionen, die Zahl der Arbeitsstunden je Monat von 600 Millionen auf 1,2 Milliarden, die Lohnsumme je Monat von 400 Millionen auf 865 Millionen Reichsmark. **In der Summe von 865 Millionen steckt bereits eine wesentliche Lohnerhöhung,** da bei gleichbleibenden Löhnen die Erhöhung der Lohnsumme nur 800 Millionen Reichsmark betragen hätte.*

Während noch im Jahre 1932 ein wesentlicher Teil der deutschen Arbeiterschaft zur Kurzarbeit verdammt war und oft nur noch drei Tage in der Woche Beschäftigung hatte, stieg die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit bis zum Jahre 1936 auf 7,62 Stunden.

Ein guter Vergleichsmaßstab für die Leistungen des nationalsozialistischen Staates in der Arbeitsschlacht ist ein Vergleich mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern der Welt seit 1932.

Dieser Vergleich zeigt:

Deutschland	- 70 v.H.
Großbritannien	- 30 " "
USA.	- 30 " "
Belgien	- 40 " "
Frankreich	+ 60 " "
Holland	+ 20 " "
Polen	+ 60 " "
Österreich	- 10 " "

Ungeheuere Leistungen hat das Dritte Reich Adolf Hitlers in vier Jahren für den deutschen Arbeiter vollbracht. Es hat sich nicht nur darauf beschränkt, ihm seinen Arbeitsplatz zu sichern, ihm die sozialen Errungenschaften zu bringen, die der Marxismus ihm nur verheißen, aber niemals erfüllt hat. Nicht nur die rechtliche Stellung des Arbeiters erhielt einen wirklich soliden Unterbau. Auch seine Stellung in der Volksgemeinschaft wurde eine ganz andere.

Der Führer selbst gab am 1. Mai 1933, dem Tage der nationalen Arbeit, die Parole: ***Ehre den Arbeiter und achte die Arbeit! So ehrst du dein Volk!***

Der Arbeiter wurde aus der Rolle eines Geduldeten, in die ihn der kapitalistische Staat von einst hineingedrängt hatte und aus der ihn dank der engen Bindung zum Kapitalismus auch der Marxismus nicht löste, wieder zurückgeführt auf den Platz, der ihm im Volke gebührt. So wurde er wieder Mitbesitzer und Mitträger des Staates, der heute auch sein Staat ist und in dessen Führung eine große Zahl von Arbeitsmännern wichtige Ämter bekleidet.

Vier Jahre nationalsozialistischen Kampfes um den deutschen Arbeiter und seinen Arbeitsplatz sind vorbei. Sie wurden nicht nur zu einem Zahlenerfolg für die Regierung Adolf Hitlers, sondern auch zu einem ungeheuren moralischen Erfolg für die nationalsozialistische Bewegung, deren Konto die Bilanz dieser vier Jahre gutzuschreiben ist.

7. Aus jüdischer Korruption zu neuer Wirtschaftsblüte

Die Wirtschaftsmoral in der marxistischen Republik

Berlin, den 13. Dezember 1920.

Der Preußische Minister für
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
(in Urschrift):
Durch Boten! Persönlich!

An
den Preuß. Justizminister
Herrn Dr. Am Zehnhoff

Von Herrn Georg Sklarz erhielt ich das beil. Schreiben. Ich gebe es Ihnen im Original weiter, damit Sie selbst sehen, um was es sich handelt. Da in den Sklarz-Prozessen auch eine ganze Reihe führender Politiker als Zeugen vernommen werden, so z.B. Scheidemann, Ulrich Rauscher (unser neuer Gesandter in der Republik Georgien), Reichstagsabgeordneter Otto Wels, der 1. Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, auch meine Wenigkeit und zahlreiche andere, so sind diese Prozesse in der Tat nicht ohne ein gewisses politisches Interesse. Ich weiß wohl, daß es ganz ungewöhnlich ist, wenn ein Prozeßbeteiligter unmittelbar um eine Audienz bei dem höchsten Justizbeamten des Landes nachsucht, in Anbetracht des politischen Beigeschmacks und insbesondere der politischen Ausschlachtung [im Original unterstrichen] des ganzen sogenannten Falles Sklarz aber wäre ich Ihnen doch zu Dank verpflichtet, wenn Sie hier einmal eine Ausnahme machen und Herrn Sklarz zu einer kurzen Rücksprache empfangen wollten. Haben Sie bitte die Freundlichkeit, ihm nach seiner auf dem Briefe vermerkten Wohnung Nachricht zukommen zu lassen, ob und wann er einmal bei Ihnen vorsprechen darf.

Ihr Ihnen sehr ergebener
gez. Haenisch

Es ist schon richtig, *diesen Brief schrieb ein aktiver preußischer Minister* der Novemberrepublik an seinen Kollegen von der Justiz, um ihn zu veranlassen, das Verfahren gegen einen der übelsten Schieber jener Zeit stillschweigend einstellen zu lassen, weil auch der Kultusminister Haenisch (SPD.) in dieses Verfahren verwickelt war. Es ist einer von Hunderten solcher Briefe, die Minister und Staatssekretäre, Parlamentarier und hohe Funktionäre der Novemberrepublik sich gegenseitig schrieben, um entweder ihre *Schiebungen decken* zu lassen oder um irgendwelche ostjüdischen Gauner von Amt zu Amt weiter zu empfehlen und ihnen so ihr Handwerk zu erleichtern.

Dieser Brief des SPD.-Ministers wurde geschrieben in einem Jahre, in dem bereits die völlige Entwertung der deutschen Währung begann, als man den Arbeiter mit *entwerteter Papiermark* satt zu machen versuchte und das deutsche Volk durch die *Inflation* der Währung um seine gesamten Spargroschen betrug. In einer Zeit, in der ein *wesentlicher Teil des deutschen Volksvermögens ausländischen Schiebern in die Hand* gespielt wurde, die sich der Förderung hoher und höchster Stellen erfreuen konnten und bei Ministern und Staatssekretären ein- und ausgingen. *Ein Schieberskandal nach dem anderen* erschütterte die Wirtschaft, und es hat an Versuchen völlig verkommener marxistischer

Bonzen der Novemberrepublik nicht gefehlt, alle diese Skandale zu unterdrücken und nach Möglichkeit das Volk im unklaren darüber zu halten.

Der Skandal um die Juden Sklarz

Den Auftakt zu diesen Schieberskandalen lieferten die Brüder *Sklarz, fünf Juden,* die schon beim Rat der Volksbeauftragten im November 1918 ein- und ausgingen und innerhalb eines Jahres Millionäre wurden.

Zu den *Mittätern* der Brüder Sklarz gehörte der *jüdische SPD.-Staatssekretär Weißmann* im Preußischen Innenministerium, SPD.-Reichskanzler Bauer, der *SPD.-Kultusminister Haenisch,* zu seinen Freunden und Beschützern der *SPD.-Reichspräsident Ebert,* der *SPD.-Ministerpräsident Scheidemann* und der *SPD.-Reichswehrminister Noske,* der *SPD.-Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt* und der *SPD.-Millionär Parvus-Helphand.*

Der gerissenste der Brüder Sklarz war Georg. Er führte, wie alle jüdischen Schieber jener Zeit, ein großes Haus, gab elegante Gesellschaften und ließ es an *Geschenken für SPD.-Minister* und -Staatssekretäre und ihre Frauen niemals fehlen. Bezeichnend ist, daß der *jüdische Privatsekretär* von Georg Sklarz, Sonnenfeld, sein *Büro in der Reichskanzlei* hatte. Sklarz verfügte über einen Ausweis, persönlich unterschrieben vom Reichswehrminister Noske, der an alle Behörden die Weisung gab, dem Inhaber Schutz und Hilfe zu gewähren und ihn insbesondere zum Ankauf von Lebensmitteln aller Art berechtigte. Das *Brot deutscher Arbeiter* wurde also bedenkenlos *einem jüdischen Schieber* für seine Zwecke in einer Zeit ausgeliefert, in der noch Millionen hungerten.

Aus dem Bericht des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht Berlin vom 20. Januar 1920 geht hervor, daß bei *Sklarz* ein *Bild* des SPD.-Ministerpräsidenten *Scheidemann mit eigenhändiger Widmung* und eine Privateinladung zum SPD.-Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt gefunden wurden. Noske stellte selbst der Schwiegermutter des Sklarz und seinen jüdischen Gehilfen die gleichen Generalausweise zur Verfügung. Sklarz erhielt u.a. 1919 die Lieferungen für das Regiment "Reichstag" und andere Zweckverbände.

Als schließlich Versuche um *Abwürgung des Verfahrens gegen Sklarz* an der Ehrlichkeit des Staatsanwaltsrats Gutjahr scheiterten, wurde dieser einfach in ein Disziplinarverfahren verwickelt, beurlaubt und die Angelegenheit einem anderen Bearbeiter übergeben, der auch prompt das *Verfahren einstellte.* Gutjahr wurde auf Kosten der Staatskasse vom Disziplinarhof freigesprochen. Aus der Urteilsbegründung ist bezeichnend die Feststellung, daß der jüdische SPD.-Staatssekretär *Weißmann,* Staatskommissar für die Öffentliche Ordnung, zu Gutjahr wörtlich gesagt hat: **"Lieber Gutjahr, was meinen Sie, wenn ich dem Sklarz sagen würde, geben Sie dem Gutjahr drei Millionen Mark, dann faßt er sämtliche Protokolle so, daß nichts herauskommt?"**

Das Organ der USPD., *Die Freiheit,* bescheinigte Herrn Weißmann, daß er einer der *berüchtigtsten Spieler* Berlins und in allen Spielklubs zu Hause sei. Weißmann selbst hat trotz vielfacher Vorwürfe, die immer wieder gegen ihn erhoben wurden, insbesondere des Vorwurfs der Korruption und der Schiebung, niemals wegen eines dieser Vorwürfe eine Klage angestrengt.

Die nach der Machtergreifung vorgenommenen Untersuchungen haben ergeben, daß nicht nur alle gegen Weißmann vorgebrachten Vorwürfe berechtigt gewesen sind, sondern daß sogar der *Verdacht des Falschspiels gegen Weißmann* besteht.

Herr Weißmann, der *Schwiegervater des Juden Alfred Kerr,* blieb trotzdem bis zum Sommer 1932 im Amt, und keine Stelle der Republik fand sich, die es gewagt hätte, dem Staatssekretär des Preußischen SPD.-Ministerpräsidenten Braun den Prozeß zu machen. Von den fünf jüdischen Brüdern Sklarz wurde lediglich nach jahrelanger Verschleppung des Verfahrens *Heinrich Sklarz* im Jahre 1926 unter Beschränkung der Anklage auf wenige Punkte *zu der milden Strafe von 1½ Jahren Gefängnis und 150.000 Mark Geldstrafe* verurteilt. Er konnte trotzdem ungehindert seine Geschäfte fortsetzen, während der mutige Staatsanwalt Gutjahr strafversetzt wurde.

David, Judko und Henry Barmat
und ihre marxistischen Freunde

Zu den Freunden der Brüder Sklarz gehörten die Brüder Judko, Henry und David *Barmat.* Als Deutschland unter der Herrschaft der Sozialdemokratie das Paradies der Schieber wurde, fühlten die

nach Holland ausgewanderten Ostjuden Barmat das Bedürfnis, sich an der Ausraubung Deutschlands zu beteiligen. Der *jüdische SPD.-Abgeordnete Georg Heilmann,* einer der prominentesten SPD.-Parlamentarier, und der *SPD.-Reichskanzler Bauer,* ferner der *jüdische Staatssekretär Abegg* im Preußischen Innenministerium, halfen ihnen, wo sie konnten. Abegg wies die Regierungspräsidenten in Nordwestdeutschland an, der Familie Barmat behilflich zu sein mit der erlogenen Begründung, daß sie der holländischen Gesandtschaft angehörten. Die holländische Gesandtschaft protestierte ganz energisch gegen diese Behauptung. Der Aufstieg der Brüder Barmat vollzog sich mit einer geradezu blitzartigen Schnelligkeit. **Schon nach einem Jahr besaßen sie feudale Paläste, in denen sie rauschende Feste gaben.**

Als die ganze Herrlichkeit zusammenbrach, geriet eine ganze Reihe großer Unternehmungen und Banken mit in den Strudel und *viele Tausende von Werktätigen kamen um ihren Arbeitsplatz.* **70 Millionen Mark betrug der Verlust, von dem die Hälfte die Preußische Staatsbank und damit das deutsche Volk zu tragen hatte.** Der Skandal war so riesengroß, daß schließlich der SPD.-Reichskanzler Bauer, der sich sogar *goldene Zahnstocher* hatte schenken lassen, zurücktreten mußte. Der *Zentrumspostminister Höfle* wanderte sogar vom Ministerstuhl in das Gefängnis, weil er den Barmatschen Gesellschaften auf Reichskosten Millionenkredite gegeben und dafür einige hunderttausend Mark Bestechungsgelder angenommen hatte.

Auch im Falle Barmat setzten Versuche ein, das Verfahren abzuwürgen und nach Möglichkeit alles zu vertuschen. **Erst 1928 wurde Judko Barmat, obwohl er das Reich um 38 Millionen Mark geschädigt hatte, zu nur elf Monaten Gefängnis verurteilt.**

Iwan Baruch Kutisker

Iwan Baruch Kutisker und sein Sohn Alexander mit ihrem Freunde *Michael Holzmann* betrogen den Staat nicht um 38 Millionen Mark, wie die Barmats, sondern *begnügten sich mit 14 Millionen Goldmark.* Zu ihren intimsten Freunden gehörte der wegen zahlreichen Gaunereien berüchtigte SPD.-Justizrat *Werthauer.*

Die jüdischen Reichsbannergenossen Sklarek

Die drei Brüder *Leo, Max und Willy Sklarek* bandelten mit den SPD.-Bonzen der Berliner Stadtverwaltung an.

Sie belieferten fast den ganzen Magistrat kostenlos oder für wenige Pfennige mit Pelzmänteln, Frackanzügen und sonstiger Garderobe. Dafür hatten sie das Monopol fast der gesamten Wäsche- und Kleiderlieferung der Stadt Berlin. Selbst die Unterstützungsempfänger der Wohlfahrtsämter waren gezwungen, ihren Bedarf bei den Brüdern Sklarek zu decken. Allein dieses Monopol genügte den Sklareks nicht, und so reichten sie schließlich Quittungen über immer höhere Beträge für angebliche Lieferungen ein, die ihnen von der Berliner Stadtbank anstandslos bezahlt wurden.

Der *Nerzpelz,* den die Brüder Sklarek dem *Oberbürgermeister Böß* geschenkt hatten, der auf Grund des Untersuchungsergebnisses schleunigst von einer Amerikareise zurückgeholt werden mußte, kostete diesem die Stellung. *Genosse Brolat,* der *Generaldirektor* der Berliner Verkehrs-Gesellschaft und Vorsitzende der SPD.-Stadtverordnetenfraktion, ließ sich seidene Hemden, das Stück zu 70 Mark, schenken. Zu den bestochenen Freunden der Sklarek gehörten ferner der *SPD.-Bürgermeister Schneider* und der *kommunistische Stadtrat Gaebel,* die auch sämtlich verurteilt wurden. Sie machten auf Kosten der Sklarek kostspielige und luxuriöse Auslandsreisen und Jagdpartien. Die Freundschaft der SPD. und der KPD. erwarben sich die *Sklarek* durch *Spenden für Reichsbanner und Rote Hilfe.* Dem Reichsbanner traten sie auch als Mitglieder bei.

Die Gerichtsverhandlung ergab, daß bei den Gelagen, die die Sklarek mit den Bonzen der Stadtverwaltung abzuhalten pflegten, buchstäblich der **Sekt aus Weinkübeln getrunken und der Kaviar aus Töpfen gegessen wurde.**

Dieses Mal wurde jedoch schärfer zugefaßt. In dem Prozeß gegen die Brüder Sklarek lautete das Urteil gegen Leo und Willy Sklarek auf *4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust.*

Zentrums-Hirtsiefer und SPD.- Südekum

Diese Skandale sind nur die bezeichnendsten aus den Jahren der Novemberrepublik. Die Liste kann mühelos durch eine Fülle gleichartiger Prozesse aus dem ganzen Reich ergänzt werden. Der Skandal um den *Zentrumsminister Hirtsiefer* ist noch in aller Erinnerung, und ebenso der um den preußischen *SPD.-Finanzminister Südekum,* der sich von seinem eigenen Ministerium für wenige Pfennige das ganze Schloß Glienicke mietete und dort Hof hielt.

SPD.-Stadtrat Schüning und der Behala-Skandal

Ein weiteres unerfreuliches Kapitel in der Geschichte der Korruptionsskandale der Republik ist der *Fall Behala.* Der Berliner *SPD.-Stadtrat Schüning verschob 1922 mittels gefälschter Gutachten* und verschleierter Bilanzen als Dezernent für das städtische Hafenwesen die *gesamten Berliner Hafenanlagen* an einen ausländischen Konzern und wurde *dafür mit einem Riesengehalt Generaldirektor* der von diesem Konzern gegründeten Berliner Hafen- und Lagerhaus-AG. Die später durchgeführte Untersuchung ergab, daß **Schüning etwa RM. 100.000 Bestechungsgelder angenommen hatte.**

Die "Frankfurter Allgemeine..."

Wer erinnert sich nicht noch des Skandals um den Zusammenbruch der *Frankfurter Allgemeinen Versicherungsgesellschaft,* der in erster Linie durch ungeheuerliche Spekulationen der jüdischen Direktoren herbeigeführt wurde und eine ganze Reihe von Firmen mit in den Strudel riß. Die *Juden Philipp Becker* und *Kirschbaum* wurden als die Hauptschuldigen an dem Skandal festgestellt. Es ist bezeichnend, daß auch hier fast ausschließlich Juden durch den Zusammenbruch der Gesellschaft belastet wurden, darunter *Hersch Chaim Ehrlich.*

Jakob Goldschmidt und Lahusen

Der Zusammenbruch des *Nordwolle-Konzerns* der Gebrüder *Lahusen* in Bremen, der *das Ende der Darmstädter und Nationalbank* mit sich brachte, kommt zu einem wesentlichen Teil auf das Konto des Juden *Jakob Goldschmidt,* des Hauptgeschäftsinhabers der Darmstädter und Nationalbank, des Allgewaltigen der deutschen Bankwelt, der einen wesentlichen Teil der Schuld an dem Wirtschaftszusammenbruch des Jahres 1931 trägt und dessen Darmstädter und Nationalbank bei ihrem Sturz Tausende von Existenzen mit in den Abgrund nahm.

Der jüdische Minister Asch

In Mecklenburg machte sich z. B. der jüdische Minister Asch gleichzeitig zum Direktor einer Filmgesellschaft, die er dann staatlich förderte und von der er neben seinem Ministergehalt erhebliche Summen bezog. Die Bilanz der Schiebungen, die er beging, betrug 76 Millionen Mark. Diese Schuld bürdete er einem Lande mit 580.000 Einwohnern auf!

Wirtschaftsbarometer in der Novemberrepublik

Die *Scheinblüte,* die mit *geborgten Auslandskrediten* von 1927 ab im deutschen Wirtschaftsleben herbeigeführt worden war, machte sehr schnell einer tiefen Ernüchterung Platz, und die *Zahlen der Geschäftszusammenbrüche erreichten im Krisenjahr 1931* einen nie dagewesenen Höhepunkt. Sie ist zugleich ein wertvolles Barometer des Wirtschaftslebens in der Novemberrepublik:

	Konkurs-anträge	**Eröffnete Konkurs-verfahren**	**Eröffnete Vergleichs-verfahren**
1929	13 180	10 001	5 001
1930	15 486	11 506	7 178
1931	19 254	13 736	8 628
1932	14 138	8 534	6 189
1929 - 1932 zusammen:	62 058	43 777	26 996

Und von 1933 ab Wirtschaftsaufstieg

Von 1933-1936 dagegen ist ein ständiges Abnehmen der Wirtschaftszusammenbrüche zu verzeichnen:

	Konkurs-anträge	Eröffnete Konkurs-verfahren	Eröffnete Vergleichs-verfahren
1933	7 954	3 881	1 476
1934	6 219	2 747	774
1935	5 955	2 936	773
1936	5 266	2 580	569
1933 - 1936 zusammen:	25 394	12 144	3 592

Insgesamt sind also von 1929-1932 89.000 Firmen auf der Strecke geblieben, über dreimal so viele wie in den Jahren 1933 bis 1936. Durch diese Krise des Wirtschaftslebens wurde die **industrielle Erzeugung 1932 bis auf den Stand des Jahres 1895 zurückgeworfen,** und 1932 beispielsweise in Deutschland nur mehr so viel Eisen und Rohstahl erzeugt wie etwa 1888. Es betrug die Erzeugung

	Roheisen in t	Rohstahl in t
1929	15 505 707	18 454 987
1932	5 282 004	7 233 534
1933	6 858 494	9 288 061
1934	10 567 326	13 866 844
1935	12 841 854	16 446 673
1936	15 303 135	19 207 964

Auch hier wieder in wenigen Jahren ein verblüffender Wirtschaftsaufstieg, der die Zahlen des besten Konkjunkturjahres 1929 schon erheblich übersteigt. Will man im übrigen die *Zahlen des Jahres 1929* würdigen, so muß man berücksichtigen, daß darin zu einem wesentlichen Teil *Reparationslieferungen* enthalten waren, für die das Deutsche Reich keinen Gegenwert erhielt. Das gleiche gilt für den zweiten besonders wichtigen Werkstoff der deutschen Industrie, für die *Kohle.* Hier ist bis 1931 ein Teil der Förderung für Reparationsleistungen abzuziehen. Die Statistik der Steinkohlen- und Braunkohlenförderung zeigt von 1929 bis 1936 folgendes Bild:

	Steinkohlenförderung		Braunkohlenförderung
1929	163 441 000 t	einschließlich Reparationslieferungen	174 456 000 t
1930	142 699 000 t		146 010 000 t
1931	118 640 000 t		133 311 000 t
1932	104 741 000 t		122 647 000 t
1933	109 692 000 t		126 794 000 t
1934	124 857 000 t		137 274 000 t
1935	143 003 000 t		147 072 000 t
1936	158 380 000 t		161 477 000 t

Das sind Zahlen, die für sich selbst sprechen. Nichts vermag die Leistung des nationalsozialistischen Staates in den ersten vier Jahren des Aufbaues besser zu unterstreichen als eine solche nüchterne Wiedergabe von Ziffern.

In der gleichen Zeit, in der die Steinkohlenförderung im Deutschen Reich um 44,4% stieg, beträgt die Steigerung in Großbritannien nur 10,3%, während Frankreich einen Rückgang von 3,5% zu verzeichnen hat.

In der *chemischen Industrie* stieg der Halbstoffverbrauch (Kohle) von der Meßzahl 51 im Jahre 1932 auf 96 im Jahre 1936 und in der Maschinenindustrie die Meßzahl des Maschinenversandes von 38 im Jahre 1932 auf 98 im Jahre 1936.

Der Gesamtwert der deutschen industriellen Erzeugung, der 1929 noch eine künstliche Höhe von 83,76 Milliarden Mark erreichte, ergibt folgendes Bild:

1929	83,76	Milliarden	RM.	einschließlich Reparationslieferungen
1930	69,09	"	"	
1931	50,01	"	"	
1932	34,83	"	"	
1933	37,83	"	"	
1934	49,56	"	"	
1935	58,05	"	"	
1936	66,03	"	"	

Der *Verbrauch an elektrischem Strom* ist besonders geeignet, den Aufstieg einer Wirtschaft zu illustrieren, denn er beweist, in welchem Maße nun wieder die Räder rollen und die Maschinen laufen. Die Stromerzeugung von 122 Werken stieg von 13 Milliarden im Jahre 1932 auf 22 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1936. Insgesamt wurden im Scheinkonjunkturjahr 1929 30,7 Milliarden Kilowattstunden erzeugt, 1936 dagegen über 40 Milliarden Kilowattstunden.

Erst seit 1933 ist die deutsche Wirtschaft allmählich wieder in den Stand gesetzt worden, *Neu- und Erweiterungsbauten* vorzunehmen, den Maschinenpark zu vergrößern und zu modernisieren, die Produktionsanlagen wieder normal zu unterhalten und die notwendigen Ersatzanlagen zu schaffen.

Die normale Abschreibung der vorhandenen Anlagen ohne Einrechnung notwendiger Neu- und Erweiterungsbauten hätte im Jahre 1932 bereits 5,9 Milliarden Mark betragen

müssen. Ein Vergleich mit der nachfolgenden Aufstellung zeigt, **daß die deutsche Wirtschaft 1932 bereits weitgehend von der Substanz lebte.**

Der **Wert der Neu- und Ersatzanlagen** zusammen betrug:

1929	12,8	Milliarden	RM.,
1932	4,2	"	"
1933	5,1	"	"
1934	8,3	"	"
1935	11,0	"	"
1936	13,8	"	"

Die **Umsätze des deutschen Handwerks** betrugen im Jahre

1929	19,3	Milliarden	RM.,	
1932	10,9	"	"	
1936	15,0	"	"	(geschätzt).

Auch der **Einzelhandel** kann mit seinem Umsatz zufrieden sein, der

1932	22,7	Milliarden	RM.,
1936	27,8	"	"

aufwies.

Während 1922 ein wesentlicher Teil der deutschen *Fischereiflotte* in den Häfen auflag, herrscht heute Mangel an Fangschiffen. Die Erträge der deutschen *Seefischerei* sind gestiegen von

3 390 000 dz und 53,9 Millionen RM. Wert im Jahre 1932
auf 5 994 000 dz und 105,3 Millionen RM. Wert im Jahre 1936.

Die *Kapitalsanlagen in Lebensversicherungen,* die noch am krisenfestesten waren, weisen die beachtliche *Steigerung um 1,8 Milliarden RM.* in den letzten vier Jahren auf insgesamt 5,5 Milliarden RM. auf.

Besonders eindrucksvoll ist die Steigerung des gesamten deutschen Volkseinkommens um zirka 17 Milliarden RM. innerhalb von vier Jahren. Es erhöhte sich von 45,2 Milliarden RM. im Jahre 1932 auf rund 62 Milliarden RM. im Jahre 1936.

Der deutsche Außenhandel

Es ist ein alter kaufmännischer Grundsatz, daß man nur so viel Geld ausgeben kann, wie man einnimmt. Eine Übersicht über die Bilanz des deutschen Außenhandels in der Novemberrepublik zeigt, daß man dort ohne jede Planmäßigkeit wild darauflos wirtschaftete und die *Scheinblüte der Wirtschaft* nicht zuletzt auch mit Hilfe einer durch Auslandskredite künstlich gesteigerten übermäßigen Einfuhr zustande kam. Von 1924 bis 1929 weisen nur 2 Jahre einen ganz geringen Ausfuhrüberschuß auf, während die anderen Jahre riesige Einfuhrüberschüsse zeigen:

	Einfuhr Mill. RM.	Ausfuhr Mill. RM.	Saldo Mill. RM.
1924	9 083	6 552	- 2 531
1925	12 362	9 290	- 3 072
1926	10 002	10 415	+ 413
1927	14 228	10 801	- 3 427
1928	14 001	12 276	- 1 725
1929	13 447	13 483	+ 36
1930	10 393	12 036	+ 1 643
1931	6 727	9 599	+ 2 872
1932	4 667	5 739	+ 1 072
1933	4 204	4 871	+ 667
1934	4 451	4 167	- 284
1935	4 159	4 270	+ 111
1936	4 218	4 768	+ 550

Es ist besonders interessant, daß die Hauptniedergangsjahre 1930 bis 1932 Deutschland noch eine verhältnismäßig *starke Ausfuhr* brachten. Es muß aber berücksichtigt werden, daß in dieser Ausfuhr einmal noch *Sachlieferungen auf Grund der Reparationen* enthalten sind und außerdem eine *Abzahlung* der in den Jahren der Scheinblüte aufgenommenen *Auslandskredite* mit Hilfe einer *verstärkten Warenausfuhr* vorgenommen wurde, für die Deutschland in diesen Jahren keinen Gegenwert erhielt.

Außerdem war der *Inlandsmarkt* infolge der steigenden Arbeitslosigkeit und der Verelendung des gesamten Mittelstandes völlig *zusammengebrochen,* so daß die zinsenfressenden *Lagervorräte* der deutschen Wirtschaft mangels jeder Absatzmöglichkeit im Inlande immer mehr wuchsen und *ins Ausland abgestoßen* werden mußten.

Die außerordentlich *hohe Einfuhr in den ganzen Jahren vor der Machtergreifung* bestand zu einem wesentlichen Teil in *Nahrungs- und Genußmitteln.* Man kaufte in ungeheuren Mengen Nahrungs- und Genußmittel aller Art im Auslande, während gleichzeitig die *deutsche Landwirtschaft zugrunde ging* und für ihre Erzeugnisse keinen Absatz fand. Auf den größten Teil dieser Nahrungsmitteleinfuhr ist durch die Leistungssteigerung der deutschen Landwirtschaft seit 1933 und durch eine geordnete Marktregelung Verzicht geleistet worden.

Im nationalsozialistischen Deutschland wird nur so viel vom Ausland eingekauft, daß der Wert der Einfuhr mit dem Wert der Ausfuhr industrieller Erzeugnisse bezahlt werden kann. **Der Außenhandel** ist seit 1932 zunächst zahlenmäßig zurückgegangen, **zieht seit 1936 allerdings schon wieder an,** ein Ergebnis mühevoller Arbeit und ein Zeichen dafür, daß die deutsche Qualitätsarbeit vom Weltmarkt nicht zu verdrängen ist. Der Rückgang hatte einmal als Ursache die Wirtschaftskrise in zahlreichen Ländern, die früher als Absatzmärkte in Frage kamen, in den letzten Jahren aber selbst zu einer wesentlichen Einfuhr nicht in der Lage waren, ferner die Abwertung der Währungen in großen Teilen des Auslandes, die zu einem verschärften Konkurrenzkampf führte, schließlich auch die Boykotthetze der ausgewanderten Juden und ihrer internationalen Sippschaft. *Den Schaden dieser Entwicklung tragen nicht Deutschland und das deutsche Volk.* Denn inzwischen sind - abgesehen von der Belebung der Ausfuhr - die notwendigen Maßnahmen getroffen worden, Deutschland so weit wie möglich von jenen Waren unabhängig zu machen, die eingeführt werden müssen. **Dadurch erhalten die deutsche Industrie und die deutsche Arbeiterschaft zusätzlich neue Arbeit,** die

den ausländischen Betrieben verlorengeht. Deutschland hat diese Entwicklung nicht absichtlich herbeigeführt. Die Versuche, es durch Boykott auf die Knie zu zwingen, sind jedoch kläglich gescheitert und haben nicht zuletzt Deutschland auf den heute eingeschlagenen Weg in der Gestaltung seiner Wirtschaft geführt.

Die wirtschaftspolitischen Beziehungen zum Auslande

Die wirtschaftspolitischen Beziehungen Deutschlands mit dem Ausland konnten *seit 1933 außerordentlich vielfaltig gestaltet* werden. Aus der Zahl der Verbindungen und Vereinbarungen allein geht schon hervor, daß Deutschland gar nicht daran denkt, eine Isolierung anzustreben, sondern auf einen lebendigen Austausch mit den Staaten der Welt Wert legt.

Handelspolitische Beziehungen bestehen in Form von Handelsabkommen, Freundschaftsverträgen, Vereinbarungen, **Abmachungen durch Notenwechsel mit insgesamt 62 Staaten. Zahlungs- und Verrechnungsabkommen sind mit 32 Ländern abgeschlossen worden. Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bestehen mit 16 Ländern. Außerdem ist Deutschland an 39 Kollektivverträgen beteiligt.**

Wandlung der Wirtschaftspolitik

Die außerordentliche Leistungssteigerung in den Jahren 1933 bis 1937 auf dem Gebiete der deutschen Wirtschaft wäre nicht möglich gewesen ohne einen grundsätzlichen Wandel der gesamten Wirtschaftspolitik und ohne eine *ganze Reihe von neuen gesetzgeberischen Maßnahmen,* die der Durchführung einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik den gesetzmäßigen Unterbau gaben. Daß bei dieser gesetzgeberischen Arbeit kein Gesichtspunkt außer acht gelassen, sondern Zug um Zug nach einem einheitlichen Plan vorgegangen wurde, ist ganz besonders bezeichnend für nationalsozialistische Wirtschaftsführung.

Man kann die wichtigsten wirtschaftspolitischen Maßnahmen - abgesehen von den Maßnahmen auf dem Kreditgebiet (siehe Abschnitt Finanzpolitik) - etwa in drei große Gruppen aufgliedern, wobei das soeben geschilderte Gebiet des Außenhandels außer acht gelassen werden kann:

1. Schutz und Förderung aller derjeniger Wirtschaftszweige, die, an sich lebensfähig, durch falsche politische Grundeinstellung und falsche Maßnahmen des Weimarer Systems besonders notleidend geworden waren. Das gilt in erster Linie für das Handwerk und den Einzelhandel.

2. Höchste Entfaltung aller produktiven Kräfte in Deutschland, Förderung der Unternehmerinitiative; Hervorhebung des Wertes der schaffenden Persönlichkeit in der Wirtschaft im Gegensatz zu anonymen Kapitalgesellschaften (Gesetz über die Umwandlung von Kapitalgesellschaften vom 5. Juli 1934). In diese Gruppe fällt auch alles, was zur Erhöhung der Erzeugung von Kraftstoffen (Energiewirtschaft) und von Rohstoffen aller Art getan wurde, weil nur dann in Deutschland eine gesunde Wirtschaft blühen kann, wenn diese Stoffe verfügbar sind. Diese Maßnahmen beginnen bereits im Jahre 1933, haben aber erst systematische Zusammenfassung und konsequente Durchführung im neuen Vierjahresplan erhalten.

3. Maßnahmen zur Steuerung der Preise. Es lag von Anfang an im Plan der Reichsregierung, nicht eine vorübergehende "Konjunktur" auf wirtschaftlichem Gebiet herbeizuführen, sondern eine dauernde Gesundung der deutschen Wirtschaft anzustreben. Es wäre ein leichtes gewesen, nach den ersten großen Erfolgen der Arbeitsschlacht auch die Löhne zu erhöhen und Preissteigerungen zuzulassen. Das hätte aber die Gefahr eines baldigen Rückschlages heraufbeschworen. Dem nationalsozialistischen Staat konnte nichts daran liegen, vorübergehende Erfolge zu erzielen, um dann nach wenigen Jahren eine neue Krise mit all ihren Begleiterscheinungen, mit Geschäftszusammenbrüchen, Preisstürzen, Massenentlassungen in Kauf zu nehmen. Die Wirtschaftspolitik des Dritten Reichs ist einen anderen Weg gegangen. Sie hat den Volksgenossen Arbeit gegeben, sie hat die Erzeugung in der Industrie gewaltig gesteigert; die Umsätze im Handel sind dementsprechend gewachsen, die Mengen der Güter, die auf Schienen, Binnenwasserstraßen und über See transportiert werden, haben zugenommen - im ganzen: **die Wirtschaftspolitik hat sich bewußt auf Erhöhung der Arbeitsleistung und Gütererzeugung eingestellt,** nicht aber auf die Steigerung der Preise (keine "Preiskonjunktur", sondern "Mengenkonjunktur").

Um den Gefahren zu begegnen, die dem nationalsozialistischen Aufbau, dem Streben nach dauernder gesunder Wirtschaft von der Preisseite her erwachsen können, wurde frühzeitig bereits mit einer *genauen Preiskontrolle* begonnen. Im Herbst 1936 wurde die gesamte Preispolitik in ein einzigartiges System gebracht: Die Preisentwicklung wurde einem Reichskommissar für die Preisbildung übertragen.

Im einzelnen sollen noch als besonders wesentliche Maßnahmen erwähnt werden:

Auf dem *Gebiet des **Handwerks*** mit seinen 3,9 Millionen Berufstätigen wurde die Organisation vereinfacht und für eine *gründliche Berufsausbildung* gesorgt. Durch die dritte Handwerksverordnung vom 18. Januar 1935 wurde festgelegt, daß *nur der einen Handwerksbetrieb eröffnen darf, der die Meisterprüfung bestanden* hat. Das Handwerk wurde dadurch auf den Weg einer erheblichen *Leistungssteigerung* geführt, die äußerlich auch durch die Zunahme der Zahl der *Meisterprüfungen* von 27.000 im Jahre 1932/33 auf 67.000 im Jahre 1935/36 kenntlich geworden ist, durch die eine bessere Betriebsführung gewährleistet wurde. Das Handwerk wurde durch Lieferungsgenossenschaften und die Reichszentrale für Handwerkslieferung, ferner durch *Ausfuhrförderungsstellen* auch bei Großaufträgen und im Exportgeschäft eingeschaltet. Es konnte sich ferner erfolgreich an den großen Messen beteiligen. Auch kulturell wurde das Handwerk gefördert und das *Gesellenwandern* wieder eingeführt, um den Gesichtskreis der Handwerker zu weiten.

Der **Einzelhandel,** der im Novemberstaat besonders vernachlässigt und durch die damals übliche Förderung der *Warenhäuser, Einheitspreisgeschäfte und Konsumvereine* immer mehr zurückgedrängt worden war, hat sich ganz besonderer Förderung durch den nationalsozialistischen Staat zu erfreuen. Schon am 12. Mai 1933 wurde das *Einzelhandelsschutzgesetz* erlassen, durch das der Bestand der Betriebe des Einzelhandels gesichert wurde. Die aus der liberalistischen Zeit herrührende Gewerbeordnung kannte nur das Prinzip der Gewerbefreiheit, so daß es jedermann freigestellt war, ein Einzelhandelsgeschäft jedes beliebigen Handelszweiges zu eröffnen. Es entstand dadurch eine außerordentliche zahlenmäßige Übersetzung des Einzelhandels und eine starke Durchsetzung mit sachunkundigen Elementen. Zusammenbrüche von Firmen, unsachgemäße Lieferung und Untergrabung des Vertrauens der Käuferschaft zum gesamten Berufsstand mußten die zwangsläufigen Folgen sein.

Das Verbot der Errichtung, Erweiterung und Verlegung von Einheitspreisgeschäften wurde durch das Gesetz unbefristet verlängert. Für die Neuerrichtung von Warenhäusern, Filialunternehmen und Serienpreisgeschäften wurden einengende Bestimmungen getroffen, die faktisch einem Verbot der Neuerrichtung gleichkommen. Ferner wurde diesen Betriebsformen und den Konsumvereinen die Errichtung selbständiger

Handwerksbetriebe untersagt, der Abbau bereits bestehender Handwerksbetriebe eingeleitet und die obersten Landbehörden ermächtigt, schank- und speisewirtschaftliche Betriebe in Warenhäusern, Kaufhäusern usw. zu verbieten.

Die *Neuerrichtung von Einzelhandelsgeschäften* wird jetzt von dem Nachweis der *Sachkenntnis* und der persönlichen *Zuverlässigkeit* abhängig gemacht. Dadurch wurden vielfach die Hälfte bis zwei Drittel der Antragsteller zurückgewiesen, weil sie nicht die Gewähr boten, die Bevölkerung einwandfrei und zuverlässig mit den Gütern und Waren ihres Bedarfs zu versorgen.

Das Gesetz über die Verbrauchergenossenschaften vom 21. Mai 1935 macht die Errichtung von Verbrauchergenossenschaften genehmigungspflichtig. Lebensunfähige Verbrauchergenossenschaften werden liquidiert; das Reich stellt dafür Mittel zur Verfügung, um vor allem die *Spareinlagen* in solchen Fällen zu sichern. Außerdem sieht das Gesetz vor, daß die Spareinrichtungen aller Konsumvereine und Verbrauchergenossenschaften bis zum 31. Dezember 1940 abzubauen sind. Die Spareinrichtungen der Konsumvereine hatten mehr und mehr zu einer *Aufblähung der Geschäfte dieser Vereine* geführt, so daß bei einem Rückgang des Geschäftsumsatzes auf das normale Maß *die Einlagen der kleinen Sparer gefährdet* waren.

Das *Gesetz über das Zugabewesen* vom 12. Mai 1933 schuf wieder einen sauberen Wettbewerb, da die Gewährung von Zugaben die Preisklarheit beeinträchtigte und oft auf Kosten der Qualität der gekauften Waren ging. Auf dem Gebiet der Bereinigung des Wettbewerbs liegt auch *das Gesetz über Preisnachlässe* vom 25. November 1933, das den Barrabatt auf 3 Prozent beschränkt.

Mit dem **Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft** vom 27. Februar 1934 und den darauf beruhenden Durchführungsverordnungen und Erlassen hat die Reichsregierung die gesetzlichen Grundlagen für die neue *Organisation der gewerblichen Wirtschaft* geschaffen. Die neue Organisation ist einheitlich, straff gegliedert und soll der staatlichen Wirtschaftsführung dienstbar sein. In der Organisation der gewerblichen Wirtschaft sind die einzelnen Unternehmungen sowohl fachlich wie regional zusammengeschlossen. Die Organisation soll die angeschlossenen Mitglieder auf wirtschaftlichem Gebiet beraten und betreuen, gleichzeitig die Arbeit der Reichsregierung auf wirtschaftlichem Gebiet unterstützen. Die Verbände sind also nicht wie einst privatwirtschaftliche Interessenvertretungen gegen irgendeine andere Berufsschicht, gegen die Arbeiterschaft oder gar gegen den Staat, sondern **Instrumente zum richtigen Einsatz des gewaltigen wirtschaftlichen Apparates und zur Erzielung von Höchstleistungen auf wirtschaftlichem Gebiet.**

Die Aktienrechtsreform

Eine der grundsätzlichen Maßnahmen in der gesamten Wirtschaftsgestaltung ist das am 30. Januar 1937 nach sorgfältiger Vorbereitung verabschiedete *Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien* (Aktiengesetz). Die Aktienrechtsreform gehört zwar zu den Agitationsparolen insbesondere der Sozialdemokraten, wurde von ihnen aber niemals in die Tat umgesetzt, weil der gesamte jüdisch-kapitalistische Anhang des Marxismus dadurch in seinen dunklen Geschäften naturgemäß erheblich behindert worden wäre. Erst nach den riesigen Wirtschaftsskandalen und dem völligen Zusammenbruch im Sommer 1931 entschloß sich die damalige Reichsregierung zu einer Notverordnung, die aber nur wenige Punkte der Aktienrechtsreform einer Lösung entgegenführte. Eine grundsätzliche Neugestaltung brachte erst das Gesetz vom 30. Januar 1937.

Aktiengesellschaften sind das geeignete Mittel, die Sammlung umfangreicher Kapitalien und Güter zum geschlossenen Wirtschaftseinsatz zu erreichen. Es ist daher **für die Neugründung von Aktiengesellschaften ein Mindestgrundkapital von 500.000 RM. vorgesehen worden.** Dem in der Systemzeit gebräuchlichen Schwindel mit Aktien kleiner und unbekannter Gesellschaften ist dadurch ein Riegel vorgeschoben.

Im Aufbau der Aktiengesellschaften wurde das *Führerprinzip* verankert. Der Vorstand führt unter eigener Verantwortung die Gesellschaft so, wie es das Wohl des Betriebes und seiner Gefolgschaft und der Nutzen von Volk und Reich erfordern. Früher wurde der Vorstand nicht selten durch Beschlüsse der Hauptversammlung, durch Beschlüsse von sachunkundigen Elementen, deren Beweggründe oft nur persönliches Machtstreben oder Gewinnsucht waren, zu Maßnahmen gezwungen, die für die Gesellschaft schädlich waren oder vom Vorstand nicht vertreten werden konnten.

Während *früher nicht selten weit über hundert Aufsichtsratsposten (Jakob Goldschmidt) in der Hand eines Mannes* vereinigt waren, der gar nicht die Möglichkeit einer Übersicht über diese große Zahl von Gesellschaften hatte, bestimmt der §86 des neuen Gesetzes, daß *niemand mehr als zehn Aufsichtsratsposten bekleiden darf.*

Für die Gewährung von *Gewinnbeteiligungen* wurden ebenfalls Bestimmungen getroffen, nach denen Gewinnbeteiligungen an Vorstandsmitglieder in einem angemessenen Verhältnis zu den *Aufwendungen zugunsten der Gefolgschaft* oder von Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienen, stehen müssen. Die Einhaltung dieser Bestimmung kann die Staatsanwaltschaft im Klagewege erzwingen.

Gefährdet eine Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien das *Gemeinwohl,* namentlich durch das Verhalten eines Trägers der Verwaltung, das gröblich gegen das Gesetz oder gegen die Grundsätze verantwortungsbewußter Wirtschaftsführer verstößt, so **kann das Reichswirtschaftsgericht auf Antrag des Reichswirtschaftsministers die Gesellschaft auflösen.**

Hier ist ein *nationalsozialistischer Grundsatz in die Tat umgesetzt,* der in der ganzen Welt nicht seinesgleichen hat.

Eine stolze Bilanz

Wie auf dem Gebiet der Finanzen, des Arbeitsmarktes und der Sozialpolitik, so kann der nationalsozialistische Staat auch auf dem Gebiet der Wirtschaft nach vier Jahren auf ein stolzes Ergebnis hinweisen und mit Hoffnung in die Zukunft blicken, die ebenso erfolgverheißend ist, wie die Vergangenheit erfolgsträchtig war. Wie auf allen Lebensgebieten so ist auch auf dem Gebiet der Wirtschaft der Erfolg nicht das Ergebnis einer Reihe von zufälligen Einzelmaßnahmen, sondern einer straffen Zusammenfassung und Führung der Wirtschaft mit der Ausrichtung auf ein großes gemeinsames Ziel.

8. Marxistische und nationalsozialistische Finanzpolitik

Der Mann auf der Bühne des Saales stemmt die Hände fest auf das Pult:

"Deutsche Volksgenossen!

180 Milliarden beträgt also die Summe, die Deutschland bis zum Jahre 1988 einschließlich der bisherigen Leistungen und Abtretungen an den Feindbund zahlen soll. Wißt ihr, was das bedeutet? Das bedeutet den völligen Ruin des Deutschen Reiches und die Ablieferung so ziemlich des gesamten Volksvermögens. Das bedeutet eine *Schuldenlast von RM. 3.000 pro Kopf jedes einzelnen Deutschen* einschließlich aller Greise und Säuglinge. Das bedeutet *bei 20 Millionen Erwerbstätigen* in normalen Zeiten eine *Belastung von RM. 9.000 pro Kopf* und in unserer heutigen Zeit bei der ungeheueren Zahl der Arbeitslosen, *bei nur 13 Millionen, die in Beschäftigung stehen,* eine *Belastung von RM. 15.000 pro Kopf jedes einzelnen Erwerbstätigen.* Wird euch nicht schwindlig bei dieser Schuldenlast?

Und wer hat sie euch aufgebürdet? Die marxistischen Schwächlinge, die euch einmal ein Paradies auf Erden versprochen haben und die es schließlich jetzt so weit gebracht haben, daß wir ein ausgehungertes, überschuldetes Volk geworden sind, das nun noch den *Rest seines Volksvermögens abzuliefern hat.* Dann werdet ihr nur noch Arbeitssklaven für die neuen Besitzer des deutschen Bodens, der deutschen Fabriken, der deutschen Bauernhöfe, für die neuen Besitzer der Häuser, in denen ihr wohnt, der Straßen, auf denen ihr geht, für die neuen Besitzer selbst euerer bescheidenen Heimstatt sein. *Denn dann wird euch nichts mehr gehören als nur noch euer nacktes Leben und die Kraft eurer Arme.*"

Die Stimme des Redners schwillt von Satz zu Satz an. Bleich und atemlos stehen die Tausende von Arbeitern und Arbeitslosen, Hausfrauen und Müttern, die den weiten Saal füllen, in seinem Bann. Zum ersten Male dämmert ihnen auf, welchen Weg sie seit 1918 gegangen sind, und wohin er sie geführt hat.

Als der Redner schließt, als das Heil auf den Führer und das Kampflied brausend verhallt, da haben Hunderte einen dumpfen Druck auf den Schläfen. Selbst die Beamten der Severingschen Polizei, die eigentlich "den Laden auf den Leisten zu schlagen" hatten, stehen benommen und flüsternd beiseite. RM. 15.000 pro Kopf eines jeden Erwerbstätigen. Ewige Fron für fremde Mächte und Hergabe selbst des bescheidensten Besitzes des deutschen Arbeiters zur Abtragung dieser Schuld. So deutlich und klar hat ihnen das noch niemand gesagt. Ob nicht die Nazis doch recht haben? Das ist nun die Frage, die sich die noch Zweifelnden jetzt vorlegen. Einige Wochen später marschieren sie bereits in den braunen Kolonnen.

Inzwischen meldet die Presse, daß die fällige Rate der Reparationszahlungen auf Grund des Youngplanes soeben an die Bank für Internationale Zahlungen nach Basel transferiert worden sei. Die Regierung unterschreibt, zahlt und schweigt. Die Massen hungern und werden mit leeren Worten abgespeist.

So war das schon bei der Annahme des Dawesplanes und des Youngplanes. Die marxistischen Redner und die der bürgerlichen Parteien setzen dem Volk im Reichstag und in den Versammlungen mit vielen Fachausdrücken verbrämte wirtschaftliche und finanzpolitische Abhandlungen vor, die die Massen nicht verstehen, und erklären dann jedesmal aufs neue, daß nun ja alles in Ordnung sei und sie einen großen Erfolg für Deutschland errungen hätten. Das wiederholt sich von Zeit zu Zeit in Abschnitten einiger

Jahre. Man rechnet mit dem kurzen Gedächtnis des Volkes und glaubt, ihm nach einigen Jahren das gleiche Stück noch einmal vorspielen zu können.

Da ist der jüdische SPD.-Abgeordnete *Hilferding* einer der eifrigsten Schaumschläger. Er ist seines Zeichens Zahnarzt, und seine wesentlichste Beziehung zum Gebiet der Zahlen und Finanzen besteht in seiner langjährigen Übung im Wurzelziehen. Darum wurde er auch *von der SPD. zum Reichsfinanzminister bestellt* als der einzige in dieser Fraktion vorhandene "Fachmann". Er ist es in erster Linie, der für die finanzielle Versklavung Deutschlands mitverantwortlich ist. Der deutsche Arbeiter hat noch heute schwer an dem zu tragen, was der Jude Hilferding ihm einbrockte. **Der deutsche Arbeiter kann nicht mit zusammengerafften Geldern ins Ausland gehen und seinen Lebensabend ruhig und sorglos in einem feudalen Kurort beschließen. So etwas kann nur Herr Hilferding.**

Das, was die nationalsozialistischen Redner in den Jahren des Niedergangs Tag um Tag voraussagten, wofür sie zuerst verlacht und dann wütend bekämpft wurden, was man abstritt und als Ausgeburt der "Nazi-Phantasie" hinzustellen versuchte, das haben dann 20 Millionen Deutsche ganz unmittelbar am eigenen Leibe verspüren müssen: **20 Millionen Arbeitslose und Kleinrentner mit ihren Angehörigen.**

Der Dawesplan

Nach dem *Dawesplan,* der nur durch die Spaltung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion in eine Jasager- und eine Neinsagerhälfte möglich wurde, hatte Deutschland zu zahlen:

vom 1. September 1924 bis 31. August 1925	RM. 1 000 Millionen
1925/26	RM. 1 220 Millionen
1926/27	RM. 1 500 Millionen
1927/28	RM. 1 750 Millionen
1928/29	RM. 2 500 Millionen
ab 1929/30 jährlich	RM. 2 500 Millionen

und einen Zuschlag, der sich auf Grund eines sogenannten "Wohlstands-Index" errechnete.

Die *Zahlungen des Dawesplanes* waren praktisch *unbegrenzt.* Ein *Endtermin* der Tributleistungen war auch im Londoner Abkommen vom 30. August 1924 *nicht genannt.* Deutschland sollte also jährlich zweieinhalb Milliarden zuzüglich der Summe, die sich aus einem "Wohlstands-Index" errechnete, so lange leisten, wie es den Siegermächten gefiel. Der "Wohlstands-Index" war übrigens so angelegt, daß er auch bei einer bloßen Ausdehnung der deutschen Wirtschaft mehrere hundert Millionen Reichsmark zuzüglicher Belastung ergeben hätte.

Im ganzen hat Deutschland unter dem Dawesplan bis zum 31. August 1929 7,98 Milliarden Reichsmark gezahlt.

Eine jährliche Leistung von zweieinhalb Milliarden Reichsmark bedeutete eine Jahresbelastung von 38,70 RM. pro Kopf der Bevölkerung vom Säugling bis zum Greis und eine tägliche Verpflichtung von RM. 6.850.000,--.

Der Youngplan

Der Youngplan trat am 1. September 1929 in Kraft. Bis zum 31. März 1930 war eine Übergangsregelung vorgesehen. Dann begann ab 1. April 1930 der normale Lauf der Zahlungen. Nach dem *Youngplan* sollte *Deutschland 59 Jahre lang Reparationen zahlen.* Die Zahlungen betrugen:

1930/31	RM. 1 795,9 Millionen
1931/2	RM. 1 771,7 Millionen

Sie stiegen von Jahr zu Jahr.

1936/37 sollten sie sich auf	RM. 2 019,9 Millionen,
1937/38	RM. 2 055,9 Millionen

belaufen. Die höchste Zahlung war für das Jahr

1965/66 mit	RM. 2 428,8 Millionen

vorgesehen. Dann sanken die Zahlungen wieder.

Im letzten Jahr 1987/88 sollten noch rund 897,8 Millionen RM. geleistet werden. **Insgesamt sollten auf Grund des Youngplans 115,4 Milliarden RM. Kriegstribute von Deutschland an die Siegermächte abgeliefert werden.**

Die Gesamtleistungen Deutschlands aus dem Versailler Diktat

Die Gesamtleistungen Deutschlands aus dem Versailler Diktat beliefen sich bis zum 31. August 1929 nach deutscher Berechnung auf über *67,5 Milliarden Reichsmark*. Darin ist der Wert der Abtretungen und des Verlustes der Kolonien nicht enthalten. Zu dieser Summe von 67,5 Milliarden RM. sind noch über 3 Milliarden auf Grunde des Youngplanes hinzuzuzählen, so daß insgesamt **über 70 Milliarden RM. geleistet wurden.**

Schon ein Bruchteil dieser wahnwitzigen Zahlungen ruinierte die gesamte deutsche Wirtschaft und schädigte das deutsche Volksvermögen, das schon durch den Weltkrieg und das Versailler Diktat außerordentlich geschmolzen war, so stark, daß *Deutschland seine Wirtschaft* praktisch *nur noch mit fremden Krediten aufrechterhalten* konnte und *jährlich Milliarden im Auslande borgen* mußte, um mit diesen geborgten Milliarden wieder die *Reparationen zu bezahlen.* Die *Zinslast* der Auslandskredite wurde einer der Hauptposten in den deutschen Haushalten.

Auf Grund des Youngplans hatte Deutschland bei der Einstellung der Zahlungen noch zu entrichten	RM. 112,3 Milliarden
Deutschland hat gezahlt auf Grund des Versailler Diktats und des Youngplans vorher	RM. 70,6 Milliarden
Man mutete ihm also insgesamt eine Zahlung von	RM. 182,9 Milliarden zu.

Deutschlands Auslandsverschuldung

Deutschlands private Auslandsverschuldung stieg bis zum Jahre 1930 infolge dieser wahnwitzigen Reparationszahlungen auf *33,3 Milliarden Reichsmark.* Rechnet man diese Summe der privaten Verschuldung zu den Forderungen und Leistungen auf Grund des Versailler Diktats und der sich daran anschließenden Zahlungspläne hinzu, so kommt man auf eine **Gesamtverschuldung Deutschlands von 216 Milliarden RM.** Das Bild, das Redner der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei 1930 und 1931 gaben, wird bei dieser Berechnung noch ungünstiger und die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung noch furchtbarer.

Erst dem nationalsozialistischen Staat ist es gelungen, die Auslandsverschuldung allmählich zu senken und trotz der ungeheueren Leistungen im Inlande und der Anspannung des deutschen Kapitalmarktes bis zum äußersten auch noch wesentliche Auslandskredite abzutragen. Insgesamt gesehen ergibt die **deutsche Auslandsverschuldung von 1927 bis 1936** folgendes Bild:

Datum	Kurzfristige Kredite	Langfristige Kredite	Sonstige Anlagen	Gesamt- verschuldung	Desgl. ohne sonstige Anlagen
		In Milliarden Reichsmark:			
Ende 1927	6,6	5,4	4,5	16,5	12,0
1928	9,0	7,0	5,5	21,5	16,0
1929	11,7	7,3	6,0	25,0	19,0
1930	16,0	11,3	6,0	33,3	27,3
Juli 1931	13,1	10,7	5,9	29,7	23,8
Nov. 1931	10,6	10,7	5,3	26,6	21,3
Febr. 1932	10,1	10,5	5,3	25,9	20,6
Febr. 1933	8,7	10,3	4,2	23,2	19,0
Sept. 1933	7,4	7,4	4,2	19,0	14,8
Febr. 1934	6,7	7,2	4,2	18,1	13,9
Jan. 1936	6,5	6,5	4,0	17,0	13,0

Republikregierung als Gerichtsvollzieher gegen das Volk

Es war für das deutsche Ansehen nicht gerade förderlich, daß z.B. im *Verwaltungsrat der Reichsbahn* mit der Einführung des Dawesplans *vier Ausländer* und im *Generalrat der Reichsbank sieben Ausländer* Sitz und Stimme erhielten. Ihre Aufgabe konnte es natürlich nicht sein, die Verwaltung dieser Unternehmen zum Wohle des deutschen Volkes zu beeinflussen, sondern nur *zum Wohle ihrer Auftraggeber.* **Ein ausländischer Kommissar überwachte die Notenausgabe. Alle Reichsbanknoten mußten den Stempel dieses Kommissars tragen.** Wesentliche Teile der *Reichseinnahmen* aus Zöllen, die Tabak-, Bier- und Zuckersteuer und die Abgaben aus dem Branntweinmonopol wurden *verpfändet, Reichsbahn* und *Industrie* durch Schuldverschreibungen zugunsten der Reparationsgläubiger *belastet.* Der Reparationsagent *Parker Gilbert* überwachte die deutschen Reparationsleistungen und **machte den deutschen Reichsregierungen stets energische Vorhaltungen, wenn die Gestaltung der Reichsausgaben ihm irgendwie das Interesse des deutschen Volkes vor das der Reparationsgläubiger**

zu stellen schien. Die Regierungen der *Novemberrepublik* wurden so praktisch *zu Gerichtsvollziehern des Reparationsagenten gegen das deutsche Volk* gemacht.

Um bei der ungeheueren Verschuldung, den drückenden Auslandsverpflichtungen und den immer weiter steigenden Ausgaben für die wachsende Zahl der Erwerbslosen den Reichshaushalt wenigstens einigermaßen ins Gleichgewicht bringen zu können, blieb den Regierungen der Novemberrepublik nichts weiter übrig, als die *Steuerschraube* immer fester anzuziehen. Daß sie damit allmählich die Wirtschaft erdrosselten und letzten Endes das Gegenteil von dem herbeiführten, was sie erreichen wollten, vermochten sie nicht zu übersehen. Ein Überblick über die Einnahmen des Reiches an Steuern, Zöllen usw. von 1928-1936 zeigt, wie 1932 die *Reichseinnahmen* einen nie dagewesenen Tiefstand erreichten. Sie betrugen:

1928/29	9,02	Milliarden	RM.
1929/30	9,17	"	"
1930/31	9,03	"	"
1931/32	7,79	"	"
1932/33	6,65	"	"
1933/34	6,85	"	"
1934/35	8,22	"	"
1935/36	9,65	"	"
1936/37	11,47	"	"

Das Etatjahr 1924 hatte infolge schärfster Sparpolitik und schon sehr hoher Steuern so große Überschüsse gebracht, daß der Bestand der Reichskasse 1924 eine Milliarde Reichsmark betrug. In den Jahren darauf wurde dieser Überschuß durch eine nach dem Urteil des heutigen Reichsfinanzministers Graf Schwerin von Krosigk völlig leichtsinnige Ausgabenpolitik restlos verwirtschaftet. Es begannen die Jahre der *Kassennot.* Von Zahlungstermin zu Zahlungstermin mußte das Reich die Überbrückungskredite borgen. Der Kredit des Reiches selbst sank in solchem Maße, daß der Versuch der Begebung einer *Reichsanleihe* im *Sommer 1929 nur 179 Millionen erbrachte,* während im *nationalsozialistischen Staate* infolge des Vertrauens zur Staatsführung und zur Wirtschaft *jede Reichsanleihe in kurzer Zeit überzeichnet ist.* Die Novemberrepublik war schließlich sogar gezwungen, Staatsmonopole zu errichten und zu beleihen. Sie erhielt gegen die Einführung eines Zündwarenmonopols von dem schwedischen Zündholzkönig Ivar Kreuger in seiner Glanzzeit eine Anleihe von 500 Millionen RM.

Unter dem Kabinett *Brüning* wurden zur Besserung der Reichshaushaltslage ferner in der Zeit von 1931-1932 auf Grund der Notverordnungen *23 verschiedene Steuererhöhungen* vorgenommen. Die *Einkommensteuer* wurde erhöht, die *Zuckersteuer* verdoppelt, die *Krisensteuer* der Lohn- und Gehaltsempfänger und der Veranlagten und die *Bürgersteuer* eingeführt, die Lohnsteuererstattung abgeschafft, die *Umsatzsteuer,* die *Biersteuer,* die *Tabakszölle* und die Steuer auf *Zigarren und Zigaretten* wurden weit heraufgesetzt.

Der Niedergang der Gemeinden

Um den Reichsetat nicht noch mehr zu belasten, muß das Reich in der Krise immer mehr Aufgaben den Gemeinden und Gemeindeverbänden überlassen, die schon durch die von Monat zu Monat steigende Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen eine ungeheure Last zu übernehmen haben.

Am 10. Mai 1932, kurz vor dem Sturz des Kabinetts Brüning, steht der deutsch-nationale Abgeordnete *Dr. Bang* auf der Rednertribüne des Reichstages:

> "Wie nahe wir übrigens schon während des letzten Etatjahres trotz aller Notverordnungen, trotz aller steuerlichen Nachhilfen dem Zusammenbruch waren, hat uns Herr *Stegerwald* sehr offenherzig in einer Rede am Tage nach der Hoover-Botschaft, am 22. Juni 1931, in Kastrop offenbart. Da sagte er: **'Wir standen um Haaresbreite vor dem Abgrund; das dürfe er erst jetzt offen zugeben, vorher habe es nicht gesagt werden dürfen, um keine Kreditverschlechterung herbeizuführen.'**
>
> Ich darf im Anschluß an das gestern Gesagte hervorheben: Das Defizit der Städte im letzten Jahr wird auf 350 Millionen geschätzt. Das Defizit des laufenden Etatjahres schätzt Dr. Mulert auf 750 Millionen, zweifellos sehr optimistisch.
>
> **In Bremen verklagen jetzt die Beamten und Angestellten die Stadt auf Gehaltszahlung.** Der *Bürgermeister von Essen,* Schäfer, sagt: 'Wir stehen mitten in der Katastrophe.' Er erklärt dann wörtlich: **'Wenn es für Gemeinden ein Konkursverfahren wie in der Privatwirtschaft gäbe, hätte die Stadt Essen schon längst Konkurs anmelden müssen, denn sie kann ihre Verpflichtungen nicht mehr erfüllen.'**
>
> Aber auf eines möchte ich noch aufmerksam machen: Im höchsten Maße ernst liegen die Dinge vor allen Dingen in *Sachsen,* wo *Mittel für die Unterstützung der Erwerbslosen* und der Unterstützungsempfänger *fast durchweg fehlen.* Hier geht man schon die gefährlichsten Wege, um auch nur der allerdrückendsten Not abzuhelfen: Eingriffe in Girokassen, Zurückbehaltung staatlicher Steuergelder, Inanspruchnahme zweckgebundener Fonds usw....
>
> Die reine Belastung des Steuerzahlers hat jeweils im Vergleich zum Vorjahre in folgender Progression zugenommen:
>
> 1926: 0,4 Prozent,
> 1927: 2,8 Prozent,
> 1928: 14,7 Prozent,
> 1929: 9,2 Prozent,
> 1930: 12,4 Prozent,
> 1931: 5,7 Prozent.
>
> Insgesamt hat seit 1925 eine Steigerung von 45,2 Prozent stattgefunden, und zwar wesentlich bei den direkten Belastungen.
>
> **Es ist selbstverständlich, daß eine solche Entwicklung zum Zusammenbruch führen muß.** Beim Unternehmer heißt der Zusammenbruch Pleite, beim Arbeiter heißt er Arbeitslosigkeit. Nächstens werden die Steuern wahrscheinlich mit dem Überfallkommando eingezogen, auf dem Lande soll es ja zum Teil schon so sein."

Vier Tage vorher, am 6. Mai 1932, spricht im Reichstag zum Reichsetat der SPD.-Abgeordnete *Dr. Breitscheid.* Nach seiner Meinung ist es die böse Krise, die alle guten Absichten der SPD. zunichte gemacht und Deutschland in die Lage gebracht hat, die auch er nicht schöner zu schildern vermag, als sie ist. Irgendeine Entschuldigung muß man ja gegenüber der Arbeiterschaft haben. Und so ist alles, was er auf die schweren Anklagen gegen das marxistische System zu erwidern vermag, der kümmerliche Satz zur Fraktion der NSDAP:

"...Wenn Sie an die Macht kommen, wenn Sie die außenpolitischen Verhandlungen zu führen haben, dann habe ich die große Furcht, daß Sie dem Auslande viel weitergehende Zugeständnisse machen als ein anderer..."

Herr Breitscheid war kein großer Prophet. Denn seit dem 30. Januar 1933 ist kein Pfennig mehr an Reparationszahlungen an fremde Mächte geleistet worden. Von Zugeständnissen kann angesichts der Wiederaufrichtung der deutschen Wehrhoheit, der Einführung der allgemeinen deutschen Wehrpflicht und der Befreiung Deutschlands von den Versailler Fesseln selbst von Herrn Breitscheid heute auch kaum noch gesprochen werden.

Eine Stadt meldet Konkurs an

Die *Frankfurter Zeitung* bringt in Nr. 218/20 vom 22. März 1932 folgende Meldung:

"Die Schlesische Boden-Credit-Actien-Bank hat, wie mitgeteilt wird, *Antrag auf Konkurseröffnung über die Stadt Köben a. d. Oder* gestellt. Die Verschuldung soll sich auf 400.000 RM. belaufen. Gläubiger seien neben dem Staat zum größten Teil Breslauer Banken. - Köben ist eine Kleinstadt von 2.000-3.000 Einwohnern. Von der genannten Gesamtverschuldung dürfte etwas weniger als die Hälfte auf die Hypothekenbank entfallen. An Zinsen sind bereits annähernd 30.000 RM rückständig, woraus zu schließen ist, daß die Stadt schon überaus lange ihren laufenden Verpflichtungen nicht nachgekommen ist. Von Gläubigerseite wird darauf verwiesen, daß die Stadt ihren umfangreichen Waldbesitz zur Mobilisierung heranziehen könnte und müßte. Dabei wird es freilich in erster Linie darauf ankommen, wie weit der Staat mithilft; denn private Interessen werden kaum zu annehmbaren Bedingungen zu finden sein. Vorerst scheint aber Preußen den Fall als nicht besonders ernst zu empfinden; denn bei der langen Dauer der vorausgegangenen Verhandlungen wird auch die jetzt eingetretene Konsequenz vorauszusehen gewesen sein, ohne daß die Aufsichtsbehörde Anlaß zu einer Hilfe sah. Es wird auch sonst beobachtet, daß Preußen sich in erster Linie auf die Finanzsorgen der Großstädte konzentriert und den kleineren Gemeinden geringere Beachtung zuteil werden läßt, obwohl hier nicht sehr große Opfer nötig sein würden. Immerhin ist der Konkurs einer Stadt, ob klein oder groß, ein bemerkenswertes Ereignis, dessen kreditpolitische und rechtliche Folgen den Staat zu einer Stellungnahme zwingen werden. Das zuständige Amtsgericht hat einen Konkursverwalter bestellt."

Diese Meldung berichtet keinen Einzelfall. Denn es gibt noch mehr Städte, die in diesem Jahr 1932 Konkurs anmelden müssen. Die Kreditinstitute geben angesichts der unsicheren Wirtschaftslage Deutschlands schon seit 1929 nur noch kurz- oder mittelfristige Kredite an die deutschen Gemeinden. Langfristige Kredite zu geringeren Zinssätzen gibt es schon lange nicht mehr. *So steigt die mittel- und kurzfristige Verschuldung lawinenartig* und mit ihnen die Zinslast dafür. An jedem Monatsersten beginnt der Wettlauf der Gemeinden zu den Banken um die Verlängerung ihrer kurzfristigen Kredite. Jede Verzögerung der Verhandlungen hat zur Folge, daß zunächst für einige Zeit die *Gehälter nicht gezahlt werden können,* die *Unterstützungszahlungen eingestellt* werden müssen und der gesamte Wirtschaftsbetrieb der Gemeinden ruht. So lebt man von Monat zu Monat von der Hand in den Mund.

Erst der *nationalsozialistische Staat* hat dieser Zeit der Kassennot ein Ende gemacht und den Gemeinden mit Hilfe des *Gemeindeumschuldungsgesetzes vom 21. September 1933* durch **Umwandlung der mittel- und kurzfristigen Kredite in langfristige Schulden** wieder eine Disposition auf lange Sicht ermöglicht und sie außerdem von den untragbaren Zinslasten befreit, die allmählich eine immer größere Rolle im Gemeindehaushalt zu spielen begonnen hatten. Außerdem gelang es auch, die

Gesamtverschuldung der Gemeinden wesentlich zu mindern. Die Übersicht über die **Schulden der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände** ohne Saarland zeigt in Milliarden Reichsmark von 1928 bis 1937 folgendes Bild:

	Gesamtverschuldung	**langfristige**	**davon mittelfristige Inlandsschulden**	**kurzfristige**
		Milliarden RM.		
1928	6,542	2,570	551	974
1929	8,763	3,550	1,191	1,048
1930	10,284	4,241	1,186	1,745
1931	11,246	5,132	1,149	1,762
1932	11,295	5,326	1,121	1,668
1933	11,275	5,182	974	1,764
1934	11,620	6,903	942	560
1935	11,729	7,305	809	297
1936	11,465	7,659	395	162
1937	10,964	7,395	299	94

Steuerpolitik im nationalsozialistischen Staat

Staatssekretär Fritz *Reinhardt* hat am 1. März 1937 in einer Rede mit wenigen Sätzen Ziel und Weg der Finanz- und Steuerpolitik seit 1933 aufgezeigt:

> "Die Finanz- und Steuerpolitik seit Übernahme der staatlichen Macht durch den Führer ist im wesentlichen abgestellt:
>
> **1.** auf Kampf um die Verminderung der Arbeitslosigkeit,
> **2.** auf Sicherung der materiellen Grundlage der Finanzierung des Aufbaues einer starken Wehrmacht,
> **3.** auf Anpassung der Steuern an die bevölkerungspolitischen und sonstigen Grundsätze des Nationalsozialismus und neuerdings
> **4.** auf Vereinheitlichung der Realsteuern und auf Neugestaltung der Aufgaben und Lastenverteilung der Gebietskörperschaften und schließlich
> **5.** auf Neuregelung des gesamten staatlichen Finanzausgleichs."

Von 1933 ab war es also das erste Bestreben, durch Steuersenkungen für die Wirtschaft den Anreiz zu schaffen, wieder großzügiger zu disponieren, zurückgestellte Projekte in Angriff zu nehmen und damit in großem Maße Arbeitskräfte neu einzustellen. So wurde die *Einkommensteuererleichterung* für die Einstellung von Hausgehilfinnen geschaffen, die Gewährung von *Ehestandsdarlehen,* die Steuerfreiheit für *Ersatzbeschaffungen* und für die Entwicklung neuer Herstellungsverfahren (Reinhardtprogramm vom 1. Juni 1933), die Befreiung neuer Personenkraftwagen von der Kraftwagensteuer usw. Die **von 1933 bis 1935 in etwas mehr als 2½ Jahren gewährten unmittelbaren Steuersenkungen belaufen sich auf zirka 1,25 Milliarden RM.** Den Steuersenkungen für die breite Masse, namentlich der Lohn- und Gehaltsempfänger, durch die Einkommensteuerreform auf der einen Seite steht auf der anderen Seite die *Erhöhung der Körperschaftsteuer* gegenüber. Die Körperschaftsteuer ist die Einkommensteuer der Kapitalgesellschaften, der Personenvereinigungen, der großen Vermögensmassen und der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m.b.H.

Bei der Einkommensteuerreform wurden die Steuersätze so gestaffelt, daß die kleineren Einkommen nur in geringem Maße erfaßt wurden, während für die größeren Einkommen Steuersätze bis zu 50 Prozent festgesetzt wurden. *Diese Steuerstaffelung ist wirklich sozialistisch zu nennen.* Durch die Erhöhung der Körperschaftsteuer ist der gleiche Grundsatz auch auf die Kapitalgesellschaften und Einkommen der großen Vermögen übertragen worden.

Ein weiterer Schritt war die *Realsteuerreform,* die den Haushalt der Gemeinden auf eine völlig neue Grundlage gestellt hat.

Die *Realsteuerreform* vom 1. Dezember 1936 ist im wesentlichen eine vorbereitende Maßnahme für die Reichsreform. Sie beseitigt 32 Landesgesetze und schafft für das gesamte Reichsgebiet einheitliches Grundsteuer- und Gewerbesteuerrecht. Sie bestimmt ferner, daß die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuer für das gesamte Reich nur noch durch die Gemeinden erfolgen soll und Kreise und Länder als Steuerberechtigte ausscheiden. Dadurch entsteht eine Klarheit und Übersicht im Steuerwesen, die in ganz anderem Maße als vorher rechtzeitig Dispositionen für Reich und Gemeinden möglich macht. Nach der Realsteuerreform wird es nur noch Reichs- und Gemeindesteuern geben.

Der schwarze Montag

Man schreibt den *13. Juli 1931.* Alle deutschen Großstädte sind in Aufruhr. Eine ungeheure Panik hat sich aller Wirtschaftskreise und insbesondere der Sparer bemächtigt. Etwas Ungeheuerliches ist geschehen. **Die deutschen Banken haben ihre Schalter geschlossen. Die Regierung ist machtlos.** Das, wovon man so lange munkelte, ist zur Tatsache geworden. Und gleichzeitig wird bekannt, daß die durch die *ungeheuren Betrügereien beim Nordwollekonzern* und durch eine Fülle verfehlter *Spekulationen* ihres Chefs, des jüdischen Bankiers *Jakob Goldschmidt,* an den Rand des Ruins gebrachte *Darmstädter und Nationalbank ihre Zahlungen eingestellt* hat. Was nützt es, daß das Reich die Einlagen dieser Bank garantiert?

Vor den Bankgebäuden und Depositenkassen sammeln sich Tausende von Menschen. Das ganze Wirtschaftsleben stockt. Es können keine Zahlungen mehr geleistet werden. Es kann niemand mehr Aufträge erhalten, und selbst die in vielen Betrieben Mitte des Monats fälligen *Gehaltszahlungen müssen unterbleiben.* Eine ungeheuere *Vertrauenskrise* ist ausgebrochen. Man hört es immer wieder: "Wenn sogar eine Großbank, die man für eine der sichersten in Deutschland hielt, zusammenbrechen kann, was gibt es dann noch für Sicherheiten? Wem soll man dann noch glauben und vertrauen?" Das ist die Meinung des kleinen Mannes, die Meinung des Sparers und die vieler Geschäftsleute. Nach Ablauf der *Bankfeiertage* wird die Höhe der Auszahlungen durch Verordnungen begrenzt. Hätte man das nicht getan, so wäre in wenigen Tagen der Einlagebestand der deutschen Banken wie Schnee an der Sonne geschmolzen und an Stelle des Bankkontos wäre wieder der Sparstrumpf getreten.

Wie konnte es zu einer derartigen Katastrophe kommen? Erst heute, nachdem man Abstand von den Dingen hat, vermag man sie abschließend zu würdigen und zu überschauen. Das Bild, das sich bei dieser Rückschau ergibt, ist noch vernichtender als das Urteil vom Jahre 1931. Denn inzwischen hat das deutsche Volk vier Jahre zäher, stiller und unermüdlicher Aufbauarbeit erlebt. Inzwischen hat es würdigen gelernt, was es heißt, wenn eine Staatsführung mutig und entschlossen zupackt, wenn sie ein Ziel hat und weiß, was sie will.

Die Krise des Jahres 1931, die der Anfang vom Ende war und den *völligen Zusammenbruch der Wirtschaft* einleitete, hat nur das ungeheuere Ausmaß annehmen

können, das sie schließlich erreichte, **weil eine unfähige und unentschlossene Regierung es versäumte, rechtzeitig Gegenmaßnahmen zu treffen,** um nach den Fehlern der Jahre vorher wenigstens im letzten Augenblick die Katastrophe abzuwenden.

So beginnt der Juni 1931: Drei Jahre wirtschaftlicher *Scheinblüte* waren fast ausschließlich mit ausländischen Krediten ohne eine solide innere Basis herbeigeführt worden. Im Jahre 1930 hat die *schwächliche deutsche Außenpolitik* eine weitere Ansehensminderung des Deutschen Reiches zur Folge. Das Vertrauen zu Deutschland und zur deutschen Wirtschaft sinkt immer mehr ab und mit dem *Absinken des Vertrauens* fließt Monat um Monat ein großer Teil jener *Kredite ins Ausland zurück,* denen allein die deutsche Wirtschaft ihre dreijährige Scheinblüte verdankt.

Dieses Abfließen der Auslandskredite, auf denen sich das ganze Kartenhaus der Wirtschaftskonjunktur aufbaut, nimmt 1931 beängstigenden Umfang an. Von Juli 1930 bis Mai 1931 sind es 1,25 Milliarden Mark, die so der deutschen Wirtschaft wieder verlorengehen. Bis Ende Juli des gleichen Jahres, zwei Wochen nach dem Tage der Krise, beträgt die **Summe der abgewanderten Auslandskredite 4 Milliarden Mark.** Damit ist das Schicksal zahlreicher deutscher Betriebe besiegelt.

Am 10. Juni 1931 werden die schweren Verluste beim Norddeutschen Wollkonzern (Lahusen) in Bremen bekannt. Drei Tage später muß der Diskontsatz der Reichsbank um 2 Prozent erhöht werden, weil der Abfluß an Gold und Devisen durch den Abzug der Auslandskredite bei der Reichsbank derartige Formen angenommen hat, daß an einem einzigen Tag 200 Millionen Mark an Devisen verlorengehen. Die in diese Krisenzeit fallende Verkündung des *Reparationsfeierjahres* durch den Präsidenten Hoover der Vereinigten Staaten von Amerika, der der Wirtschaft der Welt Zeit geben will, sich erst einmal zu erholen, bringt nur eine teilweise Erleichterung für Deutschland. Neben dem Abfluß der ausländischen Kapitalien beginnt dann auch die Kapitalflucht des Inlandes. Die Inhaber größerer Vermögen schaffen wesentliche Vermögenswerte ins Ausland, weil sie kein Vertrauen mehr in die Währung haben.

Die *ungeheuren Verluste,* die die *Darmstädter und Nationalbank* beim Zusammenbruch des Norddeutschen Wollkonzerns in Bremen infolge der waghalsigen Spekulationen des Juden Jakob Goldschmidt erlitten hat, machen eine Stützungsaktion notwendig. Die Reichsbank ist außerstande, sich an dieser Stützungsaktion zu beteiligen, die übrigen Banken sehen ebenfalls keine Möglichkeit, dem Unternehmen wirklich grundlegend zu helfen.

Am 11. Juli schlagen die Banken die Verhängung von Bankfeiertagen vor unter rechtzeitiger vorheriger Unterrichtung der Öffentlichkeit. Nach langem Zögern greift schließlich die *Reichsregierung - viel zu spät* und ohne vorherige Unterrichtung der Öffentlichkeit - auf dieses Mittel zurück und gibt damit dem gesunkenen Vertrauen zum deutschen Bank- und Kreditwesen den letzten entscheidenden Stoß. Mangels genügender Aufklärung ist der Gerüchtebildung Tür und Tor geöffnet. **Es setzt ein Sturm auf die Banken an.** Gleichzeitig teilt die Darmstädter und Nationalbank die endgültige Schließung ihrer Schalter mit. Zwar übernimmt das Reich die Garantie für die Einlagen, aber erst nach langer Zeit können die Inhaber der Konten wieder beschränkt über ihren Besitz verfügen. Die *Zwischenzeit* hat jedoch *ausgereicht, zahlreichen Betrieben den Gnadenstoß zu geben.* Zur Herstellung einer Beruhigung und zur Verhinderung einer Verschleuderung aller deutschen Wertpapiere müssen die *Börsen auf eine Reihe von Wochen geschlossen* werden. Erst nach 2 Monaten ist es so weit, daß sie ihren Betrieb mit gewissen Einschränkungen wieder aufnehmen können.

Und was hätte nun eine energische Reichsregierung in diesen Wochen der Krise tun können? *Dr. Schacht,* damals Reichsbankpräsident a.D., hat es immer wieder gesagt: Man hätte einmal ein Transfermoratorium aussprechen müssen, d.h. Einstellung der Überweisung in Deutschland angelegter Kapitalien ins Ausland, zum anderen den

ausländischen Gläubigern es freistellen können, den deutschen Schuldner auf ein Reichsmarkkonto bei einer deutschen Bank zahlen zu lassen. Die gekündigten Kapitalien wären so in Deutschland geblieben und hätten zunächst von den Gläubigern zwangsläufig irgendwie wieder der deutschen Wirtschaft nutzbar gemacht werden müssen.

Über den Hauptschuldigen am Zusammenbruch der Darmstädter und Nationalbank, den heutigen Emigranten Jakob Goldschmidt und seine Schiebungen brachte der *Völkische Beobachter* am 28. Juni 1931 folgenden zusammenfassenden Überblick:

> **"Der Bankjude Jakob Goldschmidt und der Zusammenbruch der 'Danat'. - Vom Stinnes-Liquidator zum 125fachen Aufsichtsrat und Ehrendoktor! - Riesige Börsenspekulationen und ihre Folgen!**
> Jakob Goldschmidt hatte sich als Aufsichtsrat in 125 der größten Aktiengesellschaften hineingedrängt, er kontrollierte mit seinem Stabe von hauptsächlich jüdischen Direktoren rund 1.200 Aktiengesellschaften (zum Vergleich diene, daß an der Berliner Börse nur 740 Aktiengesellschaften notiert werden). Diesen mit so ungeheuren Machtmitteln ausgestatteten jüdischen Bankier (nach der *Süddeutschen Sonntagspost*) mit seiner gutgläubigen und großzügigen Danatbank soll nun Carl Lahusen (der Generaldirektor der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen) getäuscht haben, denn Jakob Goldschmidt, der geniale Bankier, der Befehlshaber der großen Armee von Industrieunternehmungen, war 'kein Fachmann und traute dem Lahusen'. Man möchte sagen: Ach, wie herzig! Das gute Jaköble ist getäuscht durch einen Industriellen, von dessen Industrie er nichts verstand, dem er aber 43 Millionen Mark Kredite anvertraute! Wenn die Danatbank 43 Millionen Mark, d.h. dreiviertel ihres Aktienkapitals, der Nordwolle als Kredit gegeben hat, so kann man deren Oberhäuptling, diesen Bankier Jakob Goldschmidt, mit einem Hasardeur vergleichen, der mit seinem Glück stieg und verdient fiel. Die Leute, welche durch die Beratung der Danatbank ihr Geld in Nordwolle-Aktien anlegten, haben es restlos verloren, denn statt 240 Prozent, wie sie noch vor zwei Jahren an der Börse notiert wurden, werten sie heute noch 2 Prozent oder nichts. Mit wessen Geldern spekulierte dieser 'ernste Bankier'? Mit den *Einlagen von Hunderttausenden gutgläubiger Sparer!* **Jakob Goldschmidt sanierte mit 800.000 Mark den marxistischen *Vorwärts*.** Flossen diese 800.000 Mark aus Goldschmidts Privatmitteln oder zahlen sie die enttäuschten Sparer, die ihre Spargroschen zur Danatbank trugen?"

Der nationalsozialistische Staat greift ein

Der nationalsozialistische Staat hat es nach der Machtergreifung als eine seiner ersten Aufgaben betrachtet, sofort eine *Konsolidierung des Bank- und Kreditwesens* in die Wege zu leiten. Es wurde ein *Untersuchungsausschuß* für das Bankwesen eingesetzt, der insbesondere die Ursachen des Bankenkrachs und der Kreditkrise von 1931 prüfte und folgende Fehler feststellte:

1. unrichtiges Verhalten der Leitung der Kreditinstitute,
2. übermäßige Aufnahme kurzfristiger Auslandskredite,
3. Überschätzung der Dauerhaftigkeit des ausländischen Kapitalzuflusses durch die Bankleiter. Als Folgerung daraus Finanzierung des langfristigen Anlagebedarfs zunächst mit kurzfristigen Mitteln in einem Umfang, der die tragbaren Grenzen überschritt,
4. Einräumung viel zu hoher Kredite an Großfirmen und Konzerne und Vernachlässigung der viel krisenfesteren mittleren und kleinen Betriebe,
5. unzureichende Liquidität der deutschen Banken.

Der Untersuchungsausschuß hob in seinem Bericht die Tatsache hervor, daß der nationalsozialistische Staat größere und umfangreichere Aufgaben dem Volke gegenüber zu erfüllen hat als das frühere liberalistisch-marxistische Regime, und deshalb in weit stärkerem Umfange einsatzfähige Geldmittel braucht.

Die Herstellung eines den Aufgaben des nationalsozialistischen Staates entsprechenden Geld- und Kapitalmarktes muß das Kernstück einer jeden Neuordnung sein. Der Untersuchungsausschuß forderte deshalb:

1. Beaufsichtigung aller Kreditinstitute,
2. Unterwerfung aller Kreditinstitute unter einen Genehmigungszwang,
3. Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität,
4. Trennung von Geldmarkt und Kapitalmarkt und damit Sicherung des Spargeschäfts,
5. [Punkt 5 fehlt leider in unserer Vorlage; Anm. d. Scriptorium]
6. Überwachung des Kreditgeschäfts und weitgehende Publizität,
7. zweckmäßige Zusammensetzung des Aufsichtsamts.

Diese grundlegende Umgestaltung des gesamten Bank- und Kreditwesens wurde bereits mit dem *Gesetz über das Kreditwesen vom 5. Dezember 1934* durchgeführt. Durch dieses Gesetz sind *Kapital und Banken,* die vorher die absoluten Herrscher des Wirtschaftslebens waren, *zu Dienern der Volkswirtschaft und der Volksgesamtheit* gemacht worden, die nach den staatspolitischen und gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen gelenkt werden und unter steter Kontrolle stehen. Alle Kreditinstitute haben jetzt Jahresbilanzen einzureichen, die größeren Monatsausweise. Die *Liquidität,* also die Zahlungsfähigkeit der Banken, ist durch besondere Vorschriften *sichergestellt* und die Grenze der Kreditgewährung für jedes einzelne Institut genau festgelegt, so daß sich ein Bankskandal wie der der Darmstädter und Nationalbank nicht mehr wiederholen kann. Die Gewährung von größeren und die Einräumung von ungedeckten Krediten wird durch das neue Gesetz erschwert und eine Grenze für den Eigenbesitz an Aktien, Kuxen und nicht börsengängigen Schuldverschreibungen für die Banken eingeführt. Ferner wird das Notenausgaberecht ausschließlich der Reichsbank übertragen; das Reich erhält ein Aufsichtsrecht über die Staatsbanken.

1937 beseitigt der Führer auch den letzten ausländischen Einfluß auf die Deutsche Reichsbank, der seinerzeit durch den Dawes-Plan geschaffen wurde.

Durch das Gesetz zur Änderung des Börsengesetzes vom 5. März 1934 und das Gesetz über den Wertpapierhandel vom 4. Dezember 1934 wird die *Zahl der Börsen von 21 auf 9 verringert.* Die Börsen werden der *Reichsaufsicht* unterstellt und aus jüdischen Spielhöllen wieder zu wirtschaftlichen Umschlagplätzen gemacht. Es wird so verhindert, daß der Aufbau im nationalsozialistischen Staat durch unverantwortliche Börsenmanöver, wie sie in der November-Regierung an der Tagesordnung waren, gestört wird.

Ferner werden durch geeignete Maßnahmen die *deutschen Börsen entjudet.* Was das bedeutet, zeigt ein Überblick über das deutsche Bank- und Börsenwesen vor 1933. So waren z.B. 1930 485 Privatbanken völlig in jüdischen Händen. Bei einem großen Teil der übrigen Banken war so starker jüdischer Einfluß vorhanden, daß man sie ebenfalls als jüdisch ansprechen konnte. Fast *sämtliche leitenden Posten* in den Großbanken und insbesondere der D-Banken waren in jüdischen Händen.

An der *Berliner Börse* saßen im Vorstand der Wertpapierbörse 25 Juden und 11 Nichtjuden, im Vorstand der Produktenbörse 12 Juden und 4 Nichtjuden, im Vorstand der Metallbörse 10 Juden und 2 Nichtjuden. Von 147 Vorstandsmitgliedern waren insgesamt 116 Juden. An der Berliner Wertpapierbörse befanden sich 1930 unter 1.474

Börsenbesuchern 1.200 Juden. An der Produkten- und Metallbörse machten die Juden etwa 99 Prozent der Besucher aus.

Immer wieder wurde vor der Machtübernahme der Zusammenbruch von *Zwecksparunternehmungen* gemeldet, die wie Pilze aus der Erde geschossen waren. Es waren ausschließlich kleine Sparer, Arbeiter, die ihr Geld diesen Unternehmungen anvertrauten. Das Gesetz über die Auflösung der Zwecksparunternehmungen vom 13. Dezember 1935 hat die minderbemittelte Bevölkerung vor weiterer Schädigung bewahrt.

Alle diese Maßnahmen setzen sich um in eine immer **weitere Steigerung des Vertrauens zum Staat und zur Wirtschaft.** Nichts vermag besser diese Vertrauenssteigerung zu beweisen als die *Entwicklung der Spareinlagen bei den Sparkassen.* Ihre Steigerung beträgt von 1933 bis 1937 3,31 Milliarden Reichsmark oder 29,7 v.H.:

Entwicklung der Spareinlagen bei den Sparkassen

Ende	1929	11 564	Millionen RM
"	1930	12 913	"
"	1931	11 776	"
"	1932	11 450	"
"	1933	12 110	"
"	1934	12 814	"
"	1935	13 785	"
Febr.	1937	14 756	"

Ferner setzt eine immer stärker fortschreitende Senkung der Zinsen und damit Entlastung der Wirtschaft ein. Während z.B. die tatsächliche Verzinsung der Pfandbriefe im Monatsdurchschnitt 1932 8,4 Prozent betrug, sind es Ende 1935 nur noch 4,7 Prozent. Der Zinssatz für kurzfristige Kredite sank im Monatsdurchschnitt von 5,9 Prozent im Jahre 1932 auf 3,3 Prozent im Jahre 1936.

Das *Gesetz über die Durchführung einer Zinsermäßigung bei Kreditanstalten* vom 24. Januar 1935 und das *Gesetz über Zinsermäßigung bei den öffentlichen Anleihen* vom 27. Februar 1935 sind die ersten entscheidenden Schritte zu einem umfassenden Zinsabbau, über den die Reichsbank in ihrem Bericht über das Jahr 1936 sagt:

> "Die Zinssätze nahmen entsprechend den Zielen der Geldmarktpolitik eine in der großen Linie weiterhin nach unten gerichtete Entwicklung. Der Privatdiskontsatz paßte sich der jeweiligen Marktlage an und konnte mehrmals auf den in der Nachinflationszeit noch nicht wieder erreichten niedrigen Stand von $2^7/_8$ Prozent gesenkt werden. Der Satz für *tägliches Geld* bewegte sich fast ständig *unter 3 Prozent,* auch der Diskont für Reichsschatzanweisungen konnte ermäßigt werden.
>
> Der Anfang 1935 eingeleitete und mit Erfolg durchgeführte *organische Zinsabbau,* der eines der wesentlichsten Ziele der Kapitalmarktpolitik der letzten Jahre bildete, wurde durch das Gesetz vom 2. Juli 1936 über Hypothekenzinsen auch auf das schwer übersehbare, aber wichtige Gebiet der Privathypotheken ausgedehnt, deren Verzinsung noch vielfach weit über den landesüblichen Sätzen gelegen hatte. Damit wurde eine Voraussetzung für die Angleichung der Zinssätze für Hypotheken des freien Marktes an die bereits gesenkten Sätze der Anstaltshypotheken geschaffen. Entsprechend dem bei den früheren Zinssenkungen aufrechterhaltenen Grundsatz der Freiwilligkeit und mit Rücksicht

auf die Verschiedenartigkeit der am Hypothekenmarkt vorliegenden Kreditverhältnisse wurden Art und Ausmaß der Zinssenkung grundsätzlich der freien Vereinbarung zwischen Gläubigern und Schuldnern überlassen. Als angemessen wurde ein Zinssatz bis 5 Prozent für erststellige und bis 5½-6 Prozent für zweistellige Hypotheken bezeichnet. Auch auf dem Gebiete der Industrieschuldverschreibungen, auf die sich infolge ihrer Eigenart allgemeine gesetzliche Maßnahmen nicht anwenden ließen, haben sich die in ihren Anfängen schon im Jahre 1935 vorhandenen Bestrebungen zur Zinssenkung weitgehend durchgesetzt, nachdem schon bei den neu herausgegebenen Schuldtiteln dieser Art niedrigere Zinssätze gewählt worden waren. Für den größten Teil der Industriegesellschaften, die bei ihren Konversionsangeboten durchweg einen vollen Erfolg zu verzeichnen hatten, hat sich ebenfalls ein Satz von 5, in einigen Fällen sogar von 4½ Prozent ergeben."

Die beste Würdigung der Arbeit dieser vier Jahre auf dem Gebiet des Finanzwesens ist das, was der Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Dr. *Schacht* am 16. März 1937 sagte:

"Ich darf heute feststellen, daß wir, obwohl das Kreditvolumen über den ursprünglich übersehbaren Rahmen hinaus ausgeweitet werden mußte, die *finanziellen Dinge dieser vier Jahre* hindurch, sowohl aufbringungsmäßig als auch währungspolitisch, *gemeistert* haben. Damit haben jene Propheten außerhalb unserer Grenzpfähle unrecht bekommen, die uns schon lange den Zusammenbruch von Wirtschaft und Währung vorausgesagt haben. Es hilft diesen falschen Propheten nichts, daß sie nun die Meisterung unserer bisherigen Finanzierungsvorhaben hier und da als ein 'Wunder' bezeichnen. Für einen Finanzpolitiker gibt es keine Wunder.

Wir wissen sehr gut, auf welchen Gebieten unsere Mittel unerschöpflich sind und auf welchen es höchster Klugheit bedarf, um mit dem nur spärlich Vorhandenen die gesteckten Ziele zu erreichen. Wir haben nie einen Zweifel darüber gelassen, daß die Finanzierung zu diesen letzteren Gebieten gehört, allerdings auch nie darüber, daß wir trotzdem an dieser Frage *nicht scheitern werden,* weil und solange wir nicht ins Blaue hinein finanzieren. Das Besondere und Schwierige der deutschen Lage liegt nur darin, daß infolge von Krieg, Inflation, Reparationen und Systemmißwirtschaft die kapitalmäßige Untermauerung der deutschen Wirtschaft mangelhaft ist.

Freilich wird unser Schmerz darüber, daß Deutschland nicht zu den reichen Ländern gehört, gemildert, wenn wir bei einem Rundblick in Europa feststellen müssen, daß auch die reichen Länder nicht ohne Sorge sind. *Geld allein macht nicht glücklich, man muß es auch richtig anwenden können.*

Das ganze Geheimnis, woher denn eigentlich das Geld für unsere großen Vorhaben, wie Arbeitsbeschaffung und Wehrhaftmachung, kommt, ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine *Angelegenheit der finanziellen Disziplin.* Wie es nicht immer die zahlenmäßig größeren Heere sind, die Schlachten gewinnen, sondern oft genug die straffe Führung einer kleinen Armee die Entscheidung erzwingt, so kommt es auch bei knappen finanziellen Mitteln in erster Linie darauf an, wie sie eingesetzt werden. Bereits in den ersten Monaten nach der endgültigen Machtergreifung wurden alle Fäden des deutschen Geld- und Kapitalwesens in einer Hand vereinigt und damit eine Handhabe gewonnen, durch die der Geld- und Kapitalmarkt in seiner Leistungsfähigkeit entscheidend gesteigert wurde. Obenan stand die Emissionsbeschränkung, die den Vorrang der Finanzierungsbedürfnisse des Reiches sicherstellte. Hinzu kamen die *Neuordnungen des Bank-, Kredit- und Börsenwesens,* die nach und nach auf alle Kreditbeziehungen ausgedehnte Zinssenkung, durch die allmählich das überhohe Zinsniveau in Deutschland abgebaut werden konnte, ferner die Ordnung der öffentlichen, insbesondere der kommunalen Haushalte und schließlich eine Reihe von kleineren Einzelmaßnahmen.

In dem Maße, wie das Kreditwesen in Deutschland wuchs, mußten unsere

Bestrebungen darauf abgestellt sein, die in die Wirtschaft hinausfließenden Gelder wieder einzufangen. Das geschah einmal dadurch, daß wir langfristige Reichsanleihen auflegten. Die bisherigen Konsolidierungserfolge sind bekannt und zeigen, in welchem erfreulichen Umfange wir auf diesem Wege voranschreiten konnten. Das geschah ferner dadurch, daß wir auch die kurzfristig zur Verfügung stehenden Mittel der Wirtschaft im Wege der Solawechselaktion der Deutschen Golddiskontbank oder auf andere Weise heranzogen, sie den öffentlichen Finanzierungsvorhaben dienstbar machten und damit währungsmäßig nachteilige Auswirkungen der Kreditausweitung ausschalteten."

Und heute steht der nationalsozialistische Staat gerade auch auf dem Gebiete der Finanzgebarung fester denn je, weil er nicht wie die Regierungen der parlamentarischen Zeit nach fremder Hilfe ausschaut, sondern auf die eigene Kraft vertraut!

9. Verkehr und Motorisierung

Kraftwagenerzeugung und Kraftverkehr

Auf wenigen Gebieten des deutschen Aufbaus ist der **Erfolg geschickter Verbrauchslenkung und Verbrauchssteigerung** so sichtbar geworden wie gerade auf dem Gebiet der Motorisierung. *Der Führer* selbst, der einmal das Wort sprach: "Ich liebe das Auto, weil es mir Deutschland erschlossen hat", hat die Bedeutung der Motorisierung als erster erkannt. *Wenige Tage nach der Machtübernahme* hat er gegen die Bedenken vieler Verbände und bürokratischer Stellen die ersten Weisungen gegeben, die zur Ankurbelung der deutschen Kraftfahrzeugproduktion notwendig waren.

Das Geburtsland des Automobils, Deutschland, in dem Daimler und Benz wirkten, hatte der Verbreitung des Automobils als Beförderungsmittel eine solche Fülle bürokratischer Hemmungen bereitet, daß schon vor dem Weltkriege andere Länder es zahlenmäßig weit überflügelt hatten und die Vereinigten Staaten von Amerika an der Spitze der Automobilproduktion standen.

Der Weltkrieg und die Verarmung und Ausplünderung Deutschlands in den Jahren danach bewirkten, daß selbst kleine Staaten in bezug auf den Automobilbestand im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und sogar absolut weit vor Deutschland rangierten. Der wirtschaftliche Niedergang und die marxistische Theorie, daß das Automobil ein Luxusfahrzeug sei, hatten zur Folge, daß die *Drosselung der Kraftwagenerzeugung 1932* einen so erschreckenden Umfang annahm, daß die Produktion sogar unter die kleiner Länder absank.

Die Aufbauzahlen, die heute auf dem Gebiet des Kraftverkehrs verzeichnet werden können, sind stolze Dokumente nationalsozialistischer Leistung. Wie auf allen Gebieten, so wurde auch hier die Leistungssteigerung in erster Linie möglich durch die Vereinfachung der Organisation und die Zusammenfassung der Kräfte. Die *Verkehrshoheit* ging von den Ländern auf den Reichsverkehrsminister über. Das Durcheinander auf dem Gebiet des *Straßenwesens,* das zu unhaltbaren Zuständen und zum Verfall des deutschen Straßennetzes geführt hatte, wurde durch **Zusammenfassung des gesamten deutschen Straßenwesens unter dem Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen** überwunden. Die verkehrspolizeilichen Befugnisse wurden auf den Reichsführer SS. und Chef der deutschen Polizei übertragen, der in Zusammenarbeit mit dem NSKK., der großen

Einheitsorganisation der Kraftfahrt, eine großzügige umfangreiche *Verkehrserziehung* in die Wege leitete. Die vielen Verbände der Automobilbesitzer und des Automobilsports wurden in den "*Deutschen Automobilclub*" überführt, und der deutsche Kraftsport erhielt in der "*Obersten nationalen Sportbehörde für die deutsche Kraftfahrt*" seine Spitze.

Die erste wesentliche und entscheidende Maßnahme bildete das "*Gesetz über Änderung des Kraftfahrzeugsteuergesetzes vom 10. April 1933*", das die **Aufhebung der Kraftfahrzeugsteuer für alle neuen in den Verkehr genommenen Personenkraftfahrzeuge** brachte. Schon zwei Monate später wurde im "Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" vom 1. Juni 1933 eine erhebliche *steuerliche Erleichterung für Ersatzbeschaffungen* der Wirtschaft herbeigeführt und damit der Ersatz einer Fülle von alten Nutzfahrzeugen gegen neue ermöglicht.

Das *Einkommensteuergesetz vom 16. Oktober 1934* gab den Angehörigen der freien Berufe, Gewerbetreibenden, den Land- und Forstwirten die Möglichkeit, Kraftfahrzeuge noch im Jahre der Anschaffung abzuschreiben.

Die Idee der Motorisierung wurde in das ganze Volk getragen und in beispielloser Weise zum Siege geführt. So nahm auch das ganze Volk Anteil an den großen internationalen Rennerfolgen der deutschen Kraftfahrzeugindustrie, die die Weltgeltung des deutschen Automobilwesens wieder hoben und **Deutschland an die Spitze des Automobilsports** brachten.

Die *Internationale Automobilausstellung zu Berlin* wurde zu einer ständigen Einrichtung gemacht und erhielt ihre überragende Bedeutung dadurch, daß das Staatsoberhaupt des Deutschen Reiches persönlich sie Jahr um Jahr mit einer Ansprache eröffnete. Die *Reichsstraßenverkehrsordnung vom 28. Mai 1934* beseitigte die Zersplitterung der Verkehrsbestimmungen und paßte sie den modernsten Erfordernissen an.

Die Zulassung fabrikneuer Personen und Lastkraftwagen zeigt von 1932 bis 1936 folgendes Bild:

	Personenkraftwagen:	**Lastkraftwagen:**
1932	41 118	7 030
1933	82 048	11 573
1934	130 938	23 509
1935	180 193	37 332
1936	213 248	49 982

Das bedeutet eine Verfünffachung des Inlandabsatzes von Personenkraftwagen und eine Versiebenfachung des Absatzes von Lastkraftwagen in vier Jahren.

Die Zahl der *Personenkraftwagen* betrug:
1932 . . . . 561 000
1936 . . . . 961 000,

die der *Lastkraftwagen*:
1932 . . . . 174 000
1936 . . . . 235 000.

Von den 561.000 Personenkraftwagen, die 1932 im Verkehr waren, wurden bis Mitte 1936 weitere 123.000 durch neue ersetzt, von den 174.000 Lastkraftwagen von 1932 39.000.

In Deutschland entfielen:

1932 auf	100	Einwohner	1 Kraftwagen
1936 "	54	"	1 "

Den Wert und den Umfang der *Kraftfahrzeugerzeugung* und die Zahl der beschäftigten Arbeiter zeigt folgende Aufstellung:

	Arbeiter:	**Produktion:**	
1930	54 999	676 100 000	Reichsmark
1931	46 960	475 100 000	"
1932	34 392	295 500 000	"
1933	51 036	480 400 000	"
1934	80 858	807 400 000	"
1935	100 937	1 163 100 000	"
1936	115 000	1 375 000 000	"

	Personenkraftwagen:	**Lastkraftwagen:**	**Krafträder:**
1930	77 333	18 690	98 574
1931	62 563	15 034	51 148
1932	43 448	8 234	36 262
1933	92 226	13 261	40 534
1934	147 418	27 325	88 312
1935	205 606	41 496	117 651
1936	240 292	57 000	138 000

Der *Wert der Ausfuhr* an Kraftfahrzeugen stieg von

48,7 Millionen Reichsmark im Jahre 1932
auf 105,1 " " " " 1936.

Die *Erfindung des Bunagummis,* des synthetischen Kautschuks, gab Deutschland die Möglichkeit, die Vorarbeiten zu leisten für eine ausreichende Versorgung der deutschen Automobilindustrie mit Gummireifen eigener Produktion, deren Haltbarkeit um 30 v.H. höher als die der Reifen aus Naturgummi ist. Die *Erzeugung von synthetischem Treibstoff* zeigt ebenfalls eine erfreuliche Entwicklung.

Der Luftverkehr

Die Entwicklung des Luftverkehrs in den Jahren 1932 bis 1936 ist ebenfalls ein erfreulicher Beweis für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft.

Beförderte Fluggäste:	
1929	96 835
1930	93 677
1931	98 167
1932	98 489
1933	123 036
1934	165 846
1935	209 875
1936	286 320

Fracht- und Gepäckbeförderung:			
1929	. . . .	2 070	Tonnen
1930	. . . .	2 176	"
1931	. . . .	2 230	"
1932	. . . .	2 092	"
1933	. . . .	2 520	"
1934	. . . .	3 218	"
1935	. . . .	3 892	"
1936	. . . .	4 847	"

Der Schienenverkehr

Die *Reichsbahn,* die seit den Jahren der mit geborgten Mitteln herbeigeführten Scheinkonjunktur ein immer weiteres Abgleiten des Verkehrs verzeichnen mußte, kann seit 1933 ebenfalls mit erfreulichen Zahlenreihen aufwarten:

Von der Reichsbahn beförderte Personen:			
1931	. . . .	1,578	Milliarden
1932	. . . .	1,305	"
1933	. . . .	1,241	"
1934	. . . .	1,360	"
1935	. . . .	1,489	"
1936	. . . .	1,611	"

Wagenstellung der Reichsbahn - arbeitstäglich:

Durchschnitt	1931	112 600
"	1932	99 800
"	1933	104 900
"	1934	117 500
"	1935	124 300
"	1936	135 200

Der Güterverkehr

Ein überzeugender Beweis für den wirtschaftlichen Aufstieg ist eine Übersicht über die Entwicklung des *Güterverkehrs* von 1932 bis 1936.

	Eisenbahn Tonnen	**Binnenschiffahrt Tonnen**	**Übersee Tonnen**
1932	266 800 000	73 600 000	33 400 000
1933	295 100 000	78 000 000	36 500 000
1934	347 600 000	94 300 000	42 600 000
1935	385 400 000	100 800 000	44 100 000
1936	430 500 000	116 300 000	51 000 000

Die Schiffahrt

Als ganz besondere Leistung ist dabei die Steigerung des Güterverkehrs nach Übersee anzusprechen. Wer 1932 in einen der deutschen Großhäfen kam, der konnte feststellen, daß der wesentlichste und wertvollste Teil der deutschen Handelsflotte entweder aufgelegt war oder beschäftigungslos in den Häfen lag. Unter den Erwerbslosen der Hafenstädte nahm das seemännische Personal bei weitem die erste Stelle ein. Die stillgelegte Tonnage ist gefallen von

28,0 v. H.	der Gesamttonnage am	1. April 1933 auf
1,6 v. H.	" " "	1. Januar 1937.

1932 wurden auf deutschen Werften 67 Seeschiffe mit 126.000 Bruttoregistertonnen neu gebaut, im Jahre 1936 hingegen 384 Seeschiffe mit 1.102.000 Bruttoregistertonnen.

Die Reichspost

Die *Reichspost* kann als Beweis für das Wachsen des allgemeinen Wohlstandes insbesondere ein Anwachsen der Zahl der *Fernsprechstellen* von

2 941 000	im Jahre	1933	auf
3 390 000	" "	1936	verzeichnen

und eine Steigerung der Zahl der beförderten *Pakete*

von 224 188 000	im Jahre	1932	auf
292 001 000	" "	1936.	

Die Straßen Adolf Hitlers

Die **Reichsautobahnen** gaben in vier Jahren dem deutschen Verkehrswesen ein neues Gesicht. Am 23. September 1933 tat der Führer den ersten Spatenstich zu dem großen Werk. Nach knapp drei Jahren konnte der Führer bereits den tausendsten Kilometer dieser für die Ewigkeit gebauten Straßen eröffnen. Die Gesamtplanung dieser modernsten Autostraßen der Welt beträgt *7.000 km.* Am 31. Dezember 1936, kaum länger als *drei Jahre nach Baubeginn,* ergibt sich folgende Übersicht:

1. zum Bau freigegebene Strecken	4402	km
2. im Bau befindliche Strecken	1589,8	"
3. dem Verkehr übergebene Strecken	1086	"

Unter diesen dem Verkehr übergebenen Strecken befinden sich bereits lange Verbindungsstraßen, die Strecken

Berlin - Hannover
Berlin - Stettin
Bremen - Hamburg
Düsseldorf - Köln
Nauheim - Frankfurt/Main - Mannheim - Heidelberg - Bruchsal
München - Rosenheim - Berchtesgaden
Halle - Leizpig - Bayreuth
Breslau – Kreibau

und weitere Strecken in Sachsen, Schlesien, Ostpreußen und im Rheinland.

Die bis Ende 1936 geleisteten Tagewerke betrugen 66.190.000, die Ausgaben 1.423.500.000 RM, die laufenden Aufträge 1.324.300.000 RM.

Die Zahl der Arbeiter betrug 1936 im Sommer rd. 121.000 auf den Baustellen und etwa 120.000 in den Lieferbetrieben.

Beim Bau der **Reichsautobahnen** wurden verbraucht:

Zement	2 255 000	Tonnen
Kies und Sand	10 183 000	"
Schotter	3 008 000	"
Pflastersteine	742 000	"
Stahlkonstruktion	163 025	"
Sonstiges Eisen	164 772	"

"Ich weiß daher auch, daß das, was heute mit einem Fest beginnt, für viele Hunderttausende Mühe und Schweiß bedeuten wird. Ich weiß, daß dieser Tag des Festes vergeht, daß die Zeiten kommen, da Regen, Frost und Schnee dem einzelnen die Arbeit sauer und schwer machen wird, aber es ist notwendig, diese Arbeit muß getan werden, uns hilft niemand, wenn wir uns nicht selbst helfen!"

So sprach der Führer am 23. September 1933 zu den deutschen Arbeitern.

Die nationalsozialistische Volksgemeinschaft hat es als ihre Pflicht angesehen, gerade den Reichsautobahnarbeitern ihre schwere Arbeit nach Möglichkeit zu erleichtern. Wo die Entfernung der Baustellen von Verkehrsmitteln und großen Städten die Einrichtung von Wohnlagern für die Arbeiter notwendig machte, sind in Zusammenarbeit mit der Deutschen Reichsarbeitsfront und der NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" diese Wohnstätten anheimelnd und freundlich ausgestattet worden. Büchereien wurden eingerichtet, Rundfunkapparate zur Verfügung gestellt, Sportmöglichkeiten geschaffen. Die NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" hat sich der Feierabendgestaltung der Autobahnarbeiter angenommen, und die *Reichsautobahnbühne,* die in Omnibussen von Lager zu Lager fährt, hat ihnen schon manchen Abend verschönt.

Drei Baujahre sind vorbei

Wenn der zweite Vierjahresplan abgeschlossen sein wird, dann wird der erste Abschnitt des großen Werkes der Reichsautobahn abgeschlossen und Deutschland um eine Sehenswürdigkeit reicher sein.

Zweitausend Jahre sind es her, seit die Römer den Limes, ihren Grenzwall, bauten, der noch heute von ihrer Zeit erzählt. In weiteren zweitausend Jahren werden noch die Spuren dieser Straßen da sein, an denen heute Hunderttausende wirken.

10. Um Blut und Boden

Ein Musterbeispiel dafür, was auf einem bestimmten Arbeitsgebiet durch Zusammenfassung aller Kräfte und durch eine *einheitliche großzügige Planung* geleistet werden kann, ist die *Bilanz der deutschen Landwirtschaft* für die Zeit vom 30. Januar 1933 bis zum 30. Januar 1937. Mit eiserner Konsequenz ist hier auf einen einzigen Gesichtspunkt hingearbeitet worden: die *Nahrungsfreiheit des deutschen Volkes zu erkämpfen.* Alle anderen Gesichtspunkte mußten hinter diesen einen zurücktreten. Der

erreichte Erfolg ist so groß, die Übersicht des Geleisteten so packend, daß die Geschichte dieses Kampfes um das tägliche Brot des deutschen Volkes fast zu einer dramatischen Schilderung wird.

Als der Führer die Macht ergreift, da ist das deutsche Bauerntum gerade mit seinen Kräften am Ende. Die Frühjahrsbestellung 1933 ist bereits gefährdet und die wirtschaftliche Lage so katastrophal, daß sich für landwirtschaftlichen Boden kaum noch Käufer finden. Sie wird am eindrucksvollsten beleuchtet durch eine Aufstellung der

durchgeführten Zwangsversteigerungen land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke:

Jahre:	Anzahl:	Fläche in Hektar:
1924/26	4 282	37 754
1927/29	7 900	200 110
1930/32	17 157	462 485

Der Umfang der in den Jahren 1924 bis 1932 zur *Zwangsversteigerung* gekommenen Fläche entspricht der *landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes Thüringen.* Für weitere 1.019.000 Hektar Bauernland war 1930-1932 die Zwangsversteigerung bereits *eingeleitet.*

Die durchgreifende Wirkung der nationalsozialistischen Rettungsaktion zeigt ein Vergleich der Zahl der *Zwangsversteigerungen* vor und nach der Machtübernahme:

Jahre:	Anzahl:	Fläche in Hektar:
1931/32	12 825	320 432
1933/34	3 180	55 913

Die erste durchgreifende Maßnahme, um zunächst einmal die Lawine der Zwangsversteigerungen zum Halten zu bringen, wurde die *Anordnung eines allgemeinen Vollstreckungsschutzes,* an den sich dann eine wirklich *großzügige Entschuldungsmaßnahme* und eine *fühlbare Zinssenkung* anschlossen.

Entwicklung der landwirtschaftlichen Verschuldung:

1924/25	Zunahme	um	1 400	Millionen	Reichsmark
1925/26	"	"	800	"	"
1926/27	"	"	700	"	"
1927/28	"	"	1 200	"	"
1928/29	"	"	900	"	"
1929/30	"	"	600	"	"
1930/31	"	"	200	"	"
1931/32	"	"	100	"	"
1932/33	Rückgang	um	200	"	"
1933/34	"	"	200	"	"
1934/35	"	"	300	"	"
1935/36	"	"	200	"	"

Das Reichserbhofgesetz

Voraussetzung für einen wirklichen Erfolg des Kampfes um die deutsche Nahrungsfreiheit mußten Maßnahmen zur Sicherung und gegen die Zersplitterung des landwirtschaftlichen Besitzstandes sein. Zwei Tage vor dem ersten Erntedankfest der deutschen Nation, am 29. September 1933, verabschiedet das Reichskabinett das *Reichserbhofgesetz,* durch das die deutsche Ackerscholle den Einflüssen des kapitalistischen Bodenrechtes, das den Boden als Handelsware behandelte, entzogen wurde. Das Reichserbhofgesetz bestimmt, daß die *bäuerlichen Erbhöfe* grundsätzlich *unveräußerlich, unteilbar, unbelastbar* und *gegen Zwangsvollstreckung geschützt* sind. Um in Interesse des deutschen Volkes und seiner Nahrungsfreiheit und im Interesse der *Gesunderhaltung des deutschen Bauerntums* als der unversiegbaren Blutquelle des deutschen Volkes eine ordnungsmäßige Bewirtschaftung der Erbhöfe zu allen Zeiten zu sichern, wird im Erbhofgesetz weiter festgelegt, daß entsprechend dem nationalsozialistischen Grundsatz, daß Eigentum verpflichtet, jedem Bauern, der seinen Betrieb schuldhaft vernachlässigt und verkommen läßt oder nicht ordnungsmäßig bewirtschaftet, vom Anerbengericht die Verwaltung und Nutznießung des Erbhofes oder sogar das Eigentum selbst entzogen werden kann. In weniger schweren Fällen kann das Anerbengericht auf Antrag des Landesbauernführers die Wirtschaftsüberwachung des schuldigen Bauern durch einen Vertrauensmann oder Treuhänder anordnen.

Ministerpräsident Göring hat *im Rahmen des zweiten Vierjahresplans* im März 1937 *diese Bestimmungen auf sämtliche übrigen landwirtschaftlichen Betriebe ausgedehnt,* so daß jeder Landwirt, der seinen Betrieb nicht ordnungsmäßig verwaltet, unter Aufsicht gestellt oder zur Zwangsverwaltung gezwungen werden kann. Durch das *Gesetz über die Neuregelung des Verkehrs mit landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Grundstücken* vom 1. Februar 1937 ist ungeeigneten Elementen der Erwerb landwirtschaftlicher Grundstücke unmöglich gemacht.

So wurde folgerichtig zuerst der Boden und seine ordnungsmäßige Bewirtschaftung durch geeignete Maßnahmen unbedingt sichergestellt.

Am 1. Oktober 1936 waren in Deutschland 700.000 Bauernhöfe, 35,3 Prozent der forst- und landwirtschaftlich genutzten Fläche Deutschlands, zu Erbhöfen erklärt.

Die Neubildung deutschen Bauerntums

Eine weitere Maßnahme war die mit Energie und Großzügigkeit in Angriff genommene *Neubildung deutschen Bauerntums.* Man ging dabei von dem Gesichtspunkt aus, daß die Neubauernstellen auch einmal unter weniger günstigen Wirtschaftsverhältnissen als Lebensgrundlage einer kinderreichen Familie ausreichen müssen. Es wurde daher auf eine *entsprechende Landausstattung der Neubauernstellen* besonderer Wert gelegt. Auch hier zeigt ein Vergleich, wie man vor der Machtergreifung durch viel zu kleine Bauernstellen den Siedler sofort wieder der Not auslieferte und wie sich seitdem die Verhältnisse gewandelt haben.

Es entfielen bei Siedlerstellen:

auf die Größenklassen:	vor der Machtübernahme:	nach der Machtübernahme:
unter 2 Hektar	29,3%	5,1%
von 2 - 10 Hektar	25,3%	26,0%
von 10 Hektar und darüber	45,4%	68,9%

Dementsprechend betrug die *Durchschnittsgröße der Neusiedlerstellen:*

1919 - 1932	10,5 Hektar
1933	12,3 "
1934	15,0 "
1935	17,5 "

Durch das nationalsozialistische Siedlungswerk wurden den strebsamen, tüchtigen und rassisch wertvollen Landarbeitern neue Aufstiegsmöglichkeiten eröffnet. So betrug der *Anteil der Landarbeiter* an der Zahl der angesetzten *Neubauern* 1933/34 über 35 Prozent, *1935 über 36 Prozent im Reichsdurchschnitt.*

Reichsnährstand als Einheitsorganisation

Neben der Sicherung des Bodens wurde als zweite große Maßnahme die **Zusammenfassung der gesamten Kräfte des Bauerntums in einer Organisation** durchgeführt. Viele hundert Organisationen, Vereine und Vereinchen wurden beseitigt. Bauer und Landarbeiter, Landhandel und die landwirtschaftlichen Gewerbe wurden durch das *Gesetz über den vorläufigen Aufbau des Reichsnährstandes* vom 19. September 1933 zu einem einsatzfähigen und schlagkräftigen Instrument der deutschen Ernährungswirtschaft zusammengefaßt: dem *Reichsnährstand.*

Marktordnung

Die Schaffung einer umfassenden Marktordnung hatte die Lösung folgender Aufgaben zum Ziel:

- **a)** Überschaubarkeit des Bedarfs und der Erzeugung,
- **b)** Ausrichtung der Erzeugung nach dem wirklichen Bedarf und Anpassung des Verbrauchs an die deutschen Erzeugungsmöglichkeiten,
- **c)** wirtschaftlichste Lenkung der Erzeugung zu den Bedarfsstätten (Verringerung der Handelsspanne),
- **d)** Ausschaltung aller Schwankungen und Störungen am Markte,
- **e)** gleichbleibende Preise auf mittlerer Linie für alle lebenswichtigen Nahrungsmittel.

Träger der Marktordnung sind die Marktverbände des Reichsnährstandes (Hauptvereinigung, Wirtschaftsverbände, wirtschaftliche Vereinigungen).

Die **Regelung des landwirtschaftlichen Preisproblems** mußte nun die nächste Aufgabe des Reichsnährstandes sein, um der Wirtschaft durch normale gleichbleibende Preise Dispositionen auf lange Sicht zu ermöglichen und die in der Zeit des Niedergangs entstandene **unerträgliche Preisspanne zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Preisen** zu beseitigen.

Es sanken:

1.	die Schlachtviehpreise	von 1929 - 1933 um 51%,
2.	die Preise für tierische Erzeugnisse	von 1929 - 1933 um 41%,
3.	die Preise für pflanzliche Nahrungsmittel	von 1929 - 1933 um 26%,
	dagegen:	
4.	die Preise für totes Inventar (Maschinen und Geräte)	von 1929 - 1933 um 20%,
5.	die Preise für Düngemittel	von 1929 - 1933 um 16%.

Von 1933 ab steigen die vorher immer weiter gesunkenen Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft wieder an:

1931/32	7,4	Milliarden	Reichsmark
1932/33	6,4	"	"
1933/34	7,4	"	"
1934/35	8,3	"	"
1935/36	8,8	"	"

Die Erzeugungsschlacht

Durch diese *Steigerung der Einnahmen* der Landwirtschaft konnten ihr die *Mittel zur verstärkten Durchführung der Erzeugungsschlacht* zugeführt werden. *Aus eigener Kraft* konnte so ein ganzer Stand darangehen, seine Leistungsfähigkeit im Dienste des Volksganzen zu erhöhen.

In welchem Maße die deutsche Landwirtschaft ihre Kräfte zur Erhöhung der Erzeugung einsetzte, zeigt eine Übersicht über die *Ausgaben für Düngemittel:*

Sie betrugen:

1932/33	522	Millionen	Reichsmark
1933/34	567	"	"
1934/35	626	"	"
1935/36	723	"	"

Durch die Senkung der Düngemittelpreise im Rahmen des Vierjahresplanes wird der Verbrauch an künstlichen Düngemitteln in Zukunft noch erheblich gesteigert werden.

Um 140% gestiegen sind die *Ausgaben der Landwirtschaft für Maschinen und Geräte*. Sie betrugen:

1932/33	138	Millionen	Reichsmark
1933/34	177	"	"
1934/35	234	"	"
1935/36	327	"	"

Die Aufwendungen für eine *Verbesserung der Wirtschaftsbauten* (Scheunen, Ställe usw.) betrugen:

	Wohnungs- und Wirtschaftsbauten:	**Gebäude-unterhaltung:**	**Unterhaltung der Betriebseinrichtung:**
1932/33	157 Mill. RM.	203 Mill. RM.	475 Mill. RM.
1933/34	181 " "	217 " "	514 " "
1934/35	196 " "	228 " "	581 " "
1935/36	190 " "	225 " "	697 " "

Die deutsche Landwirtschaft hat damit nicht nur ihre eigene Leistungsfähigkeit für die ihr übertragenen Aufgaben gesteigert, sondern gleichzeitig zur *Arbeitsbeschaffung* für Industrie und Handwerk maßgebend beigetragen.

Die Übersicht über das nach diesen Vorbereitungen in vier Jahren Geschaffene und Erreichte spricht stärker als alle Erläuterungen.

Ein erheblicher Teil der *Viehwirtschaft* war früher auf den Bezug ausländischer Futtermittel angewiesen. Durch die Erzeugungsschlacht ist es gelungen, die betriebseigene Futtergrundlage wesentlich zu verbessern. So betrug die

Steigerung der Futteranbaufläche in Hektar:

	Körnermais:	*Luzerne:*	*Grünmais:*	*Süßlupine:*
1933	3 700	315 000	---	---
1934	6 300	318 000	45 600	---
1935	15 800	366 000	55 900	12 200
1936	19 300	404 000	59 000	25 000

Durch die *Züchtung der Süßlupine,* deren Anbau weiter rasch steigen wird, erhält die Viehwirtschaft, insbesondere auf den leichten Böden Ostdeutschlands, an Stelle der schwer verwendbaren Bitterlupine ein wichtiges neues eiweißhaltiges Futtermittel, denn die Süßlupine sammelt auf den sandigen Böden in den Trockengebieten Stickstoff aus der Luft und bereichert den Boden mit Humus und Wasser.

Eine weitere wichtige Möglichkeit, die *inländische Futtererzeugung zu steigern,* ist durch Ausdehnung des Anbaues von *Zwischenfrüchten* ausgenutzt worden, durch den vor allem aber auf ein und derselben Fläche innerhalb eines Jahres zwei bzw. innerhalb von zwei Jahren drei Ernten erzielt werden, was bei der deutschen Raumenge von außerordentlicher Bedeutung ist.

Infolge verstärkter Düngergabe und Pflege *stiegen* die durchschnittlichen *Erträge der vorhandenen Grünflächen ganz bedeutend* an. So betrug der

Ernteertrag in Doppelzentner je Hektar:

	Klee:	*Luzerne:*	*Bewässerungs-wiesen:*	*Andere Wiesen:*
1934	42,1	50,7	40,6	31,6
1935	48,4	64,3	50,7	41,7
1936	60,4	71,3	54,8	50,6

Gerade die Steigerung des Ertrages der Wiesen und Weiden ist von großer Bedeutung, da 1,3 Millionen Hektar, ein Sechstel der Dauergrünfläche, im Zuge der Erzeugungsschlacht in Ackerland umgewandelt werden muß und es gilt, auf der verringerten Fläche den gleichen Heuertrag zu erzielen.

Die vergrößerte Menge der erzeugten Futtermittel muß sparsam verwertet und vor Verderb geschützt werden. Es wurde daher der *Errichtung von Gärfutterbehältern* durch Zahlung von Beihilfen aus Reichsmitteln besonderes Augenmerk zugewendet. Der Erfolg kann sich sehen lassen:

Errichtung von Gärfutterbehältern:

	Anzahl der Behälter:	*Inhalt:*
1918 - 1932	30 000	800 000 cbm
1933	20 000	500 000 "
1934	35 000	1 000 000 "
1935	68 000	1 600 000 "

Ende 1936 betrug der Fassungsraum der vorhandenen Gärfutterbehälter 5.000.000 cbm.

Ferner wurde die Heugewinnung modernisiert und die Zahl der *Kartoffeldämpfkolonnen* zur Einsäuerung der Futterkartoffel von 228 auf 2.000 gesteigert.

In einer hochkapitalistischen Zeit wurde der einst so riesige deutsche *Schafbestand* bis auf einen geringen Bruchteil vermindert, weil man die Wolle um einige Mark billiger im Ausland kaufen konnte. Im nationalsozialistischen Staat gilt der Grundsatz, daß das billigste Erzeugnis letzten Endes immer das aus eigener Erzeugung ist. Es wurde daher 1933 begonnen, den deutschen Schafbestand **zur Vermehrung der Wollerzeugung wieder wesentlich zu erhöhen.**

Der Erfolg:

1933	3 387 000	Schafe
1934	3 483 000	"
1935	3 922 000	"
1936	4 324 000	"

1934 mußte infolge der durch Trockenheit schlechten Futtermittelernte der *Rindviehbestand* verringert werden. Die Folgen waren *Butter- und Milchnot*. Schon zwei Jahre später ist die Notmaßnahme ausgeglichen und der *Bestand an Rindvieh größer als zuvor*. Allein im Jahre 1936 betrug die Vermehrung 1,2 Millionen Stück oder 6,1 v.H.

Deutschland braucht Milch und Butter. Die *Vermehrung der Milchleistung* mußte nicht nur durch Erhöhung des Rindviehbestandes, sondern auch durch Erhöhung der Milchleistung der Kühe herbeigeführt werden. So wurde die Milchleistungskontrolle bis Ende 1936

schon auf 4 Millionen Kühe ausgedehnt und dadurch die Möglichkeit geschaffen, durch fachmännische Futterberatung die zur Verfügung stehende Milchmenge erheblich zu erhöhen. Zur besseren Ausnutzung des Milchfettgehalts und damit zur Erhöhung der Butterqualität und der Butterproduktion wurde die Buttererzeugung nach Möglichkeit in die Molkereien verlegt und die Molkereiwirtschaft modernisiert und ausgebaut. Auch hier sind die Erfolge außerordentlich beachtlich:

	Landbutter-erzeugung	*Molkereibutter-erzeugung*	*Buttererzeugung insgesamt*
1933	171 000 t	253 445 t	424 445 t
1936	76 000 t	380 000 t	456 000 t

Der Bestand an *Schweinen* wurde auf 22,62 Millionen Stück vermehrt.

Der *Geflügelbestand* wurde ebenfalls erheblich verbessert. Die Zahl der Hühner stieg alleine von 1935 auf 1936 um 2,2 Millionen Stück (2,5 v.H.), die der Gänse um 402.000 Stück (17,4 v.H.), die der Enten um 133.000 Stück (5,1 v.H.). Bei den Hennen wurde durch Verjüngung des Bestandes eine Verbesserung der Legeleistung herbeigeführt.

Die *Verbesserung der Ackerbauleistung* ist stärker vom Wetter abhängig, so daß sich erst nach längeren Zeiträumen ein klares Bild über den Erfolg der einzelnen Maßnahmen ergibt. Hier wurde insbesondere für eine *Verbesserung der Saatzuchten* und eine Beseitigung des früheren Sortenwirrwarrs und ungeeigneter Saaten gesorgt.

Anbau von Hochzucht in Hektar:

	Getreide:	*Ölfrüchte:*	*Hülsenfrüchte:*	*Kartoffel:*
1934	13 000	300	400	33 000
1935	37 000	1 100	3 400	44 000
1936	72 000	4 600	9 100	82 000

Diese Anbauvermehrung ist sehr wichtig, weil bei Verwendung deutscher Hochzuchtsaat für Getreide die Erträge erfahrungsgemäß um etwa 3 Doppelzentner je Hektar, bei Kartoffeln um je 25 Doppelzentner je Hektar steigen.

Die *Ausdehnung des Hackfruchtbaues* ist für die Steigerung der Ackererträgnisse von größter Bedeutung. Daher ist der Zuckerrübenbau stark gesteigert worden.

Anbaufläche für Zuckerrüben:

1932	276 000	Hektar
1933	304 000	"
1934	356 000	"
1935	373 000	"
1936	400 000	"

Der Verbrauch an Zucker, einem der wertvollsten Nahrungsmittel, hat sich seit 1932 um reichlich 15 v.H. vermehrt. Außerdem wird die Zuckerrübe in wachsendem Umfang als Futtermittel verwertet.

Um eine *Ausdehnung der Schweinemast* und damit eine Erhöhung des deutschen Schweinebestandes im Interesse der Volksernährung herbeizuführen, wurde unter

Erhöhung des Preises für Fabrikkartoffeln der Kartoffelanbau ausgedehnt, um auf diese Weise die Produktion von Kartoffelflocken zur Schweinemast zu vervielfachen.

Während Deutschland noch vor einem Jahrhundert seinen Bedarf an *Faserpflanzen* selbst decken konnte, ging der Anbau in der Zeit der industriellen Entwicklung infolge der vermehrten Einfuhr ausländischer Faserpflanzen bis auf einen ganz geringen Bruchteil zurück. Seit 1933 wird der *Anbau von Raps, Rübsen, Flachs und Hanf wieder gesteigert.* Die Anbaufläche betrug in Hektar bei:

	Raps u. Rübsen:	*Flachs:*	*Hanf:*
1933	5 103	4 889	211
1934	26 738	8 740	366
1935	47 023	22 276	3 636
1936	51 950	44 082	5 733

Die Zahl der Flachsröstereien wurde von 22 auf 95 vermehrt, um eine Auswertung der Faserstoffe sicherzustellen.

Provinzen werden erobert

Deutschland muß es erreichen, sich aus eigenem Boden wenigstens bei sparsamem Verbrauch ohne Einfuhr ernähren zu können, wenn eine Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse infolge der Weltmarktlage sich als unmöglich erweisen sollte. Die deutsche landwirtschaftliche Produktion besitzt erhebliche Steigerungsmöglichkeiten durch Verbesserung der landwirtschaftlichen Nutzflächen. Hier können noch Provinzen im Frieden erobert werden.

17,4 Millionen Hektar deutschen Bodens sind verbesserungsbedürftig, und zwar durch

Ackerdränung	4,0	Mill.	Hektar
Entwässerung von Grünland	3,5	"	"
Bewässerung von Acker- und Grünland	3,5	"	"
Flurbereinigung	5,0	"	"
Beschlickung und Bemergelung	0,4	"	"
Schutz vor Hochwasser	1,0	"	"

Nimmt man bei Durchführung dieser Maßnahmen eine durchschnittliche Ertragssteigerung von 20 v.H. an, was sehr vorsichtig gerechnet ist, so ergibt sich, in Neuland umgerechnet, ein *Gewinn von 3,4 Millionen Hektar.* Hinzu kommt Neulandgewinnungsmöglichkeit durch Kultivierung von Moor- und Ödland von 2,0 Millionen Hektar und durch Verlandung an der Küste von 0,1 Millionen Hektar. Das entspricht einer **Neulandgewinnungsmöglichkeit von insgesamt 5,5 Millionen Hektar,** dem Umfang der landwirtschaftlich genutzten Fläche von Brandenburg, Pommern, Grenzmark Posen-Westpreußen und Mecklenburg. Eine gewaltige Arbeit ist also zu leisten.

Welche Bedeutung der Nationalsozialismus im Rahmen des *Landeskulturwerks* der Bodengewinnung und -verbesserung zugewendet hat, zeigt ein Vergleich in Vierjahresabschnitten 1929-1932, 1933-1936, 1937-1940.

Dieser Vergleich gibt folgendes Bild:

	Leistung **1929-1932**	Leistung **1933-1936**	Leistung **1937-1940**
Staatliche Beihilfen und Kredite	298 Mill. RM.	1 060 Mill. RM.	1 500 Mill. RM.
Geleistete Tagewerke	41 " "	123 " "	188 " "
Verbesserte Fläche	0,327 " ha	1,500 " ha	2,500 " ha
Neulandgewinnung bei durchschn. 20 v.H. Ertragssteigerung	85 000 ha	300 000 ha	600 000 ha

Hauptträger des Landeskulturwerkes ist der ***Reichsarbeitsdienst,*** dessen Arbeiten zu 68 v.H. aus Landeskulturarbeiten, einschließlich 15 v.H. für Wirtschaftswegebau, bestehen. Neben zahlreichen kleineren Landeskulturarbeiten ist er auf 30 Großarbeitsstellen eingesetzt, die allein eine Fläche von 600.000 Hektar umfassen, was etwa der landwirtschaftlich genutzten Fläche Thüringens entspricht.

Wohnungen für Landarbeiter

Die *deutsche Ernährung ist nur gesichert, wenn* neben dem deutschen Bauern ein *leistungsfähiger, zufriedener* und zu aufopfernder Mitarbeit bereiter deutscher *Landarbeiter* steht. Eine der Hauptsorgen zur Erreichung dieses Ziels ist die **Unterbringung der Landarbeiter in einwandfreien Wohnungen,** die ihnen ein angenehmes Heim und ein häusliches Glück im Kreise ihrer Familie bieten. Ferner muß der Landjugend durch Schaffung von neuem Wohnungsraum die Möglichkeit gegeben werden, frühzeitig eine Familie zu gründen. Schon im Rahmen des ersten Vierjahresplans ist auf diesem Gebiet aus eigener Kraft der Landwirtschaft viel getan worden. Durch die *Verordnung des Ministerpräsidenten Göring vom 10. März 1937* hat der *Bau von Landarbeiterwohnungen* eine weitere systematische Förderung erhalten. Es sind erneut 44 Millionen RM. für den Bau von Landarbeiterwohnungen zur Verfügung gestellt worden. Schon gegen eine monatliche Rente von 12 bis 14 Reichsmark ist hiernach die Erstellung einer Landarbeiterwohnung ermöglicht. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bewilligte ebenfalls für den Bau von Landarbeiterwohnungen Zuschüsse aus ihren Mitteln.

So hat der deutsche Reichsnährstand in vier Jahren folgendes geleistet:

1. **Den deutschen Boden der Spekulation entzogen.**
2. **Den Bauernstand gesundet.**
3. **Einen leistungsfähigen Landarbeiterstamm herangezogen und durch Inangriffnahme der Lösung des Wohnungsproblems in der Landwirtschaft verankert.**
4. **Den Viehbestand durch systematische Maßnahmen erheblich erhöht.**
5. **Den landwirtschaftlichen Anbau durch Verlagerung vieler Fruchtarten und Anbau neuer Fruchtsorten den Bedürfnissen angepaßt.**
6. **Durch Verbesserung der Saatzucht die Erträgnisse des Anbaus erhöht.**
7. **Eine großzügige Bodenverbesserung in Angriff genommen, die einer Vermehrung der Anbaufläche um 5,5 Millionen Hektar entspricht.**

Mit einer stolzen Bilanz der ersten vier Jahre kann nun der deutsche Reichsnährstand in den zweiten Vierjahresplan hineinmarschieren.

11. Nationalsozialistische Sozialpolitik

Der Verrat der Marxisten am deutschen Arbeiter

Vor den Litfaßsäulen stauen sich die Massen und lesen den Aufruf der "Volksbeauftragten". Hinter roten Fahnen marschieren mit umgehängten Gewehren, die Mütze schief auf dem Ohr, untergehakt, Zivilisten und Soldaten. Und immer wieder rufen sie in Sprechchören Parolen in die Straßen hinein, Parolen, die sie begierig aufgenommen haben.

Ein Lastwagen mit Flugblättern rattert heran. Im Nu sind die Zehntausende von Blättern vergriffen. Am Straßenrand balgen sich noch einige um die letzten Exemplare. Von Häuserblock zu Häuserblock wird es mit Windeseile weitergetragen: "Habt ihr es schon gehört! Die englische Marine hat die rote Flagge gehißt. Jetzt wird sozialisiert. Die Bergwerke und die großen Betriebe gehören jetzt uns. Mit den Schlotbaronen ist es aus. - Wilson hat ja ausdrücklich versprochen, daß wir einen gerechten Frieden bekommen sollen. Wir sollen nur zuerst den Kaiser fortjagen."

"Das deutschen Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt!" verkündet am 9. November 1918 Philipp Scheidemann. Stampfer, Barth, David, Cohn, Rosenfeld, Ledebour, Bauer, Haase, Dittmann, die jüdisch-marxistischen Parlamentarier aller Schattierungen erzählen es allerort stolz dem deutschen Volk.

Sie versprechen dem Arbeiter ein Paradies auf Erden, in dem er werde schalten und walten können, wie er wolle. Sie malen ihm die Zukunft in den rosigsten Farben.

Schon nach 14 Tagen überstürzen sich die Versprechungen, denn der Kampf um die breite Masse beginnt. Die Unabhängigen wollen die SPD. übertrumpfen und Liebknechts Spartakusbund die Unabhängigen. Sie steigern sich gegenseitig in einen Taumel hinein, der an Wahnsinn grenzt.

Der deutsche Arbeiter ist zermürbt und müde. So nimmt er diese Versprechungen begierig auf, denn wer vier Jahre Not erlebt hat, dem ist jeder Wechsel auf bessere Zeiten ein Himmelsgeschenk.

Die Kapitalisten haben sich schnell von ihrem Schreck erholt. In Wirklichkeit sind sie die Gewinner der Revolution. Der *Vorwärts* meldet, daß der unabhängige Sozialdemokrat Simon, Mitinhaber einer Bankfirma(!), zum Unterstaatssekretär im Finanziministerium ernannt worden sei. Und er meldet dann sehr bald die Besetzung weiterer wirtschaftlicher Schlüsselpunkte mit Bank- und Börsenjuden. Das gesamte raffende Kapital schließt sich in jenen Tagen in der Deutschen Demokratischen Partei zusammen, die vom Tage ihrer Gründung an zum getreuesten Weggenossen der Sozialdemokratie wird. So marschieren nun die Anhänger der Sozialdemokratie und das Großkapital in einer Front und Hand in Hand.

Der Arbeiter merkt davon nichts. Und während die Bonzen sich ihre Sozialisierung durch fette Aufsichtsratsposten und lohnende Pfründen von den verhaßten Kapitalisten abkaufen lassen, demonstrieren in den Städten die Arbeiter für den Sozialismus, knattern die Maschinengewehre, färbt das Blut irregeleiteter Arbeiter und tapferer Soldaten das Pflaster der Straßen. Schon wenige Monate nach Ausrufung der Weimarer Republik durch

Philipp Scheidemann steht es fest: Die Marxisten werden den Sozialismus in Deutschland niemals verwirklichen. Schon erscheinen im *Vorwärts* Aufsätze, die zur Besonnenheit und Ruhe mahnen und plötzlich für den Begriff "Sozialisierung" neue Formulierungen bringen, die von allen radikalen Forderungen befreit sind. Denn allmählich ist den sozialdemokratischen Gewerkschaftssekretären selbst etwas bange vor dem Mut geworden, den sie im ersten Ansturm zeigen zu müssen geglaubt hatten, und sie suchen nun nach einem glaubwürdigen Ausweg. Nur noch die radikalen Genossen sprechen in den Massenversammlungen der Vorstädte von der Sozialisierung, werden aber verhalten und leise, wenn einer jener Geldgeber des Marxismus aus dem Berliner Banken-, Konfektions- und Börsenviertel oder der Berliner Synagogengemeinde in ihre Nähe kommt.

Die bescheidene Anzahlung auf die Sozialisierung ist schließlich das Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920. Alles andere bleibt für alle Ewigkeit gestundet. Auch dieses Betriebsrätegesetz wird in den parlamentarischen Beratungen erheblich gemildert, und in den perlenden Wein der Sozialisierung wird viel trübes Wasser gegossen.

Als der Arbeiter schließlich Bilanz ziehen kann, da sehen die Errungenschaften der November-Revolution anders aus, als er sie sich geträumt hat.

Eine Fülle von Streiks und Aussperrungen ist die Frucht aller Mühen, bei denen der Arbeiter fast immer den kürzeren zieht. Lohnkämpfe von nie gekanntem Ausmaß brechen aus. Der Arbeiter bleibt weiterhin rechtlos im Betrieb, und keine staatliche Stelle hilft dem Betriebsrat, wenn er einem Arbeiter seinen Arbeitsplatz erhalten will. Ein Ehrenschutz für Arbeiter ist unbekannt.

Gewerkschaftsbonzen hetzen die Arbeiter auf, treiben sie durch Aufstellung unmöglicher Forderungen in Wirtschaftskämpfe hinein, die mit dem Zusammenbruch des Betriebs enden müssen, und stecken dafür schmunzelnd die Belohnung der anstiftenden Konkurrenz ein.

Der deutsche Arbeiter erhält in der Zeit der Weimarer Republik keinen Tag länger Urlaub, als er ihn vorher hatte, es sei denn der unbezahlte Dauerurlaub mit dem täglichen Gang zum Arbeitsamt. Von den sozialdemokratischen Bonzen, die sich selbst in vornehme Villenviertel zurückgezogen haben, unternimmt niemand etwas für die Besserung der Wohnverhältnisse der breiten Masse. Bei Lohnkämpfen zieht der Arbeiter fast immer den kürzeren. Das Recht auf den Arbeitsplatz steht nur auf dem Papier. Die Arbeit ist keine Ehre, sondern wird zur Fron degradiert. Der Begriff "Schönheit der Arbeit" ist unbekannt, es sei denn, daß es sich um die schöne und luxuriöse Ausstattung der Gewerkschaftshäuser, insbesondere der Zimmer der Gewerkschaftssekretäre, handelt.

Schließlich steigen die Spannungen, die der marxistische Klassenkampf in den Betrieben erzeugt hat, gefahrdrohend. Sie werden lebensgefährlich für den schwerkranken deutschen Wirtschaftsmechanismus, denn schon ein gesunder Wirtschaftsapparat vermag derartige Spannungen auf die Dauer nicht zu ertragen. Es geht nicht mehr um den Arbeitsplatz des einzelnen, nicht mehr um den einzelnen Betrieb, es geht nur noch um agitatorische Forderungen. Der Arbeiter sieht im Unternehmer nur den Ausbeuter, einen prassenden Profitjäger, dem es ausschließlich auf persönliches Wohlleben und auf seinen persönlichen Verdienst ankommt, der Unternehmer im Arbeiter einen Feind, der nur auf seine und seines Betriebes Vernichtung sinnt und dem man nicht allein im Dunkeln begegnen dürfe. So stehen sich schließlich Arbeitnehmer und Arbeitgeber als überbetriebliche Fronten gegenüber, die ohne Rücksicht auf die verschiedene Lage des jeweiligen Wirtschaftsbezirks oder des einzelnen Betriebes die erbittertsten Kämpfe ausfechten.

Jede Gemeinschaftsauffassung und Gemeinschaftsarbeit wird dabei zerstört. Jeder Arbeitnehmer, der für Zusammenarbeit mit dem Betriebsführer stimmt, wird als

Schädling an der Arbeiterschaft gebrandmarkt, jeder Unternehmer, der aus sozialistischer Einsicht um des Betriebsfriedens willen sozialistisch zu handeln sich bemüht, wird sofort in seinem Wollen verdächtigt. "Er will nur der Arbeiterschaft Sand in die Augen streuen", so heißt es dann bei den Gewerkschaften. So werden die beiden Teile, die auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind, ohne die kein Betrieb bestehen kann, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, gegeneinander gehetzt und zu Todfeinden gemacht. Die Lage der Arbeiterschaft ist dadurch um nichts gebessert, doch den Gewerkschaften und den marxistischen Parteibonzen geht es gut, denn ihr Weizen blüht.

Die Bilanz von 13 Jahren Marxismus

Das ist die Bilanz von 13 Jahren marxistischer Sozialpolitik. Es wurden von 1919 bis 1932 gezählt:

26 400 Arbeitsstreitigkeiten (Streiks und Aussperrungen),
298 000 betroffene Betriebe,
17 400 000 betroffene Arbeiter,
195 000 000 verlorene Arbeitstage,
1 300 000 000 RM. verlorene Lohnsummen,
6 000 000 000 RM. Produktionsverlust,
7 500 000 000 RM. Verlust der Volkswirtschaft.

Und nun das klägliche Ergebnis: *nur 11 v.H. aller Streiks waren erfolgreich für den Arbeitnehmer.*

Was aber heißt erfolgreich für den Arbeiter? Es heißt, daß ihm nach wochen- und monatelangen Kämpfen einige Pfennige mehr Stundenlohn bewilligt werden mußten. Diesen Erfolg bezahlt der deutschen Arbeiter damit, daß die Produktion zusammenschrumpfte und nach jedem Lohnkampf die Zahl der Beschäftigten erheblich sank, weil die Auftraggeber der Betriebe sich inzwischen anderweitig, sehr oft aus dem Ausland, eingedeckt hatten. Und wie lange dauert es, bis der ungeheure Lohnausfall während eines Streiks wieder aufgeholt ist? Wie lange dauert es, bis ein Werk den Produktionsausfall während einer Aussperrung oder eines Streiks wieder eingebracht hat? Der Streik bei General Motors im Jahre 1937 in den Vereinigten Staaten von Amerika ist ein lehrreiches Beispiel dafür.

Der Streik bei General Motors ergibt etwa folgende Bilanz:

Streikdauer 6 Wochen,
beteiligte Arbeiter 125.000,
erreichte Lohnerhöhung 5 Cents pro Stunde = $1,95 pro Woche bei 39stündiger Arbeitszeit,
Lohnausfall der 125.000 Streikenden für 6 Wochen $17.644.000,
Lohnausfall des gelernten Arbeiters in 6 Wochen $163,90,
Lohnausfall des ungelernten Arbeiters in 6 Wochen $118,40.

84 Wochen mußte jeder gelernte, 61 Wochen jeder ungelernte Arbeiter von General Motors arbeiten, um nur mit Hilfe der Lohnerhöhung den Lohnausfall während des Streiks aufzuholen.

Ist das wirklich ein Erfolg für den Arbeiter? 6 Wochen Unruhen, Sorgen, Krawalle und schließlich ein Verdienstausfall, der trotz Lohnerhöhung erst in 15 bis 20 Monaten

ausgeglichen sein kann, dazu der Produktionsausfall, die Verluste der Firma an Vermögen und Absatz, die schließlich von der gesamten Volkswirtschaft, also wiederum von dem Arbeiter, getragen werden müssen.

Wohin der Weg des Marxismus führt, zeigen auch zwei Übersichten über das Anwachsen der Zahl der Arbeitsstreitigkeiten und der Zahl der verlorengegangenen Arbeitstage in Frankreich und in den Vereinigten Staaten. In *Frankreich* stieg die Zahl der durch Streiks verlorengegangenen Arbeitstage

im Jahre 1932 auf	3,8 Millionen
im Jahre 1933 auf	5,5 Millionen
im Jahre 1934 auf	7,8 Millionen
im Jahre 1935 auf	10,0 Millionen

In den *Vereinigten Staaten* ergibt die Bilanz:

1930	653	Wirtschaftskämpfe mit	2,7 Millionen ausgefallener Arbeitstage,
1931	894	Wirtschaftskämpfe mit	6,3 Millionen ausgefallener Arbeitstage,
1932	808	Wirtschaftskämpfe mit	6,4 Millionen ausgefallener Arbeitstage,
1933	1 562	Wirtschaftskämpfe mit	14,8 Millionen ausgefallener Arbeitstage,
1934	1 856	Wirtschaftskämpfe mit	19,5 Millionen ausgefallener Arbeitstage,
1935	2 014	Wirtschaftskämpfe mit	15,4 Millionen ausgefallener Arbeitstage,
1936	2 200	Wirtschaftskämpfe über	30,0 Millionen ausgefallener Arbeitstage.

So werden vom Marxismus in 14 Jahren die Begriffe Sozialismus und Sozialisierung zu bloßen Schlagworten gemacht, zu reinen Agitationsbegriffen, denen jeder Inhalt fehlt.

Sozialismus im Dritten Reich

Was hat der Nationalsozialismus demgegenüber auf dem Gebiet der Sozialpolitik über die Beseitigung der Arbeitslosigkeit hinaus geleistet?

Er hat in erster Linie den Klassenkampf beseitigt, dem Begriff Sozialismus einen neuen Inhalt verliehen und an die Stelle von Worten und Versprechungen Taten gesetzt. Am 2. Mai 1933 übernimmt die NSBO. die Gewerkschaften. Am 3. Mai 1933 entsteht an Stelle der Gewerkschaften die Deutsche Arbeitsfront, die große Einheitsorganisation aller schaffenden Deutschen, die erste und größte Organisation der Welt, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einheitlicher Gemeinschaftsarbeit zusammengefaßt sind.

Nach Monaten intensiver Arbeit wird am 20. Januar 1934 mit dem

Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit

die Grundlage für eine nationalsozialistische Sozialpolitik geschaffen, für das es ein Gegenstück in keinem Lande der Welt gibt. Zum erstenmal wird der Begriff der sozialen Ehre und des Gemeinnutzes gesetzlich verankert. *Das Gesetz baut sich auf auf den drei nationalsozialistischen Grundsätzen: Führerprinzip, Gemeinnutz und Ehre.*

Es gliedert sich in sieben Abschnitte, von denen die wichtigsten sind:

1. Führer des Betriebs und Vertrauensrat,
2. Treuhänder der Arbeit,
3. Betriebsordnung und Tarifordnung,
4. Soziale Ehrengerichtsbarkeit,
5. Kündigungsschutz.

Die nachfolgenden Bestimmungen kennzeichnen am besten den Charakter dieses Gesetzgebungswerkes, um das die Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands schon heute vielfach beneidet werden.

1. Abschnitt:

Führer des Betriebes und Vertrauensrat.

§ 1.

Im Betriebe arbeiten der **Unternehmer als Führer des Betriebes,** *die Angestellten und Arbeiter als* **Gefolgschaft gemeinsam** *zur Förderung* der Betriebszwecke und **zum gemeinsamen Nutzen von Volk und Staat.**

§ 2.

(1) **Der Führer des Betriebes entscheidet** der Gefolgschaft gegenüber *in allen betrieblichen Angelegenheiten,* soweit sie durch dieses Gesetz geregelt werden.
(2) **Er** *hat für das* **Wohl der Gefolgschaft zu sorgen. Diese** *hat ihm* die in der Betriebsgemeinschaft begründete **Treue zu halten.**

§ 6.

(1) **Der Vertrauensrat hat die Pflicht,** *das gegenseitige Vertrauen innerhalb der Betriebsgemeinschaft zu vertiefen.*
(2) **Der Vertrauensrat hat die Aufgabe,** alle Maßnahmen zu beraten, die der Verbesserung der Arbeitsleistung, der Gestaltung und Durchführung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, insbesondere der Betriebsordnung, der Durchführung und Verbesserung des Betriebsschutzes, der Stärkung der Verbundenheit aller Betriebsangehörigen untereinander und mit dem Betriebe und dem Wohle aller Glieder der Gemeinschaft dienen. Er hat ferner auf eine Beilegung aller Streitigkeiten innerhalb der Betriebsgemeinschaft hinzuwirken. Er ist vor der Festsetzung von Bußen auf Grund der Betriebsordnung zu hören.

§ 13.

(1) **Das Amt der Vertrauensmänner ist ein Ehrenamt,** für dessen Wahrnehmung ein Entgelt nicht gewährt werden darf. Für den durch die Erfüllung der Aufgaben notwendigen Ausfall von Arbeitszeit ist der übliche Lohn zu zahlen. *Notwendige Aufwendungen sind von der Betriebsleitung zu erstatten.*

2. Abschnitt:

Treuhänder der Arbeit.

§ 18.

(1) Für größere Wirtschaftsgebiete, deren Abgrenzung der Reichsarbeitsminister im

Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsminister des Innern bestimmt, werden *Treuhänder der Arbeit ernannt. Sie sind Reichsbeamte und unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministers.* Ihren Sitz bestimmt der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister.
(2) **Die Treuhänder der Arbeit sind an Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden.**

§ 19.

(1) **Die Treuhänder der Arbeit haben für die Erhaltung des Arbeitsfriedens zu sorgen.**

§ 20.

(1) **Der Unternehmer eines Betriebes ist verpflichtet, dem Treuhänder der Arbeit schriftliche Anzeige zu erstatten, bevor er**

a) *in Betrieben* **mit** *in der Regel* **weniger als einhundert Beschäftigten mehr als neun Beschäftigte,**
b) *in Betrieben* **mit** *in der Regel* **mindestens einhundert Beschäftigten zehn vom Hundert der im Betrieb regelmäßig Beschäftigten oder aber mehr als fünfzig Beschäftigte innerhalb von vier Wochen e*ntläßt.***

3. Abschnitt:

Betriebsordnung und Tarifordnung.

§ 27.

(1) *In die Betriebsordnung sind folgende Arbeitsbedingungen aufzunehmen:*

1. *Anfang und Ende der regelmäßigen Arbeitszeit und der Pausen;*
2. *Zeit und Art der Gewährung des Arbeitsentgelts;*
3. die Grundsätze für die *Berechnung der Akkord- oder Gedingearbeit, soweit im Betriebe im Akkord oder Gedinge gearbeitet wird;*
4. Bestimmungen über die Art, Höhe und Einziehung von *Bußen,* wenn solche vorgesehen werden;
5. die *Gründe,* aus denen die *Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist* erfolgen darf, soweit es nicht bei den gesetzlichen Gründen bewenden soll;
6. die *Verwendung der durch rechtswidrige Auflösung des Arbeitsverhältnisses verwirkten Entgeltbeträge, soweit die Verwirkung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen in der Betriebsordnung oder im Arbeitsvertrag vorgesehen ist.*

§ 30.

Die Bestimmungen der Betriebsordnung sind für die Betriebsangehörigen als Mindestbedingungen rechtsverbindlich.

4. Abschnitt:

Soziale Ehrengerichtsbarkeit.

§ 35.

Jeder Angehörige einer Betriebsgemeinschaft trägt die Verantwortung für die gewissenhafte Erfüllung der ihm *nach seiner Stellung* innerhalb der Betriebsgemeinschaft obliegenden Pflichten. *Er hat sich durch sein Verhalten der*

Achtung würdig zu erweisen, die sich aus seiner Stellung in der Betriebsgemeinschaft ergibt. **Insbesondere hat er** im steten Bewußtsein seiner Verantwortung **seine volle Kraft im Dienst des Betriebes zu widmen und sich dem Gemeinwohle unterzuordnen.**

§ 36.

(1) **Gröbliche Verletzungen der** durch die Betriebsgemeinschaft begründeten **sozialen Pflichten** *werden* als Verstöße gegen die soziale Ehre *von den* **Ehrengerichten gesühnt.** *Derartige Verstöße liegen vor, wenn*

1. *Unternehmer, Führer des Betriebs oder sonstige Aufsichtspersonen unter Mißbrauch ihrer Machtstellung im Betriebe böswillig die Arbeitskraft der Angehörigen der Gefolgschaft ausnutzen oder ihre Ehre kränken;*
2. *Angehörige der Gefolgschaft den Arbeitsfrieden im Betriebe durch böswillige Verhetzung der Gefolgschaft gefährden, sich insbesondere als Vertrauensmänner bewußt unzulässige Eingriffe in die Betriebsführung* anmaßen *oder den Gemeinschaftsgeist innerhalb der Betriebsgemeinschaft fortgesetzt böswillig stören;*
3. Angehörige der Betriebsgemeinschaft wiederholt *leichtfertig unbegründete Beschwerden oder Anträge an den Treuhänder der Arbeit richten* oder *seinen schriftlichen Anordnungen hartnäckig zuwiderhandeln;*
4. *Mitglieder des Vertrauensrates vertrauliche Angaben, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse,* die ihnen bei Erfüllung ihrer Aufgaben bekanntgeworden und als *solche bezeichnet* worden sind, *unbefugt offenbaren.*

(2) *Beamte und Soldaten unterliegen nicht der sozialen Ehrengerichtsbarkeit.*

§ 38.

Die ehrengerichtlichen Strafen sind:
1. Warnung,
2. Verweis,
3. Ordnungsstrafe in Geld bis zu **zehntausend Reichsmark,**
4. Aberkennung der Befähigung, Führer des Betriebes zu sein (§§ 1 bis 3) **oder das Amt eines Vertrauensmannes auszuführen** (§§ 5 ff.).
5. Entfernung vom bisherigen Arbeitsplatz; das Ehrengericht kann dabei eine der gesetzlichen oder vereinbarten Kündigungsfrist abweichende Frist vorschreiben.

§ 41.

(1) **Über Verletzungen der sozialen Ehre entscheidet auf Antrag des Treuhänders der Arbeit ein Ehrengericht, das für jeden Bezirk eines Treuhänders der Arbeit zu errichten ist.**

5. Abschnitt:

Kündigungsschutz.

§ 56.

(1) Wird einem Angestellten oder Arbeiter *nach einjähriger Beschäftigung in dem gleichen Betrieb oder dem gleichen Unternehmen gekündigt,* so kann er, wenn es sich um einen Betrieb mit in der Regel *mindestens zehn Beschäftigten handelt, binnen zwei Wochen nach Zugang der Kündigung beim Arbeitsgericht mit dem Antrag auf Widerruf der Kündigung klagen, wenn diese unbillig hart und nicht durch die Verhältnisse des Betriebes bedingt ist.*

§ 57.

(1) *Erkennt das Gericht auf Widerruf der Kündigung, so ist im Urteil von Amts wegen eine Entschädigung für den Fall festzusetzen, daß der Unternehmer den Widerruf ablehnt.*

Was hat der deutsche Arbeiter dadurch erreicht?

Erstens: Gerechtigkeit

Früher unterlag das Arbeitsleben der Willkür des sogenannten "freien" Arbeitsvertrages und dem Feilschen der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.
Heute steht über der freien Entscheidungsbefugnis des Betriebsführers die Macht des Staates, der durch die Treuhänder der Arbeit darüber wacht, daß Gerechtigkeit und Gemeinnutz vor Willkür und Eigennutz zur Geltung kommen.

Zweitens: keine Ausbeutung mehr

Früher mußten Mißbrauch der Machtstellung des Unternehmers, böswillige Ausnutzung der Arbeitskraft und böswillige Ehrkränkungen auf dem langwierigen Wege der Privatklage bekämpft werden, der oft für die Mehrzahl der deutschen Arbeiter nicht gangbar war.
Heute wachen die Treuhänder der Arbeit als Anwalt des Staates bzw. die Ehrengerichte über die soziale Ehre. Ein Betriebsführer, der unter Mißbrauch seiner Machtstellung im Betriebe böswillig seine Gefolgschaftsmitglieder ausnutzt oder sie in ihrer Ehre kränkt, setzt sich der Bestrafung durch das soziale Ehrengericht aus. In besonders schwerwiegenden Fällen kann ihm die Befähigung, weiterhin Führer des Betriebes zu sein, aberkannt werden. Daß durchgegriffen wird, ergibt die Tatsache, daß im Jahre 1935 auf 156 Ehrengerichtsverfahren nur 4 Freisprüche entfallen sind.

Drittens: keine Lohndrückerei mehr,

denn Leistungen und Gegenleistungen werden im Arbeitsvertrag *jetzt nicht mehr* zwischen klassenkämpferischen Verbänden ausgehandelt und nach den jeweiligen Machtverhältnissen solcher Verbände gestaltet, sondern der Treuhänder der Arbeit sorgt als staatliches Organ dafür, daß die Gefolgschaftsmitglieder angemessen entlohnt werden. Wenn es zum Schutze der Beschäftigten erforderlich ist, setzt er in einer Tarifordnung Mindestbedingungen zur Regelung der Arbeitsverhältnisse fest, die nicht unterschritten werden dürfen. Vereidigte Sachverständige sind dabei zu seiner Beratung berufen. *Ein Betriebsführer, der sich nicht an die tariflichen Mindestsätze hält, setzt sich der strafrechtlichen Verfolgung aus.* Das Gefolgschaftsmitglied kann auch jederzeit die Differenz zwischen dem ausgezahlten Lohn und dem Tariflohn nachfordern. *Ein Verzicht auf Tariflohn ist grundsätzlich unwirksam.*

Viertens: Lohnzahlung bei unverschuldeter Arbeitsversäumnis

Früher bei Krankheit und Betriebsunfällen auch in den ersten drei Tagen selten Fortzahlung des Lohnes.
Jetzt ist fast allgemein in den Tarifordnungen die Lohnzahlung in solchen Fällen vorgeschrieben. In fast 25 Prozent der erlassenen Tarifordnungen finden sich heute sogar schon Bestimmungen über Zahlung von Sterbebeihilfen an die *unterhaltsberechtigten Hinterbliebenen.*

Fünftens: Kündigungsschutz

Stärkste Bemühungen um Sicherung des Arbeitsplatzes durch längere Kündigungsfristen.

Vor 1933 für Arbeiter 1 Tag, im Höchstfall eine Woche,
nach 1933 in zahlreichen Fällen, 2, 3, 4 und 6 Wochen, zum Vierteljahresschluß und bei längerer Dienstzeit dreimonatige Kündigungsfrist,
d.h. nach dieser Richtung hin zum Teil völlige Gleichstellung mit den im Angestelltenverhältnis tätigen Gefolgschaftsmitgliedern.

Sechstens: soweit möglich Unterbindung von Massenentlassungen

Der Treuhänder der Arbeit ist ermächtigt, den Zeitpunkt der Entlassung durch Festsetzung einer Sperrfrist hinauszuschieben. Innerhalb der Sperrfrist werden Entlassungen nur mit Genehmigung des Treuhänders wirksam. Dadurch weitestgehender Schutz der Gefolgschaftsmitglieder bei Stillegungen.

Siebtens: weitgehender Schutz für Heimarbeiter

Früher schutzlose Ausbeutung und Willkür in der Entgeltregelung. Stundenlöhne von 3 - 4 Rpf. *[Reichs**pfennig!** Scriptorium]* waren keine Seltenheit.
Heute Festlegung der Entgelte durch die Treuhänder der Arbeit und der *Heimarbeit. Bereits weit über 400 Tarifordnungen.* Die ständigen Sondertreuhänder sichern eine angemessene Bezahlung der Heimarbeiter. Energische Durchsetzung der Entgelte der Tarifordnungen durch ein ausgedehntes Überwachungssystem. Sogar Urlaubsgewährung an alle hauptberuflich beschäftigten Heimarbeiter.

Achtens: Urlaubsregelung

Früher: Urlaubsfrage für den Arbeiter völlig vernachlässigt.
Seit 1934 in allen Tarifordnungen Urlaub auch für die Arbeiter festgesetzt.
Die früher 1 Jahr und noch länger betragende *Wartezeit* vor Erwerb des ersten Urlaubsanspruches ist auf in der Regel 6 Monate *abgekürzt* worden.

Eine *ganz erhebliche Verlängerung hat die Urlaubsdauer erfahren.* In den meisten Tarifordnungen steigt der Urlaub der Erwachsenen von 6 auf 12 Tage an. Eine Tarifordnung (Metallindustrie Berlin-Brandenburg) sieht ausnahmsweise sogar einen Höchsturlaub bis zu 18 Tagen vor. *Schwerbeschädigten* steht in der Regel der Höchsturlaub ihrer Tarifgruppe oder ein dreitägiger Zusatzurlaub zu.

Völlige Neugestaltung des Urlaubs für Jugendliche.

Statt 3-9 Tage in der Systemzeit,
im *Dritten Reich*
im 1. Jahr 15 Tage,
im 2. Jahr 12 Tage,
im 3. Jahr 10 Tage,
bis zu 18 Tagen Urlaub sehen sogar viele Tarifordnungen vor bei Teilnahme an Hitler-Jugend-Lagern.

Früher Saisonarbeiter ganz ohne Urlaub.
Heute Einführung des *Urlaubsmarkensystems* im Baugewerbe. Damit Urlaubssicherung für weiteste Kreise der Saisonarbeiter.

Neuntens: Sonderzuwendungen zu Weihnachten, Urlaubsbeihilfen usw.

Früher nur bei Angestellten üblich.
Heute in vielen Betrieben auch für gewerbliche Gefolgschaftsmitglieder eingeführt.

Völlig gleichmäßige Verteilung für alle Betriebsangehörigen unter Berücksichtigung der Dienstzeit und des Familienstandes ist nicht selten.

Wie *hat sich das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit auf den Betriebsfrieden ausgewirkt?* Eine Statistik der Streitigkeiten vor den Arbeitsgerichten gibt darüber einen interessanten Aufschluß:

	1932	**1933**	**1934**	**1935**
Arbeitsgerichte	371 592	261 530	200 052	188 908
Landesarbeitsgericht	17 220	10 774	7 373	7 105
Reichsarbeitsgericht	831	479	350	407
	389 643	272 783	207 775	196 420
streitig entschiedene Fälle	274 765	183 862	134 987	134 142
Beschäftigte	12 518 000	13 016 000	15 041 000	15 949 000
je 1.000 Beschäftigte	21,9	14,1	9,0	8,4

Sanierung der Sozialversicherung

Zu Beginn des Jahres 1933 ist die Lage sämtlicher Sozialversicherungszweige katastrophal. Nur noch wenige Jahre im alten Kurs der Unfähigkeit und parlamentarischen Zerfahrenheit, und die Sozialversicherung, dieser Eckpfeiler des deutschen Soziallebens, wäre zusammengebrochen, alle Hoffnungen des deutschen Arbeiters und Angestellten auf einen einigermaßen gesicherten Lebensabend, auf Schutz vor den Folgen von Krankheit und Invalidität unter sich begrabend. In besorgniserregendem Tempo sinken die Beitragseinnahmen.

Allein in der Zeit von 1929 bis 1932 beträgt der Beitragsrückgang:

bei der Angestelltenversicherung	22,7%,
bei der Unfallversicherung	23,7%,
bei der Invalidenversicherung	41,2%,
bei der Krankenversicherung	47,8%,
bei der knappschaftlichen Pensionsversicherung	51,5%.

Bei der Krankenversicherung wirken Anmaßung und Mißwirtschaft der von den Weimarer Parteien eingesetzten Funktionäre besonders unheilvoll. Von einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung vieler Krankenkassen kann daher kaum noch gesprochen werden. *Unterschlagungen sind an der Tagesordnung.* Was haben die Marxisten bis zum Jahre 1932 getan, um dem deutschen Arbeiter seine Sozialversicherung zu erhalten? Man sucht das Heil in schwächlichen, halben Maßnahmen und bequemen Augenblickslösungen, wie immer im Weimarer System. Man senkt einfach die Leistungen der Versicherungsinstitute, sieht sich schließlich gezwungen, für einen Krankenschein eine Sondergebühr von RM 0.50 und Zuschläge zu den Arzneikosten zu erheben, und so wird es schon dadurch gerade den Ärmsten schwergemacht, einen Arzt oder eine Apotheke in Anspruch zu nehmen. Zu entscheidenden Maßnahmen findet man weder Mut noch Kraft. Dafür kürzt man die Leistungen der Versicherungen und schafft so vorübergehend diesen

Erleichterungen. Das Gebäude Sozialversicherung bleibt morsch, behaftet mit schweren Konstruktionsfehlern.

Der nationalsozialistische Staat rettet die Sozialversicherung.

Durch energisches Zupacken wird im letzten Augenblick die gesamte Sozialversicherung vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt. *Eine leistungsfähige Sozialversicherung ist nur denkbar, wenn das gesamte Wirtschafts- und Sozialleben gesund ist und nach einheitlichen Gesichtspunkten geführt wird.* In dieser Erkenntnis wird die Arbeitsschlacht durchgekämpft, wird Millionen erwerbslosen Volksgenossen Arbeit und Brot gegeben. Mit der Zahl der Beschäftigten steigt auch die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die wieder ihre Sozialversicherungsbeiträge leisten können.

Damit sind die Voraussetzungen für eine sinnvolle Neuordnung der Sozialversicherung selbst geschaffen.

Zwei Aufgaben sind zu lösen:
1. personelle und finanzielle Bereinigung der Sozialversicherung,
2. Umbau der Einrichtungen unter dem Gesichtspunkt wirklicher Zweckmäßigkeit.

Die schweren Fehler, die hinsichtlich des finanziellen Aufbaues der Invaliden-, Angestellten- und knappschaftlichen Pensionsversicherung in frühen Jahren begangen worden sind, werden durch das Gesetz vom 7. Dezember 1933 ausgeräumt. Dieses Gesetz zieht einen Schlußstrich unter die Bankrottwirtschaft der Nachkriegszeit und bahnt eine gedeihliche Entwicklung der Angestellten- und Invalidenversicherung für alle Zukunft an. Eine Sonderaufgabe stellt noch die **knappschaftliche Pensionsversicherung,** die zwar heute auch von den größten Schwierigkeiten befreit ist, aber noch einer abschließenden Regelung bedarf.

Zahlenmäßig zeigt die Sozialversicherung von 1932 bis 1936 folgendes Bild:

Invalidenversicherung (ohne Reichsmittel)

	1932	**1933**	**1934**	**1935**	**1936**
			in Millionen RM.		
Einnahmen	725,7	744,6	961,3	1047,3	1140
Davon:					
Beiträge	**642,2**	**678,7**	**843,8**	**945,4**	**1040**
Ausgaben	910,4	782,1	776,1	814,9	835
Überschuß bzw. Fehlbetrag:	-184,7	-37,3	**+185,2**	**+232,4**	**+305**
Reinvermögen am Jahresende	1266,6	1229,1	1414,3	1669,1	1974

Die Beitragseinnahmen sind gestiegen von 1932 auf 1933 um 36,5 Millionen RM., von 1933 auf 1934 um 165,1 Millionen RM., von 1934 auf 1935 und von 1935 auf 1936 um je rund 100 Millionen RM., zusammen in diesen vier Jahren also um 400 Millionen Reichsmark oder fast 70 Prozent. Die Erhöhung beruht ganz überwiegend auf der Zunahme der invalidenversicherungspflichtigen Beschäftigten.

Die Zahl der Beitragszahler ist von 1932 bis 1936 um über 40 v.H. gestiegen.

Die Ausgaben für Leistungen haben steigende Tendenz. Die Zahl der laufenden Renten betrug in 1000

Jahresanfang	Invaliden-, Kranken- und Altersrenten	Witwen-renten	Waisenrenten (einzelne Waisen)
1930:	2085,2	490,8	695,6
1931:	2228,3	640,2	649,5
1932:	2344,2	651,7	545,4
1933:	2346,4	559,6	349,0
1934:	2441,2	580,5	350,1
1935:	2463,3	594,9	334,8
1936:	2483,9	613,4	316,6

Angestelltenversicherung

Im Gegensatz zur Invalidenversicherung hatte in der Angestelltenversicherung der Rückgang der Beitragseinnahmen während der Wirtschaftskrise, der hier nur ein schwaches Viertel betrug, zwar den Überschuß vorübergehend gemindert, aber nie beseitigt.

	1932	**1933**	**1934**	**1935**	**1936**
			in Millionen RM.		
Einnahmen	446,4	448,8	495,9	553,7	692,7[2]
Davon:					
Beiträge	**287,7**	**287,8**	**317,0**	**357,5**	**406,2**
Ausgaben	263,6	275,6	301,3	318,0	333,2
Überschuß	182,8	173,2	194,6	235,7	359,5
Reinvermögen am Jahresende	2076,1	2249,3	2443,9	2679,6	3039,1

Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung[3]

Für den verbleibenden Rest der Arbeitslosen sind die Leistungen gegenüber dem Jahr 1932 erheblich erweitert worden. Auch die Wohlfahrtsverwaltungen der Gemeinden haben ihre Leistungen erhöht. Die *Nationalsozialistische Volkswohlfahrt* mit dem *Winterhilfswerk* des deutschen Volkes, der Aktion "*Mutter und Kind*"[4] und anderer Betreuungsmaßnahmen haben ebenfalls ihren Teil zur Besserung des Loses der Erwerbslosen beigetragen.

Am 22. Dezember 1936 fällt wiederum eine Bestimmung aus der Systemzeit: das Reichskabinett verabschiedet das **Gesetz über die Befreiung von der Pflicht zum Ersatz von Fürsorgekosten.** Alle Volksgenossen, die bis zum 1. Januar 1935 die öffentliche Fürsorge in Anspruch nehmen mußten und dafür zu Rückzahlungen verpflichtet waren, die ihnen oft jede Freude an ihrem neuen Arbeitsplatz nahmen und sie wirtschaftlich außerordentlich bedrückten, sind dadurch von einer alten Last befreit. Diese Befreiung erstreckt sich auch auf den Ehegatten, die Eltern und die Erben. Es kann

also auch von Personen, die seinerzeit dem Unterstützten gegenüber unterhaltspflichtig waren, kein Ersatz der Unterstützungskosten mehr verlangt werden. Für die vor dem 28. November 1932 aus der Krisenfürsorge ausgesteuerten Wohlfahrtserwerbslosen und ihre Angehörigen ist die Niederschlagung des Ersatzanspruches auf die Zeit bis zum 1. Juli 1935 ausgedehnt worden.

Hilfsmaßnahmen für die Kriegsbeschädigten

Der kriegsbeschädigte Soldat genoß in der Weimarer Systemzeit kein besonderes Ansehen. Der nationalsozialistische Staat ist nicht reich genug, den Soldaten des Weltkrieges das zu bieten, was er ihnen geben möchte. Das, was seine Mittel erlauben, gibt er ihnen Zug um Zug. Er schafft erweiterte Schutzbestimmungen, die den Kriegsbeschädigten ihren Arbeitsplatz sichern, und er dehnt die Frontzulage auf einen immer weiteren Personenkreis aus. Er schafft umfangreiche Siedlungen für Kriegsbeschädigte. Er beseitigt die Ungleichheiten in der Rentengesetzgebung. Durch das Gesetz vom 31. Dezember 1936 wird die Bestimmung aufgehoben, durch die die Kriegsbeschädigten in sogenannten gemischten wirtschaftlichen Betrieben, deren Anteilsmehrheit sich in öffentlicher Hand befindet, sich schlechter stehen als die Versorgungsberechtigten bei völlig gleichartigen Betrieben in privater Hand.

Kleinrentnerhilfe

Das Gesetz über Kleinrentnerhilfe vom 5. Juli 1934 bedeutet einen großen Schritt vorwärts in der Unterstützung alter oder erwerbsunfähiger Personen, die hilfsbedürftig sind. Unterstützungsberechtigt sind nach dem Wortlaut des Gesetzes diejenigen Alten oder Erwerbsunfähigen, die nachweisen können, daß ihnen am 1. Januar 1918 ein Kapitalvermögen von mindestens 12.000 Mark gehört hat oder, daß sie zu diesem Zeitpunkt einen Rechtsanspruch auf eine lebenslängliche Rente von jährlich mindestens 500 Mark gehabt haben und das Vermögen oder der Anspruch der Geldentwertung zum Opfer gefallen ist. Sobald die obengenannten Voraussetzungen gegeben sind, werden damit alle Männer, die am Tage des Inkrafttretens des Gesetzes das 60., Frauen, wenn sie am gleichen Zeitpunkt das 55. Lebensjahr vollendet haben, erfaßt.

Eine stolze Bilanz des Sozialismus der Tat

Eine stolze Bilanz des Sozialismus der Tat ist der Gesamtüberblick über die Leistungen der NS.-Volkswohlfahrt ohne Winterhilfswerk vom 30. Januar 1933 bis 31. Dezember 1936. Sie wurden vollbracht in einem Staate, der vierzehn Jahre lang ausgeplündert, ausgesogen und wirtschaftlich zugrunde gerichtet worden war, und dennoch sind sie so groß, daß sie von keinem freiwilligen Hilfswerk der Welt, selbst in den reichsten Staaten, übertroffen werden.

Leistungen der NSV.
seit der Machtübernahme bis zum 31. Dezember 1936

Leistungen der NSV. wertmäßig:		RM.
Hilfswerk "Mutter und Kind"		196 050 878,17
davon für:		
Kinderverschickung	RM. 106 802 297,--	
Mütterverschickung	RM. 26 736 850,--	
Hitlerfreiplatzspende		34 321 952,--
Tuberkulose-Hilfswerk		4 323 898,--
Patenschaften		3 192 500,--
Bettenaktion		22 724 141,--
Saarurlauberwerk (durchgeführt 1934)		4 944 078,--
Heilverschickung 1936		1 062 354,--
Besondere Leistungen für Jugendpflege, Seuchenbekämpfung, Flüchtlingshilfe, und Katastrophenhilfe		17 308 845,50
Leistungen insgesamt:		283 928 646,67

Winterhilfswerk

Vierzehn Jahre bestand die freie Weimarer Republik." *Das, was sie den Hungernden und Darbenden in den langen schweren Wintermonaten zu geben vermochte, waren Almosen.* Monatelang feilschte man in Stadt- und Länderparlamenten darum, ob man einen halben Zentner Kohle oder einen Zentner Kartoffeln den Erwerbslosen für den Winter bewilligen sollte. Kläglich war das, was die angeblichen Vertreter der Arbeiterschaft dieser zu erkämpfen vermochten. *15 Millionen Reichsmark wurden im Jahre 1932 als Winterhilfe vom Reich angeboten.* Die marxistischen Bonzen gaben dem Arbeiter Steine statt Brot, Phrasen statt Kohle.

Kläglich ist das Ergebnis der sozialistischen Hilfstätigkeit in vierzehn Jahren Weimarer Systems. Es werden aufgebracht:

bis zum Winter 1932/33 insgesamt 188 Mill. RM.,
dagegen von 1933/37 insgesamt 1 480 937 694 RM.

So schafft der Nationalsozialismus ein sozialistisches *Hilfswerk von nie gekanntem Ausmaß,* das in der Welt beispiellos ist und dessen sich die reichsten Länder der Welt nicht zu rühmen vermögen.

Insgesamt wurde folgendes Ergebnis erzielt:

WHW. 1933/34	RM. 350 000 356
WHW. 1934/35	RM. 360 493 430
WHW. 1935/36	RM. 371 943 908
WHW. 1936/37	RM. 398 500 000
	RM. 1 480 937 694 (nach Abzug der Unkosten).

Allein im Winter 1935/36 beträgt die Zahl der Betreuten im Monatsdurchschnitt 12.909.469, die Zahl der ehrenamtlichen Helfer 1.234.918.

Es werden betreut:

1 272 521	Empfänger von Arbeitslosen- und Krisenunterstützung,
350 204	Empfänger von Wohlfahrtsunterstützung,
855 789	Rentenempfänger,
116 970	Kurzarbeiter,
1 614 944	sonstige Betreute, darunter langjährige Erwerbslose, die erst seit einiger Zeit wieder Arbeit haben,
8 699 041	Familienangehörige.

Das ist die Leistung eines einzigen Winters - wer vermag eine ähnliche aufzuweisen?

Der Nationalsozialismus beschränkt sich nicht darauf, lediglich in den ersten Jahren seiner Herrschaft das Winterhilfswerk als freiwilliges Hilfswerk durchzuführen, um die ersten Schäden und die größte Not, die noch aus der Zeit des Systems herrühren, zu mildern und zu lindern. *Nationalsozialismus ist Sozialismus der Tat.* Als sozialistische Verpflichtung vor der Nation wurde am 1. Dezember 1936 das *Winterhilfswerk durch ein Reichsgesetz zur Dauereinrichtung für alle Zeiten gemacht.*

Für alle Zeiten werden arm und reich, jung und alt zusammenwirken, um in jedem Winter als Zeugnis sozialistischer Solidarität der ganzen Nation denen zu helfen, die das Schicksal mit geringeren Gütern des Lebens bedacht hat oder denen es die Arbeitsfähigkeit nahm.

Als rechtsfähige Stiftung wird so das **Winterhilfswerk des deutschen Volkes,** im Auftrag des Führers geschaffen, vom Gauleiter von Berlin Reichsminister Dr. Goebbels aufgerichtet, und verwaltet in seinem Auftrag vom Reichswalter Hilgenfeldt, **noch in fernsten Zeiten ein sozialistisches Denkmal der nationalsozialistischen Revolution sein.**

12. Von den Gewerkschaften zur Deutschen Arbeitsfront

Der Skandal bei der "Volksfürsorge"

Am 5. Mai meldet die Hamburger Presse:

> **"Bei der 'Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-AG.' sind finanzielle Machenschaften aufgedeckt worden, durch die die *Versicherung und Spareinlagen der Hamburger Arbeiterschaft in starkem Maße gefährdet* sind. So wurde festgestellt, daß die Kapitalsanlage der Prämiengelder mit den versicherungstechnischen Bestimmungen überhaupt nicht in Einklang zu bringen ist. Die Prämiengelder wurden nicht so angelegt, daß dadurch die Anwartschaften der Versicherten sichergestellt sind, sondern fast ausschließlich *für politische Zwecke der Marxisten* hergegeben. Ein wesentlicher Teil dieser Summen dürfte verloren sein. Die Geschäftsleitung hat für *persönliche Aufwendungen* Summen in**

erschreckender Höhe *verschwendet.* Der bisherige Direktor *Junger* hat z.B. seine *Wohnung für 38.467,97 RM auf Kosten der Gesellschaft renovieren lassen.* Das Mitglied des Vorstandes *Wicklein* ließ auf Kosten der Fürsorge seine *Wohnung für 11.110,44 RM.* renovieren, weil sie seinem Geschmack nicht entsprach. Nach 1½ Jahren gefiel ihm die Wohnung nicht mehr und er ließ sie *erneut für 14.241,76 Reichsmark* von Grund auf instand setzen. Für seine private Küche kaufte er auf Kosten der Gesellschaft einen Kühlschrank im Werte von 2330,-- RM. Ein Abend eines Vorstandsmitglieds mit einem Besucher aus Belgien kostete 330,75 RM., ein anderer Abend in einem Lokal 704,95 RM. Spesen. Obwohl das Geschäftsgebiet der Volksfürsorge auf Deutschland beschränkt ist, hat die Direktion *erhebliche Summen für Auslandsreisen als Geschäftsspesen verbucht.*"

Am 13. Mai 1933 stellt die Bremer Presse fest:

"Bei einer Untersuchung bei der Bremer Arbeiterkammer, der einzigen öffentlich-rechtlichen Einrichtung dieser Art, die durch Pflichtbeiträge sämtlicher Bremer Arbeiter unterhalten wurde, wurden erhebliche finanzielle Verfehlungen festgestellt.
Im Jahre 1927 wurde die Volkshaus G.m.b.H. in Bremen, die die Gewerkschaften zum Bau eines neuen Gewerkschaftshauses gegründet hatten, notleidend, weil das Haus aus den Mitteln der Gewerkschaften gar nicht zu unterhalten war. Die Bremer Arbeiterkammer gab der Volkshaus G.m.b.H. ein *Darlehen von 200.000,-- RM.,* schloß aber erst nach drei Jahren mit der Volkshaus G.m.b.H. einen Vertrag darüber, als eine Untersuchung über die Finanzgebarung der Arbeiterkammer drohte. Das Darlehen wurde weder gesichert noch wurden Zinsen und Amortisationsbeträge gezahlt. Da die von der Arbeiterkammer hergegebenen Summen zur Unterhaltung des Volkshauses nicht ausreichten, wurde das *Gemeinwirtschaftliche Bestattungsinstitut der Gewerkschaften* ebenfalls zur Hergabe eines *Darlehens von 200.000,-- RM. veranlaßt.*
Die Gewerkschaften selbst waren gezwungen, von 1928 bis 1932 *Verluste von insgesamt 846.000,-- RM.* zu decken. Dieses planlos und ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit **von den Gewerkschaften errichtete Unternehmen hat der Bremer Arbeiterschaft eine Summe von zirka 1½ Millionen RM. gekostet.**
Ende 1932 erklärte die Verwaltung ihre Zahlungsunfähigkeit. Obwohl *das Unternehmen pleite* und damit 1½ Millionen Arbeitergelder verloren waren, übernahm der Vorstand der Arbeiterkammer die selbstschuldnerische *Bürgschaft für eine 600.000-RM.-Hypothek* der Volkshaus G.m.b.H. bei der Bremer Sparkasse. **2,1 Millionen RM. an Arbeitergeldern wurden so von den Gewerkschaftsbonzen zum Fenster hinausgeworfen, ohne daß die Arbeiterschaft die geringste Gegenleistung erhalten hätte."**

Am 6. Mai 1933 meldet die NSBO.-Pressestelle:

"Gewerkschaftsgelder für das Reichsbanner -
Arbeiter zahlen für den Bürgerkrieg

Bei der genauen Prüfung der Bücher der 'freien' Gewerkschaften und der Arbeiterbank erweist sich immer mehr, wie notwendig es war, in die Arbeit der Gewerkschaften mit starker Hand einzugreifen. Die Verquickung und engste Verflechtung von Gewerkschaften und sozialdemokratischer Parteipolitik liegt nunmehr klar auf der Hand.
Wenn die Führung der Gewerkschaften eine derartige Verquickung immer bestritten hat, so ergeben sich Tag für Tag neue Beweise, daß *mit den Arbeitergroschen eine schamlose Mißwirtschaft* getrieben worden ist. Die Beitragsgelder der Gewerkschaftsmitglieder wurden in überreichem Maße den sozialdemokratischen Organisationen, wie Reichsbanner und Eiserne Front, zur Verfügung gestellt.

Folgende neue Tatsachen sind mitzuteilen: Unter der Bezeichnung 'Franz Spliedt und Genossen (Post wird abgeholt)' wird bei der Arbeiterbank ein Konto mit einem derzeitigen Bestand von 54.832,84 RM. geführt. Es handelt sich hier um Gelder, die nach dem Verbot des Reichsbanners für dieses unter obigem Decknamen eingezahlt worden sind. Dieses *Konto ist nicht in der Bilanz* des ADGB. aufgeführt worden. Weiterhin wurde festgestellt nach einer in der Wohnung des Kassierers E. beschlagnahmten Korrespondenz, daß **im Jahre 1932 der ADGB. an die Eiserne Front 218.374 RM., an die SPD. 70.000 RM. und an das Reichsbanner in Magdeburg 20.000 RM. gezahlt hat.**
Die Angestellten der angeschlossenen Gewerkschaften wurden außerdem gezwungen, von ihrem Gehalt zu den drei Wahlkämpfen des Jahres 1932 Beiträge je nach Einkommen an die Eiserne Front zu zahlen. Ein vorgefundenes Schreiben des Verbandes sozialer Baubetriebe vom 9. Februar 1933 gibt seine Leistung an die Eiserne Front mit 13.335,30 RM. an. Der Deutsche Holzarbeiterverband leistete 13.631,50 Reichsmark. Andere angeschlossene Gewerkschaften mußten entsprechend zahlen.
Bezeichnend für die Verwendung der finanziellen Mittel des ADGB. ist die Tatsache, daß von dem monatlichen Eingang der Beträge seiner angeschlossenen Gewerkschaften in Höhe von 63.366,70 RM. allein an Gehältern für 52 Angestellte 25.309,-- RM. Verwendung fanden."

Viele Millionen Reichsmark bei den Gewerkschaften unterschlagen

Vier Jahre dauerte die Untersuchung, die Nachprüfung der Finanzgebarung der ehemaligen Gewerkschaften. Das Ergebnis ist geradezu niederschmetternd. Über das Verbleiben von Beträgen von vielen Millionen ist keinerlei Klarheit zu schaffen, weil bei großen Spitzenverbänden der "freien" Gewerkschaften *nicht einmal eine ordnungsmäßige Buchführung* bestand und z.B. beim Deutschen Metallarbeiterverband die **Wertpapiere im Betrage von 1 Million Reichsmark in einem gewöhnlichen Oktavheft durch Bleistifteintragungen aufgezeichnet waren. Die Liste der Unterschlagungen bei den Gewerkschaften,** soweit sie einwandfrei festgestellt werden konnten, **umfaßt 87 Seiten mit weit über tausend Namen** und tausend Fälle von Unterschlagungen. Darunter befinden sich *teilweise Summen von über 100.000 Reichsmark.*

Die Unterschlagungen beim **Deutschen Metallarbeiterverband umfassen 19 Seiten mit 220 Namen und betragen 194.608,16 RM.,** die beim Deutschen Holzarbeiterverband 20 Seiten und 250 Namen und betragen 83.171,49 RM. Beim Deutschen Landarbeiterverband wurden 500 Unterschlagungsfälle festgestellt mit einer Summe von 61.692,46 RM.

Allein bei den fünf großen Spitzenverbänden wurden Unterschlagungen von 739.710,21 RM. aufgedeckt.

Am 15. Februar 1931 wurden in Berlin der *Reichsbannerführer* Regenbogen und die SPD.-Mitglieder Jung, Wopp, Götze und Bertram als Angestellte beim Arbeitsamt Berlin-Ost wegen *Unterschlagung von 80.000 RM.* verhaftet. Kurz darauf wurden festgenommen der *kommunistische preußische Landtagsabgeordnete Gemeiner,* der kommunistische Drucker Lyk und der kommunistische Organisationsgeschäftsführer Gehrke aus Braunschweig, da sie *Beitragsmarken für den Baugewerksbund gefälscht* und an die Arbeiter verkauft hatten. Der entstandene Schaden belief sich auf 22.500,-- RM.

Im August 1931 wird in Dresden der SPD.-Volkshausgeschäftsführer Richter festgenommen wegen Unterschlagung von 98.000,-- RM.

Das ist die Bilanz der Gewerkschaften:
Steigende Beiträge,
fallende Leistungen,
ungeheurer Aufwand,
riesige Unterschlagungen,
hohe Verwaltungskosten.

Gewerkschaften finanzierten Deutschlands Kriegsgegner

Im Archiv der Deutschen Arbeitsfront befinden sich einige sehr interessante Briefe. Genosse *Dimitroff,* Sekretär des bulgarischen Gewerkschaftsbundes, heute Generalsekretär der

kommunistischen Internationale in Moskau, schrieb am *6. September 1915* aus Sofia an den Genossen *Legien* von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin und teilte dankend mit, daß er von ihm auf dem Wege über den Genossen Oudegeest in Amsterdam *3.000 Reichsmark für die serbischen Gewerkschaften* erhalten habe. Damit steht fest: Genosse Legien finanzierte die Feinde Deutschlands und schickte serbischen Organisatoren das Geld deutscher Arbeiter, während gleichzeitig Zehntausende braver deutscher Arbeiter in feldgrauer Uniform an der Front in Serbien standen. Genosse Legien agitierte gegen den Eintritt Bulgariens in den Krieg auf deutscher Seite. Genosse Legien empfahl den Führern der deutschen Gewerkschaften am 23. Dezember 1914, Spenden für die belgischen Gewerkschaften abzuführen.

Das war die Führung der Gewerkschaften im Weltkriege.

Privatkonten und gefälschte Bilanzen

Wie haben die Gewerkschaften die Groschen der deutschen Arbeiterschaft verwaltet? Die Untersuchungen haben ergeben, daß ein großer Teil der Konten der gewerkschaftlichen Untergliederung *auf Privatnamen angelegt* war, 1933 von Privatpersonen abgehoben und wahrscheinlich *ins Ausland verschoben* wurde. So ist ganz ohne Zweifel in einigen Fällen der *Ankauf von Villen in ausländischen Kurorten,* von Druckereien, Verlagen und Geschäftsunternehmen, die emigrierte Marxisten in den Jahren 1933-1934 im Ausland vornahmen, mit Mitteln erfolgt, die von den Konten der Gewerkschaften stammen.

Es wurden weiter viele Fälle ermittelt, in denen Gewerkschaftsgelder ohne genügende Sicherheit hypothekarisch angelegt und auch hier auf die Namen von Privatpersonen eingetragen waren. Die Sparkonten der Gewerkschaften lauteten ebenfalls in den meisten Fällen auf Privatnamen und sind vermutlich bis heute noch nicht alle erfaßt worden, weil sie unter dem Schutz des Bankgeheimnisses stehen.

Eine Aufstellung der Bilanzen der einzelnen Gewerkschaftsverbände hat gezeigt, daß **schon in den letzten Jahren vor der Machtergreifung die Verbände weit überschuldet** waren und nur durch *Bilanzfälschung und Bilanzverschleierung* dem Konkurs entgingen. **Um die Bilanz zu balancieren, wurde der den Gewerkschaften gehörende Besitz mit einem Mehrfachen seines wirklichen Wertes zu Buch genommen.** Abschreibungen, wie sie jeder ehrliche Kaufmann Jahr um Jahr vorzunehmen hat, wurden meist wissentlich unterlassen.

In der Bilanz des DHV. wurden die Wertpapiere zum Ankaufswert eingesetzt, anstatt zum Kurswert des Bilanzstichtages. Auf diese Weise wurde allein ein Kursverlust von 4 Millionen RM. bei Wertpapieren *verschwiegen.* Auch uneintreibliche Forderungen an Dritte erschienen bei vielen Gewerkschaften Jahr um Jahr wieder in den Bilanzen, obwohl längst feststand, daß die Beträge verloren waren. Man hat sogar regelrechte *gefälschte Bilanzen aufgestellt* und hunderttausende Reichsmark an Unkosten einfach unter die "Aktiva" gesetzt.

Noch nach der Rückgliederung des Saargebietes im Jahre 1935 hat der *Bezirksleiter Saar des Christlichen Metallverarbeiterverbandes, Otto Pick,* vermittels einer Urkundenfälschung *180.000 französische Franken* aus dem Vermögen des Verbandes *nach Basel verschoben* und in seine eigene Tasche gesteckt. Der Obere Abstimmungsgerichtshof des Saarlandes, der sich aus fremden Staatsangehörigen zusammensetzt, hat mit Urteil vom 26. November 1935 ungeheuerliche Verfehlungen des Pick in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau bestätigt.

Der Gewerkschaftssekretär *Dobisch vom "Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund"* im Saargebiet hat vor Übergabe des Saargebiets an Deutschland sämtliche Kassenbelege des ADGB. vernichtet. An Hand der vorgefundenen Kassenkladde haben sich Verfehlungen des Dobisch von 163.389.60 franz. Franken ergeben. Darüber hinaus wurden jedoch weitere Verfehlungen von zirka 500.000 franz. Franken festgestellt. **Dobisch hat 85.118,86 RM. Arbeitergelder für sich selbst verbraucht.**

Allein am 31. Dezember 1934 mußten *57,4 Millionen RM. Bilanzwerte der früheren Gewerkschaften abgeschrieben* werden, weil sich bei der Abrechnung ergab, daß die entsprechenden Besitztitel der betreffenden Gewerkschaftsverbände zu einem Mehrfachen des wirklichen Wertes in den Bilanzen ausgewiesen waren.

Nationalsozialismus schafft Ordnung

Anfang April 1933 häuft sich in den Dienststellen der NSDAP. das Material über die Finanzskandale bei den Gewerkschaften. Zu Hunderten und zu Tausenden kommen die deutschen Arbeiter und teilen ihre Besorgnisse über die Sicherheit ihrer Beiträge, ihrer Spargelder, ihrer Sterbebeihilfen mit. Immer klarer schält sich heraus, was in den Jahren des Kampfes so oft behauptet, aber von den Gewerkschaften immer wieder verschleiert worden war:

Die Gewerkschaften sind pleite. Ungeheure Werte sind ins Ausland verschoben worden, die Bilanzen wurden durch Bilanzfälschungen frisiert.

Der 1. Mai 1933 ist der *Feiertag der deutschen Arbeit.* Am Tage darauf ruft der Organisationsleiter der NSDAP., Dr. Robert Ley, das *Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit* zusammen. Am gleichen Tage **besetzt die NSBO. mit Unterstützung von Millionen deutscher Arbeiter sämtliche Geschäftsstellen der freien Gewerkschaften und stellt die Bücher der Gewerkschaften und das Vermögen, soweit es faßbar ist, zunächst einmal sicher.**

Am 3. Mai erläßt Dr. Ley sechs Anordnungen über die künftige Führung der Gewerkschaftsverbände. Das Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit gibt weiter bekannt:

> "Nachdem die Aktion gegen die marxistischen Gewerkschaften im Volke und besonders in der Arbeiterschaft einen ungeheueren Widerhall gefunden hat, sahen sich der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gewerkschaftsring Deutscher Angestellten-, Arbeiter- und Beamtenverbände

> (Hirsch-Duncker), der Gewerkschaftsbund der Angestellten und andere kleinere Verbände unter dem Druck dieser gewaltigen Volksbewegung genötigt, schriftlich zu erklären, daß sie sich bedingungslos dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei unterstellen und vorbehaltlos die Anordnungen des von ihm berufenen Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit befolgen werden.
> Wir begrüßen diese Einsicht und werden alle wirklich fachlich und sachlich erfahrenen Kräfte dem Aufbau der neuen Arbeitsfront dienstbar machen.
> Der Leiter des Aktionskomitees hat allerdings den Vertretern dieser Verbände keinen Zweifel darüber gelassen, daß er gewillt ist, jeden auch nur passiven Widerstand im Interesse des deutschen Arbeitertums zu brechen."

Am 10. Mai findet der *Erste Kongreß der Deutschen Arbeitsfront* in Berlin unter Führung von Dr. Ley statt.

Der Generalstaatsanwalt des Landgerichts Berlin I erläßt am 12. Mai folgende Anordnung:

> "Die am 9. Mai 1933 angeordnete Beschlagnahme des sozialdemokratischen Parteivermögens wird dahin ergänzt, daß auch das Vermögen der freien Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Allgemeinen Freien Angestelltenbundes, aller ihnen angeschlossenen Gewerkschaften sowie aller ihnen angeschlossenen Vermögensverwaltungen beschlagnahmt wird. Als verfügensberechtigter Pfleger der beschlagnahmten Vermögen wird der Führer der Deutschen Arbeitsfront, Parteigenosse Dr. Ley, bestimmt, der auch berechtigt ist, Bevollmächtigte zu ernennen. Die getroffenen Maßnahmen erscheinen geboten, um eine geordnete Verwendung des deutschen Arbeitervermögens zu gewährleisten."

Dr. Ley ergänzt diese Anordnung durch folgenden Aufruf:

> **"Die Revision der Kassen und Bücher der Gewerkschaften hat zu der Feststellung geführt, daß größere Summen der den Gewerkschaften gehörigen Gelder auf Privatkonten, teilweise sogar im Ausland, umgeschrieben worden sind. Verschiedene dieser Konten wurden ja bereits beschlagnahmt. Ich richte hiermit die öffentliche Aufforderung an alle, die an derartigen Überschreibungen beteiligt sind, sich bis zum 1. Juni spätestens zu melden. Im Falle der freiwilligen Meldungen wird die Deutsche Arbeitsfront eine Anzeige unterlassen. Die Beteiligten an diesen gesetzwidrigen Schiebungen, die bis zum 1. Juni keine Meldung abgegeben haben, werden rücksichtslos der strengsten Bestrafung zugeführt werden."**

Über die Gründe für die Aktion gegen die Gewerkschaften erklärt er am 2. Mai abends in einer Rede vor den Arbeitervertretern:

> "Es galt, die Institutionen der Arbeiterschaft zu erhalten. Wir wußten, daß die Gewerkschaften mit den sauer verdienten Groschen der Arbeiter aufgebaut worden sind, und gerade wir Nationalsozialisten, die wir alle mehr oder weniger als unbekannte Soldaten aus dem Volke herausgewachsen sind, wir fühlen mit dem Volke und werden nie etwas zerstören, was irgendwie Wert für das Volk hat, am allerwenigsten die Einrichtungen der deutschen Arbeiterschaft. Und deshalb galt es, sie vor der Auflösung zu bewahren.
> Der Afa-Bund und noch andere Verbände lösten sich bereits auf. In einigen Wochen und Monaten hätten sie sich alle in Wohlgefallen aufgelöst, und es wäre nichts mehr vorhanden gewesen. Dem kamen wir zuvor. Und ich weiß heute schon, daß wir es tausendfältig besser machen werden als die marxistischen

> Bonzen.
> Wir mußten es aber auch zum dritten deshalb tun: Schon der heutige Tag hat bewiesen, daß gewaltige Korruptionserscheinungen vorgekommen sind. Der Leiter der Arbeiterbank und der Kassierer der Gewerkschaftskasse, beide berichteten mir bereits, daß Verschleuderungen stattgefunden und Geld ins Ausland verschoben worden ist."

Volksgemeinschaft statt Klassenkampf

Aus den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden wird organisch die Deutsche Arbeiterfront. Zunächst werden die Gewerkschaftsverbände aller Richtungen zu einer Säule verschmolzen, die Angestelltenverbände zu einer anderen. Und dann erfolgt der große Schritt: **die Verschmelzung der Arbeiter- und der Angestelltensäule mit der Säule der Unternehmer zu einem geschlossenen Ganzen, zur größten Organisation der Welt.** Zu einer Organisation, in der *Betriebsführer und Gefolgschaft die gleichen Pflichten und die gleichen Rechte* haben. Beide gehören zusammen, und der eine ist nichts ohne den anderen. Ihr Schicksal ist unlöslich miteinander verknüpft. So hat der nationalsozialistische Staat nach der Überwindung des Klassenkampfes beide zu Mitarbeitern am gleichen Werke gemacht und beide unter das gleiche Gesetz gestellt: das Gesetz des Volkes! Aus den Organisationen des Klassenkampfes der Arbeitnehmer und Arbeitgeber wird so ein einziger eherner Block, eine sozialistische Gemeinschaft, die auf Tod und Leben zusammengehört.

Niedrigere Beiträge, höhere Leistungen

Das, was die Gewerkschaften und ihre Bonzen den Arbeitern vierzig Jahre lang versprachen und was sie niemals hielten, wird nun im nationalsozialistischen Staat zur Tatsache, und **die Deutsche Arbeitsfront kann nach vierjähriger Tätigkeit auf einen Erfolg zurückblicken, der sie mit Recht stolz machen kann.**

Forderungen und Leistungen stehen jetzt in einem ganz *anderen Verhältnis als bei den früheren Gewerkschaften.*

Die Beiträge sind niedriger,
die Leistungen höher,
die Unkosten geringer geworden.

Außerdem wurden die Beiträge den Einkommensverhältnissen der Werktätigen in viel stärkerem Maße angepaßt. Die nachstehende Tabelle, die die Beiträge von sieben früheren großen Verbänden mit denen der Deutschen Arbeitsfront vergleicht, stellt das ganz besonders unter Beweis:

	Heute	Früher						
Ein-kommen bis RM.	Beiträge der Gewerkschaften							
	DAF.	öffentl. Betriebe	Metall	Holz	Bau	Textil	Berg-bau	GdA.
40,--	**--,60**	1,--	1,75	1,30	1,75	1,30	--,80	1,50
60,--	**--,80**	1,60	1,75	1,30	1,75	1,30	1,30	1,50
70,--	**1,20**	1,80	1,75	1,75	1,75	1,75	1,75	1,50
80,--	**1,20**	2,--	1,75	2,15	1,95	1,75	1,75	1,50
90,--	**1,40**	2,20	3,05	2,15	1,95	1,75	2,15	2,50
100,--	**1,40**	2,60	3,05	2,60	2,35	1,75	2,15	2,50
120,--	**1,80**	3,--	3,05	3,05	3,25	2,20	2,60	2,50
140,--	**2,20**	3,60	3,05	3,45	3,45	2,60	2,60	3,50
160,--	**2,20**	4,--	3,90	4,35	4,10	3,05	3,05	3,50
180,--	**2,80**	4,60	4,75	4,35	5,--	3,05	3,45	4,50
200,--	**3,40**	5,20	4,75	5,20	5,65	3,45	3,90	4,50
220,--	**3,40**	5,60	5,40	5,65	6,70	3,90	4,35	4,50
240,--	**3,80**	6,--	5,40	6,50	7,35	4,30	4,75	4,50
260,--	**3,80**	6,40		6,50	8,--	4,30	5,20	4,50
280,--	**4,40**	6,80			8,90	5,20	5,65	4,50
300,--	**4,40**	7,20			9,30	5,20	6,05	4,50
360,--	**5,40**	9,--			11,--	6,05	6,50	5,--
420,--	**6,--**	10,--			12,35	8,65	6,50	5,--

Die Leistungen der alten Gewerkschaften waren sehr uneinheitlich und beschränkten sich hauptsächlich auf die Gewährung von Unterstützungen in besonderen Fällen. Nur einzelne große Verbände gewährten überhaupt Unterstützungen bei Arbeitslosigkeit, die Mehrzahl nur bei Invalidität.

Bei den meisten Verbänden fehlte vollkommen die finanzielle Unterlage, die Versprechungen für die Mitglieder auch nur halbwegs für die Dauer einzuhalten.

Die Unterstützungseinrichtungen der Deutschen Arbeitsfront

Die von der Deutschen Arbeitsfront geschaffenen *Unterstützungseinrichtungen* umfassen zum Unterschied zu den früheren Verbänden sämtliche Unterstützungsarten, und zwar:

Erwerbslosen-Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit,
Invaliden-Unterstützung,
Sterbegeld-Unterstützung,
Heiratsbeihilfe,
Notfall-Unterstützung,
Opfer der Arbeit
und sonstige Unterstützungen.

Der Bezug dieser Unterstützungen steht *ausnahmslos jedem Mitglied* zu, das bedürftig ist und sich in einer unverschuldeten Notlage befindet.

In der kurzen Zeit seit dem Bestehen der Deutschen Arbeitsfront bis zum 31. Dezember 1936 sind nicht weniger als rund 243 Millionen RM. an Unterstützungen an die Mitglieder zur Auszahlung gelangt.

Um überhaupt einen Vergleich der Unterstützungsleistungen der Deutschen Arbeitsfront mit denen der früheren Gewerkschaften durchführen zu können, sind diejenigen alten Gewerkschaften der Deutschen Arbeitsfront gegenübergestellt worden, die wenigstens einigermaßen ähnliche Unterstützungsleistungen wie die Deutsche Arbeitsfront in ihren Satzungen vorgesehen hatten.

Danach ergibt sich folgendes Bild:

1. Erwerbslosenunterstützung

Bei einer Dauer der Mitgl.-schaft v.	u. einem monatl. Beitrag v. RM.	**Heute:**	**Früher:**						
		Unterstützungsbetrag							
		DAF.	Metall	Holz	öff. Betriebe	Bau	Textil	Bergbau	GdA.
1 Jahr	1,40	**17,15**	10,50	9,60	7,--		10,50	7,--	
	2,80	**34,30**	18,90	16,80	14,--		18,--	14,--	
	4,40	**53,90**	25,20	26,40	22,--		27,75	22,--	
6 Jahren	1,40	**29,40**	27,--	14,40	9,80	21,60	14,--	15,75	
	2,80	**58,80**	29,70	22,80	19,60	43,20	24,--	31,50	
	4,40	**92,40**	37,80	36,--	30,80	67,20	37,--	49,50	90,--
10 Jahren	1,40	**39,20**	32,40	16,80	15,75	21,60	17,50	22,75	
	2,80	**78,40**	49,50	28,80	31,50	43,20	30,--	45,50	
	4,40	**123,20**	59,40	42,--	49,50	67,20	46,25	71,50	140,--

2. Invalidenunterstützung

Bei einer Dauer der Mitgl.-schaft v.	u. einem monatl. Beitrag v. RM.	**Heute:**	**Früher:**						
		Monatlicher Unterstützungsbetrag							
		DAF.	Metall	Holz	öff. Betriebe	Bau	Textil	Bergbau	GdA.
20 Jahren	1,40	**7,--**		2,65	9,20	3,--	3,50		
	2,80	**14,--**	17,--	3,30	15,40	3,--	5,--		
	4,40	**22,--**	21,--	4,--	21,60	3,--	7,50		
30 Jahren	1,40	**9,80**		3,30	11,80	5,--	5,50		45,--
	2,80	**19,60**	24,--	4,--	20,60	5,--	7,--		45,--
	4,40	**30,80**	30,--	4,65	29,40	5,--	9,50		45,--

3a. Sterbegeld für Mitglieder

Bei einer Dauer der Mitgl.-schaft v.	u. einem monatl. Beitrag v. RM.	**Heute:**	**Früher:**						
		DAF.	Metall	Holz	öff. Betriebe	Bau	Textil	Bergbau	GdA.
3 Jahren	1,40	**30,--**	15,--	10,--	17,50	13,--	30,--	12,--	
	2,80	**30,--**	20,--	16,--	35,--	26,50	45,--	24,--	
	4,40	**30,--**	30,--	22,--	55,--	41,50	60,--	42,--	
10 Jahren	1,40	**100,--**	32,50	20,--	28,--	26,--	60,--	28,--	100,--
	2,80	**100,--**	45,--	30,--	56,--	52,50	75,--	40,--	100,--
	4,40	**100,--**	67,50	40,--	88,--	82,50	90,--	62,--	100,--
15 Jahren	1,40	**125,--**	35,--	20,--	38,50	26,--	60,--	36,--	100,--
	2,80	**125,--**	50,--	30,--	77,--	52,50	75,--	48,--	100,--
	4,40	**125,--**	75,--	40,--	121,--	82,50	90,--	72,--	100,--

3b. Sterbegeld für die Ehefrau

Bei einer Dauer der Mitgl.-schaft v.	u. einem monatl. Beitrag v. RM.	**Heute:**	**Früher:**						
		DAF.	Metall	Holz	öff. Betriebe	Bau	Textil	Bergbau	GdA.
3 Jahren	1,40	**15,--**			11,60	13,--		12,--	
	2,80	**15,--**	10,--		23,20	26,50		24,--	
	4,40	**15,--**	15,--		36,60	41,50		42,--	
10 Jahren	1,40	**50,--**			18,60	26,--		28,--	
	2,80	**50,--**	23,--		37,20	52,50		40,--	
	4,40	**50,--**	34,--		58,60	82,50		62,--	
15 Jahren	1,40	**62,50**			25,20	26,--		36,--	
	2,80	**62,50**	25,--		51,20	52,50		48,--	
	4,40	**62,50**	38,--		80,--	82,50		72,--	

Die obige Aufstellung zeigt, daß zwischen den Unterstützungsleistungen der Deutschen Arbeitsfront und denen der alten Gewerkschaften ganz erhebliche Unterschiede bestehen. Die Deutsche Arbeitsfront als *echt sozialistische Einrichtung* hat Wert darauf gelegt, alle hilfsbedürftigen Mitglieder zusätzlich zu unterstützen und *so auch die ärmeren Volksgenossen,* die infolge ihres geringen Einkommens auch nur einen geringen Beitrag zahlen, ebenso in den Genuß einer angemessenen zusätzlichen Unterstützung zu bringen wie die Besserzahlenden.

Die Gewerkschaften haben den Mitgliedern mit geringem Einkommen auch nur ganz geringe Unterstützungen, den Bessergestellten dagegen erheblich höhere Unterstützungen gezahlt. So kommen heute die *Unterstützungen der Deutschen Arbeitsfront in erster Linien der breiten Masse* zu, während sie bei den Gewerkschaften in erster Linie dem geringeren Teil der höhere Beiträge zahlenden Mitglieder zugute kamen.

Während viele *Gewerkschaften erst nach langjähriger Mitgliedszeit* Erwerbslosenbeiträge zahlten, sind bei der *Deutschen Arbeitsfront bereits nach einjähriger Mitgliedszeit* erhebliche Leistungen vorgesehen, die sich auch auf die Invalidenunterstützung und das Sterbegeld beziehen.

Die Deutsche Arbeitsfront gewährt außer für die Ehefrau auch beim Tode eines Kindes im Alter von 6 bis 18 Jahren ein *Sterbegeld,* während die Gewerkschaften nur vereinzelt beim Tode der Ehefrau, beim Tode eines Kindes jedoch überhaupt kein Sterbegeld gewährten.

Deutsche Arbeitsfront leistet mehr als alle Gewerkschaften

Während die Gewerkschaften bei höheren Beiträgen die Leistungen für ihre Mitglieder im wesentlichen auf die Gewährung von Unterstützungen beschränkten, hat die Deutsche Arbeitsfront darüber hinaus eine mannigfaltige *soziale Betreuung* ihrer Mitglieder gesichert, die sich auf *alle Lebensgebiete* erstreckt. *Die Reichsbetriebsgemeinschaften,* die innerhalb der DAF. an die Stelle der alten Fachverbände getreten sind, sind großenteils Träger der sozialen Leistungen und Garanten der Betriebsgemeinschaft, des gegenseitigen Einvernehmens zwischen Betriebsführer und Gefolgschaft bis in den letzten Betrieb hinein.

Rechtsberatung

Die Rechtsberatungsstellen wurden 1936 von 3,5 Millionen Mitgliedern aufgesucht. Ihre Aufgabe ist, ausgleichend zu wirken und Streitfälle möglichst zu schlichten, bevor sie vor die Gerichte kommen. Sie geben aber weiter dem schaffenden Volksgenossen die Möglichkeit, seine berechtigten Ansprüche auch vor den Arbeitsgerichten und Spruchbehörden vertreten zu lassen und so Forderungen durchzufechten, die er infolge der Unkenntnis der Rechtslage sonst vielleicht nicht zum Erfolge führen könnte. Die Rechtsberatungsstellen haben im Jahre 1936 bearbeitet:

641 418	arbeitsrechtliche Streitfälle
210 279	außergerichtliche Vergleiche
84 354	erhobene Klagen
16 132	Zwangsvollstreckungen
242 748	Verfahren in der Sozialversicherung.

Jugendfürsorge

Das Jugendamt der DAF. hat die gesundheitliche und berufliche Lenkung der Jugend in den Betrieben übernommen. Es hat den *Reichsberufswettkampf* eingeführt, der für die Ausbildung eines guten deutschen Facharbeiternachwuchses heute unerläßlich geworden ist und bereits Nachahmung in anderen Ländern findet. Es hat dazu beigetragen, der Jugend einen angemessenen Urlaub zu schaffen und hat in vielen Betrieben Sondereinrichtungen für die Jungarbeiterschaft herbeigeführt.

Frauenamt

Das Frauenamt der Deutschen Arbeitsfront sorgt für die Frau im Betriebe, kümmert sich darum, daß ihr keine gesundheitsschädigende Arbeit zugemutet wird, schafft werdenden Müttern und Müttern die nötige Zeit zur Ausspannung und eine genügende Unterbrechung der Arbeit ohne Verlust der Stellung und betreut die Mütter auch im Betriebe.

Heimstätten- und Wohnungsbau
Die Leistungen des nationalsozialistischen Staates auf dem Gebiet des *Wohnungsbaues* und der *Siedlung* sind an anderer Stelle behandelt worden. Auch die Deutsche Arbeitsfront hat durch ihr Heimstättenamt viel dazu beigetragen. Sie hat durch aktives Eingreifen und durch fachliche und finanzielle Unterstützung und Beratung vielen schaffenden Deutschen zu einer gesunden Wohnung verholfen oder ihn auf eigener Scholle seßhaft gemacht. So wurden 1936 fertiggestellt:

Siedlerstellen	24 512 Einheiten
Eigenheime	7 243 Einheiten
Geschoßwohnungen	5 355 Einheiten
	insgesamt 37 110 Einheiten

Die fertiggestellten Wohneinheiten hatten einen Bauwert von rund 240 Millionen RM.
Ferner befanden sich im Bau am 31. 12. 1936:

Siedlerstellen	20 486 Einheiten
Eigenheime	6 250 Einheiten
Geschoßwohnungen	8 590 Einheiten
	insgesamt 35 326 Einheiten

Schließlich sind in Vorbereitung am 31. 12. 1936:

Siedlerstellen	64 485 Einheiten
Eigenheime	9 877 Einheiten
Geschoßwohnungen	11 327 Einheiten
	insgesamt 85 686 Einheiten

Insgesamt sind 215.296 Bauprojekte in Angriff genommen und fertiggestellt worden.

Schulung und Berufserziehung
Die Deutsche Arbeitsfront hat auf dem Gebiete der Schulung und Berufserziehung Mustergültiges geleistet. Außer bei dem Reichsberufswettkampf hat sie im Lehrlingswesen, in der Umschulung von Arbeitskräften, im Anlernen von Arbeitslosen, in der zusätzlichen Berufsschulung, in der Einrichtung von Übungswirtschaften und wirtschaftskundlichen Fahrten eine außerordentlich vielseitige Leistung aufzuweisen. *400 Lehrwerkstätten* wurden errichtet, weitere 150 befinden sich im Bau. *2,5 Millionen Menschen* haben die *Lehrkurse* besucht. *25.000 Lehrkräfte* wurden dabei beschäftigt. *12.300 Übungswirtschaften* sind im Betrieb. Die sozialpolitische Schulung der Amtswalter und -warte der Deutschen Arbeitsfront wird auf *neun Reichsschulungsburgen* und *40 Gauschulen* durchgeführt. *85 verschiedene Fachblätter* und eine Reihe von anderen Zeitschriften werden in einer Auflage von *20 Millionen Stück* kostenlos den Werktätigen geliefert.

Soziale Betreuung
Dieser Begriff umschließt ein umfangreiches Aufgabengebiet, z.B.: Linderung der sozialen Not, Schlichtung sozialer und arbeitsrechtlicher Streitigkeiten, Förderung und Pflege des Heimstättengedankens, gesundheitliche Betreuung der Mitglieder, Sicherung des Arbeitsfriedens, u.a.m. Der Aufwand betrug 1935 rd. 40,5 Millionen Reichsmark, 1936 (Jan./Okt.) rd. 39,5 Millionen Reichsmark.

Kraft durch Freude

Durch die Schaffung der NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" im November 1933 wurden alle deutschen Schaffenden von einer Seite angesprochen, die ihnen bis dahin völlig fremd war. **Zum ersten Male kümmerte sich eine große Organisation um den Schaffenden auch außerhalb seiner Arbeitszeit, kümmerte sich um seinen Feierabend und seinen Urlaub.** Zum ersten Male wurden Maßnahmen ergriffen, ihm seine Spannkraft und seine Gesundheit zu erhalten, ihm den grauen Alltag zu verschönern und ihm den gebührenden *Anteil an den Kulturgütern der Nation* zu gewährleisten.

Ausländische Zeitungen melden im Jahre 1936:

> "Etwas Unvorstellbares ist in Deutschland Wirklichkeit geworden. Mitten in einer Riesenfabrik zwischen Riesentreibrädern und Maschinen, Drehbänken und Ambossen spielt das Philharmonische Orchester. Tausende von Arbeitern in ihren Arbeitskitteln hören andächtig zu."

Andere wieder berichten:

> "Um die *Kunst auch dem Arbeiter* zu bringen, sind in Deutschland *in den Betrieben Kunstausstellungen* veranstaltet worden, die einen außerordentlichen Erfolg hatten. 144 Kunstausstellungen wurden im Jahre 1935, 450 im Jahre 1936 in großen Fabriken abgehalten. Hunderttausende von Arbeitern haben sie gesehen."

So urteilt das Ausland über ein Werk, das wahrhaft den *Geist des Sozialismus* atmet.

An "Kraft durch Freude"-Reisen nahmen teil:

1934	2	Millionen	Menschen
1935	5,6	"	"
1936	6,1	"	"

"Auf *eigenen Schiffen werdet ihr die Meere befahren!*" So haben die Väter des Marxismus es dem Arbeiter prophezeit. Aber nicht der Marxismus, sondern der *Nationalsozialismus hat diese Parole in die Tat umgesetzt,* und heute gehören moderne große Seeschiffe dem deutschen Arbeiter, ist eine Seereise nach Afrika, ins Mittelmeer, in die norwegischen Fjorde oder den Atlantischen Ozean nicht mehr ein Vorrecht der Besitzenden. *Hunderttausende von Arbeitern* haben inzwischen *auf ihren Schiffen die Meere befahren.*

Schöne deutsche Landschaftsgegenden, die so lange vom Reisestrom gemieden wurden, hat die NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" dem schaffenden deutschen Menschen erschlossen und so Deutschland und den deutschen Menschen um ein Stück seiner Heimat reicher gemacht.

Am *Feierabend* wurden betreut:

1935	23 070 712	Teilnehmer auf	61 572	Veranstaltungen,
1936	52 766 029	Teilnehmer auf	142 670	Veranstaltungen.

Musik- und Singstunden, Theatervorstellungen und Konzerte, Bunte Abende, die

Sonderaktion für die Reichsautobahnarbeiter und Veranstaltungen in den Betrieben gehören zum Arbeitskreis dieses Amtes.

Das Amt "Deutsches Volksbildungswerk" hat durchgeführt:

1936 36.194 Veranstaltungen mit 6.109.269 Teilnehmern. Etwa 300 Volksbildungsstätten wurden besucht, Vortragsveranstaltungen, Dichterabende durchgeführt, Museumsführungen veranstaltet, Kurse angesetzt. In den Betrieben wurden durch Volksbildungsveranstaltungen 728.713 Gefolgschaftsmitglieder und Betriebsführer zusammengefaßt.

Die Sportkurse besuchten:

1935	2 717 196	Teilnehmer in	85 517	Kursen,
1936	5 880 220	Teilnehmer in	275 307	Kursen.

Das Amt "Schönheit der Arbeit" wandte auf:

1935	109 299 252.81	RM.
1936	500 000 000.--	RM.

Es schuf *8.000 Kantinen* und Aufenthaltsräume, *3.000 Grünanlagen, 500 Sportanlagen, 200 Schwimmbäder, 12.000 Wasch- und Umkleideräume.* Ferner wurden *1.000 Schiffe der Hochseeschifffahrt* und *3.000 Binnenschiffe* mit menschenwürdigen Unterkunftsräumen für die Mannschaft versehen.

Das Amt "Schönheit des Dorfes" schuf 42 Gau-Musterdörfer, 34 Kreismusterdörfer, 3 Mustergüter, 67 allgemeine Musterdörfer; 100 weitere Musterdörfer sind in Arbeit.

Heute ist die NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" aus dem Leben des schaffenden Menschen nicht mehr fortzudenken. "*Ohne 'KdF.' wäre uns das Leben gar nichts mehr*", sagen alte deutsche Arbeiter, und andere fügen hinzu: "Wir freuen uns schon den ganzen Winter auf unsere schöne Sommerreise mit 'KdF.'." "Ins Theater sind wir früher überhaupt nicht gekommen. Jetzt sehen wir viele Theatervorstellungen, hören Konzerte und haben auch Kunstausstellungen besucht, auf denen man uns wirklich etwas über Kunst gesagt hat, was wir verstehen konnten."

Das sind kleine Urteile am Rande, aber sie geben einen tiefen Einblick in das Wesen der Deutschen Arbeitsfront und ihrer Leistungen, in die Verbundenheit, die heute der deutsche Arbeiter mit seiner Organisation fühlt.

25 Millionen Deutsche sind heute in der *Deutschen Arbeitsfront* organisiert, davon 17 Millionen Einzelmitglieder und 8 Millionen korporative Mitglieder (Reichskulturkammer, Reichsnährstand, Reichsbund Deutscher Beamten).

Während die Gewerkschaften 55% des Beitragsaufkommens als Verwaltungsunkosten verbrauchten, sind es bei der DAF. nur 23,6%. Die Verwendung der Beiträge zeigt nachstehende Übersicht:

Verwaltung	23,6%	d.	Mitgl.-Aufk.	
Soziale Betreuung	14,4%	"	"	"
"Kraft durch Freude"	8,1%	"	"	"
Unterstützungen	25,8%	"	"	"
Schulung	4,2%	"	"	"
Presse und Propaganda	3,9%	"	"	"
Verschiedenes	5,9%	"	"	"

So braucht die Deutsche Arbeitsfront heute keinen Vergleich mit den alten Gewerkschaften zu scheuen.

13. Von der Republikjustiz zum deutschen Recht

Ein republikanischer Justizminister

Am 19. November 1923 horcht man in der deutschen Öffentlichkeit auf. Die *Leipziger Neuesten Nachrichten* berichten von der **Verhaftung des sozialdemokratischen sächsischen Ministerpräsidenten und früheren Justizministers Dr. Zeigner wegen zahlreicher Fälle von passiver Bestechung:**

> "Die Staatsanwaltschaft Leipzig hat wegen Verdachts der Bestechlichkeit im Sinne des § 332 StGB. ein Verfahren gegen den früheren Ministerpräsidenten Dr. Zeigner eingeleitet. Dieser Paragraph bedroht überführte passive Bestechung mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren.
> Im einzelnen sei hierzu folgendes mitgeteilt:
> Dr. Zeigner war bekanntlich, bevor er die Ministerpräsidentschaft übernahm, sächsischer Justizminister. Man wird sich entsinnen, daß er in dieser Stellung eine Fülle von Begnadigungen ergehen ließ, was seinerzeit schon in der gesamten deutschen Öffentlichkeit bedenkliches Kopfschütteln und Aufsehen erregte, wenngleich sich Dr. Zeigner dabei auf Amnestieerlasse zu stützen versuchte. Nun hat aber Dr. Zeigner seine Stellung als Vorstand des sächsischen Justizministeriums dazu mißbraucht, Leuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt worden waren, unter dem Deckmantel der Begnadigung diese *Strafen zu erlassen,* und zwar *gegen bar und gegen Geschenke.* Er hat sich also Begnadigungen abkaufen lassen. **Als Zeichen der 'Erkenntlichkeit' hat Dr. Zeigner alle 'Arten von Gegenständen des täglichen Bedarfs' entgegengenommen, so Eier, Mehl, Kartoffeln, Butter, Geflügel, Bekleidungsgegenstände, Schmucksachen und Papiergeld.** Wie eilig es Dr. Zeigner mit dieser Art von Begnadigungen hatte, beweist die Tatsache, daß in *Dringlichkeitsfällen* sogar entsprechende *telegraphische Anweisungen an die Staatsanwaltschaft zur Freilassung der Begnadigten* erteilt wurden. Es ist weiter vorgekommen, daß bereits zur Strafhaft eingezogene 'Klienten' des Herrn Dr. Zeigner auf dessen telegraphische Anweisung sofort wieder entlassen werden mußten.
> Das Honorar für die 'justizministerielle' Tätigkeit hat dieser sonderbare Hüter des Rechts in den verschiedensten Lagen seines Lebens entgegengenommen. Teils in seiner Wohnung auf dem Weißen Hirsch, teils im Kaffeehaus, ja sogar auf der Straße hier in Leipzig. Fuhr er von Leipzig nach Dresden zurück, so hatte er die

'Abgabepflichtigen' vor Abgang seines Zuges nach dem Hauptbahnhof bestellt. So verstand er bei seinen Dienstreisen das Nützliche mit dem Angenehmen zu verbinden. In der 'Goldenen Kugel' in Leipzig wartete der biedere Landmann, der wegen Getreidewuchers bestraft war, mit der 'Weihnachtsgans', bis er herausgerufen und nach dem Blücherplatz geführt wurde. Dort stand erwartungsvoll der *Herr Justizminister,* bekleidet mit einem weiten Radmantel, *nahm im Schwung die Weihnachtsgans entgegen* und ließ sie *unter dem Radmantel verschwinden,* um nach Erledigung dieses 'Gefälligkeitsdienstes' seine amtliche Dienstreise nach Dresden fortzusetzen. Zur Entgegennahme der kleineren Haushaltsbedürfnisse, wie Butter und Eier, war die Gattin dieses seltsamen Justizministers beauftragt; Mehl wurde in der Härtelstraße bei einer nahen Verwandten abgeladen. Noch heute schmückt *die Gattin* dieses 'Anwalts der Armen und Enterbten' ein *Brillantkollier,* das mit dem aus formalen Gründen an das Justizministerium abgefertigten Gnadengesuch in der Privatwohnung des Herrn Ministers auf den Schreibtisch niedergelegt wurde. *Den Vorkämpfer des Proletariats* selbst ziert ein *kostbarer Pelz,* der gleichfalls dem Drange nach Freiheit eines Entgleisten seine Herkunft verdankt.
Um das vorstehende Bild abzurunden, bemerken wir noch, daß sich die Tätigkeit des Herrn Dr. Zeigner nicht nur auf die ihm zugetragenen Sachen beschränkte; er veranlaßte auch von sich aus seine Mittelsmänner an Gnadebedürftige oder solche, die er daraufhin einschätzte, wegen der *Höhe der Bestechungssumme* heranzutreten. Wir wiederholen, daß wir über die Einzelheiten der Fälle vollkommen unterrichtet sind. Wir begnügen uns heute mit diesen allgemeinen Hinweisen in der Erwartung, daß man nunmehr auch in Regierungs- und Parteikreisen der Sehnsucht Dr. Zeigners nach der schönen und freien Schweiz einige Beachtung widmen wird. Werden aus naheliegenden politischen Gründen unsere Angaben von der Presse, die sich bisher als Schildhalter Dr. Zeigners nicht genug tun konnten, übergangen und abzuschwächen versucht, so werden wir mit weiteren Einzelheiten über diese 'geborstene sozialistisch-kommunistische Säule' aufwarten."

Wer ist Dr. Zeigner? Dr. Zeigner war jener sozialdemokratische Ministerpräsident mit stark kommunistischem Einschlag, gegen den im Jahre 1923 mit Hilfe der Reichswehr eine Reichsexekutive durchgeführt werden mußte, weil er allmählich im Rahmen des Deutschen Reiches *aus Sachsen einen Sowjetstaat zu machen im Begriffe* war und dem Reiche praktisch die Botmäßigkeit aufgesagt hatte.

Es hat so viele Skandale um sozialdemokratische Minister gegeben, daß nur allzuleicht ein Einzelfall dem Gedächtnis entschwindet. Der Fall Zeigner jedoch ist einer der schwerwiegendsten gewesen. Es ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, daß marxistische Justizpflege in erster Linie immer darin gesehen wurde, jedes gemeine Verbrechen und jede gemeine Straftat zu bagatellisieren und die Strafwürdigen ihrer Strafe zu entziehen, sofern sie nicht gerade das Pech gehabt haben sollten, wegen Verbrechens gegen das so berühmte Gesetz zum Schutze der Republik vor Gericht zu stehen. Dann allerdings wurden alle Grundsätze von Humanität über Bord geworfen. Dann hieß es: "Aufs Schafott!", auch wenn man noch eine Minute vorher die Todesstrafe abgelehnt hatte.

Republikanische Novemberjustiz

Am 5. November 1918 berichtete die sozialdemokratische Presse:

> "Gestern befreiten aufständische Matrosen aus Kiel mit Hamburger Genossen 1.200 Gefangene aus den Hamburger Gefängnissen. Sie wurden von Tausenden von Proletariern begeistert begrüßt."

Und so, wie es in Hamburg geschieht, geschieht es in jenen Tagen allerorts in Deutschland. Der Abschaum der Menschheit, der wohlverwahrt hinter Gittern saß, wird befreit. *Die Gilde der Geldschrankknacker,* der *Wechselfälscher, der Raubmörder, Brandstifter* und der *Tagediebe* strömt in das Funktionärkorps der marxistischen Parteien verschiedener Schattierung. Wenige Wochen später kann es unter der Führung von *Max Hölz* sein Gewerbe bereits fachgemäß wieder aufnehmen, als die rote Revolutionsarmee in Mitteldeutschland marschiert, Banken erbrochen, Frauen geschändet, Dörfer angesteckt und Hunderte von Menschen viehisch ermordet werden.

So sieht *marxistische Justizpflege* in Wirklichkeit aus. Der Fall Zeigner ist nur ein Ausschnitt aus diesem ganzen Kapitel. Man erinnert sich noch des sozialdemokratischen Reichsjustizministers *Radbruch,* der bei der Behandlung der Strafrechtsreform Todesstrafe und Zuchthausstrafe praktisch beseitigt wissen wollte und die Strafen für eine ganze Reihe von Verbrechen für überflüssig hielt.

Im Fall Zeigner sieht sich in den Novembertagen des Jahres 1923 selbst die Fraktion der SPD. gezwungen, ihren so prominenten Genossen zur Niederlegung seines Mandats aufzufordern, denn bei dieser Art von Straftaten läßt sich wirklich die sonst so übliche Ausrede nicht verwenden, es handelte sich um eine reaktionäre Hetze gegen einen gesinnungstreuen Sozialdemokraten.

Am 29. März 1924 fällt das Landgericht Leipzig das Urteil gegen den Genossen Zeigner. Es lautet wegen Bestechung und Aktenvernichtung auf 3 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Das Reichsgericht bestätigt das Urteil. Doch die Genossen vergessen ihn nicht, und nach 1½ Jahren wird Zeigner stillschweigend begnadigt.

Sein tiefer Fall deckte noch andere Taten auf. So hatte Herr Zeigner dem sozialdemokratischen Dresdner Polizeipräsidenten Menke *die im Zuchthaus verbrachte Strafzeit als Beamtendienstzeit angerechnet.* Einem anderen Freund hatte Genosse Zeigner, um ihm zu einem günstigeren Besoldungsdiensalter zu verhelfen, *die Schulzeit von Untersekunda ab dem Besoldungsdienstalter zugeschlagen.*

Die Zahl der Personen, die er in einem einzigen Jahr begnadigte, betrug über 70.000. Darunter befanden sich alle Vergehen gegen die §§ 175 und 218 StGB., ferner alle Kuppelmütter und alle Mörder, denn unter Herrn Zeigner wurde niemals ein Todesurteil vollstreckt. Unter den Verbrechern gab es ein geflügeltes Wort: "Ick geh' zu Zeignern!"

Die Verjudung der Justiz

Die Verjudung der deutschen Justiz war schon vor 1914 nicht gering. Sie nahm geradezu beispiellose Formen an, als das Justizministerium abwechselnd marxistische und demokratische Herren hatte, die sich in der Übernahme jüdischer Rechtsanwälte in den Justizdienst gegenseitig den Rang streitig machten. Jüdische Richter und Rechtsanwälte

gab es wie Sand am Meer, und politische Prozesse wurden fast nur noch an Kammern gegeben, die vorwiegend mit jüdischen Richtern und Beisitzern besetzt waren.

Bis zum Jahre 1933 waren allein in Berlin 1.879 jüdische Rechtsanwälte und 1.210 jüdische Notare zugelassen, das sind etwa 50 Prozent aller Rechtsanwälte und Notare. Im Reichsdurchschnitt betrug der Anteil des Judentums an diesen Berufen 33 Prozent. Darunter befinden sich selbstverständlich alle gewinnbringenden Stellen.

"*Wir fordern Volksjustiz!*" schrieb der Marxismus einst auf seine Fahnen. Die jüdischen SPD.-Rechtsanwälte und Parlamentarier *Levy, Cohn* und *Rosenfeld* haben gewußt, was sie wollten, als sie diese Forderung erhoben. Sie haben sie auch in die Tat umgesetzt, indem sie eine Justiz des jüdischen Volkes über das deutsche Volk schufen.

So wurde in der Zeit des Niedergangs aus der blinden Göttin der Gerechtigkeit ein leichtgeschürztes Judenliebchen gemacht.

Charaktervolle deutsche Richter haben es in dieser Zeit nicht leicht gehabt. *Im Sklarz-Prozeß bot der jüdische SPD.- Staatssekretär Weismann dem aufrechten Staatsanwalt Gutjahr drei Millionen Mark Bestechungsgelder vom Bankkonto des Sklarz an, ohne daß Herr Weismann wegen Bestechungsversuch vor Gericht gekommen wäre. Dafür wurde der Staatsanwalt Gutjahr in ein Ehrengerichtsverfahren verwickelt, zwar freigesprochen, aber an ein Gericht versetzt, an dem er nie wieder einen politischen Prozeß in die Hand bekommen hätte. Wer sich nicht fügte, wer nicht bereit war, das Recht zu beugen und dem System zu Willen zu sein, dem wurde der Brotkorb höher gehängt.*

Nur in der Novemberrepublik konnten sich Richter finden, die bereit waren, gegen Männer wie Hindenburg und Ludendorff wegen angeblicher Schuld am Kriege zu Gericht zu sitzen. Wo in der Welt hätten sonst Männer gefunden werden können, die bereit gewesen wären - noch dazu auf Verlangen eines übermütigen Siegers - über Männer zu richten, die 4 Jahre als Soldaten die Armee des Volkes gegen eine Welt von Feinden geführt und den Heimatboden vor Verwüstung bewahrt hatten?

"Moderner Strafvollzug"

Das Schlagwort vom modernen Strafvollzug wurde damals in die Debatte geworfen. Der Strafvollzug wurde von weltfremden Phantasten und marxistischen Ideologen zu einem Kuraufenthalt gestaltet. ***Die Verbrecher in den Strafanstalten hatten es erheblich besser als die Millionen von Erwerbslosen auf der Straße.*** *Sie hatten helle freundliche Zellen, die wohnlich möbliert waren, konnten Rundfunk hören, hatten Blumensträuße auf den Tischen, Kanarienvögel in den Zellen, sie bekamen ein gutes, reichliches Essen und hatten leichte Arbeit, einen Klub- und Leseraum und eine gute Bibliothek. Und so kam es gar nicht selten vor, daß sie nach Verbüßung ihrer Strafe darum baten, im Zuchthaus bleiben zu dürfen.*

Um ein neues deutsches Recht

Als der nationalsozialistische Staat an die Macht kam, da fand er drei große Aufgaben auf dem Gebiete der Justiz vor:

1. *Entjudung des deutschen Justizwesens,*
2. *Schaffung einer einheitlichen Reichsjustiz,*
3. *Schaffung eines modernen deutschen Rechts.*

Die erste Aufgabe wurde durch das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gelöst, durch das grundsätzlich alle jüdischen Richter aus dem deutschen Justizdienst entfernt worden sind, so daß niemals wieder ein Jude über Deutsche zu Gericht sitzen kann. Die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte wurde soweit wie möglich verringert, wobei der nationalsozialistische Staat mit einer solchen Großzügigkeit vorging, daß es noch heute eine große Anzahl jüdischer Rechtsanwälte gibt.

Auch die zweite Aufgabe wurde in überraschend kurzer Frist einer Lösung zugeführt. Maßgebend dafür war das Wort des Führers:

> *"Wir können keinem einzelnen Staat innerhalb der Nation und des diese vertretenden Reiches eine machtpolitische Souveränität und Staatshoheit zubilligen. Mit dem Tage, an dem der Nationalsozialismus den Kampf um die Macht siegreich bestanden hat, war die Frage der Reichseinheit und damit der Reichsjustiz politisch entschieden."*

In drei großen Etappen wurde die Überleitung der Rechtspflege von den Ländern auf das Reich vollzogen. Das entscheidende Gesetz auf diesem Gebiet war das Erste Gesetz zur Überleitung der Rechtspflege auf das Reich vom 16. Februar 1934. Es enthielt im

Artikel 1: Die Gerichte sprechen Recht im Namen des deutschen Volkes.

Artikel 2: Verreichlichung des Begnadigungs-, Niederschlagungs- und Amnestierechts.

Artikel 3: Freizügigkeit der Anwaltschaft für das Reichsgebiet.

Artikel 4: Freizügigkeit notarieller Urkunden im gesamten Reichsgebiet.

Noch im gleichen Jahr, am 5. Dezember 1934, folgte das zweite Gesetz. Es bestimmte:

§ 1. Übertragung der Zuständigkeiten der obersten Landesjustizbehörden auf den Reichsminister der Justiz.

§ 2. Ermächtigung des Reichsjustizministers zur Bestellung von Beauftragten für einzelne Länder.

Gleichzeitig erfolgte die Abgrenzung der Zuständigkeiten zwischen Reichs- und Landesjustizbehörden und insbesondere die Vereinheitlichung der Staatsanwaltschaft für das ganze Reich.

Nach wiederum 7 Wochen schloß das Dritte Gesetz vom 24. Januar 1935 diese Entwicklung ab. Durch dieses Gesetz wurden mit dem 1. April 1935 die Justizbehörden der Länder Reichsbehörden, die Justizbeamten der Länder Reichsbeamte. Das Reich trat in Rechte und Pflichten der Landesjustizverwaltungen ein.

Schon am 16. Oktober 1934 waren das Reichs- und das Preußische Justizministerium vereinigt worden, während am 5. Dezember 1934 auch die Justizministerien der übrigen Länder verschwanden. ***So wurde auch auf dem Gebiet der Justiz ein gewaltiger Schritt zur Reichsreform getan.*** *Zum erstenmal, so lange es ein Deutschland gibt, gibt es nun eine einheitliche deutsche Justiz und ein einheitliches deutsches Recht.*

Die dritte Aufgabe war die Schaffung eines neuen deutschen Rechts. Der Ruf nach einer Reform des geltenden deutschen Rechts ist nicht neu. Schon um die Jahrhundertwende wurde eine Reform des Strafrechts verlangt. Schon damals wurde man sich bewußt, daß das alte Strafrecht den modernen Erfordernissen des 20. Jahrhunderts nicht mehr gerecht wird und dringend reformbedürftig ist.

30 Jahre Mühen um ein neues Strafrecht

Man schreibt das Jahr 1902, als im Deutschen Reichstag zum erstenmal der Ruf nach einer Strafrechtsreform erklingt. Dreißig Jahre bemühen sich dann die konstitutionelle und parlamentarische Monarchie und die November-Republik vergeblich, ein neues Strafgesetzbuch zu schaffen; die Geschichte dieser Strafrechtsreform ist ein so lebendiger Beweis, wie unschöpferisch jedes parlamentarische Regime von Haus aus ist.

Sieben Jahre, nachdem zum erstenmal eine Strafrechtsreform gefordert worden war, im Jahre 1909, bringt die zu diesem Zweck gebildete Kommission einen Vorentwurf heraus. Zwei Jahre später folgt ein Gegenentwurf, und wieder zwei Jahre später, im Jahre 1913, ein neuer Entwurf.

Der Weltkrieg unterbricht dann die Arbeiten, bis im Frühjahr 1918 wieder der Versuch gemacht wird, die Strafrechtsreform in Gang zu bringen.

Nach der November-Revolte wird im Jahre 1920 ein neuer Entwurf vorgelegt, der jedoch nicht den Beifall der marxistischen Parteien findet, weil er noch die Todesstrafe enthält. Und so kommt es zu dem berüchtigten Entwurf des sozialdemokratischen Justizministers Radbruch. Am 13. September 1922 wird dieser Radbruchsche Entwurf dem Reichskabinett vorgelegt. Über zwei Jahre liegt dieser Entwurf dem Kabinett vor. Niemand fand den Mut, für seine Ablehnung oder seine Annahme einzutreten. Noch einmal wird er Fachleuten zur erneuten Durcharbeitung übergeben und schließlich als "erster amtlicher Entwurf von 1925" dem Reichsrat vorgelegt. Nach zwei Jahren, am 14. Mai 1927, ist der Reichsrat so weit, daß der Entwurf dem Reichstag vorgelegt werden kann. Der Reichstag überweist ihn zunächst einem Ausschuß. Ausschüsse waren immer die Begräbnisplätze des Reichstages. Ein Jahr lang, bis zum 2. März 1928, befaßt sich der Strafrechtsausschuß des Reichstages mit dem Entwurf. Dann wird der Reichstag aufgelöst. Nach Zusammentritt des neuen Reichstages muß ein neuer Ausschuß eingesetzt werden. Als nach zwei Jahren dieser neue Ausschuß schließlich einige Kapitel des Entwurfs durchgeprüft hat, wird im Juni 1930 der Reichstag erneut aufgelöst. So kommt der Reichstag wie auf so vielen anderen Gebieten auch hier niemals zur Tat.

Eine Einigung über den Entwurf wäre niemals möglich gewesen, man hätte ihn fassen können, wie man wollte.

> *Die Marxisten waren gegen, das Zentrum für Todesstrafe,*
> *die Marxisten gegen Bestrafung, das Zentrum für Bestrafung des Landesverrats,*
> *das Zentrum für Bestrafung der Gotteslästerung, die Marxisten dagegen,*
> *die Marxisten für Straffreiheit beim Ehebruch, das Zentrum dagegen,*
> *das Zentrum für Bestrafung der Abtreibung, die Marxisten dagegen.*

In vier Jahren nationalsozialistisches Strafrecht

Im April 1933 erteilt der Führer dem Reichsminister der Justiz den Auftrag zur Einberufung einer amtlichen Strafrechtskommission. Sie kann naturgemäß von alten Entwürfen nur juristisch Technisches übernehmen, weil der nationalsozialistische Staat von einem ganz anderen, gesunden Rechtsempfinden des Volkes ausgeht und nicht von irgendwelchen agitatorischen Gesichtspunkten. Dieses neue Strafrecht baut sich auf den nationalsozialistischen Forderungen "Gemeinnutz geht vor Eigennutz", Volksgemeinschaft, Opferbereitschaft, Treue zur Gemeinschaft und den Grundsätzen einer nationalsozialistischen Sittenordnung auf.

Am 31. Oktober 1936 findet die Abschlußtagung der amtlichen Strafrechtskommission im Reichsministerium statt und ***am 9. März 1937 berät bereits das Reichskabinett den Entwurf und kündigt seine baldige Inkraftsetzung an.***

Das, was der Monarchie und der sozialdemokratischen Republik in 31 Jahren nicht gelang, gelingt dem nationalsozialistischen Staat in noch nicht vier Jahren. Er schafft ein modernes neues Strafrecht, das ohne Zweifel weit über die Grenzen Deutschlands hinaus richtunggebend sein und Bedeutung erlangen wird.

Die weitere Neuordnung des Rechtslebens

Am 27. Oktober 1933 erläßt das Reichskabinett das Gesetz zur Änderung des Verfahrens in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, das mit dem 1. Januar 1934 in Kraft tritt. Dadurch wird auch auf dem Gebiete des Zivilprozeßrechts in kurzer Zeit Neues geschaffen und die Zivilprozeßordnung nationalsozialistischen Forderungen angeglichen. ***Das ist dabei das Ziel: Größtmögliche Gewähr für die Richtigkeit der Entscheidung verbunden mit größtmöglicher Beschleunigung des Verfahrens.*** *Das Verfahren wird durch Ehrlichkeit, Mündlichkeit und Unmittelbarkeit wieder lebendig und volkstümlich gestaltet. Nach gründlicher Vorbereitung soll jede Streitsache möglichst in einem einzigen Verhandlungstermin aufgeklärt und entschieden werden.*

Damit ist eine Reform eingeführt worden, die dringend nottat. Durch die im Weimarer System eingerissenen Methoden des Zivilprozesses war es zu einem schweren Risiko geworden, sein Recht auf dem Klagewege zu suchen. Man war namentlich der Verschleppungs- und Verzögerungstaktik eines böswilligen Gegners ausgesetzt. Wie oft hat der wirtschaftlich Schwache bei der Vertretung seines Rechts dem wirtschaftlich Stärkeren gegenüber in einem faulen Vergleich nachgeben müssen, weil er der Verzögerungstaktik des Gegners und dem sich endlos hinziehenden Prozeß mit seinen Kosten und Aufregungen nicht gewachsen war.

Heute soll der Zivilprozeß ein ehrlicher Kampf ums Recht sein. Früher konnte er mehr als ein Geschicklichkeitskampf der Parteien gelten, bei dem zu leicht derjenige siegte, der mit allen Mitteln, z.B. auch der Prozeßverschleppung, skrupellos arbeitete.

Der nationalsozialistische Staat hat es auf dem Gebiet der Justiz nicht nur als seine Pflicht angesehen, wieder ein geordnetes Rechtsleben herbeizuführen, sondern gleichzeitig auch dem Volke selbst den notwendigen Rechtsschutz zu geben. Durch Erlaß vom 19. Mai 1934 wurde daher im Preußischen Justizministerium ein besonderes Referat für den Rechtsschutz des Volkes errichtet. Die Aufgabe dieses Referates war es, das Volk über besonders gefährliche Mittel und Wege des Verbrechertums und die Geschäftspraktiken skrupelloser Ausbeuter aufzuklären. Dieses Referat ist 1935 mit der Überleitung der Rechtspflege auf das Reich weiter ausgebaut und durch Erlaß vom 10. März 1936 organisatorisch ergänzt worden. Heute arbeiten alle Justizbehörden im ganzen Reich aktiv an dieser Aufgabe mit; sie haben alle Sonderbeauftragte für Volksrechtsschutz. Unter den amtlichen Kundgebungen, Warnungen und Hinweisen des Volksrechtsschutzes sind u.a. zu erwähnen:

> *"Rundfunkgeräte sind regelmäßig nicht pfändbar",*
> *"Wehrt euch gegen erbarmungslose Vollstreckungsgläubiger",*
> *"Vorsicht bei Abschluß von Verträgen",*
> *"Eltern, hütet eure Kinder!" usw.*

Im neuen Staat stellt sich also die Justiz allgemein aktiv in den Dienst der Gesamtheit.

Ein wirklich nationalsozialistisches Gesetz ist ferner das Patentgesetz vom 9. Mai 1936. Das Gesetz bezweckt die Förderung und Pflege der im deutschen Volk vorhandenen schöpferischen Geisteskräfte, es will gleichzeitig die Schaffenslust der Erfinder anregen und ihre Arbeitskraft sicherstellen.

Das frühere Patentgesetz ging über die Person des Erfinders vollkommen hinweg. Das neue Gesetz hingegen gibt ihm oder seinem Rechtsnachfolger ausdrücklich das Recht auf das Patent. Wichtig ist auch, daß die Erfindereigenschaft nur Personen zuerkannt wird, Körperschaften oder Betriebe können sich nicht als Erfinder ausgeben. Wesentliche Kostenerleichterungen für bedürftige Anmelder- und Patentinhaber sind vorgesehen.

Das Patent ist das Entgelt für die Leistung, die der Erfinder dem gesamten Volk geleistet hat. Der Erfinder muß aber auch seine Erfindung zu angemessenen Bedingungen zur Benutzung zur Verfügung stellen, soweit es das Interesse der Volksgemeinschaft verlangt. Die Interessen der Volksgemeinschaft werden also hier in den Vordergrund gestellt. Wenn die Reichsregierung erklärt, daß die Erlaubnis zur Benutzung der Erfindung erforderlich ist, um die Interessen der Volksgemeinschaft zu wahren, kann eine Zwangslizenz erteilt werden. Der Erfinder muß sich dann also gegen angemessene Entschädigung (Lizenzgebühr) die Benutzung und Auswertung seiner Erfindung gefallen lassen. Die Lizenzgebühr setzt das Reichspatentamt fest.

Der nationalsozialistische Grundsatz, daß Kinder der wertvolle Reichtum des Volkes und der Familie sind, wurde auch im Strafrecht dadurch zur Geltung gebracht, daß eine Bestimmung gegen den erpresserischen Kindesraub in das Strafgesetzbuch eingeführt wurde. Der neue § 239a vom 22. Juni 1936 sieht für erpresserischen Kindesraub daher die Todesstrafe vor. Verbrechen, wie sie in einigen Teilen des Auslandes, namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika, aufgetreten sind und monatelang die Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzten, sind damit in Deutschland unmöglich.

Die nationalsozialistische Wirtschaft und damit auch der Arbeitsplatz des einzelnen wurde gesichert und geschützt durch das Gesetz der Wirtschaftssabotage vom 1. Dezember 1936, das dem Deutschen, der wissentlich und gewissenlos und aus grobem Eigennutz oder anderen niedrigen Beweggründen den gesetzlichen Bestimmungen zuwider Vermögen nach dem Ausland verschiebt oder im Ausland stehen läßt und damit der deutschen Wirtschaft schweren Schaden zufügt, die Todesstrafe und Vermögenseinzug androht.

Noch im Jahre 1933 wurde im Strafvollzug wieder dem Grundsatz Geltung verschafft, daß eine Strafe auch von dem Bestraften als Strafe empfunden werden müsse. Mit dem Strafvollzug Weimarer Prägung, der aus dem Strafgefangenen ein verhätscheltes Kind machte und aus den Strafanstalten gut geführte Pensionate, wurde gebrochen. Der Bruch mit dieser Auffassung war schon allein nötig, ***um den deutschen Arbeiter aus der geradezu beleidigenden Lage zu befreien, daß Gefangene in Deutschland besser behandelt, gekleidet, beköstigt und untergebracht wurden als der, der Tag um Tag mit seiner Hände Arbeit sich sein Brot sauer verdienen muß.***

Der Strafvollzug wurde wieder zu einer scharfen und wirksamen Waffe im Kampf gegen das Verbrechertum gemacht. Mit dem Gesetz vom 1. August 1933 wurde die Neugestaltung des preußischen Strafvollzuges durchgeführt, dessen Grundsätze heute für das ganze Reich gelten. Dieses Gesetz bestimmt unter anderm in § 6:

> ***"Durch den Vollzug der Strafe soll dem Strafgefangenen nachhaltig zum Bewußtsein gebracht werden, daß er sein Freveln gegen die Rechtsordnung des Staates durch die als empfindliches Übel auszugestaltende Freiheitsentziehung zu sühnen hat. Die Scheu davor, nach erneuter Straffälligkeit das Übel des Strafvollzugs abermals über sich ergehen lassen zu müssen, soll in ihm durch die Art des Strafvollzugs***

> ***so lebendig gemacht werden, daß sie auch bei den einer inneren Erziehung nicht zugänglichen Verbrechern ein Hemmnis gegenüber der Versuchung zur Begehung neuer Straftaten darstellt. Dazu ist die zielbewußte Aufrechterhaltung von Zucht und Ordnung, Gewöhnung an Arbeit und Pflichterfüllung und der Versuch religiöser, sittlicher und geistiger Beeinflussung erforderlich."***

Selbstverständlich soll auch im nationalsozialistischen Staat der Strafvollzug nicht unmenschlich sein. Er steht daher nicht einseitig auf einem krassen Abschreckungsstandpunkt. Der Strafvollzug soll neben einer Strafe auch gleichzeitig eine Erziehung sein. Insbesondere für die jungen Gefangenen, die einer Erziehung noch fähig und bedürftig sind. Bei ihnen wird daher auch besonderer Wert auf ihre Fortbildung gelegt. Es gibt daher auch besondere Anstalten für noch nicht vorbestrafte Gefängnisgefangene, die mit Berufsverbrechern nicht in Berührung gebracht werden sollen. Andererseits ist für unverbesserliche Berufsverbrecher, ferner für rückfällige Sittlichkeitsverbrecher und ähnliche Elemente, die eine Gefahr für die menschliche Gemeinschaft bilden, die Sicherungsverwahrung geschaffen worden. Der nationalsozialistischen Auffassung, daß Arbeit eine Ehre ist, wurde dadurch Rechnung getragen, daß die Strafgefangenen nicht mehr mit Arbeiten beschäftigt werden, an denen gleichzeitig deutsche Arbeiter tätig sind.

In 14 Jahren Weimarer System wurde auf dem Gebiete der Justiz an gesetzgeberischen Taten zugunsten des Volkes nicht ein Bruchteil von dem geschaffen, was in vier Jahren nationalsozialistischer Staatsführung ohne Debatten und ohne Diskussion in der Öffentlichkeit in unermüdlicher und stiller Arbeit getan wurde. Während in der Zeit des Parlamentarismus schon die Stellung eines Agitationsantrages als weltbewegende Tat gepriesen wurde, hat der nationalsozialistische Staat von seinen Leistungen auf dem Gebiete der Rechtspflege bisher nicht viel gesprochen. Er unterscheidet sich damit von den Schwätzern der Systemzeit und handelt nach dem nationalsozialistischen Grundsatz:

"Am Anfang war die Tat!"

14. Wiederaufbau der deutschen Kultur

"Die Kunst ist eine erhabene
und zum Fanatismus verpflichtende Mission!"
Adolf Hitler, Reichsparteitag 1933.

Während auf allen Lebensgebieten der deutschen Nation im Jahre 1933 nach Forträumung einiger Trümmer mit einem Neubau begonnen werden konnte, mußte auf dem Gebiete der Kultur erst einmal mit der Spitzhacke die kubistisch-futuristische Synagoge abgerissen werden, zu der das Judentum schon im vorigen Jahrhundert den Grundstein gelegt und die sie in den Jahren der Novemberregierung zu einem Fundament ihres Geistes der Zersetzung, der Verflachung und der Vernichtung aller Kulturwerte ausgebaut hatte. Das deutsche Kulturleben war in den Jahren der Novemberrepublik in einem solchen Maße von Juden überwuchert, daß es ohne weiteres als jüdisch angesprochen werden kann. Alle erfolgversprechenden Keime aus nicht jüdischer Wurzel wurden sofort zertreten. Aus dieser völligen Überfremdung des deutschen Kulturlebens heraus allein ist der ungeheure Niedergang zu erklären, dem in 14 Jahren das gesamte deutsche Kulturleben verfallen war.

Ein Jude über Deutschlands Verjudung

Im Märzheft des *Kunstwart* erschien 1912 ein Aufsatz des Juden *Moritz Goldstein,* in dem es u.a. heißt:

> **"Auf allen Posten, von denen man sie nicht gewaltsam fernhält, stehen plötzlich Juden;** die Aufgaben der Deutschen haben die Juden zu ihrer eigenen Aufgabe gemacht; immer mehr gewinnt es den Anschein, als sollte das deutsche Kulturleben in jüdische Hände übergehen. Das aber hatten die Christen, als sie den Parias in ihrer Mitte einen Anteil an der europäischen Kultur gewährten, nicht erwartet und nicht gewollt. Sie begannen sich zu wehren, sie begannen wieder, uns fremd zu nennen, sie begannen, uns im Tempel ihrer Kultur as eine Gefahr zu betrachten. Und so stehen wir denn jetzt vor dem Problem: **Wir Juden verwalten den geistigen Besitz eines Volkes, das uns die Berechtigung und die Fähigkeit dazu abspricht."**

Dieser Feststellung von jüdischer Seite ist nichts hinzuzufügen, denn sie spricht für sich selbst. Theater, Film, Musik, bildende Kunst, Rundfunk, alles befand sich in erster Linie in jüdischer Hand. Das einzige, was im Theaterleben der Systemzeit z.B. in Berlin deutsch war, das war - wenigstens zum Teil - die Sprache. Sie war ein Gemisch von deutschem und jiddischem Gemauschel. Dafür waren Theaterdirektoren, Schauspieler, Dirigenten, Musiker, Textverfasser, Regisseure und Komponisten Juden. Die Zahl der Kulturjuden war so groß, daß man mit ihren Namen mühelos ein Adreßbuch füllen kann. **Alle Machtpositionen waren in einem solchen Maße mit Juden besetzt,**

daß das Judentum es völlig in der Hand hatte, zu entscheiden, wer im deutschen Kulturleben im einzelnen noch eine Rolle spielen durfte.

Die Verjudung begann bereits in den Ministerien. So wurde im *preußischen Kultusministerium Theater und Musik* von den *Juden Seelig und Kestenberg,* im preußischen Staatsministerium die *Pressepolitik* durch den *Juden Goslar* verwaltet.

In sämtlichen Verbänden der Kunstschaffenden saßen Juden. Die meisten Theaterdirektoren waren Juden. Jüdische Dirigenten wurden bei weitem bevorzugt, ebenso jüdische Künstler. **Der Film war zu 85 Prozent verjudet,** die 15 Prozent Nichtjuden bekleideten nur untergeordnete Stellungen. Die *Konzertagenturen,* der *Buch- und Kunsthandel* wurden von Juden verwaltet. In der *bildenden Kunst* waren es jüdische Schmierfinken, Kubisten und Expressionisten, die die tonangebende Rolle spielten und die tollsten Verirrungen als Kunst anpriesen. Im *Rundfunk* waren viele führenden Stellen mit Juden besetzt, und die Programme der einzelnen deutschen Sender weisen in den Jahren des Niedergangs in erster Linie Juden auf.

Die *Verjudung der Presse* hatte ebenfalls ein außerordentliches Maß angenommen. Die großen Konzerne waren in jüdischer Hand. **Alle großen Zeitungen wurden von Juden geleitet.** Die wichtigsten *Ressorts waren mit Juden* besetzt. Als *Kunstkritiker* traten in erster Linie *Juden* in Erscheinung, die als Helfershelfer der im Kunstleben selbst tätigen Juden deren Geschäfte besorgten. Nur so konnte es kommen, daß Volks- und Rassefremde das Kulturleben einer ganzen Nation beherrschten und in den Abgrund stießen, was kultureller Besitz einer ganzen Nation war.

Für die jüdischen Kunstbesitzer war die Kunst nur eine Ware. Als Ware behandelten sie nicht nur die Kunstwerke, sondern auch die Kunstschaffenden. Deutsche Künstlerinnen oder Statistinnen wurden zum *Freiwild jüdischer Theaterdirektoren* oder Regisseure. Der Weg zum Ruhm oder zur Rolle ging durch das Bett des Juden. Die *Gagen* waren zum Leben zu winzig, zum Sterben zu groß. Die *Arbeitslosigkeit* unter der deutschen Künstlerschaft nahm nie dagewesene Formen an. Juden waren von dieser Arbeitslosigkeit kaum betroffen, denn: "ganz Israel bürgt füreinander".

Ein plastisches Bild der jüdischen Zersetzungsarbeit im Kulturleben, die vor keinem der Großen der deutschen Nation haltmachte, gibt das Buch *Die Juden in Deutschland.*

"Pilgerchor" als Fußballmannschaft

Als besonders bezeichnend soll nur darauf hingewiesen werden, daß noch am 13. Februar 1933, nach der Machtergreifung, der jüdische Generalmusikdirektor *Klemperer* die Frechheit besaß, anläßlich des 50. Todestages Richard Wagners eine *Tannhäuserinszenierung* in der Berliner Staatsoper vorzunehmen, die als gewollte Beleidigung des großen deutschen Meisters und als Faustschlag ins Gesicht aller noch irgendwie gesund empfindenden Menschen gelten mußte. Klemperer hat es nach dem Bericht der *Allgemeinen Musikzeitung* fertig gebracht, zu beweisen, daß "die Ouvertüre ein schlecht klingendes, überaus mäßiges Stück Musik sei". Man hörte "harten Lärm, wo rauschender Klang am Platze war, dürres Gerinnsel, wo blühende Kantilene, abgehacktes Gestammel, wo klare Akzente nötig sind". **"Der Venusberg war ein ausgeräumter Lagerkeller, wo Mose Forbach als Liebesgöttin im Stil des Oranienburger Viertels sich brünstig herumräkelte." Es wird weiter berichtet, daß die Hirtenknaben als eine Art von Hofsängern erschienen, die Pilger als zerlumpte Proletarier und der Jägertroß als Fußballmannschaft mit Autokappen.**

Entjudung der deutschen Kultur

Zwei Aufgaben hat der Nationalsozialismus beim Neuaufbau des deutschen Kulturlebens in den Vordergrund gestellt:

> **erstens die völlige Entjudung des deutschen Kulturlebens, die hundertprozentig durchgeführt wurde,**
> **zweitens den Aufbau einer großen, geschlossenen, schlagkräftigen Organisation als neuer Trägerin des gesamten Kulturlebens.**

Beide Aufgaben sind mit nationalsozialistischer Gründlichkeit gelöst worden. Sie bilden heute die tragfähige Grundlage für alles Kulturschaffen im Deutschen Reich. Dem Judentum und den Mischlingen wurde die Möglichkeit geschaffen, innerhalb ihrer eigenen Organisation auch ihre eigene Kultur zu pflegen. Jede direkte oder indirekte Beeinflussung des deutschen Kunst- und Kulturlebens durch Träger jüdischen Geistes dagegen ist für alle Zukunft verhindert. **Nur deutschblütige Künstler haben die Möglichkeit, sich mit ihrem Schaffen an das deutsche Volk zu wenden.**

Der Aufbau der Reichskulturkammer

Das **Reichskulturkammergesetz vom 22. September 1933** gab dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda die Ermächtigung und den Auftrag, alle Angehörigen des deutschen Kulturlebens in Körperschaften öffentlichen Rechts zusammenzufassen. Innerhalb der Reichskulturkammer sind sieben solcher Körperschaften errichtet worden:

die Reichstheaterkammer,
die Reichsschrifttumskammer,
die Reichsmusikkammer,
die Reichsfilmkammer,
die Reichspressekammer,
die Reichsrundfunkkammer und
die Reichskammer der bildenden Künste.

Als *Zielsetzung* der Reichskulturkammer wurde in der Durchführungsverordnung vom 1. November 1933 festgelegt:

> "Durch Zusammenwirken der Angehörigen aller von ihr umfaßten Tätigkeitszweige unter der Führung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda die deutsche Kultur in Verantwortung für Volk und Reich zu fördern, die wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten der Kulturberufe zu regeln und zwischen allen Bestrebungen der ihr angehörenden Gruppen einen Ausgleich zu bewirken."

Damit ist festgelegt, daß *kein Lebensgebiet der deutschen Kunst von der Fürsorge durch die Reichskulturkammer ausgeschlossen ist.* Es werden nicht nur die kulturellen Interessen der deutschen Künstlerschaft wahrgenommen, sondern ebenso ihre *sozialen und wirtschaftliche Belange.* Bei der Errichtung der Reichskulturkammer wurde als Grundsatz festgelegt:

> "Wer bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verarbeitung, der Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirkt, muß Mitglied der Einzelkammer sein, die für seine Tätigkeit zuständig ist.
> Die Reichskulturkammer und die Einzelkammern können Bedingungen für den Betrieb, die Eröffnung und die Schließung von Unternehmungen auf dem Gebiet ihrer Zuständigkeit festsetzen und Anordnungen über wichtige Fragen innerhalb dieses Gebietes, insonderheit über Art und Gestaltung der Verträge zwischen den von ihnen umfaßten Tätigkeitsgruppen treffen."

In der Begründung zum Reichskulturkammergesetz wird weiter ausdrücklich ausgesprochen, **daß es nicht Aufgabe des Staates sein kann, eine neuen Kultur im Verordnungswege zu schaffen,** sondern daß sie von innen heraus aus dem Volke wachsen müsse.

> "Es ist nicht die Absicht des nationalsozialistischen Staates, eine Kultur von oben her schaffen zu wollen. *Die Kultur wächst aus dem Volke heraus.* Alle früheren Staatsauffassungen seit der Aufklärungszeit setzen die Kultur als eine Angelegenheit der Einzelpersönlichkeit zum Staate in einen gewissen Gegensatz. Auch soweit dieser Gedanke nicht durchgeführt wird, ist an der Auffassung festgehalten worden, als sei die Kultur etwas, das wegen seiner besonderen Feinheit und Vielgestaltigkeit eine stark dezentralisierte Staatsbetreuung möglichst ohne Befassung der Reichszentrale verlange.
> Die *Aufgabe des Staates* ist es, innerhalb der Kultur schädliche Kräfte zu bekämpfen und wertvolle zu fördern, und zwar nach dem Maßstab des Verantwortungsbewußtseins für die nationale Gemeinschaft. In diesem Sinne bleibt das Kulturschaffen persönlich und frei.
> Wohl aber ist es, um eine Politik der deutschen Kultur zu treiben, notwendig, die Schaffenden auf allen ihren Gebieten über der Führung des Reichs zu einer einheitlichen Willensgestaltung zusammenzufassen. Das geschieht im Wege des ständischen Aufbaues."

Der Präsident der Reichskulturkammer, Reichsminister *Dr. Goebbels,* hat bei der feierlichen Eröffnung am 15. November 1933 ebenfalls die nationalsozialistische *Auffassung von der Kultur* und dem kulturellen Schaffen und von der Aufgabenstellung der Reichskulturkammer in knappen, überzeugenden Worten dargelegt:

> **"Kultur ist höchster Ausdruck der schöpferischen Kräfte eines Volkes.** Der Künstler ist ihr begnadeter Sinngeber. Es wäre vermessen, zu glauben, daß eine göttliche Mission außerhalb des Volkes vollendet werden könnte. Sie wird für das Volk durchgeführt, und die Kraft, deren er sich dabei bedient, stammt aus dem Volk. Wir haben die *schöpferischen Kräfte der deutschen Nation freigelegt;* sie mögen sich ungehindert entfalten und reiche Früchte tragen am Baum eines neuerstandenen Volkstums.
> Das ist der Sinn der Reichskulturkammer, die wir dem Gesetz entsprechend heute feierlich eröffnen und konstituieren. Sie stellt den Zusammenschluß aller Schaffenden in einer geistigen Kultureinheit dar. Sie beseitigt die nur noch mechanisch wirkenden Organisationsüberbleibsel der vergangenen Zeit, die der freien Entwicklung unseres kulturellen und künstlerischen Lebens bloß im Wege standen.
> Die *schaffenden Menschen* sollen sich in Deutschland *wieder als eine Einheit empfinden;* es soll ihnen jenes Gefühl trostloser Leere genommen werden, das sie bisher von der Nation und ihren treibenden Kräften trennte. Nicht einengen wollen wir künstlerisch-kulturelle Entwicklung, sondern fördern. Der Staat will seine schützende Hand darüber halten. **Die deutschen Künstler sollen sich unter seinem Patronat geborgen fühlen und das beglückenden Gefühl zurückgewinnen, daß sie im Staate ebenso unentbehrlich sind wie die, die die Werte seines materiellen Daseins schaffen.**
> Die neugegründete Reichskulturkammer steht über den überlebten Begriffen von modern und reaktionär. Ihre Arbeit soll ebenso abhold sein dem modern scheinenden Großmannstum, hinter dem sich künstlerisches Nichtskönnen verbirgt, wie sie abhold ist dem reaktionären Rückschritt, der der Jugend und ihren gesunden Kräften den Weg verbauen will."

Als repräsentatives Gremium der deutschen Kulturschaffenden wurde der **Reichskultursenat** geschaffen, dem über 100 führende Männer des deutschen Kulturlebens angehören und der das Gewissen des deutschen Kulturlebens ist.

Als umfassende Organisation der "Kulturverbraucher" wurde aus dem Kampfbund für deutsche Kultur die **"NS.-Kulturgemeinde"** geschaffen.

Die soziale Stellung der deutschen Künstlerschaft

Die *soziale Betreuung der deutschen Künstlerschaft* haben sich die Reichskulturkammer und ihr Präsident ganz besonders angelegen sein lassen. So sind zum ersten Male wahrhaft große nationalsozialistische Werke der Hilfe und der Anerkennung geschaffen worden. Die **Errichtung einer Alters- und Krankenversorgung für die deutschen Künstler** wurde in Angriff genommen. Die **Stiftung der Spende "Künstlerdank"** durch Reichsminister Dr. Goebbels **in Höhe von 2 Millionen Reichsmark** zur Bannung der größten Not unter den schaffenden Künstlern, die **Errichtung des Hilfswerks der deutschen bildenden Kunst,** der **Ausbau der Schiller-Stiftung** und anderer großer Stiftungen und Stipendien, die Errichtung der **"Dr.-Goebbels-Stiftung für Bühnenschaffende",** aus der in erster Linie Altersheime und Erholungsstätten für die Bühnenschaffenden gebaut werden sollen, sind als Marksteine nationalsozialistischen Tatwillens besonders hervorzuheben.

Staatspreise für deutsche Künstler

Als Anerkennung für besondere Leistungen wurden für deutsche Künstler zahlreiche Preise neu gestiftet und bestehende erneuert. An der Spitze dieser Preise steht der *vom Führer am 30. Januar 1937 gestiftete* **"Deutsche Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft", der in Höhe von je 100.000 Reichsmark an drei verdiente Deutsche auf dem Reichsparteitage der NSDAP. für die beste Leistung des Jahres verliehen wird, und der "Nationale Buch- und Filmpreis", dem die Reichsregierung am Nationalen Feiertag des deutschen Volkes für den besten Film und für das beste Buch des Jahres vergibt.** Beide Preise sind schon jetzt Wertmaßstäbe für künstlerisches Schaffen geworden und werden dazu dienen, Künstler, die für ihre Nation Überdurchschnittliches leisteten, für alle Zeiten vor der Nation hervorzuheben und ihnen eine *Stellung in der Volksgemeinschaft* zu geben, die der *Bedeutung ihrer Leistung* entspricht.

Theaterskandale am laufenden Band

Der Niedergang des deutschen Theaters in der Nachkriegszeit ist in kultureller Hinsicht allein aus der großen Zahl der *Theaterskandale* zu ersehen.

Man erinnert sich noch an die zahlreichen, auf niedere Instinkte spekulierenden Unterhaltungsstücke jüdischer Herkunft, deren Titel eindeutig genug waren. Der Titel einer Revue des *Juden James Klein* gibt die Tendenz an: "*1000 nackte Frauen*". Die jüdischen Theaterleiter in Berlin und in anderen großen deutschen Städten hatten keinerlei Interesse an einer Pflege der deutschen Kultur, sondern ausschließlich Interesse an einer vollen Kasse. Für sie war die Leitung eines Theaters keine Berufung, sondern ein Beruf, und sie waren ebenso gern bereit, Abteilungschef im Warenhaus oder Börsenmakler statt Leiter eines Theaters zu werden. Die Namen zeigen allein, wer die deutsche Bühne in Händen hatte.

Da waren die jüdischen Gebrüder *Schaie,* die sich *Rotter* nannten, der Jude *Barnowsky*

(der in Wirklichkeit Isidor *Abrahamowsky* hieß), der Jude *James Klein,* der Jude *Saltenburg,* der Jude *Moses Goldmann,* der sich Max Reinhardt nannte, die Juden *Haller, Hartung* (mit richtigem Namen *May), Martin Zickel, Ludwig Klopfer, Kurt Robitschek* und viele andere mehr.

So wie ihre Namen war auch ihr Spielplan. Es gab Theaterskandale am laufenden Bande. Sie begannen mit Schnitzlers "*Reigen*". Es folgte dann "*Casanovas Sohn*" von dem Juden Lothar, eine der widerlichsten Schweinereien, die jemals auf Bühnen zu sehen war. Es folgte "*Karussell*" von Verneuil, das sich mit dem Betrieb bei einer großen Kokotte befaßt. Die "*Medea*" von H. H. Jahn im Berliner Staatstheater und "*Die Gefangene*" von Bourdet in der "Komödie", die das Schicksal einer lesbischen Frau behandelt, lieferten den Stoff zu den

nächsten Theaterskandalen. Ehm Welks "*Gewitter über Gotland*" wurde von *Piscator* als kommunistisches Tendenzstück so krasser Form herausgebracht, daß die Folge der Aufführung Massenaustritte aus der Volksbühne waren. Dem Juden Piscator blieb es auch vorbehalten, bei der Aufführung des kommunistischen Tendenzstückes "*Schwejk*" sogar **einen Abort auf der Bühne aufzubauen** und in Betrieb zu nehmen. 1928 brachte die "Junge Bühne" ein Schauspiel heraus, "*Mörder für uns*" von Schäferdieck, das den **Juden Schlesinger und seinen Mittäter verherrlicht,** die durch das **Attentat von Leiferde** eine große Anzahl von blühenden Menschenleben vernichteten.

Der "*Hinkemann*" des Juden *Toller* vermehrte die Zahl der Schundstücke und der Theaterskandale um einen weiteren Fall. Der Jude *Theodor Tagger,* der unter dem Namen "*Bruckner*" schrieb, brachte 1926 sein Schauspiel "*Krankheit der Jugend*" heraus, das alle erdenklichen sexuellen Verirrungen zum Gegenstand einer Bühnendarstellung macht, während sein Schauspiel "*Verbrecher*" eine Glorifizierung des Verbrechertums darstellt und mit den übelsten und gemeinsten Mitteln gegen Recht und Gesetz agitiert. Die "*Dreigroschenoper*" der Juden *Brecht* und *Weill* sei hier

nur am Rande erwähnt. Die "*Revolte im Erziehungshaus*" und die "*Pioniere in Ingolstadt*" beschäftigten ebenfalls wochenlang die öffentliche Meinung. Sogar der jüdische Polizeivizepräsident *Isidor Weiß* mußte in diesem Falle eingreifen und um die Streichung einiger Szenen "bitten". Für die armen Mörder wirbt das auf Betreiben der Liga für Menschenrechte aufgeführte Tendenzstück von *Wolffenstein* "*Nacht vor dem Beil*". "*Cyankali*" von dem Juden *Wolff* und "*§ 218*" von Credi propagieren die Abschaffung des § 218 des StGB. und Abtreibungsfreiheit. Die "*Matrosen von Cattaro*" verherrlichen die Meuterei. Die Stücke "*Hochspannung*", "*Schlafstelle*" und "*Gartenlaube*", in Berliner Theatern aufgeführt, waren so voller Eindeutigkeiten und Zoten, daß das Publikum zum großen Teil empört das Theater verließ. Noch im Jahre 1932 gestaltete der Jude *Joachimsohn* "Die Journalisten" von Gustav Freytag zu einer rührseligen Mitleidsklage für den jüdischen Schmok um.

Die Arbeitslosigkeit unter den Bühnenschaffenden

Die Folge der Theaterskandale, der Verjudung des Theaterwesens und damit seines Niedergangs zeigte sich nicht nur auf kulturellem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Es war nicht allein die Wirtschaftskrise, die allmählich zu einer immer unhaltbarer werdenden Lage im ganzen Theaterleben führte, zahlreiche Theater zum Erliegen brachte, Verkürzungen der Spielzeit notwendig machte und bei einem großen Teil der Theaterzusammenbrüche das Personal die seit vielen Monaten geschuldeten Gagen kostete. **37 große gemeinnützige Theater stellten bis 1931 teilweise ihren Betrieb ein, zum anderen Teil verkürzten sie die Spielzeit ganz erheblich.** Allein bis zur Spielzeit 1930/31 ging die Zahl der beschäftigten Bühnenmitglieder um mehr als 3.000 Personen zurück. Das ist ein wesentlicher Teil aller Bühnentätigen Deutschlands. Eine große Zahl weiterer Theater verminderte die Zahl des Personals um mehr als 20 Prozent. **Im Jahre 1932 mußten außer zahlreichen privaten Theatern weitere sieben gemeinnützige große Bühnen geschlossen** werden, darunter die preußischen *Staatstheater in Kassel und Wiesbaden* und das Staatliche *Schiller-Theater in Berlin.*

Die Gagen des Solopersonals wurden bis 1932 bis zu 20 Prozent gekürzt. **1932 bezogen bereits 49,8 Prozent aller Bühnenkräfte, soweit sie überhaupt noch Stellung hatten, weniger als 300 RM. im Monat.** Dadurch, daß die Zahl der ganzjährig spielenden Theater mehr und mehr absank, wurden auch die *Jahresverträge* zahlreicher Bühnenkräfte durch *Saison-Verträge* ersetzt und ihre Wirtschaftslage dadurch weiter herabgedrückt. Da jeder Schauspieler oder Sänger darauf angewiesen ist, in den Jahren des Erfolges Rücklagen für später zu machen, so ergibt sich ganz zwangsläufig aus einem solchen wirtschaftlichen Absinken das Entstehen eines Proletariats von alten, wirtschaftlich nicht versorgten Künstlern. **Von 63 Prozent im Jahre 1929 sank die Zahl der Künstler mit Jahresverträgen auf 49 Prozent im Jahre 1932, während die übrigen also nicht mehr mit 12 Monatsbezügen rechnen konnten, sondern das Einkommen weniger Monate auf 12 Monate aufteilen mußten.**

Insgesamt beträgt der **Abbau des Personalstandes der deutschen Theater von 1928/29 auf 1931/32 5.878 Personen von insgesamt 28.500 im Jahre 1928/29.**

Nationalsozialismus bringt Aufstieg

Nach der Ausscheidung aller Juden, der Wiedergesundung des gesamten deutschen Theaterlebens, der Wiederinbetriebnahme der geschlossenen Theater und der Verlängerung der Spielzeiten konnten im Spieljahre *1936/37 28.012 tätige Künstler* an den deutschen Bühnen gezählt werden *gegen 22.045 im Jahre 1932.* An 81 Bühnen konnte die Spielzeit verlängert werden. Die Zahl der ganzjährig spielenden Bühnen ist auf das Dreifache, und zwar auf 75 im Jahre 1937 gestiegen, die Durchschnittsspielzeit von zirka 5 Monaten auf 7 bis 10 Monate.

Die Reichskulturkammer bildete zusammen mit dem Deutschen Gemeindetag und dem Reichs- und Preußischen Innenministerium einen *Wanderbühnenausschuß.* Alle Städte ohne ständigem Theater wurden innerhalb der einzelnen Gaue zu Zweckverbänden zusammengeschlossen. Jeder Gau hat seine eigene Wanderbühne, die die theaterlosen Städte bespielt. Ein Teil der Wanderbühnen spielt bereits mit mehreren Ensembles, um allen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die von der Reichstheaterkammer erlassenen Richtlinien für die *Gestaltung der Eintrittspreise* hat jede Möglichkeit einer Unterbietung ausgeschaltet und den Theatern die Möglichkeit gegeben, ihren Etat auf eine wirtschaftlich gesunde Grundlage zu stellen.

Durch die *Umwandlung des paritätischen Bühnennachweises* in den *Deutschen Bühnennachweis,* der eine Wohlfahrtseinrichtung ist, wurde das Engagements- und Vermittlungswesen auf eine völlig neue Grundlage gestellt. Die Vermittlung von Engagements erfolgt nunmehr kostenlos für den einzelnen.

Volk und Kunst sind wieder eine Einheit im nationalsozialistischen Staat geworden, und die Theater wurden wieder zu *Einrichtungen des Volkes. Der Führer selbst hat am Aufbau des deutschen Theaters lebhaften Anteil genommen.* Die jährlich veranstalteten *Reichstheaterfestwochen* erhielten ihre Weihe durch sein persönliches Erscheinen. Er selbst gab die Mittel her für den Umbau und die Wiederherstellung zahlreicher vernachlässigter oder geschlossener Bühnen. 38 Bühnen sind in Deutschland in vier Jahren neu gebaut, umgebaut oder renoviert worden, und schon sind die Pläne fertig für weitere große Taten auf dem Gebiet des Theaterbaues in Deutschland.

Deutscher statt jüdischer Film

Die Tatsache, daß 85 Prozent des gesamten Filmwesens sich in jüdischen Händen befanden, ist für den Zustand der deutschen Filmkunst und der deutschen Filmwirtschaft in der Zeit vor 1933 bezeichnender als alle Statistiken und Darstellungen. Der Film war weiter nichts als ein reines Wirtschaftsunternehmen, mit dem man recht viel verdienen wollte. Die Filmschaffenden waren rechtlos und meist schlecht bezahlt. Soziale Einrichtungen für sie gab es meist überhaupt nicht. Wenige Spitzenspieler erhielten dafür Gagen von einer geradezu märchenhaften Höhe. Jüdische Filmdirektoren und -regisseure steckten den Hauptverdienst in ihre Tasche. *Der Film wurde zu einem Spekulationsobjekt.* Wenn einmal ein Film Erfolg hatte, so konnte sofort mit einer Serie gleichartiger Filme gerechnet werden, in denen, verflacht und seicht, das gleiche Thema bis zur Bewußtlosigkeit ausgewalzt wurde. Die Filmproduktion war auf wenige Monate zusammengedrängt, während die Filmschaffenden, insbesondere die vielen Hilfsarbeiter und Komparsen, in den übrigen Monaten erwerbslos waren. Da es für die Zulassung zur Filmproduktion keinerlei Beschränkungen gab, war **die Zahl der Neugründungen und Zusammenbrüche außerordentlich groß.** *300 Verleihfirmen* stritten sich um die Filmproduktion. Da viele von ihnen nicht leben und nicht sterben konnten, kamen nicht selten die Filmproduzenten durch den Zusammenbruch der Verleihfirmen um den Lohn ihrer Arbeit.

Die **Gründung der Reichsfilmkammer** und die Zusammenfassung der Filmproduzenten, der Filmverleiher, Filmtheater, der Filmtechnik und aller Filmschaffenden unter einer Leitung, ihre Ausrichtung nach einem Gedanken und auf ein Ziel war eine der ersten Voraussetzungen für eine völlige Umstellung des deutschen Filmwesens.

Wie auf allen anderen Gebieten, so setzte auch hier sofort das Warnungsgeschrei ein, daß eine völlige Entjudung des Films unmöglich sei und das Ende des Films bedeuten würde. Das Gegenteil ist unter Beweis gestellt worden. Nach gewissen Anfangsschwierigkeiten haben Filmkunst und Filmwirtschaft einen Aufschwung in Deutschland genommen wie nie zuvor. Der beste Wertmesser dafür ist das **glänzende Abschneiden Deutschlands auf der Internationalen Filmausstellung 1936 in Venedig.**

Ein weiterer Beweis ist das außerordentliche *Ansteigen der Zahlen der Besucher* deutscher Filmtheater. Sie stiegen von

235.000.000 im Jahre 1932 auf
315.000.000 im Jahre 1936.

Die Gesamteinnahmen der deutschen Filmtheater stiegen von

176.000.000 [RM.] im Jahre 1932 auf
220.000.000 [RM.] im Jahre 1935 und auf
250.000.000 [RM.] im Jahre 1936 (Schätzung).

Die *Zahl der Filmtheater* stieg auf 5.302, die Zahl der *Sitzplätze* auf 1.943.049. Die Zahl der neuerrichteten Filmtheater beträgt 461. 92 geschlossen gewesene Betriebe wurden wieder eröffnet. Durch eine straff geführte *Regelung der Eintrittspreise* und durch die Senkung der Vergnügungssteuer von 10,5 auf 7,5 Prozent wurde einmal die wilde Konkurrenz unterbunden, zum anderen den Theatern wirtschaftlich wieder eine stärkere Lebensmöglichkeit gegeben.

Durch die **Gründing der Filmkreditbank** wurde der gesamten Filmwirtschaft eine gesunde wirtschaftliche Basis geschaffen und auch das künstlerische Niveau des Films dadurch gehoben, daß für die Herstellung wirklich brauchbarer und der nationalsozialistischen Auffassung entsprechender Filme durch Kreditgabe und Verbilligung des Geldes erhebliche Erleichterungen geschaffen wurden. Durch die *Verteilung der Produktion von wenigen Monaten auf das ganze Jahr* sind die Ateliers laufend ausgenutzt, die gewerblichen Arbeiter wieder das ganze Jahr über beschäftigt, und die Komparsen, deren Los ganz besonders bedauernswert war, ebenfalls das ganze Jahr über zur Mitarbeit herangezogen. Die Zahl der Komparsen, die in der Zeit des Wirtschaftselends viel zu groß war, wurde von 4.000 auf 1.200 vermindert. **An Stelle von 300 Verleihfirmen stehen heute 15 größere und ca. 25 kleinere Bezirksverleiher.** Der Filmverleih ist dadurch übersichtlich geworden und auch wirtschaftlich gesundet.

An die Stelle der Filmagenten ist der Filmnachweis getreten, dessen sich auch die Produktionsfirmen zu bedienen haben. Während früher die Filmschaffenden vogelfrei waren und sich niemand um ihr soziales Los kümmerte, hat der **nationalsozialistische Staat die unbeschränkte Arbeitszeit, die willkürliche Gagenfestsetzung und die Sonntagsarbeit ohne Zuschlag aufgehoben. An die Stelle der Ausbeutung ist die Tarifordnung vom 17. Januar 1935 getreten.**

Zahlreiche Filme erhielten hohe und lobende Prädikate.

Der nationale Filmpreis konnte in jedem Jahre für eine Leistung vergeben werden, die wirklich als überragend angesprochen werden kann. Er wurde zugesprochen:

1934	dem	Film	"Flüchtlinge",
1935	"	"	"Triumph des Willens",
1936	"	"	"Traumulus",
1937	"	"	"Der Herrscher".

Auf dem Gebiete der *Filmtechnik* wurde Besonderes geleistet. Insbesondere hat Deutschland das Problem des *Farbenfilms* ein gutes Stück vorwärts gebracht und mehrere Systeme entwickelt, die nun ihre Brauchbarkeit unter Beweis stellen werden. Als besonders wertvolle Einrichtung hat sich das *Reichsfilmarchiv* erwiesen, das für die kulturpolitische Arbeit Deutschlands von außerordentlicher Bedeutung ist.

Deutsches Musikleben ohne Deutsche

Auf dem weiten Gebiet der Kultur war neben dem der Malerei und der Plastik das Gebiet der Musik dasjenige, auf dem kulturbolschewistische Experimente am häufigsten zu verzeichnen waren. Was an atonalem Gefasel dem deutschen Publikum als moderne Musik zugemutet wurde, war oft unerträglich.

Als musikalische Erbauung setzte man dem Publikum Negerkapellen vor, die Jazzmusik aus dem afrikanischen Busch als Offenbarung der Zeit spielten. Es waren in erster Linie Juden, die für diese Verhunzung des großen musikalischen Erbes der deutschen Nation, diesen *Ausverkauf zu billigsten Preisen aus dem Trödlerkeller* verantwortlich zeichneten. **Hanns Eisler, Kurt Weill, Bert Brecht, der als Dichter der modernen Musik gepriesen wurde, Paul Dessau, Otto Klemperer, Adolf Weißmann, Arnold Schönberg, Ernst Toch, Karl Flesch, Paul Bekker, Alice Jacob-Löwinsohn, Holländer, Hirschland, Kahn, Wolfsthal, Lendvay, Wilhelm Grosz, Alexander Jemnitz, Alexander Tansman, Karl Wiener, Wladimir Vogel, Karol Rathaus, Leo Kestenberg, Leo Jessel, Eduard Zuckmayer, Berthold Goldschmidt, Erich Wolfgang Krongold, Egon Wellesz, Willy Rosen-Rosenbaum, Alexander Leszlo, Wolfgang Jacobi, Curt Goldmann.**

Das ist eine kleine Blütenlese aus der Komponistenelite der Systemzeit.

Aus der langen Reihe jüdischer Dirigenten sind zu nennen: **Klemperer, Bruno Walter-Schlesinger, Fritz Zweig, G. Szell, F. Stiedry, Arthur Bodansky, Richard Lert-Levy, Selmar Meyrowitz, Paul Breisach, Josef Rosenstock, Egon Pollack, Gustav Brecher, Eugen Szenkar, Jascha Horenstein, Felix Wolfes, Felix Lederer, Adolf Cohn, Ludwig Lazar-Rottenberg, Issai Dobrowen-Gutwein, Fritz Goldschmidt, Michael Taube, Felix M. Gatz-Goldner.** Dies sind nur die führenden Generalmusikdirektoren oder "Musikpäpste" in den Städten Berlin, Bremen, Breslau, Coburg, Darmstadt, Düsseldorf, Essen, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, Mainz, Mannheim, Saarbrücken.

Unter den *Schlagerkomponisten* befanden sich höchstens *10 Prozent Nichtjuden.*

Im *Konzertleben* konnten *ein deutscher Pianist, Geiger und Cellist* ebenso wie deutsche *Sänger* und *Sängerinnen* kaum noch zu Gehör kommen.Das Judentum überwucherte alles. Es sind zu nennen:

Jüdische Pianisten: Moritz Rosenthal, Ignaz Friedmann, Leopold Godowsky, Moritz Moszkowski, Carl Friedberg, Moritz Mayer-Mahr, Arthur Schnabel, Bruno Eisner, Georg Bertram, Leonid Kreutzer, Joseph Schwarz, Rudolf Serkin, Jascha Spiwakowski, Paul Aron, Wanda Landowska, Alice Ehlers, Anna Linde-Pincus.

Jüdische Geiger: Carl Felsch, Issai Barmas, Bronislav Huberman, Mischa Elman, Jascha Heifez, Nathan Milstein, Rudolf Deman, Joseph Wolfsthal, Licco Amar, Boris Schwarz, Adolf Rebner, Stefan Frenkel, Edith Lorand.

Jüdische Cellisten: Alfred Grünfeld, Emanuel Feuermann, Nikolai Grandan, Ernst Silberstein.

Prominente jüdische Sänger und Sängerinnen: Hermann Jadlowker, Richard Tauber, Josef Schwarz, Vera Schwarz, Emanuel List, Alexander Kipnis, Selma Kurz, Fritzi Massaryk, Wilhelm Gutmann, Julia Culp, Lotte Levy-Leonhard, Rose Walter, Gitta Alpar, Rosette Anday, Paula Lindberg, Hermann Schey.

Daß die **Musikkritiker** der großen Zeitungen größtenteils Juden waren, versteht sich von selbst. Unter diesen findet man die erlauchten Namen: Paul Bekker, Leopold Schmidt, Alfred Einstein, Adolf Weißmann, Siegmund Pisling, Oscar Bie, Rudolf Kastner, Alfred Holzbock, Ludwig Misch, Klaus Pringsheim, Kurt Singer, Hugo Leichtentritt, Erwin Neruda, Robert Lachmann, Paul Moos, Paul Stefan, Leopold Hirschberg, Gustav Ernest, Ernst Decsey, Richard Specht, Ludwig Landshoff, Werner Wolffheim, Edgar Istel, Kati Meyer, Julius Korngold, Julius Stern.

Die **Lage der Opernbühnen** wurde von Jahr zu Jahr unhaltbarer. 140 Bühnen waren auf Zuschüsse angewiesen. Einem Gesamtaufwand von jährlich 150 Millionen Reichsmark standen Einnahmen von 50 Millionen RM. gegenüber. Während in zahlreichen Theatern die Musiker mit 100-150 RM. im Monat nach Hause gehen mußten, verdienten jüdische Stars ungeheuere Summen. Das Jahreseinkommen des Juden Tauber z.B. ist mit 850.000 RM. zu beziffern. Die Wirtschaftskrise zwang auch zahlreiche Musikbühnen, große Entlassungen vorzunehmen oder zu schließen. Das *Berliner Blüthner-Orchester* mußte aufgelöst werden, das *Gewandhaus in Leipzig stand vor dem Zusammenbruch,* das *Erbe von Richard Wagner* in Bayreuth war finanziell *gefährdet.*

Die deutschen Berufsmusiker veröffentlichten einen *Notschrei* nach dem anderen, ohne gehört zu werden. Es kam zu Tumulten im Reichsarbeitsministerium, zu Kämpfen um Musikertarife. "*Notschrei eines untergehenden Standes*" war einer ihrer Aufrufe überschrieben.Von den Arbeitsämtern veranstaltete Orchesterkonzerte erwerbsloser Musiker vermochten nur wenigen über einige Tage hinwegzuhelfen.

Und die Ursache? Neben der Verjudung des Musiklebens lag sie in erster Linie in der völligen Zersplitterung der Organisation. *Die deutsche Musikerschaft war in 180 Verbände zersplittert* und hatte keine zentrale Führung. Wie überall, so herrschte auch hier ein Kampf einer gegen alle. Durch die Brüningsche Notverordnung wurden insbesondere die Kulturorchester auf das empfindlichste getroffen. **Im Jahre 1932 zählte man 24.000 erwerbslose Berufsmusiker.**

Vier Jahre nationalsozialistischer Arbeit

Und all das ist in vier Jahren von Grund auf gewandelt worden. Die völlige Entjudung des gesamten Musiklebens stand am Beginn dieses vierjährigen Kampfes um die deutsche Musik. Durch das Reichskulturkammergesetz wurde auch die **Reichsmusikkammer** geschaffen, in der nun unter schlagkräftiger zentraler Führung alle Berufsgruppen und Personenkreise vereinigt wurden, die irgendwie am deutschen Musikleben beteiligt sind.

Die Zahl der erwerbslosen Musiker sank von

22.501 im Jahre 1933 auf
14.000 im Jahre 1936.

Viele der noch gemeldeten erwerbslosen Musiker sind nicht mehr vermittlungsfähig, da sie **bereits seit 8 bis 10 Jahren erwerbslos** sind. Es handelt sich nicht zuletzt um diejenigen, die durch die Einführung des Tonfilms ihr Brot verloren haben. Für diesen Teil der Musiker sind *Umschulungsmaßnahmen eingeleitet* worden, um sie anderen Berufen zuzuführen, in denen sie wieder in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden können.

Für die *Komponisten* wurde die **Versorgungsstiftung der deutschen Komponisten** geschaffen, die in der Welt keines gleichen hat. Jeder Komponist erhält aus dieser Stiftung ohne Rücksicht auf seine Einzahlung die gleiche Altersrente. Die Stiftung hat bereits außerordentlich segensreich gewirkt, indem sie einer großen Zahl von Komponisten einen Alterssold, vielen Witwen einen Witwensold, zahlreichen Komponisten und ihren Hinterbliebenen eine Fülle von Darlehen und Beihilfen zur Verfügung stellte.

Durch die **Verlängerung des Urheberschutzes auf 50 Jahre** wurden den Nachkommen namhafter deutscher Komponisten und dem Deutschen Reiche noch auf weitere 20 Jahre die Einkünfte aus den Werken der Giganten der Musik gesichert, so daß die Werke von Richard Wagner, Franz Liszt, Brahms, Bruckner und anderen nicht ohne weiteres von ausländischen Musikverlagen nachgedruckt und wirtschaftlich ausgebeutet werden können.

Auf dem Gebiete des Konzertlebens wurde eine **große Zahl neuer Kulturorchester geschaffen.** 40 Orchester in allen Teilen des Reiches wurden durch Gewährung von Zuschüssen in den Stand gesetzt, sich der Pflege guter deutscher Musik in besonderem Maße hinzugeben. Insgesamt werden heute **100 Kulturorchester vom Reich, von den Ländern und von den Städten unterhalten.**

In 1.200 Städten über 5.000 Einwohner wurden **städtische Musikbeauftragte eingesetzt,** die in Zusammenarbeit mit den öffentlichen und privaten Konzertveranstaltern planmäßig insbesondere des Aufbaus des Konzertlebens sich annehmen. Für die **Begabtenauslese und Begabtenförderung** wurden besondere Einrichtungen getroffen und jungen Künstlern die Möglichkeit gegeben, sich dem Publikum vorzustellen.

Das *Stellenvermittlungswesen,* das früher völlig im argen lag und freien Agenten überlassen war, die nicht selten die Künstler erpreßten und erhebliche Gagen für die Vermittlung von Stellen von ihnen forderten, ist auf eine völlig neue Basis gestellt worden, und es gibt nur noch eine Zentral-Stellenvermittlung, die im Reich über 13 festangestellte Vermittler verfügt. **Sie hat 2.935 Vermittlungen für Kapellen mit einer Gesamtgage von 4.535.000 RM. bisher getätigt.** Zum erstenmal erhielten die deutschen Musiker im ganzen Reich **Tarifordnungen,** in denen insbesondere gegen früher bei täglich sechsstündigem Dienst - von häuslichen Übungen abgesehen - in jeder Woche ein freier Tag garantiert wurde. Die **tägliche Gage wurde durch das Monatsgehalt ersetzt, und die tägliche Kündigung durch die monatliche Kündigung. Ein Einheitsvertrag für Musiker sicherte sie vor Ausbeutung.**

614.000 RM. wurden aus Reichsmitteln allein über die Reichsmusikkammer den deutschen Musikern zur Verfügung gestellt für Stipendien an unbemittelte junge Talente, als Beihilfe zur Instrumentenbeschaffung, für Zwecke der Umschulung, für die Errichtung von Übungsstätten, für den Erstdruck wertvoller Kompositionen unbemittelter Komponisten, für die Erneuerung des Notenbestandes der Kulturorchester, für die Altershilfe und dergleichen mehr. Die *Rechtsberatung* hat in den letzten 1½ Jahren ca.

43.000 Beratungen und 2.939 Prozesse durchgeführt. Es wurden dadurch 1.800.000 RM. für die Mitglieder der Reichsmusikkammer gewonnen.

Auf dem Gebiete des *Erziehungswesens* wurde eine Reihe neuer Ausbildungsstätten geschaffen, darunter die erste deutsche *Militärmusikschule* in Bückeburg. Die *Ausfuhr deutscher Musikinstrumente und deutscher Noten* konnte um 24,3% gesteigert werden.

Aus den drei Gesellschaften zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte, deren Betrieb so teuer war, daß ein wesentlicher Teil der Einnahmen als Unkosten verbucht werden mußten, wurde die **"Staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte (Stagma)"** geschaffen, die als Wirtschaftsorganisation der Komponisten, Textdichter und Musikverleger heute in viel wirkungsvollerer Weise die Interessen dieses Berufsstandes wahrt. Die "Stagma" konnte durch ihre Tätigkeit steigern:

1. die Zahl der laufenden Jahresverträge mit Musikveranstaltern von 30.000 auf 80.000;
2. den Gesamtwert dieser Verträge von 2.800.000 RM. auf 4.375.000 RM.;
3. die Gesamteinnahmen aus Rundfunk, Tonfilm und Musikveranstaltungen in Deutschland von 5.700.000 RM. auf 9.700.000 RM.;
4. die Ausgaben für soziale Zwecke, insbesondere die Versorgungsklassen, auf 670.000 RM. gegen früher 250.000 RM.

Das *Chorwesen und die Liebe zum Volkslied* konnten durch offene Singveranstaltungen gefördert werden. Das deutsche Volk singt wieder. Einen besseren Beweis für seine Befreiung aus Not und Niedergang kann es gar nicht geben.

Zahl der Rundfunkhörer verdoppelt

Der Aufschwung des deutschen Rundfunks ist am besten aus der Entwicklung der Hörerziffern zu ersehen. Sie betrugen:

1933	4 307 722
1. 4. 1937	8 511 959.

Die Hörerdichte stieg damit um 100%. Während die 25 vorhandenen Sender 1932 noch eine Leistung von 522,25 Kilowattstunden darstellten, sind es heute 948,5 Kilowattstunden. Die Zahl der Sendungen stieg von

111 251 im Jahre 1932 auf

165 729 im Jahre 1936.

Die Dauer der Sendungen nahm um 57,6% zu.

Um das Verlangen der werktätigen Schichten nach unterhaltender, entspannender Musik zu befriedigen, wurde der *Anteil der Musik an der Programmgestaltung* von 64 auf 74% gesteigert. Der Anteil des Zeitfunks stieg auf 6,1%, ein Beweis dafür, daß der Rundfunk lebensnah ist und mitten in allen Fragen der Zeit steht.

Die Produktion an Rundfunkempfangsgeräten betrug von 1933 bis 1936 6.293.004 Stück, davon 2.204.896 Volksempfänger.

Die *Rundfunkausstellungen in Berlin* und anderen Städten wurden zu einem außerordentlichen Erfolg. Durch die Einführung und Organisierung des *Gemeinschaftsempfangs* wurde der Rundfunk zu einem wahrhaften Volksfunk gemacht und dem **ganzen Volke Gelegenheit gegeben, große Stunden der Nation gemeinsam zu erleben.** Der *Rundfunksprecherwettbewerb* und die *Volkssenderaktion* verstärkten ebenfalls die Gemeinschaft zwischen Funk und Hörer. So ist der Rundfunk heute aus unseren Tagen überhaupt nicht mehr fortzudenken, sondern ein wesentliches Führungsmittel der Nation geworden.

Deutsche Kunst statt jüdischer Irrsinnsprodukte

Wer sich über die "Leistungen" der Novemberrepublik auf dem Gebiete der bildenden Kunst ein Urteil bilden will, der braucht nur einmal in gewisse Villenviertel der Großstädte zu gehen und sich jene **kubistischen Würfel mit Sehschlitzen** anzusehen, die man Menschen unserer Zeit als Wohnung anzubieten wagte. So wie diese Würfel von außen aussahen, so war auch ihre Einrichtung beschaffen. Von Wohnlichkeit fand man keine Spur mehr und über die Zweckmäßigkeit dieser Ausstattungen läßt sich ebenfalls streiten. An die Stelle der Wohnkultur trat die Wohnmaschine.

Das, was auf dem Gebiet der *Malerei* und der *Bildhauerei* als Kunst der Zeit gepriesen wurde, war in vielen Fällen bestenfalls Studienmaterial für den Irrenarzt. Noch heute kann man in den Ausstellungen des Verfalls, die hier und da veranstaltet werden, jene sogenannten Bilder sehen, die für hohe Preise aus öffentlichen Fonds angekauft und in öffentlichen Gebäuden und Ausstellungen ausgehängt wurden: kubistische und futuristische Schmierereien mit Beigaben von Stacheldraht, Streichhölzern, Bindfaden und dergleichen mehr. Deformierte unförmige Gebilde wurden als modernste Darstellungen des Menschen angepriesen. Es gab Skandal um Skandal. Heute steht man kopfschüttelnd vor diesen "Kunstprodukten", die wahrhaft ihrer Zeit würdig waren.

Äußerer Ausdruck der Zurückführung der gesamten bildenden Kunst zu ihrer Wurzel, dem Volke, ist die Schaffung der **Reichskammer der bildenden Kunst,** in der alles vereint ist und betreut wird, was irgendwie zum Gebiet der bildenden Kunst gehört. Alles Fremdrassige ist hier ausgeschaltet.

Es war eine der ersten Aufgaben, die Auffassung richtigzustellen, daß Schönheit und Zweckmäßigkeit einander ausschließen, und der Erkenntnis Bahn zu brechen, daß aus Klarheit und Zweckmäßigkeit die Schönheit von selbst erwächst.

Der Führer selbst hat der deutschen Kunst, insbesondere auch der bildenden Kunst, neue Wege gewiesen. Dadurch, daß er den genialsten Architekten unserer Zeit, den leider so früh verstorbenen Professor *Troost* in München mit dem *Entwurf der Parteibauten* beauftragte, gab er der **gesamten deutschen Baukunst eine völlig neue Ausrichtung.** Heute stehen als *steinerne Zeugen unserer Zeit in München und Nürnberg jene Bauschöpfungen,* die - aus dem Geist des Nationalsozialismus geboren - der deutschen Baukunst eine neue Blüte gebracht haben. Allmählich hat sich ein Kreis von Architekten gefunden, der in den Gedankengängen des Nationalsozialismus schafft. Die Jahre nach der Machtergreifung werden am Ende unseres Jahrtausends sicherlich als *Ausgangspunkt einer neuen Stilepoche* gepriesen werden. So sind im nationalsozialistischen Staat den Baukünstlern wieder Aufgaben gestellt, an denen sie selbst wachsen und ihre eigenen Leistungen steigern können.

Der deutschen Malerei und der Bildhauerei hat des Führers persönliches Eingreifen ebenfalls eine Zukunft eröffnet, die wieder die Zeiten der großen Münchner Malerfürsten heraufbeschwört. Es waren Trinkgelder, die ein Maler in den Jahren des Systems für seine

Schöpfungen erhielt, selbst wenn sie von überdurchschnittlichem Wert waren. *Die Leistung galt nichts, die Mode alles.* Wer von den jüdischen Kritikern emporgelobt wurde, erhielt für die übelsten Schmierereien höchste Preise, während andere mit dem Erlös nicht einmal die Kosten für Leinwand und Farbe zu decken vermochten. So manches Talent mag damals entmutigt den Pinsel für immer aus der Hand gelegt haben. Niemand vermag zu sagen, ob Deutschland in jener Zeit nicht um große Talente ärmer geworden ist.

Durch den Bau des *Hauses der deutschen Kunst* in München hat der *Führer* den deutschen Malern und Bildhauern wieder ein *Ausstellungsgebäude geschaffen,* das in der ganzen Welt Namen und Ruf besitzt. Im Juli 1937 soll die Eröffnung stattfinden, und schon jetzt sind **Mittel in einer solchen Höhe zur Verfügung gestellt, daß die Ausstellung den Erlös von Millionen Reichsmark bringen kann und die deutschen Künstler für ihre Schöpfungen wieder Preise erhalten, die ihnen die Möglichkeit geben, in Ruhe und ohne Sorgen um das tägliche Brot um Kunstleistungen zu ringen, die vielleicht Ewigkeitswerte haben werden.**

Die Anregung des Präsidenten der Reichskulturkammer an alle Bauherren, bei der Vergebung von Bauaufträgen einen angemessenen Bruchteil der Bausumme für Werke der angewandten Bildhauerei und Malerei und des Kunsthandwerks anzuwenden, ist auf so fruchtbaren Boden gefallen, daß der dafür aufgewandte Betrag bereits die Summe von ca. 7 Millionen Reichsmark erreicht hat. Die Heeresbauverwaltung, Reichsbahn, Reichspost, der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen, Städte und insbesondere die Partei haben sich an dieser Aktion mit großem Erfolg beteiligt.

Das Amt *"Schönheit der Arbeit"* hat ebenfalls zahlreiche deutsche Künstler bei der Neugestaltung von Arbeits-, Aufenthalts- und Eßräumen in großen Werken Gelegenheit verschafft, ihr Können unter Beweis zu stellen. Durch die Veranstaltung von *Kunstausstellungen in Betrieben* sind ferner durch die NS.-Gemeinschaft "Kraft durch Freude" die Beziehungen zwischen Volk und Kunst noch enger geknüpft. So wurde jenes überhebliche Wort widerlegt, daß das Volk von der Kunst nichts verstände und die Kunst immer die Angelegenheit von wenigen bleiben werde. Insgesamt wurden im Jahre 1936 60 Fabrikausstellungen mit 5,2 Millionen Besuchern durchgeführt.

Auch für die Angehörigen der bildenden Kunst ist eine Altersversorgung in Vorbereitung. Für sie ist auf sozialem Gebiet in drei Jahren mehr geschaffen worden als vorher in 14 Jahren.

Durch die *Entjudung des Kunstverlagswesens und des Kunsthandels* wurde der Kunsthandel zu einer nationalsozialistischen Aufgabe gemacht, während er vorher lediglich eine Angelegenheit der Spekulation war. So wurde den deutschen Künstlern für ihre Arbeit auch wieder ein gerechter Lohn gesichert.

Presse ohne Juden

Der Zustand, den der Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Presse am 30. Januar 1933 vorfand, mag allein dadurch charakterisiert werden, daß an den großen Berliner Tageszeitungen der Redaktionsstab sich im wesentlichen aus Juden zusammensetzte, daß das deutsche Pressewesen in einer Fülle parteipolitischer Zeitungen und Zeitschriften aufgespalten war und die Zerrissenheit der Nation sich nirgends in einem solchen Maße offenbarte, wie gerade auf dem Gebiet der Presse. Für die Gestaltung der Zeitung war nicht das Wohl des Volkes und Reiches maßgebend, sondern ausschließlich und allein die

Verdienstmöglichkeit des Besitzers. Für eine Auflagensteigerung wurde bei gewissen Blättern täglich hohnlachend jeder Landesverrat begangen. Es herrschte nicht Pressefreiheit, sondern Presseanarchie. Ihr mußte um des Wohles der Allgemeinheit willen mit starker Hand ein Ende bereitet werden.

Die deutsche Presse hat in den vier Jahren des Nationalsozialismus eine völlige Strukturwandlung durchgemacht. Diese Strukturwandlung bezieht sich ebenso auf jene Gesetze, die für die Gestaltung der Zeitung maßgebend sind, als auch auf die wirtschaftliche Fundierung, Zahl der Zeitungen, Auflagenhöhe usw. Die Presse der NSDAP., die durch ihren beispiellosen Kampf für die nationalsozialistische Revolution sich einen unabdingbaren Führungsanspruch erworben hat, setzte sich im Jahre 1933 weiter durch und wurde so zum Sauerteig der gesamten deutschen Presse. Dafür verschwanden alle jene Organe des Landesverrats und ebenfalls die große Zahl der parteipolitischen Zeitungen, für die es im nationalsozialistischen Staat keinen Platz mehr gibt.

Durch das *Schriftleitergesetz* vom 9. Oktober 1933 und die auf Grund des Reichskulturkammergesetzes erlassenen Verordnungen des Präsidenten der Reichspressekammer, insbesondere die Verordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens vom 24. 4. 1935, wurde auch die *Aufgabenstellung für Schriftleiter und Verleger eine neue.* Sie wurde modern den Erfordernissen des nationalsozialistischen Staates angepaßt. Rechte und Pflichten wurden miteinander in Einklang gebracht. Der Schriftleiter erhielt durch das Schriftleitergesetz eine Stellung in der Nation, wie er sie niemals vorher besaß, wurde aber im gleichen Maße an der Verantwortung beteiligt. So wurde seine Stellung wahrhaft zu einem öffentlichen Amt. Er wurde unter so straffe Auslese und straffe Bestimmungen gestellt, daß der Berufsstand und der Staat es jederzeit in der Hand haben, Elemente auszumerzen, die der Aufgabenstellung des nationalsozialistischen Schriftleiters nicht würdig sind.

Durch die Verordnung zur Wahrung der Unabhängigkeit des Zeitungsverlagswesens (Amann-Verordnung) wurde der *Verleger* aus der Sphäre der rein kaufmännischen Betätigung *in die gleiche Verantwortung einbezogen,* die der Schriftleiter zu tragen hat, und unter die gleichen Pflichten gestellt. Es wurde damit deutlich erkennbar zum Ausdruck gebracht, daß die **Zeitung in Deutschland keine Handelsware, sondern ein Kulturgut ist,** und die Gestaltung der Zeitung eine kulturelle und politische Aufgabe von höchster Bedeutung ist.

Die Beseitigung der aus der Zeit parteipolitischer Zerrissenheit herrührenden Übersetzung des Zeitungsverlagswesens in vielen kleinen Orten brachte der deutschen Presse nach anfänglichen Erscheinungen der Depression die Gesundung. Sie ist allein an der *Druckauflage der deutschen Zeitungen* zu messen, die heute höher ist denn je. Für das vierte Vierteljahr 1936 beträgt die **Auflage der deutschen Tageszeitungen 18.625.000 Stück.** Bei 17,7 Millionen Haushaltungen kommt so auf jedes Haus 1,05 Exemplare. Deutschland gehört damit zur Spitzengruppe unter allen Nationen.

Auch auf dem *Zeitschriftenwesen* wurden die gleichen Bereinigungen durchgeführt und damit einer Entwicklung der Weg gebahnt, die auch das deutsche Zeitschriftenwesen auf ein höheres Niveau hebt, das es in der Systemzeit mehr und mehr verloren hatte.

Die Rundfunkpresse konnte ihre Auflage von 3.116.744 Stück im Jahre 1933 auf 5.306.741 Stück im Jahre 1936 steigern.

Schrifttum im neuen Staat

Daß selbst die Novemberrepublik ein Schmutz- und Schundgesetz brauchte, ist angesichts des großzügigen Maßstabes, den man an das deutsche Schrifttum jener Jahre anlegte, besonders bezeichnend. Ebenso bezeichnend für die Zeit ist es, wenn die Sexualschriften des Juden *Dr. Magnus Hirschfeld* in bezug auf ihre Auflagenhöhe mit an der Spitze der Buchproduktion jener Jahre standen. Wenn selbst ein jüdischer Polizeipräsident Isidor Weiß in nicht wenigen Fällen zu Beschlagnahmen schreiten mußte, so kann man sich ein Bild davon machen, was vor 1933 alles gedruckt und gebunden wurde.

So war es in erster Linie Aufgabe der **Reichsschrifttumskammer** nach ihrer Einrichtung:

Einmal das gesamte schädliche und unerwünschte Schrifttum aus allen deutschen Büchereien auszumerzen.

Zweitens den Berufsstand der deutschen Schriftsteller und Autoren aus der jüdischen Umklammerung zu befreien und nach den Grundsätzen nationalsozialistischer Kulturpolitik auszurichten.

Drittens wertvolles Schrifttum zu fördern und dem guten deutschen Buch wieder einen Weg ins Volk zu bahnen.

Die seit 1933 Jahr um Jahr durchgeführte "*Woche des deutschen Buches*" hat bewiesen, daß die Beziehungen zwischen Volk und Buch niemals abgerissen waren und heute enger sind denn je. Die Auflagen- und Absatzsteigerung des deutschen Buchhandels ist die Quittung dieser Feststellung. Sie ist gegenüber dem Stand von 1933 um 32% gestiegen.

Für die Schriftsteller und Autoren konnte in *sozialer Hinsicht Besonderes geleistet* werden. Es wurden für diesen Zweck erhebliche Mittel freigemacht. Eine Reihe von Dichterpreisen wurde neu gestiftet. Mit der Gründung der Reichsschrifttumsstelle beim Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wurde die Förderung wertvollen Schrifttums im großen Maßstabe in Angriff genommen. Es wurde die *Aktion "Sechs Bücher des Monats"* geschaffen, die für den Käufer in jedem Monat das besonders wertvolle Schrifttum hervorhebt. Es wurden zahlreiche Autobahnbüchereien gestiftet, Büchereien für den **Reichsarbeitsdienst,** es wurde eine *Schrifttumsberatung* ausgeübt, die sich ebenso sehr für Schriftsteller und Autoren wie für die Verlage, den Buchhandel, die Büchereien, die Verbände und die Dienststellen nützlich ausgewirkt hat. Es wurde ein *Lektorat geschaffen zur laufenden Auswahl des wertvollsten Schrifttums.*

Es wurde der *Normalvertrag* für alle Buchverleger eingeführt, der den Schriftsteller genau so wie den Verleger vor Übervorteilung schützt und das Vertragsverhältnis auf eine einheitliche Grundlage stellt.

So kann heute festgestellt werden, daß jenes Wort unwahr ist, das Buch sei nicht mehr zeitgemäß. Gerade in unserer Zeit des Umbruchs, der Umwertung aller Werte hat das Volk in einem Maße zum deutschen Buch gegriffen wie nie zuvor und aus dem deutschen Buch Kraft und Glauben für den Alltag geschöpft.

Eine neue Blüte deutscher Kultur

Der nationalsozialistische Staat braucht sich seiner Leistungen auf dem Gebiet der Kultur nicht zu schämen und hat durch sie alle jene Lügen gestraft, die den Nationalsozialismus ein Jahrzehnt lang als kulturfeindlich hinzustellen sich bemühten und nach der Machtergreifung das Ende der deutschen Kultur voraussagten. Das Gegenteil ist Tatsache geworden. Wir stehen heute mitten in einer neuen Kulturblüte. Unter jenen Millionen, die heute nach einer Idee ausgerichtet marschieren, marschieren vielleicht schon die kommenden großen Dichter der Nation, die an das Erbe der Klassiker anknüpfen und sich einen Namen schaffen, der sie als Dichter des 20. Jahrhunderts unsterblich macht.

Seherisch hat der Führer auf dem Reichsparteitag 1933 angekündigt:

"Nur wenigen Gottbegnadeten hat zu allen Zeiten die Vorsehung die Mission aufgegeben, wirklich unsterblich Neues zu gestalten. Damit sind diese aber die Wegweiser für eine lange Zukunft, und es gehört mit zur Erziehung einer Nation, den Menschen vor diesen Großen die nötige Ehrfurcht beizubringen, denn sie sind die Fleischwerdung der höchsten Werte eines Volkes."

15. In den zweiten Vierjahresplan

Der Führer und Reichskanzler hat folgende Verordnung erlassen:

Verordnung
zur Durchführung des Vierjahresplanes
vom 18. Oktober 1936

> "Die Verwirklichung des von mir auf dem Parteitag der Ehre verkündeten neuen Vierjahresplanes erfordert eine **einheitliche Lenkung aller Kräfte des deutschen Volkes und die straffe Zusammenfassung aller einschlägigen Zuständigkeiten in Partei und Staat.**
> Die *Durchführung* des Vierjahresplanes übertrage ich dem Ministerpräsident Generaloberst *Göring.*
> Ministerpräsident Generaloberst Göring trifft die zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe erforderlichen Maßnahmen und hat soweit **die Befugnis zum Erlaß von Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften.** Er ist berechtigt, alle Behörden, einschließlich der obersten Reichsbehörden, und alle Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und der ihr angeschlossenen Verbände anzuhören und mit Weisungen zu versehen.
>
> *Berchtesgaden,* 18. Oktober 1936."

Vier Jahre Zeit verlangte der Führer am 2. Februar 1933 vom deutschen Volk. Er versprach nichts außer: alles daranzusetzen, in diesen vier Jahren aus der Konkursmasse der November-Republik wieder einen gesunden Staat und aus dem in Klassen, Parteien, Stämme und Stände zerrissenen deutschen Volk wieder ein einiges, einheitliches Volk zu machen. Viele Millionen schüttelten damals den Kopf ob dieser Ankündigung. Sie hatten die Kraft und den Willen und damit auch den Glauben und den Mut verloren.

Der Führer hat keine vier Jahre Zeit gebraucht, um das zu erfüllen, was er selbst im Jahre 1933 sich vorgenommen hatte. Und schon *im Sommer 1936* konnte er die *Aufgaben des ersten Vierjahresplanes* mit Stolz und Genugtuung als *abgeschlossen* betrachten.

Aus dem ersten Vierjahresplan aber wuchs zwangsläufig der zweite. Brachte der erste Vierjahresplan die Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit all ihren Folgen, die Gesundung der Wirtschaft, die Wiedererrichtung der deutschen Wehrhoheit und den Aufstieg Deutschlands zur Großmacht, so ist es nun **Aufgabe des zweiten Vierjahresplanes, die Nahrungsfreiheit und die Rohstofffreiheit** des deutschen Volkes zu erkämpfen.

Am 28. Oktober 1936 steht im Berliner Sportpalast der Beauftragte des Führers für den Vierjahresplan, der *Ministerpräsident Generaloberst Göring,* auf der Rednertribüne, um kurz und prägnant Ziel, Weg und Zweck des zweiten Vierjahresplanes aufzuzeigen:

Volk und Vierjahresplan

In Nürnberg hat der Führer in eindeutiger und klarer Weise ausgeführt, worum es geht, warum er dem deutschen Volk einen zweiten Vierjahresplan zur Aufgabe gestellt hat. Der Führer hat nun die Durchführung dieses Planes mir übertragen und ich will vor dem deutschen Volk erklären, wie wir alle zusammen diese Aufgabe am besten lösen.

Was ist der zweite Vierjahresplan? Ich fasse ihn zusammen in einem einzigen fundamentalen Satz:

> **die Sicherung der deutschen Ehre und die Sicherung des deutschen Lebens.**

Ein klares Ziel, klar vor allem aber darum, weil wir ja wissen, wie weit heute die Sicherung gedrungen ist und weil wir darum auch wissen, daß diese Sicherung im zweiten Vierjahresplan darin besteht, die Wirtschaftskraft Deutschlands weiter zu stärken und auszubauen.

Vor dem deutschen Volke gebe ich heute Aufschluß über die Absichten, denn

**wir Nationalsozialisten tun alles vor dem Volk,
mit dem Volk und im Volk stehend,**

und darum soll meine Rede Verständnis durch völlige Aufklärung wecken und dem deutschen Volke klarmachen, auf welchen Wegen es helfen kann und helfen muß.

Der Sinn meiner Vollmachten, die der Führer mir übertragen hat, ist *die Zusammenfassung aller Kräfte, die einheitliche Lenkung aller Kräfte auf das einige Ziel.*

So wie in den vergangenen vier Jahren durch die Rückgewinnung der Wehrfreiheit die äußere Macht aufgerichtet wurde, so ist es eine zweite gewaltige Leistung, die dem deutschen Volk die notwendigen Grundlagen für seine Ernährung und für sein Leben wiedergegeben hat: Als der Führer zur gewaltigen Erzeugungsschlacht den deutschen Bauern aufrief, geschah dies zweite gewaltige Werk der vergangenen vier Jahre.

Wenn wir so sehen, was in diesen vier Jahren durch die geniale Hand unseres Führers, durch die zusammengeballte Kraft des deutschen Volkes, durch den Zusammenhalt der Führerschaft von Partei und Staat Großes geleistet wurde, so

gibt uns das kein Recht, auf den Lorbeeren auszuruhen, sondern nur die Verpflichtung, jetzt erst recht an die Arbeit zu gehen.

Große Leistungen sind auch auf dem wirtschaftlichen Sektor erreicht worden. Hier gilt es, noch Größeres zu schaffen, gilt es, die deutsche Wirtschaftskraft noch mehr zu stärken, gilt es, Deutschland unabhängig zu machen. Die Arbeiten auf dem Wirtschaftssektor sind deshalb so schwierig, weil die Vergangenheit vielleicht auf keinem Gebiete so gesündigt hat wie gerade durch die Zerstörung der deutschen Wirtschaft.

Wir Deutsche haben versucht, in diesen vier Jahren zu arbeiten, unser Volk zu ernähren, obwohl wir keine Kolonien haben. Obwohl uns Rohstoffe fehlen, ist Deutschland trotz allem ein Land des Friedens, eine Insel der Ordnung, der Zufriedenheit und des Aufbaues geworden.

Ihr wißt, meine lieben Volksgenossen, der *Führer* hat es euch in Nürnberg gesagt, daß trotz aller verstärkten Sicherung unserer Ernährung nicht aller Lebensmittelbedarf voll in Deutschland gedeckt werden kann, trotz aller Kraftanspannung. Es leben in Deutschland nun einmal 136 Menschen auf einem Quadratkilometer. In England leben 137 Menschen auf einem Quadratkilometer. Insgesamt besitzt dieses England für diese 137 Menschen auf einem Quadratkilometer ein Drittel der Welt als Kolonien und wir - nichts. Wenn wir einen Bruchteil dieser Kolonien hätten, dann würden wir auch nicht davon zu reden brauchen, daß nun einmal Rohstoffmangel und Mangel an Ernährungsdingen da ist.

Was kann und muß nun weiter geschehen?

Nur einiges werden wir auf dem eigenen Boden in der Landwirtschaft erzeugen können. Selbstverständlich werden wir eine weitere Steigerung der Erzeugung fordern. Wir werden den Reichsnährstand aufrufen, das Letzte daranzusetzen, um auch das Letzte aus dem deutschen Boden herauszuwirtschaften. Wir werden weiter versuchen, die Erzeugung zu steigern dadurch, daß wir den an sich schon ausgedörrten und ausgepowerten deutschen Kulturboden neu verbessern und durch Dung neu zu stärken versuchen. Wir versuchen weiter, die Organisation zu verbessern und immer rascher und besser die Güter vom Erzeuger zum Verbraucher gelangen zu lassen. Das ist auch heute in einem gewissen Umfang notwendig. Die vorhandene Kluft wird immer noch nicht dadurch geschlossen werden können. Selbstverständlich wird es eine der wichtigsten Maßnahmen sein, die *deutsche Ernte* jederzeit zu sichern.

Der deutsche Bauer muß eines begreifen: Welch heiliges Gut er in seiner Hand hält mit dem deutschen Brotgetreide, daß er weiß, daß er damit die Ernährung seines Volkes umfaßt. *Deutsche Bauern, geht sorgfältig um mit diesem heiligsten Gut unserer deutschen Erde!*

Wir hören, es gibt hier und da Fleischknappheit. Gewiß wird es hier und da eine Spannung geben, aber auch hier wird alles geschehen. Wir werden versuchen, weitere Grundlagen für die Züchtung von mehr Vieh zu schaffen. Vor allem aber, meine lieben Volksgenossen, gibt es außer Fleisch noch etwas sehr Gutes. Es gibt Fisch! Und wenn ihr kein Fleisch bekommt, werden wir dafür sorgen, daß in solchen Spannungszeiten *genügend Fische* vorhanden sein werden.

So wird alles geschehen, was irgendwie denkbar ist. Und doch wissen wir, daß nun einmal die größte Spannung auf dem Gebiet des Fettes besteht. Hier ist der größte Auslandsbezug notwendig und so wird auch hier die *stärkste Einschränkung* aller notwendig sein. Trotzdem werden wir auch hier die Erzeugung stärken. Wenn alle Volksgenossen mithelfen, und wenn jeder versteht, daß nun einmal heute Deutschland nicht reich genug ist, Abfälle beiseitezuwerfen, sondern daß diese Abfälle gesammelt werden müssen, um sie den großen Mästereien der Städte usw. zuzuführen, dann werdet

ihr dafür auch sehen, daß die Fettlage sich bessern wird. Wir sind nun einmal in einer Festung. Da heißt es: Alles und das Letzte einzusetzen.

Das Wichtigste aber und das Entscheidende ist, daß wir die Minderbemittelten und vor allen Dingen die schwerarbeitende Bevölkerung *unter allen Umständen* sichern in dem, was sie für ihre Kraft und ihre Arbeit notwendig haben.

Die Proklamation des Führers, daß unter allen Umständen für die Minderbemittelten billige und ausreichende Fette bereitstehen müssen, wird mir *einhelliger Befehl* sein, der unter allen Umständen durchgeführt wird. Wir werden das in einer Bezugsorganisation ohne Karten dann schaffen können, wenn jeder genug Vernunft annimmt. Das Entscheidende, Volksgenossen, ist:

Jeder Deutsche soll satt werden, kein Deutscher soll hungern.

Mehr könnt ihr jetzt nicht von mir verlangen. Das ist das Entscheidende.

Es ist selbstverständlich, daß man gewisse Einschränkungen auf sich nehmen muß, wenn man Großes erreichen will. Und nun wende ich mich an euch,

meine deutschen Hausfrauen.

Eine große Verantwortung liegt auf euren Schultern. Denkt daran, daß ihr in erster Linie immer die Speisen auf euren Speisezettel setzt, die *jahreszeitlich* bedingt sind, *die vorhanden sind,* die die deutsche eigene nationale Produktion im Augenblick hervorbringt. Es ist eine Sünde, wenn man immer gerade das kaufen will und das haben will, was im Augenblick eben nicht durch die Natur hervorgebracht wird. Mögen sich vor allem auch die vermögenderen Haushalte dessen besinnen.

Wir halten uns an das in erster Linie, was der *deutsch*e Boden uns schenkt.

Wir werden durch eine rechtzeitige Aufklärung über die jeweilige Versorgungslage dazu beitragen, daß eben die Hausfrauen von vornherein Bescheid wissen, daß sie wissen, um welche Lebensmittel es jetzt geht. Dann werden sie es auch nicht notwendig haben, stundenlang draußen anzustehen.

Meine lieben Volksgenossen!

Noch einmal zusammengefaßt: Verbraucht an Nahrungsmitteln das in erster Linie, was wir aus eigener nationaler Produktion befriedigen können.

Denn dadurch lassen sich vorübergehend nun einmal die Spannungen leichter ertragen. Diese Spannungen sind ja natürlich oft und rein saisonmäßig bedingt. Sie können gar nicht anders überbrückt werden. Eier, Butter, Milch, das sind nun einmal Dinge, deren Erzeugung wir nicht beeinflussen können! Es gibt gewisse Zeiten, da legen die Hühner viel Eier, und Zeiten, da legen sie wieder wenig; und so ist es auch auf den anderen Gebieten. Es ist noch keiner menschlichen Weisheit geglückt, das anders zu gestalten, was die Natur gestaltet hat.

Mit Vernunft, mit gutem Willen und mit einem wahren Beweis von Volksgemeinschaft werden wir Deutsche über diese Spannungen hinwegkommen. Das ist selbstverständlich.

Das Wichtige allein ist vor allen Dingen, daß die breiten Massen unseres Volkes so weit genügend Lebensmittel bekommen, daß sie in voller Kraft arbeiten und schaffen können, und dafür übernehme ich die Verantwortung, das werde ich herbeischaffen.

Ähnlich liegt es auch auf dem *Rohstoffgebiet.* Auch hier, das ist ganz selbstverständlich, haben wir einen Mangel an Rohstoffen, auch wieder vor allem darum, weil wir nun einmal keine Kolonien besitzen. Jetzt kann ich mich damit aber nicht auseinandersetzen. Wir haben sie nun mal nicht. Deshalb müssen wir uns überlegen, welche Rohstoffe wir nun kraft der Erfindungsgabe von uns Deutsche von selber machen können. Das wird eine der Hauptaufgaben sein, die ich und die mit mir verantwortlichen Männer zu leisten und zu tragen haben. Und da können wir auf vielen Gebieten ganz große Arbeit leisten.

Es werden in den nächsten Zeiten neue Fabriken entstehen, Fabriken, in denen wir den eigenen Gummi machen, Fabriken, in denen wir aus Zellstoff-Faser eigene Kleider schaffen, in denen wir die Baumwolle dann nicht mehr brauchen, die uns heute Millionen von Devisen kostet.

Wir werden jetzt aus der deutschen Kohle Benzin und Mineralöle schaffen, und das Wort des Führers: 'In 18 Monaten ist das deutsche Benzin fertig, sind wir mit Benzin unabhängig' - ich werde es einlösen! Mineralöle aller Art werden wir aus der deutschen Kohle ziehen.Wir werden unsere eigenen Eisen und Erze aufschließen und vor allen Dingen eins: Wir haben bis heute Deutschland noch gar nicht genügend untersucht. Von jetzt ab werden wir uns nicht damit begnügen, daß geophysikalisch lediglich ein Zehntel Deutschlands untersucht ist.

Das Entscheidende ist ja hier immer nur der Wille, die Dinge zu gestalten und die Dinge zu machen. Auf dem Gebiet der Leichtmetalle, des Aluminiums, steht uns eine unerschöpfliche Basis zur Verfügung. Kohle, Holz und deutsche Erze werden die Grundbasis sein, auf der in Zukunft die Fabriken deutscher eigener Erzeugung von Roh- und Werkstoffen entstehen.

Ein gewaltiges Programm! Große Bauten, mächtige Fabriken sollen entstehen, um der Welt zu zeigen:

Deutschland kapituliert nicht!

Aber, meine lieben Volksgenossen, das kann bloß sein, wenn ihr alle mithelft, das kann nur sein, wenn auch ihr, jeder einzelne von euch, mit alten Vorstellungen brecht, wenn ihr endliche diese alte aus Jahrhunderten übernommene ewige Scheu vor dem Neuen beseitigt. Es müssen nicht immer ausländische Stoffe sein. Jawohl, es werden die neuen deutschen Stoffe, die aus Holz gefertigt sind, genau so anständig sein!

Seid stolz auf eure Erzeugnisse! Seid stolz darauf, was deutsches Hirn und deutsche Fäuste geschaffen haben. *Das* adelt euch, nicht das Nachlaufen nach dem Ausland!

Der *Wirtschaft* aber möchte ich eins sagen: sie hat eine große, große Verantwortung. Der einzelne Unternehmer und Industrielle soll nur nicht darauf warten, was der Staat anregt, was der Staat fordert, sondern er soll von sich allein aus Mittel und Wege suchen und keine Anstrengung scheuen, um dieses Werk zu unterstützen.

Meine Herren Unternehmer! Sie sprechen immer von der freien Initiative der Wirtschaft. Jetzt haben Sie die freie Initiative. Wenden Sie sie an.

Der Einsatz! Vor allem möchte ich jetzt noch eines betonen: Ohne den gesamten geschlossenen und leidenschaftlichen Einsatz unserer deutschen Arbeiterschaft ist das Werk von vornherein unmöglich. Denn ich muß mir heute den Kopf darüber zerbrechen, wie ich den Arbeitermangel ausgleiche. So ergibt es sich, daß die Nationen verschiedene Sorgen haben. Wir haben Sorge, genügend Arbeiter zu bekommen, die anderen haben

die Sorge, wie sie ihre Arbeiter unterbringen können. Ich glaube aber, daß unsere Sorge, daß wir nicht genug Arbeiter haben, dabei noch die schönere und die kleinere ist.

Das ist also heute die Frage:

Wie schaffe ich die notwendigen Arbeiter heran?

Und das geht nur, wenn der deutsche Arbeiter versteht, daß er nur dann mir helfen kann, nur dann den Plan des Führers unterstützen kann, wenn er arbeitet, und immer wieder arbeitet, wenn er nicht streitet, sondern wenn Ruhe in den Betrieben ist und wenn geschafft wird vom Morgen bis zum Abend. Ich bitte deshalb, daß man begreift, daß es heute darauf ankommt, die notwendige *Arbeitsruhe* und den notwendigen *Arbeitsfrieden* zu haben, daß man begreift, daß in den Betrieben *Freude und Schaffenslust* herrschen muß, daß alles Denunziantentum, alle Verleumdung hinaus muß. Das hat in Deutschland keinen Platz.

Um das Werk aufbauen zu können, können wir in diesem Augenblick das Lohnniveau nicht erhöhen; es ist unmöglich. **Wenn wir aber feste und ruhig bleibende Löhne vom Arbeiter fordern, da kann der deutsche Arbeiter von uns feste und sichere Preise verlangen. Hier werden wir uns auch mit der ganzen Leidenschaft unseres Willens einsetzen.**

Der Führer hat heute einen *Preiskommissar* bestimmt, wiederum einen alten nationalsozialistischen Kämpen; ich werde ihm die notwendigen Richtlinien geben und ihn mit Vollmachten versehen, daß er unter allen Umständen Preistreiben und Preiserhöhung verhindert und, wo es nötig ist, hohe Preise herabsetzt.

Es wird die Aufgabe des Kommissars für die Preisbildung sein, immer wieder festzustellen, ob der Preis berechtigt ist oder Eigennutz und Ichsucht entspringt. Ist das der Fall, dann wird *rücksichtslos* durchgegriffen. Gegen alle, die versuchen, die Konjunktur und den Aufschwung Deutschlands auszunutzen, gegen Parasiten werde ich mit drakonischen Maßnahmen einschreiten.

Nochmals appelliere ich an alle: Befolgt meine Anordnungen und Maßnahmen. Es ist notwendig, daß sie von allen *freudigen Herzens* befolgt werden. Jeder einzelne muß das Gefühl haben, er hilft, er hilft dem Führer, auf ihn, auf seine Mithilfe kommt es entscheidend an.

Wir müssen eine starke, unabhängige Nation schaffen, dazu setzen wir jetzt alle Kräfte ein. Ich wende mich in erster Linie um restlose Mitarbeit an alle Erfinder, an die Männer der Wissenschaft; an alle Unternehmer und Wirtschaftler. Denkt nicht an eure Profite,

denkt an eine starke, unabhängige deutsche Wirtschaft.

Ich wende mich an die deutschen Arbeiter. Von euch, *von euch vor allem* hängt das Gelingen ab. Ich wende mich an die Bauern Deutschlands: *Ihr Bauern Deutschlands haltet das Leben der Nation.* Euere Verantwortung ist die Ernährung des Volkes. Es ist die größte. Sichert die Ernährung, sichert das Brot! Ihr Bauern: Deutschland hat vor Jahren alles für euch getan; seid dankbar, tut heute alles für Deutschland!

Ich wende mich mit besonderer Leidenschaft an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei und alle ihre Gliederungen. Es gilt euer Reich, es ist euer Staat, den ihr erobert habt, den ihr geschaffen habt. Von euch erwarte ich Einsatz wie in höchsten Kampfzeiten. Die Alte Garde voran, die Führer der Partei, an der Spitze ihre Gauleiter. Reißt das Volk mit, marschiert, und das

Werk wird geschaffen. Die nationalsozialistische Bewegung beweist, daß nichts unmöglich ist, daß sie niemals kapitulieren wird.

Das ganze Volk aber rufe ich auf: Vorwärts mit aller Kraft! Dankt dem Führer, daß er euch ein neues Volk, ein neues Reich, eine neue Nation geschaffen hat!

Der Führer verlangt von euch nichts Unmögliches. Was er verlangt, ist zu schaffen. Das hat er stets bewiesen. Was er versprochen, hat er auch gehalten. Seht, Volksgenossen, wenn so mancher von euch glaubt, er muß schwer arbeiten und leiden und hat große Sorgen, und er wird vielleicht schwach, dann werft doch den Blick auf den Führer, seht, wie der Mann arbeitet, denkt daran, welch ein Leben dieser Mann führt, unser Führer! Er arbeitet für uns. Denkt an seine Sorgen. Denkt an seine gigantische Verantwortung für die Zukunft der Nation. Der Mann trägt eine Riesenlast für euch, seid doch bereit, eine kleine Last für ihn zu tragen. Was hat er aus uns, aus dem Deutschland vor der Machtergreifung gemacht! Wie hat er uns aus tiefster Nacht emporgeführt! Wie hat seine Treue zum Volk einzigartig alle Schwierigkeiten überwinden helfen! Es ist eine große Zeit, in der wir leben. Seid unsagbar stolz, daß ihr mit dabei sein dürft. Weg alles Kleine, weg alle Ichsucht! Eine große Zeit verlangt ein großes Volk. Beweist, daß ihr das große Volk seid. Seid würdig unseres großen Führers Adolf Hitler!

Noch einmal prüfe sich jeder jeden Tag, was er selbst tun kann und was er beitragen kann zu dem Gelingen des Werkes. Beweist, daß das unser Dank sein soll, unser Vertrauen zum Führer, unser Glaube an ihn. Er hat uns, er hat das deutsche Volk aus Unglauben, aus Verzweiflung ja wieder glauben gelehrt und uns dadurch unsagbar stark gemacht.

Wir glauben an die gewaltige Mission des deutschen Volkes.

Wir glauben leidenschaftlich daran, daß unter dem Führer entstehen wird ein Reich der Kraft, eine Nation der Ehre und ein Volk der Freiheit. Das sei in dieser Stunde die Parole, und darum flehen wir in dieser Stunde, da wir die Arbeit beginnen, voll inbrünstigen Glaubens zum Allmächtigen: Allmächtiger Gott, segne den Führer, segne sein Volk und segne sein Werk."

Jubel und Beifall von Hunderttausenden von Berlinern und von Millionen, die ihn im Reich über den Rundfunk hörten, sind Beweis dafür, daß er sich auf dem richtigen Weg befindet und das Volk ihn verstanden hat.

So wie die nationalsozialistische Bewegung Träger des ersten Vierjahresplanes war, wäre auch der zweite undenkbar ohne sie. Das, was sie angesichts des neuen Marschbefehls des Führers bewegt, brachte ihr Zentralorgan, der *Völkische Beobachter,* am 29. Oktober zum Ausdruck:

> **"Der neue Vierjahresplan ist größer als der erste, wie überhaupt jede nationalsozialistische Tat größer ist als die vorhergehende. Der nationalsozialistische Wille wächst mit den Erfolgen und ermattet nie. Wir kapitulieren nicht vor Schwierigkeiten. Nach Siegen binden wir den Helm fester für den neuen Vormarsch.**
> **Noch nie in der Geschichte sind die Erfinder, Ingenieure und Techniker so aufgerufen worden wie jetzt für den Vierjahresplan. Während der Durchführung des Vierjahresplans wird sich der deutsche Erfindergeist so stark regen, wie er es einst im Weltkriege getan hat. Die gesamte**

deutsche Erfinderschaft, die Forschung auf dem Gebiete der Technik und der Chemie tritt nun in geschlossener Front zum Vormarsch an. Das Tempo, mit dem die neuen Erfindungen sich folgen werden, wird auch nach der Durchführung des Vierjahresplanes beibehalten werden.
Die nationalsozialistische Bewegung ist durch das überragende Genie, das große Herz und den eisenharten Willen eines Mannes aufgebaut worden. Weshalb soll es nicht möglich sein, daß wir durch die Anspannung unserer geistigen Energien am Ende doch mehr erreichen werden, als andere Völker von der Natur durch große fruchtbare Landflächen und reichen Rohstoffsegen geschenkt erhalten haben.
Wir sind arm an Rohstoffen, und deshalb sind wir diejenigen, die ein neues Zeitalter der technischen und chemischen Entwicklung heraufbringen. Wir verteilen nicht das Wenige, was wir haben, sondern wir erarbeiten so viel, wie wir gebrauchen. *Wir lassen uns von niemand vorschreiben, wieviel wir gebrauchen dürfen, weder von ausländischen Mächten und jetzt nicht einmal von der Natur. Wir haben den stärkeren Willen und wir haben den deutschen Erfindergeist.* Der Nationalsozialismus stellt ihn nur in den Dienst des Volkes und gibt ihm deshalb größere und wuchtigere Schwingen!
In der Kampfzeit wurden die Herzen des deutschen Volkes mobilisiert, beim ersten Vierjahresplan wurden seine Energien mobilisiert, im zweiten Vierjahresplan wird sein Erfindergeist mobilisiert: *So marschieren wir hin zum Reich der Zukunft, der Volksgemeinschaft und des Sozialismus.*"

Vier Jahre sind um: Der Führer spricht!

Adolf Hitler am vierten Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution

Wir schreiben den 30. Januar 1937. Vier Jahre des Kampfes und der Arbeit sind vorbei. In ganz Deutschland steht an diesem Tage des Volk einen Augenblick Gewehr bei Fuß und holt tief Atem.

Um die Mittagsstunde fährt der Führer durch die fahnengeschmückten, blumenbekränzten Straßen in den Reichstag. Vor dem ganzen Volke zieht er Bilanz. Dann weist er mit Glaubensgewalt dem Volke den Weg in die Zukunft, in neue Jahre des Kampfes und der Arbeit hinein:

"Männer! Abgeordnete des Deutschen Reichstages!

An einem für das deutsche Volk bedeutungsvollen Tage ist der Reichstag heute zusammengetreten. **Vier Jahre sind vergangen seit dem Augenblick, da die große innere *Umwälzung und Neugestaltung,* die Deutschland seitdem erlebte, ihren Anfang nahm. Vier Jahre, die ich mir vom deutschen Volke ausgebeten habe als eine Zeit der Bewährung und Beurteilung.** Was würde näher liegen, als diesen Anlaß zu benutzen, um im einzelnen alle jene Erfolge und Fortschritte aufzuzählen, die diese vier Jahre dem deutschen Volke geschenkt haben? Es ist aber gar nicht möglich, im Rahmen einer so kurzen Kundgebung all das zu erwähnen, was als die bemerkenswerten Ergebnisse dieser vielleicht erstaunlichsten Epoche im Leben unseres

Volkes gelten dürfen! Dies ist mehr die Aufgabe der Presse und der Propaganda. Außerdem wird in diesem Jahre in der *Reichshauptstadt Berlin eine Ausstellung stattfinden,* in der versucht werden soll, ein umfassenderes und eingehenderes Bild des Geschaffenen, Erreichten und Begonnenen aufzuzeigen, als mir dies in einer zweistündigen Rede überhaupt möglich sein könnte! Ich will daher diese heutige geschichtliche Zusammenkunft des Deutschen Reichstages benutzen, um in einem *Rückblick auf die vergangenen vier Jahre* einige jener allgemeingültigen Erkenntnisse, Erfahrungen und Folgerungen aufzuzeigen, die zu verstehen nicht nur für uns, sondern auch für die Nachwelt wichtig sind.

Ich will weiter eine Stellung zu jenen Problemen und Aufgaben nehmen, deren Bedeutung uns und unserer Umwelt zur Ermöglichung eines besseren Zusammenlebens klar sein müssen, und endlich möchte ich auch in kürzesten Zügen die Projekte umreißen, die mir teils für die nächste, teils auch für die fernere Zukunft als Arbeit vorschweben.

Die Revolution der Revolutionen

In der Zeit, da ich noch als einfacher Redner durch die deutschen Lande zog, wurde mir oft von bürgerlicher Seite die Frage vorgelegt, warum wir an die *Notwendigkeit einer Revolution* glaubten, statt zu versuchen, im Rahmen der bestehenden Ordnung unter Mitarbeit bei den vorhandenen Parteien die uns als schädlich und ungesund erscheinenden Verhältnisse zu verbessern.

Wozu eine neue Partei und wozu vor allem eine neue Revolution?

Meine damaligen Antworten wurden immer von folgenden Erwägungen bestimmt:

1. Die Verfahrenheit, der Verfall der deutschen Zustände der Lebensauffassungen und der Lebensbehauptung können nicht beseitigt werden durch einen einfachen Regierungswechsel. Diese Wechsel haben ja schon vor uns mehr als genug stattgefunden, ohne daß dadurch eine wesentliche Besserung der deutschen Not eingetreten wäre. Alle diese Regierungsumbildungen hatten eine positive Bedeutung nur für die Akteure des Schauspiels, für die Nation aber fast stets nur negative Ergebnisse. Im Laufe einer langen Zeit war das Denken und praktische Leben unseres Volkes in Bahnen geraten, die ebenso unnatürlich wie im Ergebnis abträgliche waren. *Eine* der Ursachen dieser Zustände lag aber in der unserem Wesen, unserer geschichtlichen Entwicklung und unseren Bedürfnissen fremden Organisation des Staatsaufbaues und der Staatsführung an sich.

Das parlamentarisch-demokratische System war von den allgemeinen Zeiterscheinungen nicht zu trennen. Die Heilung einer Not kann aber kaum je erfolgen durch eine Beteiligung an den sie verschuldenden Ursachen, sondern nur durch deren *radikale Beseitigung*. Damit aber mußte der politische Kampf unter den gegebenen Verhältnissen zwangsläufig den Charakter einer Revolution annehmen.

2. Eine solche revolutionäre Um- und Neugestaltung ist weder denkbar durch die Träger und mehr oder minder verantwortlichen Repräsentanten des alten Zustandes, das heißt also auch nicht durch die politischen Organisationen des früheren verfassungsmäßigen Lebens, noch durch eine Teilnahme an diesen Einrichtungen, sondern nur durch die Aufrichtung und den *Kampf einer neuen Bewegung* mit dem Zweck und Ziel, die notwendige Reformation des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens bis in die tiefsten Wurzeln hinein vorzunehmen und dies, wenn nötig, auch unter Einsatz von Blut und Leben!

Es gehört dabei zum Bemerkenswerten, daß der parlamentarische Sieg durchschnittlicher Parteien kaum etwas Wesentliches am Lebensweg und Lebensbild der Völker verändert, während eine wahrhafte Revolution, die aus tiefsten weltanschaulichen Erkenntnissen kommt, auch nach außen hin zu einprägsamsten und allgemein sichtbaren Veränderungen führt.

Wer will aber daran zweifeln, daß in diesen hinter uns liegenden vier Jahren tatsächlich eine Revolution von gewaltigem Ausmaß über Deutschland hinweggebraust ist? Wer kann dieses heutige Deutschland noch vergleichen mit dem, was an diesem 30. Januar heute vor vier Jahren bestand, da ich zu dieser Stunde den Eid in die Hand des ehrwürdigen Herrn Reichspräsidenten abgelegt hatte?

Allerdings, wenn ich von einer nationalsozialistischen Revolution spreche, dann lag es in der besonderen Eigenart dieses Vorganges in Deutschland, wenn vielleicht gerade dem Auslande und vielleicht auch manchem unserer Mitbürger das Verständnis nicht ganz erschlossen wurde für die Tiefe und das Wesen dieser Umwälzung. Ich bestreite auch nicht, daß gerade diese Tatsache, die für uns das Bemerkenswerteste der Eigenart des Ablaufs der nationalsozialistischen Revolution ist und auf die wir besonders stolz sein dürfen, im Ausland und bei einzelnen Mitbürgern dem Verständnis für diesen einmaligen geschichtlichen Vorgang eher hinderlich als nützlich war.

Denn diese nationalsozialistische Revolution war zuallererst eine Revolution der Revolutionen.

Ich meine damit folgendes: Durch Jahrtausende hat sich nicht etwa in deutschen Gehirnen, sondern noch viel mehr in den Gehirnen der Umwelt die Ansicht gebildet und durchgesetzt, daß das charakteristische Merkmal jeder wahren Revolution eine blutige Vernichtung der Träger der früheren Gewalten und in Verbindung damit eine Zerstörung von öffentlichen und privaten Einrichtungen und Eigentum sein müßten. Die Menschheit hat sich daran gewöhnt, Revolutionen mit solchen Begleitumständen irgendwie doch wieder als legale Vorgänge anzuerkennen, d.h. der tumultuösen Vernichtung von Leben und Eigentum, wenn schon nicht zustimmend, so doch wenigstens verzeihend gegenüberzutreten als die nun einmal nötigen Begleiterscheinungen von Vorgängen, die man ja deshalb auch Revolution heißt!

Hierin liegt vielleicht, wenn ich von der faschistischen Erhebung in Italien absehe, der größte Unterschied zwischen der nationalsozialistischen und anderen Revolutionen.

Die nationalsozialistische Revolution ist so gut als vollkommen unblutig verlaufen.

Sie hat in der Zeit, in der die Partei, in Deutschland sicherlich sehr große Widerstände überwindend, die Macht übernahm, überhaupt keinen Sachschaden angerichtet. Ich darf es mit einem gewissen Stolz aussprechen: Dies war vielleicht die erste Revolution, bei der noch *nicht einmal eine Fensterscheibe zertrümmert* wurde.

Ich möchte aber nun nicht falsch verstanden werden: Wenn diese Revolution unblutig verlief, dann nicht deshalb, weil wir etwa nicht Männer genug gewesen wären, um auch Blut sehen zu können!

Über vier Jahre lang war ich Soldat im blutigsten Kriege aller Zeiten gewesen. Ich habe in ihm in keiner Lage und unter keinen Eindrücken auch nur einmal die Nerven verloren. Dasselbe gilt von meinen Mitarbeitern. Allein wir sahen die Aufgabe der nationalsozialistischen Revolution nicht darin, Menschenleben oder Sachwerte zu vernichten, als vielmehr darin, *ein neues und besseres Leben aufzubauen.* Es ist unser höchster Stolz, die sicherlich größte Umwälzung in unserem Volke mit einem Minimum an

Opfern und an Verlusten durchgeführt zu haben. Nur dort, wo die bolschewistische Mordlust auch noch nach dem 30. Januar 1933 glaubte, mit Gewalt den Sieg oder die Verwirklichung der nationalsozialistischen Idee verhindern zu können, haben wir - und da natürlich blitzschnell - auch mit Gewalt geantwortet. Andere Elemente wieder, deren Unbeherrschtheit in Verbindung mit größter politischer Unbildung wir erkannten, nahmen wir nur in Sicherheitsverwahrung, um sie im allgemeinen schon nach kurzer Zeit wieder in den Besitz ihrer Freiheit zu setzen. Und nur wenige, deren politische Tätigkeit nur der Deckmantel für eine durch zahlreiche Gefängnis- und Zuchthausstrafen bestätigte verbrecherische Haltung an sich war, hinderten wir auch später an einer Fortsetzung ihrer verderblichen Zerstörungsarbeit, indem wir sie, wohl zum erstenmal in ihrem Leben, zu einer nützlichen Beschäftigung anhielten.

Ich weiß nicht, ob es jemals eine Revolution von so durchgreifendem Ausmaß gegeben hat wie die nationalsozialistische und die trotzdem unzählige frühere politische Funktionäre unbehelligt und in Frieden ihrer Tätigkeit nachgehen ließ, ja zahlreichen grimmigen Feinden in oft höchsten Staatsstellen sogar noch den vollen Genuß der ihnen zustehenden Renten und Pensionen ausschüttete?

Wir haben dies getan! Allerdings hat uns vielleicht gerade dieses Vorgehen nach außen hin nicht immer genützt. Erst vor wenigen Monaten konnten wir es erleben, wie ehrenwerte britische Weltbürger glaubten, sich an mich wenden zu müssen mit einem Protest wegen der Zurückbehaltung eines der *verbrecherischsten Moskauer Subjekte* in einem deutschen Konzentrationslager. Es ist wohl meiner Unorientiertheit zuzuschreiben, nie erfahren zu haben, ob diese ehrenwerten Männer sich einst auch ebenso gegen die blutigen Gewalttaten dieser Moskauer Verbrecher in Deutschland ausgesprochen hatten, ob sie gegen die grausame Parole '*Schlagt die Faschisten tot, wo ihr sie trefft*' Stellung nahmen, oder ob sie z.B. jetzt in Spanien gegen die Niedermetzelung, Schändung und Verbrennung von Zehn- und aber Zehntausenden von Männern, Frauen und Kindern ebenso ihrer Empörung Ausdruck gaben! Hätte nämlich in Deutschland die Revolution etwa nach dem demokratischen Vorbild in Spanien stattgefunden, dann würden diese eigenartigen Nichteinmischungsapostel anderer Länder ihrer Mühen und Sorgen wohl restlos enthoben sein. Kenner der *spanischen Verhältnisse* versichern, daß die Zahl der bestialisch Abgeschlachteten mit 170.000 eher zu niedrig als zu hoch angegeben wird. Nach diesen Leistungen der braven demokratischen Revolutionäre in Spanien hätte die nationalsozialistische Revolution unter Zugrundelegung unserer dreimal größeren Bevölkerungszahl das Recht gehabt, 400.000 bis 500.000 Menschen umzubringen! Daß wir dies nicht taten, gilt anscheinend fast als Versäumnis und findet von seiten der demokratischen Weltbürger - wie wir sehen - eine sehr ungnädige Beurteilung.

Allerdings, die Macht, dies zu tun, hätten wir gehabt. Die Nerven vielleicht besser als *jene Meuchelmörder,* die vor jedem offenen Kampf feige zurückschrecken und nur wehrlose Geiseln abzuschlachten vermögen. Wir waren Soldaten und haben einst im blutigsten Kampf aller Zeiten unseren Mann gestanden. Nur das Herz, und ich darf wohl auch sagen die Vernunft haben uns davor bewahrt, so zu verfahren.

So hat denn die ganze nationalsozialistische Revolution insgesamt weniger Opfer gefordert, als allein im Jahre 1932 von unseren bolschewistischen Gegnern in Deutschland ohne Revolution Nationalsozialisten ermordet worden sind.

Dies war allerdings nur möglich durch die Befolgung eines Grundsatzes, der nicht nur in der Vergangenheit unser Handeln bestimmte, sondern den wir auch in der Zukunft nie vergessen wollen: Es kann nicht die Aufgabe einer Revolution oder überhaupt einer Umwälzung sein, ein Chaos zu erzeugen, sondern nur etwas Schlechtes durch Besseres zu ersetzen. Dies erfordert aber stets, daß das Bessere tatsächlich schon vorhanden ist. Als mich am 30. Januar vor vier Jahren der ehrwürdige Herr Reichspräsident berief und mit der Bildung und Führung einer neuen Deutschen Reichsregierung betraute, da lag hinter uns ein *gewaltiger Kampf um die Macht im Staate,* den wir mit den damaligen

streng legalen Mitteln durchgefochten hatten. Trägerin dieses Kampfes war die nationalsozialistische Partei. In ihr hat der neue Staat schon längst, ehe er *tatsächlich* proklamiert werden konnte, bereits eine ideelle und förmliche Gestaltung erfahren.

Alle Grundsätze und Prinzipien des neuen Reiches waren die Grundsätze, Gedanken und Prinzipien der nationalsozialistischen Partei.

Sie hat sich auf dem Wege des legalen Ringens um den deutschen Volksgenossen die überwältigende Stellung in diesem Reichstage geschaffen, und als ihr dann endlich tatsächlich die Führung gegeben wurde, da hatte sie diese Führung auch nach parlamentarisch-demokratischem Rechte schon über ein Jahr lang zu beanspruchen das Recht gehabt.

Der Sinn der nationalsozialistischen Revolution lag aber darin, daß die Forderungen dieser Partei eine wahrhaft umwälzende Erneuerung früher allgemein gültiger Auffassungen und Einrichtungen proklamierte.

Und erst als einzelne Verblendete glaubten, der mit Recht zur Führung des Reiches berufenen Bewegung in der Durchführung ihres vom Volk gebilligten Programms den schuldigen Gehorsam aufsagen zu können, hat sie diesen ungesetzlichen Störenfrieden mit eiserner Faust den Nacken unter das Gesetz des neuen nationalsozialistischen Reiches und Staates gebeugt.

Damit aber, meine Parteigenossen und Abgeordnete des Deutschen Reichstages, war die nationalsozialistische Revolution *als solche* auch schon beendet. Denn von diesem Augenblick der sichergestellten Machtübernahme im Reiche durch die Partei an habe ich es als selbstverständlich angesehen, daß damit die Revolution übergeführt wird in die Evolution.

Diese dadurch eingeleitete Entwicklung beinhaltet allerdings einen ideellen und tatsächlichen Umbruch, der auch heute noch von manchen Zurückgebliebenen als außerhalb des geistigen Horizontes des Auffassungsvermögens oder über dem Egoismus der eigenen Interessen liegend abgelehnt wird. Denn: die nationalsozialistische Lehre hat auf unzähligen Gebieten unseres Lebens ohne Zweifel revolutionierend gewirkt und auch demgemäß oft eingegriffen und gehandelt.

Grundsätzlich: Unser nationalsozialistisches Programm setzt an Stelle des liberalistischen Begriffes des Individuums und des marxistischen Begriffes der Menschheit das blutbedingte und mit dem Boden verbundene Volk. Ein sehr einfacher und lapidarer Satz, allein von gewaltigen Auswirkungen.

Zum erstenmal vielleicht, seit es eine Menschengeschichte gibt, ist in diesem Lande die Erkenntnis dahin gelenkt worden, daß von allen Aufgaben, die uns gestellt sind, die erhabenste und damit für den Menschen heiligste die Erhaltung der von Gott gegebenen blutgebundenen Art ist.

Zum erstenmal ist es in diesem Reiche möglich, daß der Mensch die ihm vom Allmächtigen verliehene Gabe des Erkennens und der Einsicht jenen Fragen zuwendet, die für die Erhaltung seiner Existenz von gewaltigerer Bedeutung sind als alle siegreichen Kriege oder erfolgreichen Wirtschaftsschlachten! Die größte Revolution des Nationalsozialismus ist es, das Tor der Erkenntnis dafür aufgerissen zu haben, daß alle Fehler und Irrtümer der Menschen zeitbedingt und damit wieder verbesserungsfähig sind, außer dem einzigen: dem Irrtum über die Erhaltung seines Blutes, seiner Art und damit der ihm von Gott gegebenen Gestalt und des ihm von Gott geschenkten Wesens.

Wir Menschen haben nicht darüber zu rechten, warum die Vorsehung die Rassen schuf, sondern nur zu erkennen, daß sie den bestraft, der ihre Schöpfung mißachtet.

Unsagbares Leid und Elend sind über die Menschheit gekommen, weil sie diese im Instinkt zutiefst verankerte Einsicht durch eine schlechte intellektuelle Halbbildung verlor. Heute leben in unserem Volk Millionen und aber Millionen Menschen, denen diese Gesetze klar und verständlich geworden sind. Was einzelnen Sehern oder unverdorbenen Ahnenden aber als Erkenntnis aufging, ist heute Arbeitsgebiet der deutschen Wissenschaft geworden. Und ich spreche es hier prophetisch aus:

So wie die Erkenntnis des Umlaufs der Erde um die Sonne zu einer umwälzenden Neugestaltung des allgemeinen Weltbildes führte, so wird sich aus der Blut- und Rassenlehre der nationalsozialistischen Bewegung eine Umwälzung der Erkenntnisse und damit des Bildes der Geschichte der menschlichen Vergangenheit und ihrer Zukunft ergeben.

Und dies wird nicht zu einer Entfremdung der Völker, sondern im Gegenteil zum ersten Male zu einem wahren gegenseitigen Verstehen führen! Es wird dann allerdings aber auch verhindern, daß das jüdische Volk unter der Maske eines biederen Weltbürgers alle anderen Völker innerlich zu zersetzen und dadurch zu beherrschen versucht!

Die Folgen dieser - wie wir überzeugt sind - wahrhaft umwälzenden Erkenntnis sind für das deutsche Leben von revolutionärer Bedeutung geworden. Wenn zum erstenmal in unserer Geschichte das deutsche Volk den Weg zu einer größeren Einheit als je zuvor gefunden hat, dann nur unter dem zwingenden Banne dieses inneren Erlebnisses. Unzählige Vorurteile wurden davon zerbrochen, zahlreiche Hemmungen als wesenlos beiseitegeschoben, schlechte Traditionen verblassen, alte Symbole werden entwertet, aus der Ohnmacht einer stammesmäßigen, dynastischen, weltanschaulichen, religiösen und parteilichen Zerrissenheit erhebt sich das deutsche Volk und trägt vor sich her das Banner einer Einigung, die symbolisch nicht den Sieg eines *staatlichen,* sondern eines *rassischen* Prinzips dokumentiert. Im Dienste des Sieges dieser Idee stand nun 4½ Jahre lang die deutsche Gesetzgebung. So wie am 30. Januar 1933 durch meine Berufung zur Reichskanzlerschaft ein an sich schon bestehender Zustand seine Legalisierung erhielt, nämlich die damals ohne Zweifel Deutschland beherrschende Partei mit der Führung des Reiches und der Gestaltung des deutschen Schicksals beauftragt wurde, so ist die deutsche Gesetzgebung seit diesen vier Jahren nur die Festlegung einer ideenmäßig geklärten und durchgesetzten Auffassung nach der allgemein bindenden rechtlichen Seite hin.

Wie diese Blutsgemeinschaft des deutschen Volkes damals staatlich verwirklicht wurde, wird uns allen wohl die schönste Erinnerung des Lebens sein. Wie ein Frühlingssturm brauste es vor vier Jahren über das deutsche Land hinweg. **Die Kampftruppen unserer Bewegung, die das Banner des Hakenkreuzes vier Jahre lang gegen eine Übermacht der Gegner verteidigt und es in 14 langen Jahren immer weiter vorwärts getragen hatten, stießen es nun tief hinein in den Boden des neuen Reiches.**

In wenigen Wochen waren die staatlichen Rückstände sowohl als die gesellschaftlichen Vorurteile einer 1000jährigen Vergangenheit in Deutschland ausgeräumt und beseitigt worden.

Oder kann man nicht von einer Revolution sprechen, wenn in kaum drei Monaten ein parlamentarisch-demokratisches Durcheinander verschwindet und an seine Stelle ein Regime der Ordnung, der Disziplin, aber auch der Tatkraft kommt, wie es Deutschland in solcher geschlossenen Einheitlichkeit und umfassenden Machtfülle noch nie besaß?

Sozialismus wird Wirklichkeit

So groß war die Revolution, daß ihre geistigen Grundlagen selbst jetzt von der oberflächlich urteilenden Umwelt noch gar nicht erkannt worden sind. Man redet von *Demokratien* und *Diktaturen* und hat noch gar nicht begriffen, daß sich in diesem Lande eine Umwälzung vollzogen hat, deren Ergebnis, wenn Demokratie überhaupt einen Sinn haben soll, im höchsten Sinne des Wortes als demokratisch zu bezeichnen ist. Mit unfehlbarer Sicherheit steuern wir auf eine Ordnung hin, die - so wie im gesamten übrigen Leben - auch auf dem Gebiete der politischen Führung der Nation einen natürlichen und vernunftgemäßen Ausleseprozeß sicherstellt, durch den die wirklich fähigsten Köpfe unseres Volkes ohne Rücksicht auf *Geburt, Herkunft, Namen oder Vermögen* nur gemäß der ihnen gegebenen höheren Berufung zur politischen Führung der Nation bestimmt werden. Des großen Korsen schönste Erkenntnis, daß jeder Soldat den Marschallstab im Tornister tragen müsse, wird in diesem Land die politische Ergänzung finden.

Gibt es einen herrlicheren und schöneren Sozialismus und eine wahrhaftigere Demokratie als jenen Nationalsozialismus, der es dank seiner Organisation ermöglicht, daß unter Millionen deutschen Knaben jeder, wenn sich die Vorsehung seiner bedienen will, den Weg finden kann bis an die Spitze der Nation?

Und dies ist keine Theorie! Dies ist im heutigen nationalsozialistischen Deutschland eine uns allen selbstverständliche Wirklichkeit. **Ich selbst, als der durch das Vertrauen des Volkes berufene Führer, komme aus ihm. Alle die Millionen deutscher Arbeiter, sie wissen es, daß an der Spitze des Reiches kein fremder Literat oder internationaler Revolutionsapostel steht, sondern ein Deutscher aus ihren eigenen Reihen.**

Und zahlreiche einstige Arbeiter- und Bauernkinder, sie stehen in diesem nationalsozialistischen Staat heute an führenden Stellen, ja manche unter ihnen sind als Minister, Reichsstatthalter und Gauleiter mit die höchsten Leiter und Repräsentanten des Volkes. Freilich sieht der Nationalsozialismus auch hier nur das ganze Volk und niemals eine Klasse.

Der Zweck der nationalsozialistischen Revolution war es nicht, aus einem bevorrechteten Stand für die Zukunft einen rechtlosen zu machen, sondern aus einem rechtlosen einen gleichberechtigten.

Wir haben nicht Millionen Bürger vernichtet, um sie zu Zwangsarbeitern zu degradieren, sondern unser Ziel war es, aus Zwangsarbeitern deutsche Bürger zu erziehen. Denn eines werden alle Deutschen verstehen: Revolutionen können als Gewaltakte nur von kurzer Dauer sein. Wenn sie nicht Neues aufzubauen vermögen, werden sie als Exzesse das Vorhandene in kurzer Zeit verzehren. Aus dem gewalttätigen Akt der Übernahme der Macht muß sich in kurzer Zeit eine segensreiche Arbeit des Friedens entwickeln. Wer aber Klassen beseitigt, um neue Klassen zu schaffen, legt den Keim zu neuen Revolutionen! Was heute Bourgeois ist und diktiert, wird morgen als Zwangsarbeiter in Sibirien wieder Proletarier sein und dann einmal genau so auf die Befreiung hoffen wie der Proletarier, der erst unterdrückt war und nun zu diktieren glaubt.Die nationalsozialistische Revolution hat daher nie beabsichtigt, eine bestimmte Klasse des deutschen Volkes in den Besitz der Macht zu setzen, um eine andere auszuschalten, sondern im Gegenteil:

Es war nur ihr Ziel, dem ganzen deutschen Volk durch ihre organisatorische Erfassung der Massen die Möglichkeit nicht nur einer wirtschaftlichen, sondern auch einer politischen Betätigung sicherzustellen.

Sie beschränkt sich dabei allerdings auf die zu unserem Volk gehörigen Elemente und lehnt es ab, einer fremden Rasse Einfluß auf unser politisches, geistiges oder kulturelles Leben zu geben, oder ihm eine wirtschaftliche Vorrangstellung einzuräumen.

In dieser blutmäßigen Verbundenheit unseres Volkes und in der durch den Nationalsozialismus erfolgten Erweckung des Verständnisses dafür liegen die tiefsten Ursachen für das wunderbare Gelingen unserer Revolution.

Vor diesem neuen gewaltigen Ideal verblaßten alle staatlichen, dynastischen, stammesmäßigen, aber auch parteilichen Idole und Rückstände der Vergangenheit. So war es möglich, daß in wenigen Wochen die ganze Welt unserer alten Parteien zugrunde ging, ohne daß auch nur einen Augenblick das Gefühl der Leere entstand. Denn eine neue bessere Erkenntnis hatte sie verdrängt. Eine neue Bewegung nahm ihren Platz ein. Eine neue Organisation unseres Volkes der arbeitenden und schaffenden Nation schob die alten Unternehmer- und Arbeitnehmerorganisationen und Verbände einfach beiseite. Und als die symbolischen Zeugen deutscher Vergangenheit und damit deutscher Zerrissenheit und deutscher Ohnmacht entfernt wurden, da geschah es nicht durch den Beschluß eines Komitees, das wie im Jahre 1918 oder 1919 - wenn möglich durch Preisausschreiben - das neue Symbol des Reiches herauszufinden hatte, sondern durch die *Flagge,* die uns als *Wahrzeichen der nationalsozialistischen Kampfzeit* in die Erhebung hineinbegleitet hat und die nun seitdem zu Lande, zu Wasser und in der Luft das Zeichen der Erhebung der Nation geworden ist!

Wie sehr aber diesen Wechsel und diese Wandlung das deutsche Volk begriffen und in seiner Bedeutung erfaßt hat, wird durch nichts mehr erhärtet als durch die Zustimmung, die die Nation uns seitdem so viele Male gegeben hat. **Denn von all jenen, die sich so oft und so gerne bemühen, die demokratischen Regierungen als vom Volke getragene Institutionen zum Unterschied der Diktaturen hinzustellen, hat keiner mehr Recht im Namen seines Volkes zu reden als ich!**

Nicht Diktatur, sondern Volksstaat

Als das Ergebnis dieses Teiles der nationalsozialistischen Revolution möchte ich folgendes feststellen:

1. Es gibt im deutschen Volk seitdem nur mehr einen Träger der Souveränität, und dies ist das gesamte deutsche Volk selbst.

2. Der Wille dieses Volkes findet seinen Ausdruck in der Partei als der politischen Organisation dieses Volkes.

3. Es gibt entsprechend dem auch nur einen einzigen Gesetzgeber.

4. Es gibt nur eine Gewalt der Exekutive.

Wer das Deutschland vor dem Januar 1933 dem gegenüber zum Vergleich heranzieht, wird ermessen, welch eine gewaltige Wandlung diese kurzen Feststellungen enthalten.

Diese Umwälzung ist aber ebenfalls nur das Ergebnis der Durchführung eines Grundsatzes der nationalsozialistischen Lehre, daß nämlich der vernünftige Sinn und Zweck alles menschlichen Denkens und Handelns nicht in der Schaffung oder Erhaltung einer von Menschen ersonnenen Konstruktion, Organisation oder Funktion liegen kann, sondern nur in der Sicherung und Entwicklung des von der Vorsehung gegebenen volkischen Bausteines an sich.

Daher wurde durch den Sieg der nationalsozialistischen Bewegung das Volk als das Seiende und das Bleibende über jede Organisation, Konstruktion und Funktion gestellt.

Sinn und Zweck der Existenz der von der Vorsehung erschaffenen Rassen vermögen wir Menschen weder zu erkennen noch festzustellen. Allein Sinn und Zweck der menschlichen Organisationen sowie aller Funktionen sind meßbar an ihrem Nutzen, den sie für die Erhaltung des seienden und bleibenden Volkes besitzen. Daher ist *das Volk das Primäre.* Partei, Staat, Armee, Wirtschaft, Justiz usw. sind sekundäre Erscheinungen, Mittel zum Zweck der Erhaltung dieses Volkes. In eben dem Maße, in dem sie dieser Aufgabe gerecht werden, sind sie richtig und nützlich. Wenn sie dieser Aufgabe nicht genügen, sind sie schädlich und müssen entweder reformiert oder beseitigt und durch Besseres ersetzt werden.

Die Anerkennung dieses Grundsatzes allein kann die Menschen auch davor bewahren, in starre Doktrinen zu verfallen dort, wo es keine Doktrinen gibt, Mittel in Dogmen umzufälschen, wo nur der Zweck als einziges Dogma gelten darf.

Sie alle, meine Abgeordneten, Männer des Reichstages, verstehen den Sinn dessen, was ich hier ausspreche. Allein ich rede ja in dieser Stunde zum ganzen deutschen Volk und ich möchte daher an einigen Beispielen die Bedeutung dieser Grundsätze erläutern, die sie in dem Moment erhielten, da wir sie am praktischen Leben anzuwenden begannen. Es wird für viele erst dann verständlich werden, warum wir von einer nationalsozialistischen *Revolution* reden, auch wenn es sich hier nicht um die Vernichtung von Gut und Blut gehandelt hat.

Im Laufe einer langen Zeit ist teils durch Übernahme fremden Gedankengutes, teils durch das Fehlen einer eigenen klaren Einsicht unser Rechtsleben in eine Verwirrung geraten, die ihren prägnantesten Ausdruck fand in der Unklarheit über den inneren Zweck des Rechtes an sich. Zwei polare Extreme kennzeichnen diesen Zustand:

1. Die Auffassung, daß das Recht als solches seine eigene Existenzberechtigung in sich trage und daher überhaupt keinerlei Prüfung über die Nützlichkeit im einzelnen oder im gesamten zulasse. Das Recht bestehe, selbst wenn die Welt darüber zugrunde ginge.

2. Die Auffassung, daß das Recht im wesentlichen berufen sei, dem Schutz des Individuums in der Person und in seinem Eigentum zu übernehmen und zu sichern. Zwischen beiden meldet sich in verschämter Verbrämung die Vertretung größerer Gemeinschaftsinteressen zumeist nur als Konzession an die sogenannte Staatsraison an.

Die nationalsozialistische Revolution hat demgegenüber dem Rechte, der Rechtswissenschaft sowohl als der Rechtsprechung, einen eindeutigen klaren Ausgangspunkt gegeben:

Es ist die Aufgabe der Justiz, mitzuhelfen an der Erhaltung und Sicherung des Volkes vor jenen Elementen, die sich als Asoziale entweder den gemeinsamen Verpflichtungen zu entziehen trachten oder sich an diesen gemeinsamen Interessen versündigen. Damit steht über der Person und der Sache auch im deutschen Rechtsleben von jetzt ab das Volk.

Diese kurze Feststellung führt in ihrer Berücksichtigung zu der größten Reform, die unser deutsches Rechtsleben und Rechtswesen bisher erlebt haben. Entsprechend dem Ausgangspunkt war die erste einschneidende Wirkung die Proklamierung nicht nur eines einzigen Gesetzgebers, sondern auch einer einzigen Rechtsausübung. Die zweite Maßnahme ist noch nicht abgeschlossen, wird aber in wenigen Wochen der Nation verkündet.

In einem neuen deutschen Strafgesetzbuch erhält zum erstenmal aus dieser großen Gesamtperspektive heraus die deutsche Rechtspflege jene Grundlagen, die sie für alle Zeiten in den Dienst der deutschen Volkserhaltung stellen werden.

Die Bilanz von 1933

Wie groß auch die Wirrnisse gewesen sind, die wir auf den einzelnen Lebensgebieten im Jahre 1933 vorfanden, so wurden sie doch noch übertroffen von dem Verfall der deutschen Wirtschaft. Dies war auch jene Seite des deutschen Zusammenbruchs, die der breiten Masse unseres Volkes am deutlichsten und unmittelbarsten zum Bewußtsein kam. Der sachliche Zustand ist Ihnen und wohl auch dem ganzen deutschen Volk noch in Erinnerung. Wir fanden als Dokument dieser Katastrophe vor allem zwei Erscheinungen:

1. über sechs Millionen Erwerbslose,

2. einen ersichtlich zum Untergang bestimmten Bauernstand.

Die Gesamtfläche der damals bereits vor der Zwangsversteigerung stehenden deutschen landwirtschaftlichen Güter umfaßte einen Umfang, der etwas größer war als das Land Thüringen. Endlich konnte es nicht verwunderlich sein, daß bei einer so allgemeinen Herabsetzung der Produktion einerseits und der Kaufkraft andererseits auch die breite Masse unseres Mittelstandes in kurzem dem Zusammenbruch und damit der Vernichtung anheimfallen mußte. **Wie schwer diese Seite der deutschen Not damals empfunden wurde, können wir noch nachträglich daraus ermessen, daß ich mir gerade zur Behebung der Arbeitslosigkeit sowie zur Behinderung einer weiteren Vernichtung des deutschen Bauerntums die bekannte Zeit der vier Jahre ausgebeten hatte.**

Ich darf weiter hier feststellen, daß der Nationalsozialismus im Jahre 1933 nicht in irgendeine Erfolg versprechende Handlung anderer eingegriffen hat, sondern daß die Partei mit der Führung des Reiches erst in dem Augenblick beauftragt wurde, als auch die **letzte Möglichkeit einer anderen Rettung als gescheitert** angesehen werden mußte, als insbesondere alle Versuche einer Behebung der wirtschaftlichen Not sich als Fehlschläge erwiesen hatten.

Wenn ich heute nach vier Jahren vor das Angesicht des deutschen Volkes trete, und auch vor Ihnen selbst, meine Abgeordneten, Männer des Deutschen Reichstages, Rechenschaft ablege, dann werden Sie mir und der nationalsozialistischen Regierung nicht die Bestätigung versagen, daß ich mein damaliges Versprechen eingelöst habe.

Dies war kein leichtes Unterfangen. Ich spreche nichts Unbekanntes aus, wenn ich hier die Feststellung treffe, daß gerade die sogenannten 'Fachleute' damals an eine solche Rettung nicht mehr glaubten.

Wie ich dazu kam, angesichts dieser furchtbaren und - wie schon betont - gerade für Fachleute aussichtslosen Lage dennoch an die deutsche Wiederauferstehung und besonders an die wirtschaftliche Gesundung zu glauben, liegt in zweierlei begründet.

1. Ich habe immer nur Mitleid empfunden mit jenen aufgeregten Menschen, die bei jeder schwierigen Lage sofort vom Zusammenbruch eines Volkes reden. Was heißt Zusammenbruch? Das deutsche Volk hat schon vor der Zeit gelebt, da es uns geschichtlich sichtbar zum Bewußtsein kommt. Allein, wenn wir seine früheren Schicksale gänzlich unberücksichtigt lassen, so steht doch folgendes fest, daß seit diesen nunmehr rund 2.000 Jahren über jenen Teil der Menschheit, den wir heute als deutsches Volk

bezeichnen, unsagbare Katastrophen und unsagbares Leid öfter als einmal gekommen sind. Hungersnöte, Kriege und Pestilenz haben in unserem Volke schaurige Einkehr gehalten und eine furchtbare Ernte gemäht. Muß man nicht einen *unbändigen Glauben an die Lebenskraft einer Nation* besitzen, wenn man sich überlegt, daß erst vor wenigen Jahrhunderten in einem dreißigjährigen Kampf von über 18 Millionen Menschen unser deutsches Volk auf nicht einmal mehr 4 Millionen zusammenschmolz! Wenn wir bedenken, daß dieses früher so blühende Land damals ausgeplündert, zerrissen und verelendet war, daß seine Städte niedergebrannt, seine Ortschaften und Dörfer verwüstet, die Felder unbebaut und verödet waren? Und wenige Jahrzehnte später begann unser Volk wieder zu wachsen, die Städte füllten sich mit neuem Leben, die Äcker wurden wieder gepflügt und im gewaltigen Rhythmus erklang das Lied jener Arbeit, die uns eine neue Existenz und neues Leben gab!

Verfolgen wir doch einmal den uns nur bekannten Teil des Lebensweges unseres Volkes aus grauer Vorzeit bis heute und ermessen wir dann die ganze Lächerlichkeit des Getues jener blassen Schwätzer, die, wenn irgendwo in der Welt ein Stück Papier eine Abwertung erfährt, sofort vom Zusammenbruch der Wirtschaft und damit wohl auch vom Zusammenbruch des menschlichen Lebens reden.

Deutschland und das deutsche Volk sind schon sehr schwerer Katastrophen Herr geworden. Freilich - ich gebe es zu - es waren immer Männer notwendig, um die dann erforderlichen Maßnahmen zu treffen und sich ohne Rücksicht auf Verneiner oder Besserwisser durchzusetzen. Ein Haufen parlamentarischer Angsthasen eignet sich allerdings schlecht zur Führung eines Volkes aus Not und Verzweiflung!

Ich hatte den festen Glauben und die heiligste Überzeugung, daß die Überwindung der deutschen Wirtschaftskatastrophe in dem Augenblick gelingen wird, in dem man an die Unvergänglichkeit eines Volkes glaubt und der Wirtschaft die Rolle als Dienerin am Leben des Volkes zuweist, die ihr gebührt!

2. Ich war kein Wirtschaftler, das heißt vor allem, ich bin in meinem Leben noch niemals Theoretiker gewesen.

Ich habe aber leider gefunden, daß die schlimmsten Theoretiker sich immer gerade dort eingenistet haben, wo die Theorie gar nichts und das praktische Leben alles ist. Es ist selbstverständlich, daß sich auch im wirtschaftlichen Leben im Laufe der Zeit nicht nur bestimmte Erfahrungsgrundsätze ergeben haben, sondern auch bestimmte zweckmäßige Methoden. Allein, alle Methoden sind zeitgebunden. Aus Methoden Dogmen machen wollen, heißt der menschlichen Fähigkeit und Arbeitskraft jene elastischen Möglichkeiten nehmen, die sie allein in die Lage setzt, wechselnden Anforderungen mit wechselnden Mitteln entgegenzutreten und ihrer so Herr zu werden. Der Versuch, aus wirtschaftlichen Methoden ein Dogma zu formulieren, wurde von vielen mit jener gründlichen Emsigkeit, die den deutschen Wissenschaftler nun einmal auszeichnet, betrieben und als Nationalökonomie zum Lehrfach erhoben. Und nur nach den Feststellungen dieser Nationalökonomie war Deutschland ohne Zweifel verloren. Es liegt im Wesen aller Dogmatiker, sich auf das schärfste zu verwahren gegen ein neues Dogma, d.h. eine neue Erkenntnis, die dann als Theorie abgetan wird. Seit 18 Jahren können wir das köstliche Schauspiel erleben, daß unsere wirtschaftlichen Dogmatiker in der Praxis auf fast allen Gebieten des Lebens widerlegt worden sind, allein nichtsdestoweniger die praktischen Überwinder des wirtschaftlichen Zusammenbruchs als Vertreter ihnen fremder und daher falscher Theorien ablehnen und verdammen.

Sie kennen ja den bekannten Fall, in dem ein Kranker seinem Arzt begegnet, der ihm zehn Jahre vorher nur mehr für sechs Monate das Leben zusagte und der nun seinem Erstaunen über die trotzdem durch einen anderen Arzt erfolgte Heilung nur dadurch

Ausdruck verleihen konnte, daß er diese unter solchen Umständen als eine sichere Fehlbehandlung erklärte.

Nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik

Meine Abgeordneten! Die deutsche Wirtschaftspolitik, die der Nationalsozialismus im Jahre 1933 einleitete, geht auf einige grundsätzliche Erwägungen zurück.

In den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Volk gibt es nur etwas Unveränderliches, und dies ist das Volk. Wirtschaftsbetätigung aber ist kein Dogma und wird nie ein solches sein

Es gibt keine Wirtschaftsauffassung oder Wirtschaftsansicht, die irgendwie Anspruch auf eine Heiligkeit erheben könnte. Entscheidend ist der Wille, der Wirtschaft stets die dienende Rolle dem Volke gegenüber zuzuweisen und dem Kapital die dienende Rolle gegenüber der Wirtschaft.

Der Nationalsozialismus ist, wie wir wissen, der schärfste Gegner der liberalistischen Auffassung, daß die Wirtschaft für das Kapital da sei und das Volk für die Wirtschaft. Wir waren daher auch vom ersten Tage an entschlossen, mit dem Trugschluß zu brechen, daß etwa die Wirtschaft im Staat ein ungebundenes, unkontrollierbares und unbeaufsichtigtes Eigenleben führen könnte.

Eine freie, das heißt eine ausschließlich sich selbst überlassene Wirtschaft kann es heute nicht mehr geben. Nicht nur, daß dies etwa politisch untragbar wäre, nein, auch wirtschaftlich würden unmögliche Zustände die Folge sein.

So wie Millionen einzelne Menschen ihre Arbeit nicht nach ihren eigenen Auffassungen und Bedürfnissen einteilen oder ausüben können, so kann auch die gesamte Wirtschaft nicht nach eigenen Auffassungen oder im Dienste nur eigensüchtiger Interessen tätig sein. Denn sie ist auch nicht in der Lage, die Konsequenzen eines Fehlschlages heute noch irgendwie selbst zu tragen. **Die moderne Wirtschaftsentwicklung konzentriert ungeheure Arbeitermassen auf bestimmte Erwerbszweige und in bestimmte Gebiete. Neue Erfindungen oder der Verlust der Absatzmärkte können mit einem Schlage ganze Industrien zum Erliegen bringen.**

Der Unternehmer kann ja vielleicht die Tore seiner Fabriken schließen, er wird möglicherweise versuchen, seinem Tätigkeitsdrang ein neues Feld zu öffnen. Er wird auch zumeist nicht so ohne weiteres zugrunde gehen, und außerdem, es handelt sich hier nur um wenige Einzelwesen. Diesen gegenüber aber stehen Hunderttausende Arbeiter mit ihren Weibern und mit ihren Kindern! Wer nimmt sich ihrer an und wer sorgt für sie?

Die Volksgemeinschaft!

Jawohl! Sie muß es tun. Allein geht es dann nicht an, der Volksgemeinschaft nur die Verantwortung für die Katastrophe der Wirtschaft aufzubürden, ohne den Einfluß und die Verantwortung für jenen Einsatz und für jene Überwachung der Wirtschaft, die die Katastrophe zu vermeiden geeignet sind?

Meine Abgeordneten! Als die deutsche Wirtschaft im Jahre 1932 auf 1933 endgültig zum Erliegen zu kommen schien, da wurde mir noch mehr als in früheren Jahren folgendes klar:

Die Rettung unseres Volkes ist nicht ein Problem der Finanzen, sondern ausschließlich ein Problem der Verwendung und des Einsatzes unserer vorhandenen Arbeitskraft einerseits und der Ausnützung des vorhandenen Bodens und der Bodenschätze andererseits.

Es ist dies damit zu allererst ein Organisationsproblem. Es handelt sich daher auch nicht um Phrasen, wie z.B. Freiheit der Wirtschaft, sondern es handelt sich darum, durch alle vorhandenen Maßnahmen der Arbeitskraft die Möglichkeit einer Produktion und produktiven Betätigung zu geben. Solange die Wirtschaft, das heißt die Gesamtsumme der eigenen Unternehmer dies aus eigenem fertigbringen, ist es gut.

Wenn sie dies aber nicht mehr können, dann ist die Volksgemeinschaft, d.h. in diesem Falle der Staat verpflichtet, ihrerseits für den Einsatz der vorhandenen Arbeitskräfte zum Zwecke einer nützlichen Produktion Sorge zu tragen bzw. die dazu nötigen Maßnahmen zu treffen. **Und hier kann der Staat alles tun, nur etwas nicht, nämlich - wie dies der Fall war - über 12.000 Millionen Arbeitsstunden Jahr für Jahr einfach verlorengehen lassen!**

Denn die Volksgemeinschaft lebt nicht von dem fiktiven Wert des Geldes, sondern von der realen Produktion, die dem Gelde erst seinen Wert verleiht.

Diese Produktion ist die erste Deckung einer Währung und nicht eine Bank oder ein Tresor voll Gold!

Und wenn ich diese Produktion steigere, erhöhe ich das Einkommen meiner Mitbürger wirklich und indem ich sie senke, vermindere ich das Einkommen, ganz gleich, welche Löhne ausbezahlt werden.

Und meine Abgeordneten! Wir haben in diesen vier Jahren die deutsche Produktion auf allen Gebieten außerordentlich erhöht. Und die Steigerung dieser Produktion kommt *den deutschen Menschen in ihrer Gesamtheit zugute*. Denn wenn heute z.B. unzählige Millionen Tonnen Kohle mehr gefördert werden, dann dienen sie nicht etwa dazu, um ein paar Millionären die Zimmer meinetwegen auf ein paar tausend Grad zu erhitzen, sondern um Millionen deutscher Volksgenossen die auf sie treffende Quote erhöhen zu können.

So hat die nationalsozialistische Revolution durch den Einsatz einer früher brachliegenden Millionenmasse deutscher Arbeitskraft eine so gigantische Steigerung der deutschen Produktion erreicht, daß der Erhöhung unseres allgemeinen Nationaleinkommens der sachliche Gegenwert gewährleistet ist! Und nur dort, wo wir diese Steigerung aus Gründen, deren Behebung außerhalb unseres Bemühens liegt, nicht durchführen können, sind von Zeit zu Zeit Verknappungen eingetreten, die aber in keinem Verhältnis stehen zu dem Gesamterfolg der nationalsozialistischen Wirtschaftsschlacht.

Den gewaltigen Ausdruck findet diese planmäßige Lenkung unserer Wirtschaft in der Aufstellung des *Vierjahresplanes*.

Durch ihn wird besonders für die aus der Rüstungsindustrie einst wieder zurückströmenden Massen der deutschen Arbeiterschaft eine dauernde Beschäftigung im inneren Kreislauf unserer Wirtschaft sichergestellt.

Es ist jedenfalls ein Zeichen dieser gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes, daß wir heute auf vielen Gebieten nur sehr schwer gelernte Arbeiter zu bekommen vermögen. Ich begrüße dies besonders aus dem Grund, weil dadurch mitgeholfen wird, die Bedeutung des Arbeiters als Mensch und als Arbeitskraft in das richtige Licht zu setzen und weil dadurch - wenn auch aus anderen Motiven heraus - die

soziale Tätigkeit der Partei und ihrer Verbände auf leichteres Verständnis stößt und eine stärkere und willigere Unterstützung erfährt!

So wie wir die Aufgaben der Wirtschaft in einem so hohen volklichen Sinn verstehen, wird von selbst die frühere Trennung in Arbeitgeber und Arbeitnehmer hinfällig. **Auch der neue Staat wird und will nicht Unternehmer sein. Er will nur den Einsatz der Arbeitskraft der Nation insoweit regeln, als es zum Nutzen aller notwendig ist. Und er wird den Arbeitsprozeß nur soweit beaufsichtigen, als es im Interesse aller Beteiligten sein muß. Er wird dabei unter keinen Umständen versuchen, das wirtschaftliche Leben zu verbeamten. Jede wirkliche und praktische Initiative kommt in ihrer wirtschaftlichen Auswirkung allen Volksgenossen zugute. Der Wert eines Erfinders oder eines erfolgreichen wirtschaftlichen Organisators ist im Augenblick oft für die gesamte Volksgemeinschaft gar nicht abzuschätzen. Es wird in der Zukunft erst recht eine Aufgabe der nationalsozialistischen Erziehung sein, allen unseren Volksgenossen ihren gegenseitigen Wert klarzumachen. Dem einen zu zeigen, wie unersetzbar der deutsche Arbeiter ist, den deutschen Arbeiter aber auch zu belehren, wie unersetzbar der Erfinder und der wirkliche Wirtschaftsführer sind.**

Daß in einer Sphäre solcher Auffassungen weder Streik noch Aussperrung geduldet werden können, ist klar. Der nationalsozialistische Staat kennt kein wirtschaftliches Faustrecht. Über den Interessen aller Kontrahenten steht das Gesamtinteresse der Nation, d.h. unseres Volkes!

Die praktischen Ergebnisse dieser unserer Wirtschaftspolitik sind Ihnen bekannt. Ein ungeheurer Schaffensdrang geht durch unser Volk. Überall entstehen gewaltige Werke der Produktion und des Verkehrs. **Während in anderen Ländern fortgesetzte Streiks oder Aussperrungen die Stetigkeit der nationalen Produktionen erschüttern, arbeitet in unserem Volk die Millionenmasse aller Schaffenden nach dem höchsten Gesetz, das es für sie auf dieser Welt geben kann, nach dem Gesetz der Vernunft.**

Wenn es uns in diesen vier Jahren gelungen ist, die wirtschaftliche Rettung unseres Volkes durchzuführen, so wissen wir, daß die Ergebnisse dieser wirtschaftlichen Arbeit in Staat und Land auch gesichert werden müssen. Die erste Gefahr droht den Werken der menschlichen Kultur zunächst stets aus den eigenen Reihen, dann nämlich, wenn zwischen der Größe der menschlichen Leistungen und der Einsicht der sie schaffenden, erhaltenden und betreuenden Volksgenossen kein inneres Verhältnis mehr besteht.

Erziehung zur Gemeinschaft

Die nationalsozialistische Bewegung hat dem Staate die Richtlinien für die Erziehung unseres Volkes gegeben. Diese Erziehung beginnt nicht in einem gewissen Jahr und endet nicht in einem anderen. Die menschliche Entwicklung brachte es mit sich, daß von einem bestimmten Zeitpunkt an die Weiterbildung des Kindes aus der Obhut der engsten Zelle des Gemeinschaftslebens, der Familie, genommen und der Gemeinschaft selbst anvertraut werden muß.

Die nationalsozialistische Revolution hat dieser Gemeinschaftserziehung bestimmte Aufgaben gestellt und sie vor allem unabhängig gemacht von Lebensaltern, d.h.: **die Belehrung des einzelnen Menschen kann niemals ein Ende finden! Es ist daher die Aufgabe der Volksgemeinschaft, dafür zu sorgen, daß diese Belehrung und Weiterbildung stets im Sinne ihrer Interessen, d.h. der Erhaltung des Volkes liegt.**

Wir können deshalb auch nicht zugeben, daß irgendein taugliches Mittel für diese Volksausbildung und Erziehung von dieser Gemeinschaftsverpflichtung ausgenommen werden könnte.

Jugenderziehung - Jungvolk - Hitlerjugend - Arbeitsdienst - Partei - Wehrmacht, sie sind alle Einrichtungen dieser Erziehung und Ausbildung unseres Volkes. Das Buch, die Zeitung, der Vortrag, die Kunst, das Theater, der Film, sie sind alle Mittel dieser Volkserziehung.

Was die nationalsozialistische Revolution auf diesen Gebieten geleistet hat, ist erstaunlich und gewaltig. Bedenken Sie allein folgendes:

Unser ganzes deutsches Erziehungswesen einschließlich der Presse, des Theaters, des Films, der Literatur wird heute ausschließlich von *deutschen Volksgenossen geleistet und gestaltet.* Wie oft konnten wir früher nicht hören, daß die Entfernung des Judentums aus diesen Institutionen zum Zusammenbruch oder ihrer Verödung führen müßte! Und was ist nun eingetreten? **Auf all diesen Gebieten erleben wir ein ungeheures Aufblühen des kulturellen und künstlerischen Lebens. Unsere Filme sind besser als je zuvor, unsere Theateraufführungen stehen heute in unseren Spitzenbühnen auf einer einsamen Welthöhe. Unsere Presse ist ein gewaltiges Instrument im Dienste der Selbstbehauptung unseres Volkes geworden und hilft mit, die Nation zu stärken. Die deutsche Wissenschaft ist erfolgreich tätig, und gewaltige Dokumente unseres schöpferischen Bauwillens werden einst von dieser neuen Epoche zeugen!**

Es ist eine unerhörte Immunisierung des deutschen Volkes erreicht worden gegenüber all den zersetzenden Tendenzen, unter denen eine andere Welt zu leiden hat. Manche unserer Einrichtungen, die noch vor wenigen Jahren nicht verstanden worden sind, kommen uns heute schon als selbstverständlich vor. Jungvolk, Hitler-Jugend, BDM., Frauenschaft, Arbeitsdienst, SA., SS., NSKK. und vor allem die Arbeitsfront in ihrer gewaltigen Gliederung sind Steine des stolzen Baues unseres Dritten Reiches.

Dieser Sicherung des inneren Lebens unseres deutschen Volkes mußte zur Seite treten die Sicherung nach außen. Und hier, meine Abgeordneten und Männer des Deutsche Reichstages, glaube ich, hat **die nationalsozialistische Erhebung das größte Wunder ihrer Leistungen vollbracht!**

Der Führer zieht die Unterschrift unter Kriegsschuldlüge zurück

Als ich vor vier Jahren mit der Kanzlerschaft und damit mit der Führung der Nation betraut wurde, übernahm ich die bittere Pflicht, ein Volk wieder *zur Ehre zurückzuführen,* das 15 Jahre lang das Leben eines Aussätzigen unter den anderen Nationen zu führen gezwungen worden war. Die innere Ordnung des deutschen Volkes schuf mir die Voraussetzung zum *Wiederaufbau des deutschen Heeres,* und aus beiden zugleich erwuchs die Möglichkeit, jene Fesseln abzustreifen, die wir als tiefstes Schandmal empfanden, das jemals einem Volk aufgebrannt worden war. Ich habe, am heutigen Tage diesen Prozeß abschließend, nur wenige Erklärungen zu geben:

Erstens: **Die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung war ein ausschließlich Deutschland selbst berührender und es betreffender Vorgang. Wir haben keinem Volk dadurch etwas genommen und keinem Volk damit ein Leid zugefügt!**

***Zweitens:* Ich verkünde Ihnen, daß ich im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Reichsbank ihres bisherigen Charakters entkleiden und wieder restlos unter die Hoheit der Regierung des Deutschen Reiches stellen werde.**

***Drittens:* Ich erkläre hiermit, daß damit jener Teil des Versailler Vertrages seine natürliche Erledigung gefunden hat, der unserem Volke die Gleichberechtigung nahm und es zu einem minderwertigen Volke degradierte.**

***Viertens:* Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlichst zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze!**

Meine Abgeordneten, Männer des Deutschen Reichstages!

Diese Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes, die ihren äußerlich sichtbarsten Ausdruck fand in der Einführung der Wehrpflicht, Erschaffung einer neuen Luftwaffe, dem Wiederaufbau einer deutschen Kriegsmarine, der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch unsere Truppen, war die schwerste und wagemutigste Aufgabe und Arbeit meines Lebens.

Ich muß an diesem Tage demutsvoll der Vorsehung danken, deren Gnade es mir, dem einstigen unbekannten Soldaten des Weltkrieges, gelingen ließ, unserem Volke damit wieder seine *Ehre und Rechtschaffenheit* zurückzuerkämpfen!

Alle die hierzu notwendigen Maßnahmen waren leider nicht auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen. Aber abgesehen davon: **Die Ehre eines Volkes kann überhaupt nicht ausgehandelt, sondern sie kann nur genommen werden. So wenig wie man sie ihr weghandeln, sondern auch nur nehmen kann!**

Daß ich die dazu notwendigen Handlungen tat, ohne unsere früheren Gegner im einzelnen zu befragen oder auch nur zu verständigen, hatte aber auch seinen Grund in der Erkenntnis, das so oder so notwendige Hinnehmen unserer Entscheidungen der anderen Seite dadurch nur erleichtert zu haben. Im übrigen will ich diesen Erklärungen nun aber noch eine weitere anschließen, nämlich, daß damit die

Zeit der sogenannten Überraschungen abgeschlossen ist.

Als gleichberechtigter Staat wird Deutschland, seiner europäischen Aufgabe bewußt, nunmehr in Zukunft in loyaler Weise mitarbeiten an der Behebung der Probleme, die uns und die anderen Nationen bewegen.

Deutschlands Außenpolitik seit 1933

Wenn ich nun zu diesen allgemeinen Fragen der Gegenwart Stellung nehme, dann geschieht es vielleicht am zweckmäßigsten in Anlehnung an jene Äußerungen, die vor kurzem im englischen Unterhaus durch Mister *Eden* gemacht worden sind.

Denn in ihnen ist auch im wesentlichen enthalten, was zum Verhältnis Deutschlands zu Frankreich zu sagen ist.

Ich möchte an dieser Stelle meinen wirklichen Dank aussprechen für die Möglichkeit einer Antwort, die mir geboten wurde durch die so freimütigen wie bemerkenswerten Ausführungen des Herrn englischen Außenministers.

Ich habe diese Ausführungen, wie ich glaube, genau und richtig gelesen. Ich will mich natürlich nicht in Details verlieren, sondern ich möchte versuchen, die großen Gesichtspunkte der Rede Mister Edens herauszugreifen, um meinerseits sie entweder zu klären oder zu beantworten.

Ich will dabei zuerst versuchen, einen, wie es mir scheint, sehr bedauerlichen Irrtum richtig zu stellen. Nämlich den Irrtum, daß Deutschland irgendeine Absicht habe, sich zu isolieren, an den Geschehnissen der übrigen Welt teilnahmslos vorbeizugehen oder daß es etwa keine Rücksicht auf allgemeine Notwendigkeiten nehmen wolle.

Worin soll die Auffassung, Deutschland treibe eine Isolierungspolitik, ihre Begründung finden?

Soll diese Annahme der Isolierung Deutschlands gefolgert werden aus vermeintlichen deutschen *Absichten,* dann möchte ich dazu folgendes bemerken:

Ich glaube überhaupt nicht, daß jemals ein Staat die Absicht haben könnte, sich bewußt an den Vorgängen der übrigen Welt als politisch desinteressiert zu erklären. Besonders dann nicht, wenn diese Welt so klein ist wie das heutige Europa. Ich glaube, daß, wenn wirklich ein Staat zu einer solchen Haltung Zuflucht nehmen muß, er es dann höchstens unter dem Zwang eines ihm selbst aufoktroyierten fremden Willens tun wird. Ich möchte Herrn Minister Eden hier zunächst versichern, daß *wir Deutschen nicht im geringsten isoliert sein wollen.* Deutschland hat in den letzten Jahren eine ganze Anzahl politischer Beziehungen aufgenommen, wieder angeknüpft, verbessert und mit einer Reihe von Staaten ein - ich darf wohl sagen - enges freundschaftliches Verhältnis hergestellt. Unsere Beziehungen in Europa sind von uns aus gesehen zu den meisten Staaten normale, zu einer ganzen Anzahl von Staaten sehr freundschaftliche. Ich stelle hier an die Spitze die ausgezeichneten Beziehungen, die uns vor allem mit jenen Staaten verbinden, die aus ähnlichen Leiden wie wir zu ähnlichen Folgerungen gekommen sind.

Durch eine Reihe von Abkommen haben wir *frühere Spannungen beseitigt* und damit wesentlich zu einer Verbesserung der europäischen Verhältnisse beigetragen. Ich erinnere nur an unsere Abmachung mit Polen, die beiden Staaten zum Vorteil gereicht, an unsere Abmachung mit Österreich, an unsere ausgezeichnete und enge Beziehung zu Italien, an unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Ungarn, Jugoslawien, zu Bulgarien, zu Griechenland, zu Portugal, zu Spanien usw. und endlich aber auch an die nicht minder herzlichen Beziehungen zu einer ganzen Reihe von Staaten außerhalb Europa.

Die Abmachung, *die Deutschland mit Japan zur Bekämpfung der Kominternbewegung* getroffen hat, ist ein lebendiger Beweis dafür, wie wenig die deutsche Regierung daran denkt, sich zu isolieren und wie wenig sie sich daher auch tatsächlich als isoliert fühlt. Im übrigen habe ich öfters als einmal den Wunsch und die Hoffnung ausgesprochen, mit *allen* unseren Nachbarn zu einem ähnlich guten und herzlichen Verhältnis zu kommen.

Deutschland hat, und ich wiederhole dies hier feierlich, immer wieder versichert, daß es z.B. zwischen ihm und Frankreich überhaupt keinerlei menschlich denkbaren Streitpunkt geben kann. Die deutsche Regierung hat weiter Belgien und Holland versichert, daß sie bereit ist, diese Staaten jederzeit als unantastbare neutrale Gebiete anzuerkennen und zu garantieren.

Ich sehe angesichts all der von uns früher gegebenen Erklärungen und des tatsächlichen Zustandes nicht recht ein, wieso also Deutschland sich isoliert fühlen soll oder gar eine Isolierungspolitik betriebe.

Allein auch wirtschaftlich gibt es nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, zu behaupten, daß Deutschland sich der internationalen Zusammenarbeit etwa entzöge. Es ist ja doch wohl umgekehrt. Wenn ich so die Rede mancher Staatsmänner in den letzten Monaten

übersehe, dann kann nur zu leicht aus ihnen der Eindruck entstehen, als ob etwa eine ganze Welt darauf warte, Deutschland mit wirtschaftlichen Gefälligkeiten zu überschwemmen, und nur wir verstockte Isolierungspolitiker an diesen Genüssen nicht teilnehmen wollten.

Ich möchte zur Richtigstellung dessen ein paar ganz nüchterne Tatsachen anführen:

1. Seit Jahr und Tag müht sich das deutsche Volk ab, mit seinen Nachbarn bessere Handelsverträge und damit einen regeren Güteraustausch zu erreichen. Und diese Bemühungen waren auch nicht vergeblich, denn tatsächlich ist der deutsche Außenhandel seit dem Jahre 1932 sowohl dem Volumen als auch dem Werte nach nicht kleiner, sondern größer geworden. Dies widerlegt am schärfsten die Meinung, daß Deutschland *eine wirtschaftliche Isolierungspolitik betriebe.*

2. Ich glaube aber nicht, daß es eine wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker auf einer anderen Ebene, und zwar von Dauer geben kann als auf der eines gegenseitigen Waren- und Güteraustausches.

Kreditmanipulationen können vielleicht für den Augenblick ihre Wirkung ausüben, auf die Dauer aber werden die wirtschaftlichen internationalen Beziehungen immer bedingt sein durch den Umfang des gegenseitigen Warenaustausches. Und hier ist es ja nun nicht so, daß die andere Welt etwa mit ungeheuren Aufträgen oder Perspektiven einer Steigerung des wirtschaftlichen Austauschverkehrs aufzuwarten in der Lage wäre, dann, wenn ich weiß nicht was für Voraussetzungen erfüllt sein würden. Man soll die Dinge wirklich nicht mehr komplizieren, als sie es an sich sind. Die Weltwirtschaft krankt nicht daran, daß Deutschland sich etwa an ihr nicht beteiligen will, sondern sie krankt daran, daß in die einzelnen Produktionen der Völker sowohl als auch in den Beziehungen zueinander eine Unordnung gekommen ist. Beides hat nicht Deutschland verschuldet. Am wenigsten das heutige nationalsozialistische Deutschland. Denn als wir zur Macht kamen, war die Weltwirtschaftskrise wohl noch schlimmer als heute.

Ich befürchte allerdings, den Worten Mister Edens entnehmen zu müssen, daß er als ein Element der Ablehnung internationaler Beziehungen von seiten Deutschlands die Durchführung des deutschen Vierjahresplanes ansieht. **Ich möchte daher darüber keinen Zweifel aufkommen lassen, daß der Entschluß, diesen Plan durchzuführen, keine Änderung zuläßt. Die Gründe, die uns zu diesem Entschluß veranlaßten, waren zwingende. Und ich habe in der letzten Zeit nichts entdecken können, was uns irgendwie von der Durchführung dieses Entschlusses hätte abzubringen vermögen.**

Ich nehme nur ein praktisches Beispiel:

Die Durchführung des Vierjahresplanes wird durch die synthetische Erzeugung von Benzin und Gummi allein eine jährliche Mehrförderung von 20-30 Millionen Tonnen Kohle in unserem Lande sicherstellen! Das heißt aber die Beschäftigung von vielen Zehntausenden von Kohlenbergarbeitern für die ganze Zukunft ihres Lebens. Ich muß mir wirklich die Frage erlauben: Welcher Staatsmann würde in der Lage sein, mir im Falle der Nichtdurchführung des deutschen Vierjahresplanes die Abnahme von 20 oder 30 Millionen Tonnen Kohle durch irgendeinen anderen Wirtschaftsfaktor außerhalb des Reiches zu garantieren? Und darum handelt es sich.

Ich will Arbeit und Brot für mein Volk!

Und zwar nicht vorübergehend durch Gewährung meinetwegen von Krediten, sondern durch einen soliden, dauernden Produktionsprozeß, den ich entweder in Austausch bringen kann mit Gütern der anderen Welt oder in Austausch bringen muß mit eigenen Gütern im Kreislauf unserer eigenen Wirtschaft.

Wenn Deutschland heute durch irgendeine Manipulation diese 20 oder 30 Millionen Tonnen Kohle in der Zukunft auf den Weltmarkt werfen wollte, so würde dies doch nur dazu führen, daß andere Länder ihre bisherige Kohlenausfuhr wesentlich senken müßten. Ich weiß nicht, ob ein englischer Staatsmann z.B. ernstlich eine solche Möglichkeit für sein Volk ins Auge fassen könnte. Dies aber ist das Entscheidende.

Denn Deutschland hat eine ungeheuere Zahl von Menschen, die nicht nur arbeiten, sondern auch essen wollen. Auch der übrige Lebensstandard unseres Volkes ist ein hoher. **Ich kann die Zukunft der deutschen Nation nicht aufbauen auf den Versicherungen eines ausländischen Staatsmannes über irgendeine internationale Hilfe, sondern ich kann sie nur aufbauen auf den realen Grundlagen einer laufenden Produktion, die ich entweder im Innern oder nach außen absetzen muß!** Und hier unterscheide ich mich vielleicht in meinem Mißtrauen von den optimistischen Ausführungen des englischen Außenministers.

Wenn Europa nämlich nicht aus dem *Taumel seiner bolschewistischen Infektionen* erwacht, dann, fürchte ich, wird der internationale Handel trotz allem guten Willen einzelner Staatsmänner nicht zu-, sondern am Ende sogar eher noch abnehmen. Denn dieser Handel baut sich nicht nur auf der ungestörten und damit gesicherten Produktion eines einzelnen Volkes auf, sondern auf der Produktion aller Völker. Zunächst aber steht nur das eine fest, daß jede bolschewistische Erschütterung zwangsläufig zu einer mehr oder weniger lange andauernden Vernichtung einer geordneten Produktion führt. Und ich kann daher die wirtschaftliche Zukunft Europas leider nicht so optimistisch beurteilen, wie dies vielleicht Mister Eden zu tun können glaubt. Ich bin der verantwortliche Leiter des deutschen Volkes und habe nach bestem Wissen und Gewissen seine Interessen auf dieser Welt wahrzunehmen. Ich bin daher auch verpflichtet, die Dinge so einzuschätzen, wie ich sie eben mit meinen Augen glaube sehen zu können.

Ich könnte niemals einen Freispruch vor der Geschichte meines Volkes erhalten, wenn ich - ganz gleich aus welchen Gründen - etwas versäumen würde, was zur Forterhaltung dieses Volkes notwendig ist. Ich bin glücklich, und wir alle sind es, über jede Steigerung unseres Außenhandels. Allein, ich werde angesichts der ungeklärten politischen Lage *nichts versäumen,* was dem deutschen Volk die Lebensexistenz auch dann noch garantieren wird, wenn andere Staaten vielleicht das Opfer der bolschewistischen Infektion geworden sein werden. Ich muß es auch ablehnen, daß diese Auffassung einfach als eine Ausgeburt einer blassen Phantasie abgetan wird. Denn zunächst steht doch folgendes fest: Der Herr englische Außenminister eröffnet uns theoretische Lebensperspektiven, während z.B. in der Praxis sich ganz andere Vorgänge abspielen. Zum Beispiel: Die Revolutionierung Spaniens hat 15.000 Deutsche aus diesem Lande vertrieben und unserem Handel einen schweren Schaden zugefügt.

Sollte diese Revolutionierung Spaniens auf andere europäische Staaten übergreifen, dann würde dieser Schaden nicht vermindert, sondern vergrößert werden.

Ich muß aber nun einmal als verantwortlicher Staatsmann auch mit solchen Möglichkeiten rechnen. Es ist daher mein unabänderlicher Entschluß, die deutsche Arbeitskraft so oder so nützlich für die Erhaltung meines Volkes anzusetzen. Wir werden jede Möglichkeit wahrnehmen, dessen kann Herr Minister Eden versichert sein, *unsere wirtschaftlichen Beziehungen zu den anderen Völkern zu stärken,* aber ebenso auch jede Möglichkeit, den inneren Kreislauf unserer Wirtschaft zu verbessern und zu vertiefen!

Sollte aber - ich muß auch dies untersuchen - die Ursache für die Meinung, Deutschland treibe eine Isolierungspolitik, etwa unser Austritt aus dem Völkerbund sein, dann möchte ich doch darauf hinweisen, daß die *Genfer Liga* niemals ein wirklicher Bund aller Völker war, daß eine Anzahl großer Nationen ihr entweder überhaupt nicht angehörten oder

schon vor uns den Austritt vollzogen hatten, ohne daß deshalb jemand behaupten wird, diese trieben eine Isolierungspolitik.

Ich glaube also, daß Mister Eden in diesem Punkt die deutschen Absichten und unsere Auffassungen sichtlich verkennt. Denn nichts liegt uns ferner als, sei es politisch oder wirtschaftlich, die Beziehungen zur anderen Welt abzubrechen oder auch nur zu vermindern. Im Gegenteil, das Umgekehrte ist richtiger.

Ich habe so oft versucht, zu einer Verständigung in Europa einen Beitrag zu leisten und habe besonders oft dem englischen Volke und seiner Regierung versichert, wie sehr wir eine herzliche und aufrichtige Zusammenarbeit mit ihnen wünschen. Und zwar wir alle, das ganze deutsche Volk, und nicht zuletzt ich selbst!

Ich gebe aber zu, daß in einem Punkt eine tatsächliche und, wie mir scheint, unüberbrückbare Verschiedenheit zwischen den Auffassungen des englischen Außenministers und unseren besteht.

Nationalsozialismus rettet Europa vor dem Bolschewismus

Mister Eden betont, daß die britische Regierung unter keinen Umständen wünsche, Europa in zwei Hälften zerrissen zu sehen. Leider hatte man diesen Wunsch nicht schon früher geäußert und gehört. Heute ist dieser Wunsch nur eine Illusion.

Denn tatsächlich ist die Zerreißung in zwei Hälften nicht nur Europas, sondern der Welt eine vollzogene Tatsache.

Es ist bedauerlich, daß die britische Regierung nicht schon früher ihre heutige Auffassung vertreten hat, daß eine Zerreißung Europas unter allen Umständen vermieden werden müsse, denn dann wäre es nie zum Versailler Vertrag gekommen. Dieser Vertrag hat tatsächlich die erste Zerreißung Europas eingeleitet: nämlich *die Aufteilung der Nationen in Sieger und Besiegte und damit Rechtlose.* Niemand hat mehr unter dieser Zerreißung Europas zu leiden gehabt als das deutsche Volk. Daß wenigstens dieser Riß, soweit Deutschland in Frage kommt, wieder beseitigt wurde, ist im wesentlichen das Verdienst der nationalsozialistischen Revolution in Deutschland und damit irgendwie wohl auch mein eigenes!

Die zweite Zerreißung erfolgte durch die Proklamation der bolschewistischen Lehre, deren integrierender Bestandteil es ist, sich nicht auf ein Volk zu beschränken, sondern allen Völkern aufgezwungen zu werden.

Es handelt sich hier nicht um eine besondere Form des arteigenen Lebens etwa des russischen Volkes, sondern es handelt sich um den *bolschewistischen Weltrevolutionsanspruch.* Wenn Herr Minister Eden den Bolschewismus nicht so sehen will, wie wir ihn sehen, dann mag dieses vielleicht mit der Lage Großbritanniens in Zusammenhang stehen, vielleicht auch mit sonstigen Erfahrungen, die uns unbekannt sind. Allein ich glaube, man kann uns, die wir über diese Dinge nicht als Theoretiker sprechen, auch nicht die Aufrichtigkeit der Überzeugung bestreiten. Für Herrn Eden ist der Bolschewismus vielleicht ein Ding, das in Moskau sitzt, für uns ist dieser Bolschewismus aber eine Pest, gegen die wir uns in Deutschland selbst *blutig zur Wehr setzen mußten.* Eine Pest, die es versucht hat, aus unserem Lande dieselbe Wüste zu machen, wie es in Spanien der Fall ist, die dieselben Geiselerschießungen anfing, wie wir es in Spanien erleben! Nicht der Nationalsozialismus hat seine Berührung mit dem

Bolschewismus in Rußland gesucht, sondern der jüdisch-internationale Moskauer Bolschewismus versuchte, nach Deutschland einzudringen! *Und er versucht es heute noch!*

Und diesem Versuch gegenüber haben wir in schwerem Kampf nicht nur die Kultur unseres Volkes, sondern vielleicht auch die von ganz Europa behauptet und damit verteidigt.

Wenn in den Januar- und Februartagen des Jahres 1933 in der letzten Entscheidungsschlacht Deutschland gegenüber dieser Barbarei unterlegen wäre, und das bolschewistische Trümmer- und Leichenfeld sich über Mitteleuropa ausgebreitet haben würde, hätte man vielleicht auch an der Themse andere Auffassungen über das Wesen dieser furchtbarsten Menschheitsgefahr erhalten. Denn nachdem England ohnehin am Rheine verteidigt werden muß, würde es sich jetzt wohl schon in engster Berührung mit jener harmlosen demokratischen Moskauer Welt befinden, deren Ungefährlichkeit uns immer so warm einzureden versucht wird. Ich möchte daher hier noch einmal in aller Form folgendes erklären:

Der Bolschewismus ist eine Lehre der Weltrevolution, d.h. der Weltzerstörung. Diese Lehre als einen gleichberechtigten Lebensfaktor in Europa aufzunehmen, heißt ihm Europa ausliefern. Insoweit andere Völker sich der Berührung mit dieser Gefahr auszusetzen belieben, unterliegt keiner deutschen Stellungnahme. Insoweit aber Deutschland selbst in Frage kommt, möchte ich keinen Zweifel darüber lassen, daß wir 1. im Bolschewismus eine unerträgliche Weltgefahr erblicken, und 2. daß wir diese Gefahr von unserem Volke mit allen Mitteln fernzuhalten versuchen, und 3. daß wir daher uns bemühen, das deutsche Volk gegen diese Infektion so gut als möglich immun zu machen.

Dazu gehört es auch, daß wir jede engere Beziehung mit den Trägern dieser Giftbazillen vermeiden und daß wir insonderheit nicht gewillt sind, dem deutschen Volk das Auge für diese Gefahr dadurch zu trüben, daß wir selbst über die *notwendigen staatlichen* oder wirtschaftlichen Beziehungen hinaus engere Verbindungen damit aufnehmen.

Ich halte die bolschewistische Lehre für das größte Gift, das einem Volk gegeben werden kann. Ich wünsche daher, daß mein eigenes Volk mit dieser Lehre in keine Berührung kommt. Ich will aber dann als Bürger dieses Volkes auch selbst nichts tun, was ich bei meinen Mitbürgern verurteilen muß. Ich verlange vom deutschen Arbeiter, daß er keinen Verkehr und Umgang mit diesen internationalen Schädlingen betreibt, und er soll aber auch mich niemals mit ihnen pokulieren oder zechen sehen. Im übrigen würde jede weitere deutsche vertragliche Verbindung mit dem derzeitigen bolschewistischen Rußland für uns gänzlich wertlos sein. Weder wäre es denkbar, daß nationalsozialistische Deutsche jemals zum Schutz des Bolschewismus eine Hilfspflicht erfüllen, noch wollen wir selbst von einem bolschewistischen Staat eine Hilfe entgegennehmen. Denn ich fürchte, daß jedes Volk, dem eine solche Hilfe zuteil wird, daran seinen Untergang findet.

Ich möchte weiter hier aber auch gegen die Auffassung Stellung nehmen, als könnte der Völkerbund als solcher im Falle der Not, ja durch seine Hilfe rettend, den einzelnen Mitgliedsstaaten unter die Arme greifen. Nein, daran glaube ich nicht. Herr Minister Eden erklärte in seinen letzten Ausführungen, daß das Entscheidende die *Taten* und nicht die *Reden* seien. Ich darf aber darauf hinweisen, daß das entscheidende Merkmal des Völkerbundes bisher weniger Taten als vielmehr gerade die Reden gewesen sind. Ausgenommen den einzigen Fall, da es vielleicht besser gewesen wäre, es beim Reden bewenden zu lassen. Und dieses einzige Mal ist darüber hinaus - wie vorauszusehen - der Tat der Erfolg versagt geblieben.

Um Deutschlands Gleichberechtigung

So wie ich daher wirtschaftlich gezwungen bin, die eigene Kraft und die eigenen Möglichkeiten zur Erhaltung meines Volkes in erster Linie in Rechnung zu stellen, so bin ich dies auch *politisch*. Und gerade daran tragen wir wahrhaft keine Schuld.

Ich habe dreimal sehr konkrete Angebote zu einer Rüstungsbeschränkung oder zumindest Rüstungsbegrenzung gemacht. Diese Angebote verfielen der Ablehnung.

Ich darf darauf hinweisen, daß das größte Angebot damals der Vorschlag war, Deutschland und Frankreich möchten ihre Armeen gemeinsam auf einen Stand von 300.000 Mann bringen; Deutschland, England und Frankreich möchten gemeinsam ihre Luftwaffe auf einen gleichen Stand bringen, und Deutschland und England möchten ein Abkommen treffen für das Verhältnis der Kriegsflotten. Davon wurde nur der letzte Teil akzeptiert und damit auch als einziger Beitrag einer wirklichen Rüstungsbegrenzung in der Welt verwirklicht.

Die anderen Vorschläge Deutschlands fanden ihre Beantwortung

teils durch eine *glatte Ablehnung,* teils aber auch durch den Abschluß jener Bündnisse, durch die die Riesenmacht Sowjetrußlands auf das mitteleuropäische Spielfeld der Kräfte geworfen wurde. Mister Eden spricht von den deutschen Rüstungen und erwartet eine Begrenzung dieser Rüstungen. Diese Begrenzung haben wir selbst einst vorgeschlagen. Sie scheiterte daran, daß man lieber die größte Militärmacht der Welt vertraglich und tatsächlich nach Mitteleuropa hineinzuschleusen versuchte, als auf unseren Vorschlag einzugehen. **Es würde daher richtig sein, wenn man von Rüstungen redet, in erster Linie die Rüstung jener Macht zu erwähnen, die den Maßstab abgibt für das Rüsten all der anderen.**

Mister Eden glaubt, daß in Zukunft alle Staaten nur die Rüstung besitzen sollten, die für ihre Verteidigung notwendig sei. Ich weiß nicht, ob und inwieweit über die Realisierung dieses schönen Gedankens mit Moskau bereits Fühlung genommen wurde und inwieweit von dort aus schon Zusicherungen ergangen sind.

Ich glaube aber eins aussprechen zu müssen: Es ist ganz klar, daß das Ausmaß der Rüstung für eine Verteidigung bestimmt wird von dem Ausmaß der Gefahren, die ein Land bedrohen. Darüber zu urteilen, ist jedes Volk selbst zuständig, *und zwar allein zuständig*. Wenn also Großbritannien heute das Ausmaß seiner Rüstung festlegt, so wird dies in Deutschland jedermann verstehen, denn wir können es uns nicht anders denken, als daß für die Bemessung des Schutzes des Britischen Weltreichs ausschließlich London selbst zuständig ist.

Ebenso möchte ich aber betonen, daß auch die Bemessung des Schutzes und damit der Verteidigungswaffe für unser Volk unserer Zuständigkeit unterliegt und damit ausschließlich in Berlin entschieden wird.

Ich glaube, daß eine allgemeine Anerkennung dieser Grundsätze nicht zu einer Erschwerung, sondern nur zu einer Entspannung beitragen kann. Deutschland jedenfalls ist glücklich, in Italien und in Japan Freunde gefunden zu haben, die gleicher Ansicht sind wie wir, und es würde noch glücklicher sein, wenn sich diese Überzeugung in Europa ausbreiten würde. Daher hat auch niemand wärmer als wir die sichtbare Entspannung im Mittelländischen Meere durch das *italienisch-englische Abkommen begrüßt*. Wir glauben, daß dadurch auch am ehesten eine Verständigung erreicht werden wird über die Behebung oder zumindest Begrenzung der Katastrophe, die das arme Spanien betroffen hat. Deutschland hat dort keine Interessen, außer die Pflege jener wirtschaftlichen Beziehungen, die Mister Eden selbst als so wichtig und nützlich erklärt.

Es ist versucht worden, die deutsche Sympathie für das nationale Spanien mit irgendwelchen kolonialen Wünschen in Verbindung zu bringen.

Deutschland hat an Länder, die ihm keine Kolonien genommen haben, auch keine kolonialen Ansprüche.

Deutschland hat weiter unter der bolschewistischen Not selbst so stark gelitten, daß es nicht diese Not mißbrauchen wird, um einem unglücklichen Volk in der Stunde seiner Schwäche etwas zu nehmen oder für die Zukunft abzupressen.

Unsere Sympathien für General Franco und seine Regierung liegen erstens im allgemeinen Mitgefühl und zweitens in der Hoffnung, daß durch eine Konsolidierung eines wirklich nationalen Spaniens eine Stärkung der europäischen wirtschaftlichen Möglichkeiten entstehen wird, umgekehrt aber von dort eine noch größere Katastrophe ihren Ausgang nehmen könnte. Wir sind daher bereit, alles zu tun, was irgendwie zu einer Wiederherstellung geordneter Verhältnisse in Spanien beitragen kann.

Ich glaube aber, folgende Ausführungen nicht unterlassen zu dürfen:

In Europa sind in den letzten hundert Jahren eine Anzahl neuer Nationen geboren worden, die früher in ihrer Zerrissenheit und Ohnmacht nur geringe wirtschaftliche und fast gar keine politische Bedeutung erhielten. Durch das Entstehen dieser neuen Staaten sind natürliche Spannungen entstanden. Allein eine wahre Staatskunst wird Realitäten nicht übersehen, sondern sie berücksichtigen. *Das italienische Volk, der neue italienische Staat, sie sind eine Realität. Das deutsche Volk und das Deutsche Reich, sie sind desgleichen eine Realität.* Und für meine eigenen Mitbürger möchte ich es aussprechen, das *polnische Volk* und der *polnische Staat* sind ebenso eine *Realität* geworden. Auch auf dem Balkan sind Nationen erwacht und haben sich ihre eigenen Staaten geschaffen. **Die Völker dieser Staaten wollen leben, und sie werden leben. Mit einer geistlosen Aufteilung der Welt in Besitzende und Habenichtse wird dieses Problem aber genau so wenig gelöst oder gar abgetan, als man auch die inneren sozialen Probleme der Völker nicht einfach durch mehr oder weniger witzige Phrasen zu erledigen vermag!**

Im Laufe der Jahrtausende erfolgte die Durchsetzung der Lebensansprüche der Völker durch die von ihnen ausgehende Gewalt. Wenn nun heute an Stelle dieser Gewalt eine andere regelnde Institution treten soll, dann muß diese, von der Berücksichtigung der natürlichen Lebenserfordernisse ausgehend, ihre Entscheidungen treffen. Wenn es die Aufgabe des *Völkerbundes* z.B. nur sein soll, den bestehenden Weltzustand zu garantieren und in alle Ewigkeit sicherzustellen, dann kann man ihm genau so auch noch die Aufgabe zuweisen, Ebbe und Flut zu bewachen oder in Zukunft den Fluß des Golfstromes festzuhalten.

Er wird aber weder dies noch das andere können. **Sein Bestand hängt auf die Dauer ab von der Größe der Einsicht, notwendige Reformen, die die Beziehungen der Völker berühren, zu überlegen und zu verwirklichen.**

Deutschland braucht Kolonien

Das deutsche Volk hat sich einst ein Kolonialreich aufgebaut, ohne irgend jemand zu berauben oder ohne irgendeinen Vertrag zu verletzen. Und es tat dies ohne einen Krieg. Dieses Kolonialreich wurde uns genommen. Die Begründungen, mit denen heute versucht wird, diese Wegnahme zu entschuldigen, sind nicht stichhaltig.

Erstens: "Die Eingeborenen wollten nicht bei Deutschland sein."
Wer hat sie gefragt, ob sie bei jemand anderem sein wollen, und wann sind überhaupt die kolonialen Völker befragt worden, ob sie bei den früheren Kolonialmächten zu sein Lust und Liebe besäßen?

Zweitens: "Die deutschen Kolonien sind von den Deutschen gar nicht richtig verwaltet worden."
Deutschland hat diese Kolonien erst wenige Jahrzehnte vorher erhalten. Sie wurden mit großen Opfern aufgebaut und waren in der Entwicklung begriffen, die heute zu ganz anderen Resultaten geführt haben würden, wie etwa im Jahre 1914. Aber immerhin waren die Kolonien durch uns doch so entwickelt, daß man sie für wert genug hielt, um uns in blutigen Kämpfen entrissen zu werden.

Drittens heißt es: "Diese Kolonien besäßen gar keinen *wirklichen* Wert."
Wenn dies der Fall ist, dann wird diese Wertlosigkeit ja auch für die anderen Staaten zutreffen, und es ist nicht einzusehen, weshalb man sie uns dann erst recht vorenthalten will.

Im übrigen: **Deutschland hat niemals Kolonien gefordert zu militärischen Zwecken, sondern ausschließlich zu wirtschaftlichen.**

Es ist klar, daß in Zeiten einer allgemeinen Prosperität der Wert eines bestimmten Gebietes sinken mag, es ist aber auch ebenso klar, daß in Zeiten der Not eine solche Bewertung eine sofortige Änderung erfährt. Und Deutschland lebt heute in Zeiten eines schweren Kampfes um Lebensmittel und Rohstoffe. Ein genügender Einkauf wäre nur denkbar bei einer fortgesetzten und dauernden Steigerung unserer Ausfuhr.

Also wird die Forderung nach Kolonien in unserem so dicht besiedelten Land als eine selbstverständliche sich immer wieder erheben.

Ich möchte aber abschließend nun zu diesen Erklärungen noch in wenigen Punkten eine Auffassung äußern über die möglichen Wege, die zu einer wirklichen Befriedung nicht nur Europas, sondern darüber hinaus zu führen vermögen:

1. Es liegt im Interesse *aller Nationen,* daß die einzelnen Staaten im Innern stabile und geordnete politische und wirtschaftliche Verhältnisse besitzen.
Sie sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Anbahnung dauerhafter und solider wirtschaftlicher und politischer Beziehungen der Völker untereinander.

2. Es ist notwendig, daß die Lebenserfordernisse der einzelnen Völker offen gesehen und auch freimütig zugegeben werden. Nur der gegenseitige Respekt vor diesen Lebensbedingungen kann Wege finden lassen zur Befriedigung der Lebensbedürfnisse aller.

3. Der Völkerbund wird - wenn er seiner Mission gerecht werden will - sich zu einem Organ evolutionärer Vernunft und nicht reaktionärer Trägheit umgestalten müssen.

4. Die Beziehungen der Völker untereinander können nur dann eine glückliche Regelung und Lösung finden, wenn sie auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung und damit absoluter Gleichberechtigung geordnet werden.

5. Es ist unmöglich, für Rüstungssteigerung oder Rüstungsbegrenzung nach Belieben bald die eine oder die andere Nation haftbar zu machen, sondern es ist notwendig, auch diese Probleme in jenem gesamten Rahmen zu sehen, der ihre Voraussetzungen schafft und sie damit auch wirklich bestimmt.

6. Es ist unmöglich, zu einer wirklichen Befriedung der Völker zu kommen, solange der fortgesetzten Verhetzung durch eine internationale, unverantwortliche Clique von Brunnenvergiftern und Meinungsfälschern nicht Einhalt geboten wird. Vor wenigen Wochen erst mußten wir erleben, wie es dieser *organisierten Kriegshetzergilde* fast gelungen ist, zwischen zwei Völkern durch eine Flut von Lügen ein Mißtrauen zu erzeugen, das leicht auch zu schlimmeren Folgen hätte führen können.

Ich habe sehr bedauert, daß der englische Außenminister nicht in einer kategorischen Weise festgestellt hat, daß an den Marokko betreffenden Verleumdungen und Lügen dieser internationalen Kriegshetzer auch nicht ein wahres Wort war. Es ist in diesem eklatanten Fall gelungen, dank der Loyalität eines auswärtigen Diplomaten und seiner Regierung, die sofortige Aufklärung zu schaffen. Wäre es nicht denkbar, daß aus einem anderen Anlaß es einmal auch mißlingen könnte, der Wahrheit so schnell zum Erfolg zu verhelfen, und was dann?

7. Es hat sich erwiesen, daß die Regelung der europäischen Fragen zweckmäßig immer in dem Rahmen und in dem Umfang vollzogen wird, die möglich sind. Deutschland ist glücklich, heute mit Italien ein enges und freundschaftliches Verhältnis hergestellt zu haben. Möge es doch gelingen, diese Beziehungen auch auf ähnlichem Wege mit anderen europäischen Nationen anzubahnen!

Das Deutsche Reich wird mit seiner *starken Armee über seine Sicherheit und seine Ehre wachen.* Allein es wird auch, erfüllt von der Überzeugung, daß es für Europa kein höheres Gut als den Frieden geben kann, stets ein verantwortungsvoller und verantwortungsbewußter Träger dieses europäischen Friedensgedankens sein.

8. Es wird dem *europäischen Frieden insgesamt nützen,* wenn in der Behandlung der Nationalitäten, die als Minorität in fremden Völkern zu leben gezwungen sind, eine gegenseitige Rücksicht auf die berechtigte Empfindung des nationalen Stolzes und Bewußtseins der Völker genommen wird.

Dies würde zu einer tiefgreifenden Entspannung zwischen den Staaten führen, die durch das Schicksal gezwungen sind, nebeneinander zu existieren und deren staatliche Grenzen sich nicht mit den Volksgrenzen decken.

Ich möchte nun am Schlusse dieser Ausführungen noch zu einem Dokument Stellung nehmen, das die britische Regierung anläßlich der Besetzung des Rheinlandes an die deutsche Regierung gerichtet hat. Ich möchte vorweg erklären, daß wir glauben und überzeugt sind, daß die englische Regierung damals alles getan hat, um eine Verschärfung der europäischen Krise zu vermeiden, und daß das in Frage stehende Dokument auch nur dem Wunsche die Entstehung verdankt, einen Beitrag zu leisten für die Entwirrung der damaligen Lage.

Trotzdem war es der deutschen Regierung nicht möglich, aus Gründen, die sicherlich auch die Regierung Großbritanniens würdigen wird, eine Antwort auf diese Fragen zu geben. Wir haben es vorgezogen, durch die praktische Ausgestaltung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten einen Teil dieser Fragen auf die natürlichste Weise zu erledigen, und ich möchte heute nun nach der Wiederherstellung der vollen deutschen Souveränität und Gleichberechtigung nur abschließend erklären, daß Deutschland niemals mehr einen Vertrag unterzeichnen wird, der mit seiner Ehre, mit der Ehre der Nation und der es vertretenden Regierung irgendwie unvereinbar ist, oder der sonst sich mit den deutschen Lebensinteressen nicht verträgt und daher auf die Dauer nicht gehalten werden könnte.

Ich glaube, diese Erklärung wird des Verständnisses aller sicher sein.

Im übrigen hoffe ich zutiefst, daß es der Einsicht und dem guten Willen der verantwortungsbewußten europäischen Regierungen trotz aller Widersacher gelingen

mag, Europa dennoch den Frieden zu bewahren. Er ist unser allerhöchstes Gut. Was Deutschland im einzelnen dazu an Beiträgen leisten kann, wird es leisten.

Der zweite Vierjahresplan

Wenn ich nun diesen Teil meiner Ausführungen beschließe, möchte ich den Blick noch ganz kurz werfen auf die Aufgaben der Zukunft:

An der Spitze steht die Durchführung des Vierjahresplanes.

Er wird gewaltige Anstrengungen erfordern, allein unserem Volke einst auch von großem Segen sein. Er umfaßt eine Stärkung unserer nationalen Wirtschaft auf allen Gebieten. Seine Durchführung ist sichergestellt. Die großen Arbeiten, die außer ihm begonnen worden sind, werden weitergeführt. Ihr Ziel wird sein, das deutsche Volk gesünder und sein Leben angenehmer zu machen. Als äußeres Zeugnis für diese große Epoche der Wiederauferstehung unseres Volkes aber soll nunmehr der planmäßige Ausbau einiger großer Städte des Reiches treten. Und an der Spitze die **Ausgestaltung Berlins zu einer wirklichen und wahren Hauptstadt des Deutschen Reiches.** Ich habe daher an diesem heutigen Tage ähnlich wie für den Bau unserer Straßen, für Berlin einen Generalbauinspektor ernannt, der für die bauliche Ausgestaltung der Reichshauptstadt verantwortlich ist und dafür Sorge tragen wird, in das Chaos der Berliner Bauentwicklung jene große Linie zu bringen, die dem Geist der nationalsozialistischen Bewegung und dem Wesen der deutschen Reichshauptstadt gerecht wird. Für die Durchführung des Planes ist eine Zeit von 20 Jahren vorgesehen.

Möge der allmächtige Gott uns den Frieden schenken, um das gewaltige Werk in ihm vollenden zu können. Parallel damit wird eine **großzügige Ausgestaltung der Hauptstadt der Bewegung, der Stadt der Reichsparteitage und der Stadt Hamburg** stattfinden.

Dies soll aber nur die Vorbilder geben für eine allgemeine Kulturentwicklung, die wir dem deutschen Volke als Bekrönung seiner inneren und äußeren Freiheit wünschen.

Und endlich wird es die Aufgabe der Zukunft sein, das wirkliche Leben unseres Volkes, wie es sich nun staatlich ausgebildet hat, durch eine Verfassung für immer und ewig zu besiegeln und damit zum unvergänglichen Grundgesetz aller Deutschen zu erheben.

Wenn ich auf das große Werk der hinter uns liegenden vier Jahre zurückblicke, dann werden Sie verstehen, daß meine erste Empfindung nur die des Dankes sein kann gegenüber unserem Allmächtigen, der uns dieses Werk gelingen ließ.

Er hat unsere Arbeit gesegnet und unser Volk durch all die Fährnisse glücklich hindurchschreiten lassen, die diesen Weg umdrohten.

Ich habe in meinem Leben drei ungewöhnliche Freunde gehabt: In meiner Jugend war es die *Not,* die mich durch viele Jahre begleitete. Als der große Krieg zu Ende ging, da war es das tiefe *Leid über den Zusammenbruch unseres Volkes,* das mich nun erfaßte und meinen Weg vorschrieb. Seit diesem 30. Januar vor vier Jahren habe ich als dritten Freund die *Sorge* kennengelernt. Die Sorge für das meiner Führung anvertraute Volk und Reich. Sie hat mich seitdem nicht mehr verlassen und wird mich wohl nun begleiten bis an mein Ende. Wie könnte aber ein Mann diese Sorge zu tragen vermögen, wenn er nicht in gläubigem Vertrauen auf seine Mission mit der Zustimmung dessen rechnen würde,

der über uns allen steht. Es ist das Schicksal, das Menschen mit besonderen Aufgaben so oft zwingt, einsam und verlassen zu sein.

Ich will auch hier der Vorsehung danken, daß sie mich eine Schar treuester Mitkämpfer finden ließ, die ihr Leben an meines angeschlossen haben und die nun seitdem an meiner Seite für die Wiederauferstehung unseres Volkes kämpfen. Ich bin so glücklich, daß ich nicht als Einsamer durch das deutsche Volk zu schreiten brauche, sondern daß neben mir sich eine Garde von Männern befindet, deren Name in der deutschen Geschichte ein bleibender sein wird.

Ich möchte an dieser Stelle *danken meinen alten Kampfgefährten,* die durch die langen, langen Jahre unentwegt an meiner Seite standen, und die mir nun, sei es als Minister, sei es als Reichsstatthalter oder Gauleiter oder an anderen Stellen der Partei und des Staates, ihre Hilfe schenken. Es spielt sich in diesen Tagen in Moskau ein Schicksal ab, das uns erst zeigt, wie hoch die Treue zu werten ist, die führende Männer miteinander verbindet. Ich möchte auch jenen meinen aufrichtigen Dank aussprechen, die, nicht aus den Reihen der Partei kommend, in der Führung der Reichsregierung und im übrigen Volke mir in diesen Jahren treue Helfer und Gefährten geworden sind. Sie gehören heute alle zu uns, auch wenn ihnen in diesem Augenblick äußerlich noch das Zeichen unserer Gemeinschaft fehlt. Ich möchte den Männern und Frauen danken, die unsere Organisation der Partei aufbauten und so erfolgreich führten. Ich muß aber hier vor allem danken den Führern unserer *Wehrmacht.* Sie haben es ermöglicht, dem nationalsozialistischen Staat ohne jede Erschütterung die nationalsozialistische Waffe zu geben.

**So sind heute Partei und Wehrmacht
die beiden für ewig verschworenen Garanten
der Behauptung des Lebens unseres Volkes.**

Wir wissen aber auch, daß unser aller Tun vergeblich geblieben wäre, wenn nicht Hunderttausende von politischen Führern, unzählige Beamte des Reiches und zahllose Soldaten und Offiziere im Sinne unserer Erhebung in *Treue* zu uns gestanden wären. Und noch mehr, wenn nicht hinter uns gestanden wäre die breite Front des ganzen deutschen Volkes.

An diesem geschichtlichen Tag muß ich wieder jener Millionen unbekannter deutscher Menschen gedenken, die in allen Lebensschichten, die in allen Berufen und Betrieben und in allen Gehöften für das neue Reich ihr Herz und ihre Liebe und ihre Opfer gegeben haben. Und wir alle, Männer und Abgeordnete des Reichstages, wollen gemeinsam danken vor allem der deutschen *Frau,* den Millionen unserer Mütter, die dem Dritten Reich ihre Kinder schenkten. Denn welchen Sinn hätte alle unsere Arbeit, welchen Sinn die Erhebung der deutschen Nation ohne unsere deutsche Jugend. Jede *Mutter,* die in diesen vier Jahren unserem Volk ein Kind gegeben hat, trägt durch ihren Schmerz und ihr Glück bei zum Glück der ganzen Nation. **Wenn ich dieser gesunden Jugend unseres Volkes gedenke, dann wird mein Glaube an unsere Zukunft zu einer freudigen Gewißheit. Und ich empfinde in tiefer Inbrunst die Bedeutung des einfachen Wortes, das Ulrich von Hutten schrieb, ehe er zum letzten Male die Feder weglegte:**

Deutschland."